

Protokoll der 67. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Dienstag, dem 15. März 1994; Beginn: 10.00 Uhr; Jena, Klubhaus „Ernst Abbe“, August-Bebel-Straße 24; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 11

Grußwort

Peter Röhlinger 11

Einführung

Rainer Eppelmann 13

Vortrag

Karl Wilhelm Fricke 15
„Widerstand und Opposition von 1945 bis Ende der fünfziger Jahre“

Zeitzeugen 26

Adam Wolfram – Elisabeth Graul – Georg Prusko – Gerhard Finn

Diskussion 51

Vortrag

Hubertus Knabe 76
„Widerstand und Opposition in den sechziger und siebziger Jahren“

Zeitzeugen 88

Bernd Eisenfeld – Edelbert Richter – Manfred Bierwisch – Dieter Borkowski – Rudi Molt

Diskussion 108

Vortrag

Thomas Ammer 128
„Widerstand und Opposition in Jena“

Zeitzeugen	139
Jürgen Fuchs – Roland Jahn – Hermann Marx – Karl-Heinz Jagusch – Dietrich Grille – Thomas Auerbach – Frank Rub – Siegfried Reiprich	

Diskussion	173
-----------------------------	-----

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, die 67. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ eröffnen zu können, und ich freue mich, daß ich das hier in Jena tun kann. Ich begrüße an dieser Stelle besonders herzlich den Oberbürgermeister der Stadt Jena, Dr. Peter Röhlinger. Herzlich willkommen! (Beifall)

Ich möchte zugleich dafür Dank sagen, daß jemand, dessen Name heute im Verlauf unserer Anhörung ganz sicher fallen wird – ich meine Frank Rub –, so freundlich war, hier in diesen Räumen einen Teil seiner Bilder auszustellen. Ich möchte sie Ihrer Aufmerksamkeit und Ihrem Interesse empfehlen. Für die, die das nicht so genau wissen, sage ich: 1985 wurden Frank Rub und seine Frau nicht ganz freiwillig aus der DDR hinausgedrängt. Sie sind dann 1991 wiedergekommen und leben, wenn ich richtig informiert bin, jetzt in der Nähe von Jena, wo er als Maler arbeitet. Herzlich willkommen und herzlichen Dank. (Beifall)

Dann habe ich eine dritte Freude: Ich habe die Möglichkeit, einen Blumenstrauß zu verschenken und dadurch gleichzeitig loszuwerden sowie ein Schild auszutauschen. Ich habe nämlich jetzt ein Schild, auf dem „Professor Dr. Faulenbach“ steht. Vorher war er nur Doktor. Wir werden also noch hochkarätiger! (Beifall)

Wir haben den Oberbürgermeister gebeten, uns ein Wort des Grußes zu sagen. Er hat freundlicherweise zugesagt. Nun ist der Augenblick gekommen. Bitte.

Dr. Peter Röhlinger, Oberbürgermeister der Stadt Jena: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Gäste! Die Stadt Jena fühlt sich durch die Tatsache geehrt, daß die 67. und die 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ in Jena stattfinden.

Die Stadt Jena ist zweifelsohne der Freiheit besonders verpflichtet, spätestens seitdem im Rahmen der Befreiungskriege gegen Napoleon von hier aus Studenten ausgezogen sind und in diesem Zusammenhang die Urburschenschaft gegründet wurde.

Zweifellos hat sich dies auch in den Nachkriegsjahren fortgesetzt. Die Friedrich-Schiller-Universität, abgekürzt FSU, wurde von uns mit einem

gewissen Augenzwinkern auch immer als die „Freie Schiller-Universität“ bezeichnet. Damit sollte zum Ausdruck kommen, daß in Jena im Vergleich zu anderen Universitäten, beispielsweise im Vergleich zu Leipzig oder Halle – ich habe in Leipzig Tiermedizin studiert und konnte das ganz gut beurteilen –, doch ein Klima herrschte, das wir als vergleichsweise angenehm empfanden.

Dessenungeachtet waren hier insbesondere auch in den ersten Jahrzehnten die Folgen der Diktatur zu spüren. Ich bin hier geboren, bin hier in die Schule gegangen. In unmittelbarer Nachbarschaft dieses Gebäudes befindet sich die Grundschule, an der am 17. Juni 1953 die Bilder von den Wänden flogen, von der aus wir im Anschluß daran das Gefängnis stürmten und auf dem Holzmarkt bis zum Eintreffen der sowjetischen Panzer das Deutschlandlied gesungen haben. Die Jenaer haben danach einen sehr deprimierenden Tag erlebt, an dem dann auch Helmut Diener standrechtlich erschossen wurde, zu dessen Ehren wir eine Straße nach ihm benannt haben.

Die Stadt Jena hat insbesondere in den siebziger Jahren wieder im Zusammenhang mit der Friedensbewegung an die freiheitlichen Traditionen angeknüpft, und wir sind dankbar, daß diese Generation diese Tradition wieder aufgegriffen hat. Dies wird heute abend Thema Ihrer Gesprächsrunde sein. Die damit im Zusammenhang stehenden Ausweisungen, Verhaftungen, Verhöre mit Todesfolge machten sich allerdings – diesen Eindruck habe ich – auch dadurch bemerkbar, daß wir bei den Ereignissen 1989 auf einige derer verzichten mußten, die sonst möglicherweise zur Verfügung gestanden hätten, denn sie waren nicht mehr in Jena.

So wurde denn auch die Wende in Jena zunächst von der jungen Generation und nicht von meiner getragen. Meine Generation war enttäuscht vom 17. Juni, vom 13. August, von den Ereignissen in Ungarn, in der CSSR usw. Aber gerade dies hat uns dann auch politisch in die Pflicht genommen, der jüngeren Generation auf diesem Wege zu helfen.

Wenn ich „in die Pflicht genommen“ sage, dann haben wir dies mit einer Regenbogenkoalition fortgesetzt, die zumindest in Thüringen ihresgleichen sucht. Seit den Kommunalwahlen im Jahre 1990 sind fünf Parteien in einer großen Koalition in der Verantwortung. In der Opposition befinden sich PDS und DSU. Diese Koalition ist – so glaube ich – in gewisser Weise ein Aktionsbündnis, das die bitteren Erfahrungen zugrunde legt, die wir in der Vergangenheit gemacht haben.

Ich hoffe, Sie sehen im Zusammenhang mit Ihrem Besuch einige Fortschritte auf dem Gebiet dieser Universitätsstadt Jena. Wir sind mit dem Erreichten zweifelsohne nicht zufrieden, aber was beispielsweise die Arbeitsmarktdaten und andere Kennwerte angeht, dürfen wir davon ausgehen, daß wir in Thüringen und auch in den Neubundesländern gut abschneiden. Wir hoffen, daß wir das bis zu den Kommunalwahlen im Juni 1994 ungestört fortsetzen und auch danach weiterhin diesen Weg gehen können.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Schritte wohlwollend kritisch begleiten würden. Wir werden uns alle Mühe geben, um damit das Vermächtnis derer umzusetzen, die dies nicht mehr miterleben dürfen, in deren Pflicht und Verantwortung wir uns aber sehen.

Seien Sie herzlich willkommen. Ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Röhlinger. Das Thema unserer Anhörung, „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“, wird – das ist in den einführenden Worten des Bürgermeisters auch schon deutlich geworden – in Jena an durchaus passendem Ort verhandelt. Wir werden heute abend einen eigenen Themenblock „Widerstand und Opposition in Jena“ haben. Da wird uns endgültig deutlich werden, wie sehr gerade in dieser thüringischen Stadt der Geist der Demokratie sowie die Bereitschaft zu Einspruch und Widerspruch seit den Zeiten Friedrich Schillers lebendig geblieben sind.

Die Geschichte der Opposition und des Widerstandes in der DDR ist noch nicht geschrieben. Auch unsere Kommission kann diese Arbeit nicht leisten. Das bleibt Sache der Historiker. Die Anhörung, die sich heute und morgen mit „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens in der DDR“ beschäftigen wird, kann nur einige Aspekte dessen aufhellen, was so landläufig, oft aber auch recht unscharf mit Opposition, Dissidenz, Resistenz oder gar Widerstand umschrieben wird.

Die Schwierigkeiten beginnen schon bei dem Versuch der begrifflichen Definition. Das haben übrigens bereits die Forschungen zur Widerstandsgeschichte im Nationalsozialismus gelehrt, bei denen wir bis heute Probleme damit haben, genau zu sagen, wo die exakten Grenzlinien gezogen werden müssen.

Die einstmals Herrschenden im Staat der SED machten sich das einfacher. Sie leugneten schlicht jede Opposition in der DDR als prinzipiell systemwidrig.

„In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition gegen die herrschenden gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse keine objektive politische oder soziale Grundlage.“

So sprachen die Funktionäre in dem offiziösen „Kleinen Politischen Wörterbuch“, das auch im Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus an der Universität in Jena verwendet wurde.

Zitat: „Da die sozialistische Staatsmacht die Interessen des Volkes verkörpert und seinen Willen verwirklicht ..., richtete sich jegliche Opposition gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung gegen die Werktätigen selbst.“ Logischerweise wurde unter dieser politisch-ideologischen Voraussetzung jede Opposition in der DDR – innerparteilich, parlamentarisch oder außerparlamentarisch – tabuisiert und kriminalisiert. Das Verlangen nach Zulassung einer

legalen Opposition im Sozialismus wurde bis zuletzt als „konterrevolutionäre Forderung“ verunglimpft.

Das ist ja leider auch heute noch im Sprachgebrauch so manches unserer Menschen drin. Ich erinnere mich an die Gründung eines Traditionsverbandes ehemaliger Offiziere der Nationalen Volksarmee, die in einem öffentlichen Aufruf das, was im Herbst 1989 bei uns passierte, als „Konterrevolution“ verunglimpften. Geschrieben im Dezember 1993!

Es kennzeichnet die Herrschaftsverhältnisse in der DDR, daß seit ihrer Gründung bis zum Sturz Erich Honeckers Opposition in der Volkskammer nur ein einziges Mal zu verzeichnen war, nämlich am 9. März 1972, als das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft gegen 14 Nein-Stimmen und bei 8 Stimmenthaltungen verabschiedet wurde. Und selbst hier – so ist mir erzählt worden – sollen sich die betreffenden Abgeordneten zuvor vorsichtig erkundigt haben, ob ihnen aus solcher abweichenden Stimmabgabe nicht persönlicher Schaden erwachse! Nein – ihre Verweigerung in diesem einen Falle war aus politischen Gründen von den Machthabern sogar gewünscht. Die CDU sollte in den Augen der Kirchen als ein verlässlicher und ihnen nahestehender Gesprächspartner wachsen.

Angesichts der Vielfalt möglicher Verhaltensweisen in einer Diktatur sind Opposition und Widerstand – ich deutete es schon an – einer allgemeinen Begriffsbestimmung weithin entzogen. Martin Broszat operierte in seinen Forschungen zu Opposition und Widerstand unter dem NS-Regime mit dem Begriff der Resistenz. Sie bedeutete für ihn allgemein „wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruchs, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her.“ Diese Definition läßt sich analog auch auf die SED-Herrschaft übertragen. Die Begriffe „Opposition“ und „Widerstand“ gebrauchte Broszat übrigens gleichwertig.

Karl Wilhelm Fricke, der uns nachher den Eröffnungsvortrag halten wird, gebraucht diese Begriffe synonym für politische Gegnerschaft, wobei er Opposition als politische Gegnerschaft begreift, „die sich relativ offen, relativ legal zu entfalten versucht“, während dem Widerstand „jede Möglichkeit zu offener und legaler Entfaltung von vornherein genommen ist“.

Christoph Kleßmann definiert politische Opposition in der DDR als „eine zumindest ansatzweise organisierte Form der Abweichung von der herrschenden politischen Linie mit erkennbaren ideologischen und politischen Alternativkonzepten“, wohingegen er Dissidenz als „bewußte, wenn auch partielle Verweigerung und Abweichung“ sieht, durchaus unterschieden von dem Begriff der Resistenz, wie Broszat ihn bestimmt hat.

Hans-Adolf Jacobsen, wie Karl Wilhelm Fricke auch ein Mitglied unserer Enquete-Kommission, unterscheidet im Hinblick auf den Nationalsozialismus „passiven Widerstand“, soweit Selbstbehauptung von Gruppen und Institutionen, weltanschaulicher Dissens, innere Emigration, Verweigerung und

bewußte, regimeschädigende humanitäre Hilfe vorliegen, und „aktiven Widerstand“, der als unbedingte Gegnerschaft das System auf jede nur erdenkliche Weise offensiv, konspirativ oder indirekt bekämpft, um qualitative Änderungen und schließlich den Sturz der Unrechtsherrschaft zu erwirken. Auch diese Begriffsbestimmung hilft, den Widerstand in der DDR zu erfassen.

In ihrer historischen Vielfalt reichten die Möglichkeiten und Formen oppositionellen und widerständigen Verhaltens in der DDR von der Verweigerung bis zum spontanen Protest, vom bewußten, demonstrativen Aufbegehren bis zu innerparteilicher Opposition, von der offenen Bildung von Bürgerinitiativen bis zum Widerstand, der sich konspirativ sammelte und aktiv handelte.

Es charakterisiert die Widersprüchlichkeit des Regimes, wenn das Strafgesetzbuch der DDR einen Paragraphen enthielt, wonach Freiheitsentzug bis zu zwölf Jahren zu gewärtigen hatte, „wer dazu auffordert, Widerstand gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu leisten.“ Hier wurde mit Sanktionen belegt, was im Staat der SED eigentlich gar nicht existieren durfte, weil es „keine objektiven politischen oder sozialen Grundlagen“ dafür gab.

Nach so viel theoretischem Einstieg wollen wir aber nun sehr rasch und energisch konkret werden. Ich danke all denen, die sich als Wissenschaftler und vor allem als Zeitzeugen bereiterklärt haben, uns bei unseren Fragen nach den Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens in der DDR behilflich zu sein.

Ich möchte Karl Wilhelm Fricke bitten, das Wort zu nehmen.

Karl Wilhelm Fricke (mit Beifall begrüßt): Herr Oberbürgermeister! Herr Vorsitzender! Verehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Mit dem, was Rainer Eppelmann hier zur Begriffsbestimmung von Opposition und Dissidenz, Resistenz und Widerstand in der DDR ausgeführt hat, kann ich mich so uneingeschränkt identifizieren, daß ich auf eigene Definitionsversuche verzichten möchte. Sie blieben nach meiner Auffassung ohnehin fragwürdig, weil sich Geschichte, auch die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR, als dialektischer Prozeß vollzieht und daher letztlich kaum definieren oder gar in das Prokrustesbett einer Theorie zwingen läßt.

Ich halte es deshalb mit dem Berliner Historiker Peter Steinbach, der im Blick auf den Widerstand unter dem Hakenkreuz-Regime einmal geschrieben hat, daß „nicht primär eine historisch gesättigte Theorie des Widerstands anzustreben“ sei, „sondern eine möglichst farbige, inhaltlich und historisch differenzierte Gesamtgeschichte des Widerstands.“

Eine solche Gesamtgeschichte wäre ein wichtiger Beitrag der Historiker zu einer Theoriebildung oder, zumindest, zu einer Begriffsbestimmung von Opposition und Widerstand auch unter dem Regime der SED. Welche historischen Sachverhalte und Verhaltensweisen aus der Nachkriegszeit in der

Sowjetischen Besatzungszone und aus den fünfziger Jahren in der DDR in eine solche Gesamtgeschichte einzubeziehen wären – eben dies will ich in der nächsten halben Stunde kurz aufzuzeigen versuchen als Einleitung zu einer hoffentlich lebhaften Diskussion mit den Zeitzeugen.

Der Befund, von dem Historiker bei ihren Forschungen über die Zeit des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Diktatur und der deutschen Kapitulation 1945 auszugehen hätten, wäre einfach, denn damals in der Stunde Null der Nachkriegsgeschichte regten sich auch im sowjetischen Okkupationsgebiet weder Opposition noch Widerstand. Zwar empfand bestenfalls eine Minderheit in der Bevölkerung die Zerschlagung des Dritten Reiches als Befreiung, wie groß der Schock über das Desaster auch war, aber alles Sinnen und Trachten der Menschen war damals vom Ringen um die bloße Existenz bestimmt, vom tagtäglichen Kampf um Essen, Wohnung, Arbeit.

Auch als kraft Besatzungsgewalt die ersten Maßnahmen zur Entnazifizierung eingeleitet wurden, regten sich Opposition und Widerstand mitnichten. Wie sollte es anders ein?

Ehemalige Nazi-Aktivisten und Kriegsschuldige leisteten keinen Widerstand. Solidarität konnten sie von niemandem erwarten. Selbst als im Sommer 1945 die ersten umfangreichen Verhaftungen einsetzten, als Internierungslager errichtet wurden, regte sich kein Widerstand, obwohl davon nicht nur Aktivisten und Mitläufer der NSDAP, sondern auch Beamte, Lehrer, Juristen, Kaufleute, Bankiers, Industrielle, sogenannte Großbauern und Gutsbesitzer betroffen waren, vielfach übrigens unabhängig von ihrer politischen Einstellung auf Grund ihrer sozialen Herkunft.

Neben Desillusionierung und Apathie, die der Zusammenbruch der Nazidiktatur weithin ausgelöst hatte, überzog bald allerdings auch lähmende Furcht große Teile der Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone. Nur eine bewußt politische, antifaschistisch gesinnte Minderheit war daher zunächst zur Zusammenarbeit mit der Sowjetischen Militäradministration und den deutschen Kommunisten bereit, wobei die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, der unmittelbar nach dem erstaunlich frühzeitigen Wiedererstehen politischer Parteien – KPD, SPD, CDU und LDP – entstand, durchaus als ein Gebot der Not vorerst widerstandslos hingenommen wurde. Kein Demokrat dachte im Sommer 1945 daran, daß die Einbindung in den Antifa-Block einmal mit der Tabuisierung jeder parlamentarischen Opposition enden sollte. Beseitigung der Trümmer und gemeinsamer Aufbau von Verwaltung und Versorgung – das war die Devise.

Zu wandeln begann sich diese Bewußtseinslage, als unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht oder auf deren unmittelbaren Befehl im Spätsommer und im Herbst 1945 die ersten rigorosen Eingriffe in die Wirtschafts- und Sozialstruktur der sowjetischen Zone einsetzten. Sie sollten das Terrain für eine „Revolution von oben“ bereiten. „Demokratische

Bodenreform“, „Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher“ – das waren die erklärten Zielsetzungen, die freilich zunächst unter dem Aspekt der Entnazifizierung gesehen wurden. Entnazifizierung wurde als Vehikel zum revolutionären Umbruch in Staat und Gesellschaft mißbraucht, was nun zwangsläufig allerdings erste oppositionelle Regungen auslösen mußte.

Ich erinnere an das Auftreten der beiden CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber gegen eine entschädigungslose Enteignung in der Bodenreform, das zu ihrer Absetzung kraft Besatzungsbefehl führte. Ich erwähne punktuelle Proteste gegen Enteignungen in der Industrie. In einzelnen Betrieben wurde – wie es in einer Geschichte der SED hieß – „mit Hilfe reformistischer Kräfte“ die gesamte Belegschaft gegen eine Enteignung mobilisiert. Es war kein Zufall, daß ein Volksentscheid zur Enteignungsfrage am 30. Juni 1946 auf Sachsen beschränkt blieb – in den übrigen vier Ländern verzichtete die SED darauf aus Furcht vor einer offenen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Opposition.

Im Kontext zu dieser Entwicklung ist die erste qualitative Veränderung im Parteiensystem der Sowjetischen Besatzungszone zu sehen. Nachdem schon die Maßregelung von Hermes und Schreiber die engen Grenzen tolerierter Opposition sichtbar gemacht hatte, waren es im Herbst 1945 und im Frühjahr 1946 die Umstände, unter denen KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammengeschlossen wurden. Neben jenen Sozialdemokraten, die aus Überzeugung oder Opportunismus Ja zur Fusion sagten, standen jene, die sich, unter dem Einfluß Kurt Schumachers zumal, beharrlich verweigerten.

Die Gründungsgeschichte der SED brauche ich hier nicht im einzelnen nachzuzeichnen, sie ist mehrfach wissenschaftlich thematisiert worden, nicht zuletzt von Hermann Weber, aber festzuhalten bleibt, daß neben viel Hoffnung und Illusion 1946 auch politische Intrigen, bewußte Täuschung, brutale Nötigung und geheimpolizeilicher Terror dabei waren, als die SED geschaffen wurde. Kein Mittel war der Führung der KPD und ihren sowjetischen Genossen zu gemein, um die Opposition vereinigungsunwilliger Sozialdemokraten zu brechen. Schon 1946 kam es auch zu Verhaftungen unter oppositionellen Sozialdemokraten.

So dauerte es nur wenige Monate, bis sich nach dem Vereinigungsparteitag sozialdemokratischer Widerstand zu aktivieren begann; er wurde in den Jahren 1947/48 um so stärker, je unverhohlener die Kommunisten in der vermeintlich geeinten Partei ihren Führungsanspruch durchsetzten.

Während es unter den führenden Sozialdemokraten der sowjetischen Zone nur einen einzigen Versuch gab, intern gegen die Stalinisierung der SED zu opponieren – ein entsprechendes Geheimgespräch Ende Mai 1948 bei Max Fechner wurde von Otto Grotewohl verraten und löste die Flucht Erich Gniffkes aus –, gingen an der Basis der Partei Tausende ehemalige

Sozialdemokraten zu illegalem Zusammenhalt über, sie knüpften Kontakte untereinander und zum Ostbüro der SPD, bildeten Gruppen und leisteten Widerstand, übrigens nicht selten unter Anknüpfung an Erfahrungen aus dem antifaschistischen Widerstand. Arno Wend, Dresden, Fritz Drescher, Halle, Hermann Kreutzer, Saalfeld – drei Namen von 5.000 Sozialdemokraten, die in sowjetische Zwangsarbeitslager oder in Zuchthäuser der späteren DDR gegangen sind, weil sie Sozialdemokraten bleiben wollten.

Auch der erste Schauprozeß vor dem Obersten Gericht der DDR, der am 29. April 1950 mit hohen Zuchthausstrafen endete, sollte, personalisiert auf die beiden Hauptangeklagten, Professor Willi Brundert und Dr. Leo Herwegen, den sozialdemokratischen Widerstand und die Opposition der CDU treffen.

Obwohl die während der ersten stalinistischen Säuberungsaktion in der SED im ersten Halbjahr 1951 durchgeführten Parteiausschlüsse, mehr als 150.000 an der Zahl, überwiegend ehemalige Sozialdemokraten betrafen, hat sich sozialdemokratischer Widerstand auch in den fünfziger Jahren punktuell immer wieder aktualisiert. Während des Aufstands vom 17. Juni 1953 trat auf, was die SED „starke Erscheinungen des Sozialdemokratismus“ nannte, in Leuna, Merseburg, Dessau, Halle, Weißenfels, Bernburg, Köthen – so ein Rechenschaftsbericht der SED-Bezirksleitung Halle. Analoges ist aus Ost-Berlin, aus Brandenburg, Sachsen und Thüringen zu belegen.

Mit der Einschmelzung der SPD in die Einheitspartei war die stärkste Konkurrenz der KPD in künftigen Wahlen ausgeschaltet. Die beiden bürgerlichen Parteien schienen im Antifa-Block unter Kontrolle. Ihre Duldung nährte eine Zeitlang sogar die Hoffnung auf eine parlamentarische Demokratie auch in der sowjetischen Zone.

Als allerdings CDU und LDP bei den ersten Nachkriegswahlen – den Gemeindewahlen im September und vor allem den Landtagswahlen im Oktober 1946 – überraschend gute Ergebnisse erzielten, waren die Kommunisten konsterniert. Um wenigstens die Opposition der bürgerlichen Parteien in den Landtagen zu konterkarieren, bestand die SED – im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht – auf einer Beteiligung aller Parteien an der Bildung der Landesregierungen. So blieb der Schein der antifaschistischen Einheitsfront gewahrt, obwohl die SED gleichzeitig die politischen Schlüsselstellungen in den neuen Landesregierungen einnahm. Mit vorläufiger Ausnahme von Sachsen-Anhalt stellte sie in den Ländern alle Regierungschefs, alle Innenminister, alle Volksbildungsminister.

In der Tat wurde Opposition in den Landtagen nur gelegentlich manifest. Sie blieb ohne nachhaltigen Einfluß auf die „Revolution von oben“, die der Sowjetischen Besatzungszone oktroyiert wurde. Wie wenig auch sonst Opposition hingenommen wurde, zeigte sich 1947, als die beiden CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer rigoros aus ihren Wahlämtern entfernt wurden, nachdem sie sich der SED-manipulierten „Volkskongreßbewegung für Einheit

und gerechten Frieden“ verweigert hatten. Ihre Nachfolger Otto Nuschke als Vorsitzender und Georg Dertinger als Generalsekretär führten die CDU auf den Weg zur opportunistischer Anpassung – was den späteren Außenminister Dertinger nicht davor bewahrte, 1954 als Haupt einer sogenannten Verschwörergruppe zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt zu werden.

Den Weg zwischen Widerstand und Gleichschaltung der CDU hat Michael Richter grundlegend erforscht. Zudem nenne ich die Arbeiten von Siegfried Suckut. Erwiesen ist heute, daß in der Nachkriegszeit und in den fünfziger Jahren mindestens 1.500 Funktionäre und Mitglieder der CDU – ihre Namen sind bekannt und belegbar – verhaftet und verurteilt wurden, unter ihnen Helmut Brandt, Staatssekretär im DDR-Justizministerium, der rund 14 Jahre in politischer Haft zubringen mußte.

In der LDP vollzog sich die Gleichschaltung nach dem Tode von Wilhelm Külz ähnlich konfliktreich. Zu erinnern ist hier an Hermann Becker, Fraktionsvorsitzender im Thüringischen Landtag, der 1948 ungeachtet seiner parlamentarischen Immunität verhaftet wurde und über acht Jahre in sowjetischen Zwangsarbeitslagern zubringen mußte.

Um den Einfluß von CDU und LDP im parlamentarischen Raum zu zernieren und ihr potentiellreservoir aufzuteilen, manipulierte die SED gemeinsam mit der Besatzungsmacht 1948 die Gründung zweier Satellitenparteien in Gestalt von NDPD – National-Demokratische Partei Deutschlands – und DBD – Demokratische Bauernpartei Deutschlands –. Opposition und Widerstand waren von ihnen infolge ihrer Durchsetzung mit kommunistischen Kadern von Anfang an nicht zu gewärtigen. Vor diesem historischen Hintergrund wollte und sollte die SED niemals mehr Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht zulassen, wie sie 1946 stattgefunden hatten. Schon im Vorfeld der DDR-Gründung, bei den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß im Mai 1949, wurde dem Volk nur mehr eine einheitliche Kandidatenliste mit vorher aufgeschlüsselter Mandatsverteilung zugemutet. Als sich der Deutsche Volksrat, formal vom Volkskongreß gewählt, am 7. Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer konstituierte, entfielen auf CDU und LDP nur noch je 45 von insgesamt 330 Mandaten. Opposition in der Volkskammer war somit von Anfang an aussichtslos. Rainer Eppelmann hat schon daran erinnert, daß es bis zum Sturz Honeckers nur einmal Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen in der Volkskammer gegeben hat.

Nachzutragen bleibt, daß starke Reflexe bürgerlicher Opposition während der fünf Nachkriegsjahre auch und gerade an Universitäten und Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone auszumachen waren. Hier boten Hochschulgruppen von CDU und LDP eine klare Alternative zu den Hochschulgruppen der FDJ, etwa in der akademischen Selbstverwaltung bei Studentenratswahlen.

Die Namen von Arno Esch, Wolfgang Natonek, Manfred Klein und Ge-

org Wrazidlo sind längst zu Synonymen für Opposition und studentischen Widerstand jener Zeit geworden. Arno Esch, Liberaler von Gesinnung und politischem Engagement, wurde 1949 gemeinsam mit anderen Kommilitonen in Schwerin vor ein Sowjetisches Militärtribunal gestellt und zum Tode verurteilt, 1951 in Moskau erschossen. Wolfgang Natonek – er ist vor zwei Monaten in Göttingen verstorben –, ebenfalls LDP und Studenratsvorsitzender in Leipzig, wurde 1949 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, von denen er acht Jahre verbüßen mußte. Manfred Klein und Georg Wrazidlo, beide CDU-Hochschulgruppe an der Humboldt-Universität Berlin, wurden 1947 mit etwa 20 anderen Studenten verhaftet. Die meisten kehrten wie Klein und Wrazidlo erst 1956 in die Freiheit zurück.

Namen, die für viele stehen, Zeugen von Opposition und Widerstand. Wie Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller in ihrer Untersuchung über Hochschule und Studenten in SBZ und DDR 1945 bis 1961 dokumentieren – sie erschien dieser Tage unter dem Titel „Anpassung/Widerstand/Verfolgung“ –, sind in dem benannten Zeitraum rund 1.200 Studenten verhaftet und in den Archipel GULag oder in Zuchthäuser der DDR verbracht worden. Die meisten ereilte ihr Schicksal in den Nachkriegsjahren bis 1950. „Von manchen fehlt bis heute jede Nachricht“ – resümieren die Autoren.

Als am 7. Oktober 1949 die DDR in die Geschichte eingetreten war, nahmen auch Opposition und Widerstand eine neue politische Qualität an. Schon im ersten Jahr des zweiten deutschen Staates wurde klar, wie definitiv die SED ihre Diktatur zu etablieren entschlossen war. Paradigmatisch geradezu die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit und der erste Schauprozeß vor dem Obersten Gericht. Ebenso charakteristisch die Einbindung von CDU und LDP in die Regierung unter Ministerpräsident Otto Grotewohl. Opposition im Parlament erklärte der neue Ministerpräsident rundheraus für „verantwortungslos“.

Nach dem Coup, mit dem sich unter Vermeidung von Wahlen der Volksrat zur Volkskammer konstituiert hatte, wurden zwar für den 15. Oktober 1950 Wahlen zur Volkskammer sowie zu den Landtagen und Kommunalparlamenten anberaumt, aber sie wurden entgegen der zwingenden Bestimmung in Artikel 50 der ersten DDR-Verfassung nicht „in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes“ durchgeführt, sondern als Einheitslistenwahl mit vielfach offener Stimmzettelabgabe inszeniert. Niemand war von dem Wahlergebnis 1950 – 99,7 % Ja-Stimmen – überrascht.

Natürlich provozierte diese Vorgehensweise Opposition und Widerstand. Sowohl in der Volkskammerfraktion der CDU – hier inspiriert durch Helmut Brandt – als auch in der Fraktion der LDP – hier auf Initiative des damaligen Generalsekretärs Günter Stempel – wurden Forderungen nach wirklich demokratischen Wahlen laut. Beide wurden, ohne daß ihre parlamentarische Immu-

nität aufgehoben wurde, kurz vor dem Wahltag verhaftet und später verurteilt: Brandt vom Obersten Gericht der DDR – ich erwähnte es schon –, Günter Stempel von dem Sowjetischen Militärtribunal in Berlin-Lichtenberg.

Ähnliche Schicksale, wenn auch nicht ganz so hart, erlitten andere bürgerliche Politiker, Landesminister, Landtagsabgeordnete, die entmachtet wurden und meistens flüchten mußten, um ihrer Verhaftung zu entgehen.

Die SED ging mit Brachialgewalt gegen alle vor, die sich für freie Wahlen einsetzten – auch in illegalen Widerstandsaktionen, die sich im wesentlichen allerdings darauf beschränkten, freiheitliche Parolen an Mauern und Hauswände zu malen oder Flugblätter zu verteilen, selbstgefertigte oder solche, die aus West-Berlin beschafft wurden.

Bezeichnend für diesen Widerstand: das Aufbegehren des Oberschülers Hermann Joseph Flade aus Olbernhau im Erzgebirge. Als 18jähriger war er am 16. Oktober 1950 festgenommen worden, genau einen Tag nach den ersten Volkskammerwahlen, nachdem er in den Tagen zuvor Flugzettel gegen die Einheitswahlen verteilt hatte. Da er sich seiner Festnahme durch zwei Volkspolizisten zunächst hatte widersetzen können, und zwar unter Einsatz eines Messers, konstruierte das Landgericht Dresden nach seiner Verhaftung daraus einen Mordversuch und verurteilte den Oberschüler am 10. Januar 1951, drei Monate nach der Tat, wegen Boykotthetze zum Tode. Nur landesweiter Protest erzwang in einer Revisionsentscheidung schließlich die Umwandlung in 15 Jahre Zuchthaus, von denen Hermann Joseph Flade rund zehn Jahre verbüßen mußte.

Sein Fall war beispielgebend für zahlreiche andere Oberschüler, nicht zuletzt für 19 Oberschüler aus Werdau, mit deren Verurteilung sich die Enquete-Kommission in ihrer Anhörung in Rostock schon beschäftigt hat. Allein im Land Sachsen waren 1950 laut einer offiziellen Statistik der Hauptabteilung Justiz in der Kanzlei des sächsischen Ministerpräsidenten 499 politische Strafsachen anhängig. Zitat: „Bis zur Volkswahl am 15. Oktober 1950 überwogen die Delikte, welche die Agitation zum Zwecke der Beeinflussung der politischen Meinung zum Gegenstand hatten.“ So kann man es auch formulieren.

Ihre dramatische Zuspitzung erfuhr die Situation in der jungen DDR in den Jahren 1952/53, wozu Opposition und Widerstand logischerweise erheblich beigetragen haben. Ursächliches Moment war der auf der 2. Parteikonferenz der SED offiziell proklamierte „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR, eine Strategie und Taktik, die mit der Zentralisierung im Staatsaufbau, der widerstandslosen de-facto-Auflösung der fünf Länder, mit einer „Verschärfung des Klassenkampfes“ – also verschärfter innerer Repression –, dem weiteren Ausbau der Schwerindustrie zu Lasten des Konsums, mit forciertem Übergang zur Kollektivierung der Landwirtschaft und nicht zuletzt mit dem Aufbau DDR-eigener Streitkräfte verbunden war.

Zur unmittelbaren Reaktion der Bevölkerung gehörte auch ein unaufhaltsames

Anschwellen des Flucht- und Abwanderungsstromes. 1952 verließen 182.000 Menschen die DDR, 1953 waren es 331.000. Da diese „Abstimmung mit den Füßen“ durchaus destabilisierend wirkte, muß sie meines Erachtens den oppositionellen Verhaltensweisen zugerechnet werden, auch wenn ich mir bewußt bin, daß jeder, der aus politischen Gründen in den Westen wechselte, damit auch gleichzeitig das Widerstandspotential in der DDR dezimierte.

Die Verschärfung der inneren Situation ließ sich im übrigen schon im Spätherbst 1952 an punktuellen Streiks ablesen, aber auch an nicht immer unproblematischen Widerstandsaktionen, die von Arbeitelangsam-Parolen bis zu Sabotageakten reichten. Die Gefängnisse füllten sich, erste Todesurteile wegen politischer Delikte wurden verhängt und vollstreckt, Ende 1952 wurden Karl Hamann, Mitvorsitzender der LDPD und Minister für Handel und Versorgung, Ex-Politbüromitglied Paul Merker, Anfang 1953 Außenminister Dertinger verhaftet. Gegen die evangelische Junge Gemeinde, die sich ihre Unabhängigkeit gegenüber der FDJ bewahrt hatte, setzte ein massives Kesseltreiben ein, und ähnliche Symptome mehr sind zu verzeichnen.

Die Wetterzeichen der Zeit wiesen auf Sturm. Zu deuten wußten sie die Herrschenden in Ost-Berlin nicht. Auch nach Stalins Tod am 5. März 1953 hielten sie an ihrer stalinistischen Politik fest. Erst durch Intervention aus dem Kreml wurden sie zu einem „Neuen Kurs“ veranlaßt, der eine Reihe taktischer Zugeständnisse verhielt. Indes konnte der Aufstand der Massen dadurch nicht mehr verhindert werden. Seine Geschichte ist weithin erforscht – durch Arnulf Baring etwa, aus jüngster Zeit durch Torsten Diedrich, Manfred Hagen und nicht zuletzt durch Armin Mitter.

Immerhin kam es am 16. und 17. Juni 1953 sowie in den Tagen danach zu Streiks, Demonstrationen und Unruhen in 373 Städten und Ortschaften in der DDR einschließlich Ost-Berlins, von wo aus der Massenprotest seinen Ausgang genommen hatte. Betroffen waren vor allem Ost-Berlin und die Industrieregionen der Berliner Randgebiete, ferner Magdeburg, Halle mit Buna und Leuna, Jena, Leipzig, die Chemieregion Bitterfeld, Dresden, Niesky, Bautzen und Görlitz.

Auch um das Scheitern des Aufstandes weiß jedermann. Mit sowjetischer Waffengewalt konnte das Regime der SED gerettet und gesichert werden – über 1.600 Demonstranten wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, eine Reihe von ihnen standrechtlich erschossen, hier in Jena – wie vorhin schon erwähnt – der Arbeiter Helmut Diener.

Als der Gärtner Ernst Jennrich, übrigens ein Sozialdemokrat, wegen Beteiligung am Juniaufstand in Magdeburg zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde, erwirkte der Staatsanwalt des Bezirkes ein Todesurteil. Seinen Protest vom 27. Juli 1953 begründete er wie folgt: „Eine lebenslängliche Freiheitsstrafe kann unmöglich ausreichende Sühne ... sein. Des weiteren ist diese Strafe nicht geeignet, unserer Ordnung und unseren Staatsorganen den erforderli-

chen Schutz zu geben, da bekanntlich Verbrecher dieser Art eine Strafe auf Lebenszeit als zeitlich begrenzt betrachten, weil sie stets mit Regimewechsel und Umsturz rechnen und hierdurch ihre Befreiung erwarten.“ Ende dieses Zitats, das jeden Kommentar erübrigt.

Die Konsequenzen, die der Juniaufstand für die SED selbst zeitigte, fanden ihren augenfälligen Ausdruck im Sturz Wilhelm Zaissers, Mitglied des Politbüros und Minister für Staatssicherheit, sowie Rudolf Herrnstadts, Kandidat des Politbüros und Chefredakteur des „Neuen Deutschland“. Ob das, was sie taten, als innerparteiliche Opposition zu qualifizieren ist, ist eine Frage der Definition. Zweifellos haben sie im engsten Führungskreis über eine Erneuerung der SED und über eine Alternative zu Walter Ulbricht diskutiert, weil sie ein Desaster auf die Partei zukommen sahen; andererseits wollten sie die Politik der SED keineswegs prinzipiell ändern. Sie suchten neue Wege zum alten Ziel. Insofern sind Vorbehalte gegen ihre Opposition durchaus begründet.

Dieselbe Frage stellt sich bei der Wertung eines anderen Konflikts, der 1957/58 in der Führung der SED aufbrach. Unter maßgeblichem Einfluß von Karl Schirdewan, damals Mitglied des Politbüros und für Kaderpolitik zuständiger Sekretär des Zentralkomitees, hatten sich mehrere führende Genossen untereinander auf ein Gegenkonzept zur Politik Ulbrichts verständigt. In offizieller Version wurden sie beschuldigt, eine „opportunistische Gruppe“ gebildet zu haben, „die versucht hätte, die politische Linie der Partei zu ändern.“ Neben Schirdewan hatten dazu Ernst Wollweber, damals Minister für Staatssicherheit, Gerhard Ziller, damals ZK-Sekretär für Wirtschaft – er nahm sich am 17. Dezember 1957 das Leben –, Fred Oelssner, einst Chefideologe der SED, und Exminister Fritz Selbmann gehört. Waren auch sie dem oppositionellen Spektrum zuzurechnen?

Wiederum hängt eine Antwort auf diese Frage davon ab, wie Opposition begrifflich eingegrenzt wird. Mit Gewißheit läßt sich freilich sagen, daß die Gruppe um Schirdewan durchaus Rückhalt im Funktionärskader und in Teilen der Mitgliedschaft der SED besessen hat. Insoweit ist sie für Ulbricht – anders als Zaissers und Herrnstadt – ein reales politisches Risiko gewesen. Vielleicht bringen Schirdewans Memoiren, die in Kürze erscheinen sollen, Klarheit in dieses Zwielflicht.

Weniger Schwierigkeiten bereitet es, die sogenannte revisionistische Opposition einzuordnen, die 1956 in Auswirkung des XX. Parteitages der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED auftritt, indem sie sich öffentlich artikuliert. Die Rede ist von einer geistig-politischen Einstellung unter Wissenschaftlern und Studenten, Intellektuellen und Schriftstellern, zumeist Mitgliedern der SED, deren Intentionen nicht auf einen Bruch mit dem Marxismus-Leninismus hinausliefen, sondern auf den Kerngedanken, ihn von den Fesseln des Stalinismus und des Dogmatismus zu befreien.

Die revisionistischen Oppositionellen, die sich auf Ernst Bloch, auf Georg Lukács, auch auf Leo Trotzki beriefen, glaubten grundsätzlich an die Möglichkeit, den Sozialismus/Kommunismus zu demokratisieren, zu humanisieren. Mit ihnen verbanden sich, wie bei Hermann Weber und Martin Jänicke, neuerdings auch bei Stefan Wolle nachzulesen ist, Namen wie Fritz Behrens, Arne Benary, Wolfgang Harich, Walter Janka, ferner Günther Zehm an der Universität Jena, Gerhard Hasse, Joachim Hoffmann, Erich Loest, Ralf Schröder und andere in Leipzig und in Halle.

Die Führung der SED dürfte die Opposition der Intellektuellen vor allem aus der Erwägung gefürchtet, wohl auch überschätzt haben, weil sie am Beispiel der Unruhen in Polen und des Aufstands in Ungarn 1956 hatte erleben müssen, wie opponierende Intellektuelle ein Bündnis mit streikenden, mit aufständischen Arbeitern schlossen und zu gemeinsamer Aktion fanden. Tatsächlich hat es auch in der DDR im Herbst 1956 und im Frühjahr 1957 erneut punktuelle Streiks und andere Protestaktionen in Betrieben gegeben.

Interessant ist im übrigen, daß sich im Unterschied zur revisionistischen Opposition in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch studentische Oppositionszirkel wie der „Eisenberger Kreis“ in Jena um Thomas Ammer, Hans Frömel, Peter Herrmann und andere zusammenfanden, die sich politisch nicht am Sozialismus orientierten, deren historisches Ideal z. B. Claus Graf Schenk von Stauffenberg war. Es gab eine Gruppe um Heinrich Blobner in Halle, die eine durchaus bürgerliche Alternative als Programm erarbeitet hatte. Das Oberste Gericht zitierte in seinem zweitinstanzlichen Urteil gegen Blobner und andere daraus folgende Forderungen, die Hinweise auf das geben, was man wollte:

1. Sturz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik;
2. Änderungen in der Führung der SED und Beseitigung ihrer führenden Rolle;
3. Erteilung von Lizenzen für westdeutsche Betriebe;
4. Reprivatisierung kleinerer volkseigener Betriebe;
5. Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften;
6. Beschränkung der Wirtschaftsplanung auf die wichtigsten Dinge;
7. Auflösung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Staatssicherheit;
8. Austritt aus dem Warschauer Pakt.

Das waren Forderungen wohlgerneht aus der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre! Von Sozialismus war keine Rede mehr.

Mit Ausnahme von Behrens und Benary wurden alle von mir hier namentlich Genannten zu Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt. Das Regime machte nicht den geringsten Versuch, sich mit dieser Opposition politisch

auseinanderzusetzen. Trotzdem blieben es nicht die letzten Ansätze studentischen Widerstands, wie die illegale Bildung eines National-Kommunistischen Studentenbundes an der damaligen Technischen Hochschule Dresden belegt. Im April 1959 wurde eine Reihe Mitverschworener mit Strafen bis zu zehn Jahren Zuchthaus belegt.

Mit diesen Beispielen studentischen Widerstands aus den fünfziger Jahren komme ich zum Ende meiner Ausführungen. Zwar ist für die späten fünfziger Jahre eine Konsolidierung der SED-Diktatur erkennbar – ein Indiz dafür war die 1959/60 verschärfte Politik der Kollektivierung der Landwirtschaft –, man sah die SED wieder in der Offensive, aber auch neue Formen von Opposition und Widerstand sollten aufkommen, im gegebenen Zusammenhang speziell das als „revisionistisch“ verworfene Agrarwirtschaftsprogramm von Kurt Vieweg, einst Landwirtschaftssekretär des ZK, der dafür mit zwölf Jahren Zuchthaus bestraft wurde. Aber auch Widerstandsaktionen auf dem Lande bis hin zu Sabotageakten, Brandstiftungen, die wiederum mit drakonischen Strafen geahndet wurden, kennzeichnen diese Phase.

Andererseits schwoll im Kontext dazu auch die Flucht- und Abwanderungsbewegung erneut an. 1959 verließen rund 144.000 Menschen die DDR, 1969 waren es 200.000.

Für wie aktuell die herrschende Politbürokratie Opposition und Widerstand hielt, ließ als Gegenmaßnahme der verstärkte Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit erkennen. 1957 zählte der Überwachungs- und Unterdrückungsapparat bereits 17.500 hauptamtliche Mitarbeiter.

Zu den Legenden der fünfziger Jahre gehört die Version, Opposition und Widerstand in der DDR wären auf äußere Einwirkung zurückzuführen, zumal auf die Ostbüros der demokratischen Parteien in West-Berlin und Bonn, auf das Gesamtdeutsche Ministerium, auf die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, deren „Agenten“ sozusagen überall die Finger im Spiel gehabt hätten. Zwar sind solche Einwirkungen versucht worden, aber es wäre absurd, sie als wesentliche Ursache für Opposition und Widerstand zu deuten. Die politische Kausalität war eher umgekehrt: Weil und nachdem innere Gegensätze in der SBZ/DDR Opposition und Widerstand hervorbrachten, entstanden in West-Berlin und Bonn auch logistische Zentren, um Unterstützung zu gewähren.

Selbst die Einwirkung westlicher Geheimdienste auf die DDR der fünfziger Jahre sollte nicht überschätzt werden. Es hat sie selbstverständlich gegeben, aber ihre politische Entwicklung haben sie nicht zu prägen vermocht. Opposition und Widerstand sind durch die Geheimdienste kaum inspiriert oder provoziert worden.

Bleibt zum Schluß zu fragen, was Opposition und Widerstand in den fünfziger Jahren in der DDR politisch bewirkt haben. Solange der Bestand des Regimes durch die in der DDR stationierten Sowjettruppen garantiert war, vertraglich

abgesichert mit der Regierung der UdSSR, konnte ein grundsätzlicher Wandel oder gar ein Zusammenbruch der SED-Diktatur nicht erwartet werden. Das wäre unrealistisch und eine Überforderung von Opposition und Widerstand gewesen. Indes haben sie durch ihr Wirken die Herrschenden in Ost-Berlin und Moskau ständig zu taktischen Rücksichten genötigt. Ohne Opposition und Widerstand wären Willkür und Repression in der DDR der fünfziger Jahre unverhältnismäßig drückender gewesen. Vornehmlich das Trauma des 17. Juni 1953 hat die Herrschenden nie mehr verlassen. Es war in ihrem politischen Kalkül bis zuletzt. Als Erich Mielke im Kreise seiner Paladine am 31. August 1989 über die Lage in der DDR beriet, fragte er, laut Protokoll, angstvoll: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“ Seine Ahnung hatte ihn nicht getrogen. (Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank an Karl Wilhelm Fricke. Ich hoffe, daß diese Veranstaltung heute und morgen dazu beiträgt, über den Kreis von informierten Wissenschaftlern hinaus bekanntzumachen, daß es in der DDR ebenfalls politischen Widerstand gegeben hat und daß das mehr gewesen ist, als ein Revolutionsversuch am 17. Juni 1953.

Ich bitte jetzt unseren Freund und Kollegen Weber nach vorn. Es wird das nun folgende Gespräch moderieren.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Meine Damen und Herren! Verehrte Anwesende! Karl Wilhelm Fricke hat uns, wie ich finde, in hervorragender Weise die Ausmaße, aber auch die Rolle und die Funktion von Widerstand und Opposition in den vierziger und fünfziger Jahren skizziert. Das Ziel dieser Zeitzeugenbefragung ist es nun, dies an einzelnen Punkten zu vertiefen.

Man muß sich ja fragen, welche Faktoren dazu geführt haben, daß sich diese Opposition in so vielfältiger Weise artikuliert hat. Ich denke, wenn wir uns noch einmal vor Augen halten, was Karl Wilhelm Fricke als Hintergrund hier nachgezeichnet hat, dann sind es in der Tat mehrere parallel laufende Entwicklungen. Da ist etwa die Zerschlagung von demokratischen Ansätzen, die 1945 allein schon durch die Bildung des neuen Parteiensystems gegeben waren. Es ist etwa der Zug zur Spaltung Deutschlands, der immer deutlicher wurde, vor allem aber die Tatsache, daß das bestehende Parteiensystem umgestaltet und radikal verändert worden ist. CDU und LDP wurden zu Blockparteien domestiziert, die Sozialdemokraten in die SED eingeschmolzen. Daß die SED dann im Zuge ihrer Stalinisierung – Karl Wilhelm Fricke hat die Zahlen genannt, man muß sich das nur einmal vorstellen! – 150.000 Mitglieder allein in den Jahren 1950/51 aus der Partei ausschloß, zeigt, daß sie auch eine innere Veränderung vollziehen mußte.

Dies alles ist hier natürlich nicht nachzuvollziehen, weil wir mit unseren vier Zeitzeugen nur ganz bestimmte Aspekte werden nachzeichnen können. Es ist aber wichtig zu sehen, daß die politische Opposition auf verschiedenen

Ebenen bestand, ob das nun sozialdemokratischer, christdemokratischer oder liberaldemokratischer Widerstand war. Es gab auch in der Massenpartei SED – vergessen Sie nicht, daß sie in den Jahren 1948/49 fast 2 Millionen Mitglieder hatte! – einen großen Anteil an selbständigem Denken, das ausgerottet werden mußte, wenn die SED-Führung ihre Diktatur ausbauen wollte.

Wenn ich sagte, daß es vier Zeitzeugen sind, werden Sie auf unser Programm schauen und sagen, daß da aber fünf erwähnt wurden. Ich muß Ihnen bedauerlicherweise mitteilen, daß ein Zeitzeuge hier nicht anwesend sein kann. Es ist Ulf Müller. Wenn er schon nicht hier ist, will ich wenigstens einige Worte über ihn sagen, weil er eben ein Typus des sozialdemokratischen Widerständlers war.

Ulf Müller stammt aus einer alten gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Familie. Sein Großvater war der bekannte Bergarbeiterführer Husemann, den die Nazis umbrachten. Er selbst hat als Sozialdemokrat in Halle in Verbindung mit dem schon erwähnten Ostbüro der SPD gewirkt, aber eben nicht, wie die SED später behauptete, als „Agent“ dieses Ostbüros. Ulf Müller stand in Opposition zur Einschmelzung der Sozialdemokraten in die kommunistische SED und dann vor allem deren Stalinisierung. Er hat das mit einer sehr langen Zuchthausstrafe bezahlen müssen, die er zum großen Teil in Bautzen verbüßt hat. Müller gehört zu denjenigen, die in der Folgezeit auch in der politischen Bildung immer wieder klarzumachen versuchten, daß die Behauptung der SED, sie sei die Fortführung der deutschen Arbeiterbewegung, eine Legende ist.

Es tut mir außerordentlich leid, daß er nicht hier ist. Um so mehr freue ich mich, die übrigen vier Zeitzeugen hier begrüßen zu können.

Ich fange ausnahmsweise nicht mit der Dame an, sondern mit dem weitaus Ältesten unter uns, meinem Freund Adam Wolfram, 92 Jahre alt, trotzdem hierhergekommen. (Beifall)

Allein das zeigt schon, mit wem wir es hier zu tun haben. Ich habe zu ihm gesagt, daß meine wichtigste Aufgabe hier sein wird, ihn zu bremsen. Er ist meistens nicht zu bremsen. Wie man mit 92 Jahren noch ein solches Gedächtnis, solche geistige Beweglichkeit und vor allen Dingen auch Temperament haben kann, ist mir immer wieder ein Rätsel, aber ich freue mich natürlich jedesmal darüber, und Sie werden das nachher auch feststellen können.

Ich begrüße Frau Elisabeth Graul unter uns. Sie wird von etwas anderem berichten. Ich will gleich sagen, daß ich die Zeitzeugen ansonsten nicht vorstelle. Sie werden das in der ersten Runde selbst kurz tun.

Ich begrüße Herrn Prusko zu meiner Linken und Herrn Finn, den Sie ja alle kennen, zu meiner Rechten.

Ich denke, daß wir so verfahren, daß sich die Zeitzeugen zunächst kurz

vorstellen, damit Sie wissen, mit wem Sie es hier zu tun haben. Diese Vorstellung soll relativ kurz sein. In einer zweiten Runde wollen wir erfahren von den Zeitzeugen, worin ihre konkrete Teilnahme an der Opposition bestand, was ihre Beweggründe waren, so daß wir ein Bild bekommen. Wir werden dann über eine Reihe weiterer Fragen eine Podiumsdiskussion haben. Mit Blick auf die Uhr schätze ich, daß wir nach etwa einer Stunde den Abgeordneten und Sachverständigen Fragen an unsere Zeitzeugen ermöglichen.

Ich darf also beginnen und bitte zunächst Adam Wolfram, zu seiner Person etwas zu sagen.

Adam Wolfram: Ich kann nur über die Entwicklung in Mitteldeutschland in der Zeit von 1945 bis 1951 berichten. 1951 bin ich nach dem Westen geflohen, um nicht wieder hinter Gittern zu sitzen, wie es bereits in der Nazizeit der Fall war. Ich bitte also zu berücksichtigen, daß ich nur für diese erste Periode, die aber meiner Ansicht nach grundlegend für die gesamte Entwicklung der späteren DDR war, berichten kann.

Von Beruf bin ich Bergmann. Ich bin bereits mit 17 Jahren Mitglied der Bergarbeiterorganisation geworden, habe dann unter anderem auch in der ersten Wirtschaftsschule des Landes Thüringen in Jena mit einem Stipendium des Landes einen Lehrgang mitgemacht und bin 1925 bereits Sekretär und Geschäftsstellenleiter der Bergarbeitergewerkschaft in Bitterfeld bei Halle geworden. In der Nazizeit, aus der Wohnung und aus der Existenz hinausgeworfen, habe ich mich als Reisevertreter durchgeschlagen, bin dann von der Gestapo verhaftet worden und mehrere Monate in „Schutzhaft“ gewesen. Dann bin ich in den Krieg gezogen, habe aber nicht viel geschossen. Ich bin meistens dort gewesen, wo nicht so viel geschossen wurde. Aber am Kriegsende hat es mich dann doch noch erwischt. Bei den Kämpfen um Berlin bin ich verwundet worden.

Dann brach das Nazireich zusammen, und wir kamen nach Hause und sahen Not und Elend, Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung vieler Menschen, die nicht nur Haus und Hof, sondern auch die Existenz und jede Lebensgrundlage verloren hatten.

Die Alten, die die Nazizeit überlebt hatten und Gewerkschafter waren, fanden schnell zusammen in der Überzeugung, etwas tun zu müssen, um den Menschen zu helfen, ihnen wieder Hoffnung zu machen, damit sie ihr weiteres Leben meistern. Wir gründeten die Gewerkschaften. Bezeichnend ist dabei vielleicht, daß es bei uns in Mitteldeutschland überhaupt keine Diskussion darüber gab, ob die früheren Richtungsgewerkschaften wieder entstehen sollten oder ob wir von vornherein eine Einheitsgewerkschaft schaffen. Alle, ob Kommunisten, Sozialdemokraten oder Christdemokraten, waren der Meinung, daß es nur e i n e Gewerkschaft geben sollte. So wurde der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund für Mitteldeutschland gebildet.

Ich wurde bereits im September 1945 auf einer Konferenz in Halle mit der Mehrheit der Delegiertenstimmen zum 2. Landesvorsitzenden gewählt, konnte aber nicht 1. Vorsitzender werden, weil eine Absprache zwischen Kommunisten und Besatzungsmacht bestand, wonach immer ein Kommunist erster Mann sein mußte. So wurde dann im gesamten Gewerkschaftsbund von unten bis zur Spitze der erste Mann immer der Kommunist, und der zweite Mann wurde ein Sozialdemokrat, ein Freier Demokrat oder ein CDU-Mann. So lief die Entwicklung.

Jetzt möchte ich noch kurz sagen, daß ich bei den ersten Parlamentswahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt über den Wahlvorschlag der Gewerkschaften als Mitglied des Landtages gewählt wurde. 1946/47, als eine große Kohlennot herrschte, wurde ich dann zum Vorsitzenden einer Kohlenkommission mit 60 Mitgliedern aus allen Bereichen – Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Vertreter aus Handel und Versorgung usw. – gewählt und habe dann für den kommenden Winter in einer Großaktion dafür gesorgt, daß die Menschen in jenem Winter wenigstens ein paar Sack Kohlen bekommen haben, um ihre Wohnungen heizen zu können. Auch darüber werde ich noch einiges zu sagen haben.

Im Januar 1948 wurde der Präsident des Landtages in die Wüste geschickt, weil er ein altes SPD-Konto mit einem erheblichen Geldbetrag bei einer Bank verheimlicht hatte. Dies war natürlich der beste Anlaß, ihn auszubooten. Er wurde dann als Kurdirektor in ein Kurbad an der Ostsee geschickt, und ein neuer Präsident mußte gewählt werden. Im Landtag von Sachsen-Anhalt hatten CDU, LDP und Bauernvereingung die Mehrheit. Es gab keine SED-Mehrheit. Die SED schlug einen Kommunisten vor, und die anderen Parteien lehnten ihn ab. Dann haben sie verhandelt und verhandelt, und dann ist einer auf den schlaun Gedanken gekommen, nicht einen Parteimann, sondern einen Gewerkschafter als Präsidenten zu nehmen. So kam dann der Adam Wolfram als Kandidat für den Posten des Landtagspräsidenten in die Sitzung und wurde von allen Parteien einmütig gewählt.

Dies dauerte bis zum Ende der Legislaturperiode am 15. Oktober 1950. Dann war meine Präsidentschaft zu Ende, weil inzwischen in Verbindung mit dem Prozeß gegen Willi Brundert usw. schwere Beschuldigungen gegen mich vorlagen. Ich wurde dann also mein Amt los.

An einem Sonntag im Dezember 1949 kam eine Kontrollkommission vom Gewerkschaftsbund aus Berlin nach Halle. Man brach meine Schränke und meinen Schreibtisch im Gewerkschaftsbüro auf und suchte dort belastendes Material gegen mich. Am anderen Tag stellte ich fest, daß alles durchwühlt war, fragte in Berlin nach und erfuhr vom Vorsitzenden Warnke folgendes: „In den nächsten Tagen kommt eine Kommission und überprüft die Sache; von uns liegt kein Auftrag vor, deine Schränke zu durchsuchen!“ – Aber gemacht haben sie es!

Es wurde eine lange Sitzung bis gegen Mitternacht. Dort sollte ich dann eingestehen, daß ich schwerwiegende Fehler in der Wirtschaftsentwicklung, im Wirtschaftsaufbau, in der Personalpolitik begangen und bei der Besetzung von wirtschaftlichen Funktionen selbständig gehandelt hätte. Das seien schwere Fehler, die ich nun endlich abstellen müsse.

Daraufhin habe ich die Brocken hingeworfen und gesagt: „Macht euren Dreck alleine!“ – Ich bin nach Hause gegangen und damit aus der Gewerkschaftsarbeit ausgeschieden.

Ein halbes Jahr später erhielt ich Kenntnis davon, daß die Staatssekretärin des Kultusministeriums gegen mich Strafanzeige beim Landgericht in Halle wegen „Verbrechens gegen das Volksvermögen“ erhoben hatte. Ich war verantwortlich für den Wiederaufbau des Landestheaters und habe dieses auch bis zur Einweihung fertiggestellt. Die Einweihungsrede durfte aber nicht der Präsident halten, der zwei Jahre lang den Aufbau geleitet hatte, sondern ein Kommunist von der Stadt hat dann die Eröffnungsrede gehalten. Der Etat war um 240.000 Mark überschritten worden, und zwar deshalb, weil der Bauausführende, Professor Hemmerling aus Weimar, die Rechnungen in seinem Schubkasten liegengelassen und nicht beim Kuratorium eingereicht hatte, so daß wir dann bei der Abrechnung vor der Tatsache standen, daß ein Berg unbezahlter Rechnungen mit einem Betrag von 240.000 Mark da war, und dafür wollte man mich aufhängen.

Das war also der Grund für die Strafanzeige. Als ich dann dem Generalstaatsanwalt, mit dem ich persönlich gut bekannt war, sagte, daß er mich wegen so einem Quatsch nicht einfach unter Anklage stellen könne, antwortete er: „Du bist doch so ein alter Fuhrmann und mußt wissen, daß dann, wenn die Partei den Auftrag gibt, gegen dich Anklage zu erheben, der Staatsanwalt auch eine Begründung dafür findet, das ist doch ganz klar.“ – Damit wußte ich Bescheid, und ich habe am nächsten Tag die DDR verlassen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Frau Graul, ich darf Sie bitten, etwas zu Ihrer Person zu sagen.

Elisabeth Graul: Ich habe in Erfurt, in Weimar und zuletzt in West-Berlin Musik studiert mit dem Hauptfach Klavier und unterrichte noch heute an der Musikschule „Georg Philipp Telemann“ in Magdeburg. Sehr in den Vordergrund getreten ist inzwischen die schriftstellerische Tätigkeit. Unter anderem gehört dazu auch die Aufarbeitung meiner politischen Vergangenheit.

Im letzten Jahr in West-Berlin bin ich Mitglied des „Widerstandskreises der Jugend der Sowjetzone“ geworden. Das war eine Verbindung von Studenten, jungen Lehrern, Angestellten, die etwas gegen die abermals wachsende neue Diktatur tun wollten. Wir hatten uns nach 1945, nach der Beendigung des Dritten Reiches, unwahrscheinlich einzubringen versucht. Wir wollten etwas Neues aufbauen und merkten sehr bald, daß sich hier eine neue Diktatur anbahnte. Im einzelnen wird dazu sicherlich nachher etwas zu sagen sein.

Diese Widerstandstätigkeit erstreckte sich vom Herbst 1950 bis zum Juli 1951. Ich war damals Mitglied des West-Berliner Sekretariats dieser Widerstandsbewegung, die an den legalen westdeutschen „Bund Deutscher Jugend“ angegliedert war. Wir waren also die illegale ostdeutsche Schwesterorganisation, wurden also von dort auch unterstützt und angeleitet.

Wir alle wurden im Juli 1951 plötzlich verhaftet. Ob da Verrat im Spiele war, ist bis heute unklar. Ich werde mich weiter bemühen dahinterzukommen. Auf jeden Fall wurde die ganze Gruppe aufgelöst. Es wurden vielleicht 30 Leute verhaftet. Ich weiß das bis heute nicht ganz genau. Etwa 100 Mitglieder gab es. Die meisten sind wahrscheinlich noch „in den Westen gegangen“, wie es damals hieß, oder sie sind nicht bekanntgeworden.

Ich bekam dann 15 Jahre Zuchthaus nach Art. 6 der Verfassung der DDR und der Kontrollratsdirektive 38/III A 3. Dazu gehörten Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre, fünf Jahre Berufsverbot und Vermögenseinzug. 1957 reduzierte noch Wilhelm Pieck die Urteile dieses Prozesses, weil man damals wahrscheinlich schon gemerkt hatte, daß die Strafen für das, was wir getan hatten, doch ziemlich irrsinnig waren. Es blieben für mich zehn Jahre und sieben Monate. Die sieben Monate ergaben sich durch die Nichtanrechnung der Untersuchungshaft, weil wir bei den Vernehmungen „nicht aufgeschlossen genug“ waren – Begründung durch Frau Benjamin!

Ich habe diese Zeit voll abgesehen, wurde dann nach Magdeburg entlassen, nicht zurück in meine Heimatstadt Erfurt, weil dort niemand mehr war. Seitdem lebe ich in Magdeburg. Ein Familienzusammenführungsversuch meiner Tante aus Hannover über Herrn Rechtsanwalt Vogel wurde nicht genehmigt, und so habe ich denn dort ausgeharrt und mich einzubringen versucht. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Schönen Dank. Herr Prusko, darf ich Sie bitten?

Georg Prusko: Mein Name ist Georg Prusko. Ich bin Sohn eines Bergarbeiters aus Oberschlesien, der gleichzeitig Gewerkschaftler war. Nach der Kriegsgefangenschaft kam ich 1947 nach Dresden, war dort in der Versicherungsanstalt Sachsen, VAS, in Dresden tätig, wurde gleichzeitig in die BGL, also in die Betriebsgewerkschaftsleitung, und von der Jugend als Jugendleiter des Betriebes gewählt. Als es unerträglich wurde mit dem SED-Sekretär, bin ich dann zum CDU-Kreisverband Dresden als Sozialsekretär gegangen und hatte dort 45 Betriebsgruppen zu betreuen. Anschließend wurde ich Kreisgeschäftsführer der CDU in Meißen. Ich war dort bis zum 17. Juni 1953 Geschäftsführer.

Nach der Verhaftung hat man mich mit sechs Jahren Zuchthaus bestraft, Art. 6 der Verfassung und Kontrollratsdirektive (KD) 38, die üblichen Sühnemaßnahmen. Ich habe meine Strafe in Bautzen, Waldheim und Magdeburg zum größten Teil abgesehen. Das ist das, was ich zu meiner Person sagen

will. Nachher kann ich einige Beispiele im Hinblick auf Widerstand und diese Dinge nennen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Finn, darf ich Sie bitten?

Gerhard Finn: Ich mache es genauso kurz. Ich bin Jahrgang 1930, habe von 1945 bis 1948 hier in Jena im Amtsgerichtsgefängnis und dann in Buchenwald gesessen, bin herausgekommen, habe die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit mit gegründet, habe dort etwa acht oder neun Jahre mitgearbeitet und bin anschließend in Hannover und Bonn journalistisch tätig gewesen. 1965 bin ich in das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen eingetreten und war dort bis zur Auflösung des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen – das ist dann umbenannt worden – jahrelang Pressereferent. Danach bin ich ins Bundesinnenministerium gekommen. Zur Zeit bin ich dort beurlaubt und arbeite hier als Referent in der CDU-Arbeitsgruppe der Enquete-Kommission mit.

Ich hoffe, daß ich sehr viel über den Widerstand der Kampfgruppe sagen kann. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Meine Damen und Herren! Sie haben aus den Lebensdarstellungen unserer vier Zeitzeugen gesehen, welche Schwerpunkte wir hier setzen können, das heißt wo ihre Erfahrungen liegen. Es sind teilweise Erfahrungen in Organisationen, wie sie hier Herr Wolfram und Herr Prusko einzubringen haben; es sind darüber hinaus aber auch Erfahrungen aus der Jugendarbeit. Es geht also um Bereiche, die, wenn Sie an den Vortrag von Herrn Fricke denken, beim Thema Opposition und Widerstand immer eine große Rolle gespielt haben, also zum einen der organisierte Widerstand von Parteien und Organisationen, zum anderen aber vor allem Jugendwiderstand werden hier abgedeckt. Selbstverständlich bleiben eine ganze Reihe von offenen Problemen.

Mein Vorschlag wäre, daß wir so anfangen, daß Herr Wolfram und Herr Prusko zunächst erklären, wie in ihren Organisationen der Prozeß der Verdrängung demokratischer Strukturen stattgefunden hat, wie also auf der einen Seite, wie wir schon gehört haben, der FDGB als eine Einheitsgewerkschaft entstand, aber doch dominiert durch Kommunisten, und zwar einfach deswegen, weil in der Phase, die wir hier behandeln, die Sowjetische Militäradministration letztendlich allein die Befehlsgewalt hatte. Wir sollten dann versuchen, die Erfahrungen wiederzugeben, die wir in der CDU im konkreten Falle vor Ort haben. Vielleicht können wir mit Herrn Prusko anfangen.

Georg Prusko: Als ich aus der Gefangenschaft kam, wollte ich mit der Politik nichts mehr zu tun haben. Ich wollte nicht einmal in die Freiwillige Feuerwehr. Ich bin dann aber im Betrieb in die CDU-Betriebsgruppe hineingerutscht, ohne daß ich es richtig wollte.

Als ich fünf Monate dort war, ging es um die Aufstellung der Kandidaten

für die BGL-Wahl. Ich war damals 23 Jahre alt und hatte keine Lust zu kandidieren, weil ich keine Ahnung von der Politik hatte. Die Kollegen haben mir aber gesagt: „Du mußt kandidieren, denn wenn die CDU einen weniger aufstellt, dann kommt ein SED-Mann dazu. Vor allen Dingen brauchen wir einen jungen Mann.“ Das waren nämlich alles ältere Herren. Ich habe gesagt: „Na ja, da kann nichts passieren, ich bin erst ein halbes Jahr im Betrieb“ – da waren knapp 4 000 Angestellte –, „also könnt ihr mich ruhig aufstellen.“

Ich bin also aufgestellt worden. Die SED hatte damals folgendes gemacht, und deshalb erzähle ich das: Sie hatte eine Kandidatenliste vorgeschlagen, auf der immer die ersten drei Kandidaten SED-Leute waren, Nr. 4 CDU, Nr. 5 LDP. Man hatte damit gerechnet, daß erstens die Kandidaten nicht bekannt seien, daß zweitens die Leute bequem seien und die ersten 14 anstreichen würden, was bedeutet hätte, daß neun Mitglieder von der SED und fünf von CDU und LDP gestellt worden wären.

Es passierte aber folgendes: Am Tage der Wahl ging von Tisch zu Tisch die Parole „Wählt nicht die Roten“ – teilweise hat man gesagt: „die roten Generale“ –, „sondern wählt das Einmaleins mit der Vier und mit der Fünf“. – Ich selbst hatte gar nicht mehr an die Wahl gedacht. Um drei war die Wahl zu Ende. Alle fünf CDU-Leute und alle vier LDP-Leute sind gewählt worden, und die SED hat auch nur fünf gehabt. Es ist also genau umgekehrt gewesen.

Hier hat man gesehen, daß die Belegschaft genau gewußt hat, was sie macht, und nicht bereit war, die SED-Leute zu wählen. Das war das eine.

Das zweite kam gleich hinterher. Man hat zu mir gesagt: „Sie sind jetzt 23 Jahre; Sie müssen jetzt die Jugendarbeit organisieren.“ – Na ja, mir blieb nichts anderes übrig.

Um keine Politik zu machen, habe ich eine Spielgruppe und eine Instrumentengruppe im Betrieb aufgebaut – der Betrieb hat es bezahlt – und habe da gearbeitet.

Ein halbes Jahr später kam der Parteisekretär und sagte: „Herr Kollege, so geht das nicht! Sie machen nur Kultur, Sie machen keine Politik!“ – Darauf sagte ich: „Ich habe keine Ahnung von der Politik.“ – Da sagte er: „Ich werde Ihnen helfen.“ – Also hat er vorgeschlagen, vor der Jugend drei Vorträge über den dialektischen und historischen Materialismus zu halten. Die Kollegen, die mich in der Jugendarbeit unterstützt haben, haben gesagt: „Laß den mal reden!“ – Dann bin ich zur CDU. In Dresden war damals Wolfgang Ulrich, der spätere Direktor des Dresdner Zoos, Vorsitzender der CDU. Er sagte: „Laß ihn das machen, hinterher halte ich von der CDU aus drei Vorträge.“ – Und da hat er also in den drei Vorträgen alles wieder kaputtgemacht, was der SED-Sekretär aufgebaut hatte.

Genauso war es bei der Wahl. Ich wollte mich nicht zur Wahl stellen. Ich

habe mich dann gestellt. Der SED-Vertreter der Jugend hat ungefähr 25 % der Stimmen bekommen, und ich habe 75 % bekommen.

Eine weitere Frage, die auch hier hineingehört, ist, wie die Ortsverbände der CDU damals politisch funktioniert haben. Der Kreisverband Dresden der CDU hatte damals 7.000 Mitglieder. Wenn wir die Zahlen von heute hören, wissen wir, daß das eine hohe Zahl war. Als Geschäftsführer mußte ich ja praktisch die Leute betreuen. Ich bin also von Ortsverband zu Ortsverband. Damals gab es von Berlin, von Otto Nuschke, bereits jeden Monat ein Thema, über das ein Vortrag gehalten werden mußte. Das ist folgendermaßen gelaufen: Wenn ich in einen Ortsverband kam – ich kannte ja meine Vorsitzenden –, dann stand der Vorsitzende schon an der Tür und sagte: „Heute ist die Luft rein, heute kannst du frei reden, so wie es ist.“ – Oder er hat gesagt: „Hier sind zwei fremde Leute im Saal, die kenne ich nicht, also halte dein übliches 08/15-Thema.“

So haben wir also in den Verbänden den Kontakt gehalten. Damals, 1951/52, als es die große Verhaftungswelle bei den Bauern gab, bestand noch die Möglichkeit, daß man als Geschäftsführer und damit als Mitglied des sogenannten Demokratischen Blocks zum Staatsanwalt ging und versuchte, für diese Leute etwas herauszuholen. Viel ist dabei nicht herausgekommen, aber einiges konnte man doch verändern.

Adam Wolfram: Nach meiner Ansicht begann die Diktatur der SED und der Kommunisten in Mitteldeutschland mit der Deklaration der Alliierten am 5. Juni 1945, in der sie der jeweiligen Besatzungsmacht für ihr Besatzungsgebiet volle Souveränität zusprachen. Von diesem Zeitpunkt an war die Besatzungsmacht die oberste Gewalt in ihrem Gebiet. Alles, was sie befahl, war Gesetz. Die deutschen Gesetze waren aufgehoben, für ungültig erklärt, und an die Stelle der Gesetze trat nun der Befehl der Besatzungsmacht.

Marschall Schukow erließ als Befehl Nr. 1 die Mitteilung an die Bevölkerung der Sowjetzone, daß er für seinen Bereich die Sowjetische Militäradministration mit dem Sitz in Berlin eingerichtet habe und alle Geschehnisse in diesem Besatzungsgebiet nach den Befehlen dieser Stelle durchzuführen seien.

Wir waren ja von Jugend auf gewohnt, die Gesetze als Rechtsgrundlage unseres gesellschaftlichen Lebens anzusehen, aber das galt jetzt nicht mehr. Jetzt galt nur noch der Befehl, und hinter dem Befehl standen die Panzer und Maschinenpistolen der Besatzungstruppen. Jeder Versuch, den Befehl zu umgehen, zu unterlaufen oder nicht zur Kenntnis zu nehmen, wurde mit härtesten Strafen verfolgt.

Die Besatzungstruppe bzw. die Administration hatte eine eigene sowjetische Besatzungsgerichtsbarkeit eingeführt, die sogenannten Sowjettribunale. Diese behandelten alle Straftaten. Verstöße gegen die Befehle, Sabotageakte, Spionage, Verleumdungen der Besatzungsmacht – das waren so die vier Hauptbereiche, für die dieses sowjetische Tribunal zuständig war. Es tagte

geheim. Über die Urteile, ihre Begründung usw. erfuhr die Öffentlichkeit nichts.

Um nur ein krasses Beispiel zu sagen: Ein alter Freund von mir mit Namen Fritz Drescher war bereits bei den Nazis wegen illegaler politischer Arbeit für die Sozialdemokraten vier Jahre im Zuchthaus. Er war nach 1945 Vizepräsident der Bezirksregierung in Merseburg. Nach der Auflösung der Regierungsbezirke wurde er Landesforstinspekteur, also der höchste Beamte der Landesforstverwaltung in Sachsen-Anhalt. Er hat die Vereinigung von KPD und SPD auf Grund der Erfahrungen der früheren Jahrzehnte begrüßt. Für dieses Eintreten für die Einheit mußte er sehr, sehr bitter bezahlen. 1948 hat er in einer Rede an seine Verwaltungsangestellten die Maßnahmen der Besatzungsmacht kritisiert und den Raubbau, der teilweise in den Wäldern unseres Landes durch die Besatzungsmacht getrieben wurde, und vor allen Dingen die Jagdausübung während der Schonzeit des Wildes offen angeprangert. Kurze Zeit später lag er im Krankenhaus, um sich auszukurieren. Da kamen ein paar Russen, holten ihn aus der Krankenstube und sperrten ihn im „Roten Ochsen“ ein. Er saß mehr als ein halbes Jahr in Untersuchungshaft und kam dann vor das Tribunal. Das Tribunal fällt das Urteil „dreimal 25 Jahre Zwangsarbeit“, nämlich einmal für Spionage, einmal für Untergrundbewegung und einmal für Verleumdung der Besatzungsmacht.

Er kam dann von Halle nach Bautzen, hat zwei oder drei Jahre in Bautzen gesessen, wurde dann von dort nach Workuta in Sibirien in das berüchtigte Lager eingeliefert und mußte im Bergbau arbeiten. Er war von Beruf Kaufmann. Die Familie hat mehr als drei Jahre lang keine Ahnung gehabt, ob der Vater noch am Leben war oder nicht. Erst nach vier Jahren kam aus Workuta eine Postkarte mit der Nachricht, daß er noch lebe.

Er kam dann 1958 halbtot, schwer herzkrank und mit offener Tuberkulose zurück. Wir trafen uns dann in Düsseldorf wieder. Ich kann Ihnen sagen, der Mann wog noch 90 Pfund, als er zurückkam. Er hat 14 Jahre seines Lebens hinter Gittern gesessen, zuerst bei den Nazis, dann bei den Kommunisten und dann bei den Russen.

Das sind Schicksale, die keine Einzelfälle sind. Ich könnte ihnen an den Fingern beider Hände ähnliche Fälle aufzählen, in denen Menschen, die für die Bevölkerung, für eine demokratische Entwicklung unseres gesellschaftlichen Lebens und für die Einheit eintraten, einfach weggeholt wurden und dann dafür zum großen Teil mit Zuchthaus oder gar mit dem Leben bezahlten.

Was taten wir in den Organisationen? Ich habe eingangs bereits erklärt, daß unser Bestreben dahin ging, den Menschen, die wir als Organisation und dann auch als Partei zu betreuen hatten, zu helfen, das Leben zu meistern. Es fehlte doch an allen Ecken und Enden.

Da kam ein Anruf von meinen Kollegen aus Stendal. In der Nacht waren sowjetische Truppen in die Stadt eingedrungen, hatten Fenster und Türen

eingeschlagen und die Frauen und Mädchen vergewaltigt. Ja, was machst du nun? Du bist Gewerkschaftler! Das war eine Aufgabe, die ich allein nicht lösen konnte. Da bin ich zum Ministerpräsidenten Professor Hübener gegangen und habe gesagt: „Herr Ministerpräsident, wir müssen da etwas unternehmen; das gibt eine Revolte dort; die Männer weigern sich, in der Nacht auf Arbeit zu gehen, weil sie ihre Familien vor Überfällen usw. bewahren wollen.“

Dann sind wir beide zum General. Der General wurde fuchsteufelswild und sagte: „Kommen Sie mit, wir fahren alle nach Stendal!“ – Da sind wir mit dem General nach Stendal gefahren. Dort stellte sich heraus, daß das nicht die Truppen der Kommandantur waren, sondern Truppen, die in den Wäldern an der Grenze biwakierten. Sie hatten aus Übermut diese Streiche begangen.

Es wurde mit Berlin telefoniert, und dann kam die ganze Generalität in sein Zimmer. Der General sagte zu den Vertretern aus der Bevölkerung: „Meine Herren, sagen Sie Ihren Leuten, sie sollen ihre Arbeit wieder aufnehmen und Ruhe bewahren; die Truppen werden abgezogen, und wenn die Täter gefunden werden, werden sie hart bestraft.“ –

Ich habe zu Wilhelm Treumann gesagt: „Also schön, das ist noch einmal gutgegangen, ihr werdet jetzt Ruhe haben; aber sorgt dafür, daß jetzt nicht noch ein Durcheinander kommt, sonst wird es schlimm!“ – Aber das lief dann. Ob sie die Täter gefunden haben, weiß ich nicht.

Dann ein Streik in einer großen Maschinenfabrik in Burg bei Magdeburg. Zwei Offiziere kommen in mein Büro: „Du mitkommen, streiken!“ – Ich sagte: „Nein, da bin ich nicht zuständig, ich bin für Wirtschaft zuständig, Politik ist 1. Vorsitzender.“ – „Nix 1. Vorsitzender, du mußt mitkommen!“ –

Was blieb mir übrig? Da bin ich mitgefahren nach Burg. Dort stand die ganze Belegschaft. Ich fragte: „Was ist denn los bei euch?“ – Die Antwort: „Wir kriegen nichts zu futtern, kein Brot, ein Fett, keine Wurst, nichts! Mit leerem Magen können wir nicht mehr arbeiten! Macht mit uns, was ihr wollt!“ – Da bin ich dann mit den Offizieren hineingegangen und habe gesagt: „Also, die Leute müssen etwas zu essen haben! Wenn sie nichts zu essen haben, können sie nicht arbeiten!“

Jetzt ans Telefon. Da wurden das Versorgungsamt in Wanzleben und ein oder zwei weitere Versorgungsämter angerufen. Sie sollten jetzt Lebensmittel zusammenholen. Ein paar Lastwagen wurden weggeschickt. Mittags um 2.00 oder 3.00 Uhr kamen die Lastwagen vollbeladen mit Fleisch, Wurst, Fett und Schmalz. Das wurde dann verteilt. Ich habe die Arbeiter dann gefragt, ob sie jetzt wieder arbeiten. „Ja“, sagten sie, „jetzt arbeiten wir wieder.“

Sehen Sie, das sind Kleinigkeiten, aber die Menschen waren froh, daß sie wieder arbeiten konnten. Sie waren auch froh, daß sie etwas zu essen hatten. Aber daß das in den anderen Kreisen weggeholt wurde und die Leute dort die gleiche Not litten, das hat keiner gesagt.

Solche Dinge sind natürlich sehr oft passiert.

Eines will ich noch sagen, was den Widerstand anbetrifft. 1947 bekam ich einen Anruf von Berlin, mich morgen gegen Mittag im Büro des Zentralsekretariats einzufinden. Ich fahre los und komme dorthin. Da kommen Ulbricht und Max Fechner, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden. Der Ulbricht fängt an, mir einen Vortrag über die Schwierigkeiten der Personalbesetzung zu halten. Die Zentralverwaltungen, die geschaffen worden waren, konsumierten sehr viele Leute. Und er sagte: „Du sollst also Vizepräsident der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung werden.“

Der LDP-Mann, der vorher Vizepräsident der Zentralverwaltung war, war gerade vor ein paar Tagen verhaftet worden. Das war der vierte innerhalb von zwei Jahren, der auf diesem Posten saß und geschleudert wurde. Ich sollte wahrscheinlich der fünfte sein.

Ich habe gesagt: „Nix, mache ich nicht.“ Da haben sie mich beknielt. Am Abend kamen dann Pieck und Grotewohl und wollten mich zwingen. Der Pieck schmunzelte: „Adam, das ist doch eine Ehre für dich, wenn wir dir einen solchen Posten anbieten, und du kannst eine solche Funktion ausüben!“ Ich sagte: „Ja, ja, das kenne ich.“ Und als ich immer noch den Kopf schüttelte, sagte er: „Das ist ein Parteibefehl. Du hast den Parteibefehl, und als Parteimitglied mußt du den befolgen!“ Ich sagte: „Ja, aber nur dann, wenn ich fähig bin, diesen Posten zu bekleiden; und dazu bin ich nicht fähig. Das kann ich nicht.“

Die ganze Nacht haben sie mich beknielt, und ich habe nein gesagt. Und damit war meine Verbindung zur Partei im Eimer. Nachher wurde ich ziemlich kaltgestellt, und ich war gar nicht böse darüber. Ich habe nie eine Parteiapparatsfunktion innegehabt, sondern immer versucht, von Gewerkschaftsseite aus die Dinge zu meistern und dort Hilfe zu gewähren, wo Hilfe notwendig war. Und ich glaube, wir haben in den Jahren von 1946 bis 1950 eine ganze Reihe von Dingen gemacht. Beispielsweise haben wir für die Bergarbeiter gegenüber anderen eine Zusatzlebensmittelkarte durchgesetzt, die sie bekommen haben. Wir haben Zehntausende von Tonnen freier Kohle gefördert, um den Menschen im Winter Kohlen außerhalb des Planes, der von Karlshorst, von Berlin aus aufgestellt wurde, in die Wohnungen liefern zu können. Und so ging das weiter. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Ich bedanke mich für diese beiden Beiträge, die an Hand persönlicher Erinnerungen einmal die Schwierigkeiten zeigen, unter denen damals nicht nur Politik gemacht, sondern überhaupt gelebt wurde – es ging um das nackte Überleben –, die zum anderen auch zeigen, wie vielfältig die Schwierigkeiten waren, unter denen man politisch in dieser sich anbahnenden Diktatur arbeiten oder auch nicht arbeiten konnte.

Mir wäre es recht, wenn wir jetzt versuchen könnten, mit meinen beiden

Nachbarn zur Rechten einmal die Formen des Widerstandes, also auch die Frage, wie man sich mit anderen zusammengetan hat, zu erörtern. Es geht ja nicht nur darum, wie die Resistenz des einzelnen einzuschätzen ist – das ist ein wichtiger Punkt bei jeder Widerstandsforschung –; aber Widerstand als solcher beginnt da, wo er organisierte Formen annimmt, wo man sich mit anderen abspricht. Wie ist das gelaufen?

Wir könnten im Anschluß dann noch einmal versuchen zu prüfen, wie es kam, daß eben in dieser frühen Phase der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR eigentlich die organisierte Form der politischen Widerständigkeit nicht an die Opposition der Zeit des Nationalsozialismus anknüpfen konnte.

Vielleicht können Sie beginnen, Herr Finn. Was können Sie uns aus Ihrer Erinnerung sagen? Was waren die Schritte, die man tat, um eben aus dieser Resistenz des einzelnen heraus zum organisierten Widerstand zu kommen?

Gerhard Finn: Ja, meine Damen und Herren, am 17. Oktober 1948 sprachen zum erstenmal in der Öffentlichkeit ehemalige politische Häftlinge aus den damals noch Konzentrationslager genannten Speziallagern der sowjetischen Besatzungsmacht und Geflüchtete aus dem Uranbergbau um Aue über die unglaublich schlechten Verhältnisse, die Unmenschlichkeiten, in diesen Lagern.

Zu der Veranstaltung in West-Berlin hatten die Junge Union, die Jungen Liberaldemokraten Berlins, die Studentenschaft der Freien Universität Berlin, die Liga für Geistesfreiheit und der Demokratische Jugendverband eingeladen. „Nichtstun ist Mord“ war damals unser Motto, später „Schweigen ist Mord“.

An diesem Tag wurde die Organisation einer Gruppe beschlossen, die gegen das neue System der Unmenschlichkeit kämpfen wollte und sich den Namen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) gab. Die Veranstaltung sollte schon früher stattfinden, doch hatte sich aus Angst vor der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren deutschen Helfern zunächst kein ehemaliger Häftling bereit gefunden, öffentlich über seine Erlebnisse zu reden. Berlin hatte ja noch eine offene Grenze.

Ich habe damals in mehreren Veranstaltungen unter anderem über meine fürchterlichen Erlebnisse als Fünfzehnjähriger – ich sagte es schon – von Dezember 1945 bis Mai 1946 hier im Amtsgerichtsgefängnis Jena berichtet, dem damaligen Sitz einer operativen Gruppe der sowjetischen Geheimpolizei, und dann aus Buchenwald.

Unsere Aufgabe sahen wir damals zunächst in der Information über den Terror in der Ostzone und im Aufbau einer Suchdienstkartei, weil Zehntausende von Deutschen verschwunden waren und noch verschwanden, ohne daß die Angehörigen etwas über ihren Verbleib erfuhren.

Mit von einem Anwaltsbüro geschenkten Karteikarten und einem Karteikasten, den uns die Frau eines RIAS-Redakteurs, der in der Ostzone verschwunden

war, schenkte, habe ich diese Suchdienstkartei im November 1948 begonnen. Wir forderten hierfür in Interviews ehemalige politische Häftlinge auf, uns Namenslisten von verstorbenen oder noch in den Lagern gebliebenen Mithäftlingen zur Verfügung zu stellen.

Unser „Büro“ war zunächst das Wohnzimmer des ersten Leiters der Gruppe, Rainer Hildebrandt, der aus dem Widerstandskreis von Haushofer kam und selbst bei den Nazis in Haft gewesen war. In vielen Diskussionen – ich lege großen Wert darauf, das nachträglich immer wieder zu betonen – haben wir jungen Menschen uns damals gesagt, daß wir nicht den gleichen Fehler wie unsere Väter machen wollten, nämlich zu einer Diktatur zu schweigen. Wir wollten etwas dagegen tun. Und zu einem dieser Gespräche kam um die Jahreswende 1948/49 ein Kriminalbeamter hinzu, der uns fragte, ob wir uns denn überhaupt im klaren darüber seien, mit wem wir uns jetzt anlegten, wer unser Gegner sei: die sowjetische und die Ostzonen-Geheimpolizei. Er gab uns ein paar Tips zum Schutz. Nunmehr legten wir uns Decknamen zu, gingen aus Furcht vor Entführung jeweils auf der linken Straßenseite, also dem Autoverkehr entgegen, und Rainer Hildebrandt legte sich abends die Listen mit den Namen unserer Zeugen für die Häftlingskartei unter das Kopfkissen.

Im Korridor vor dem in demselben Haus angemieteten großen Zimmer, in dem wir inzwischen mit zehn Personen arbeiteten, hingen wir ein großes Schild auf, mit dem wir vor unvorsichtigen Gesprächen warnten. Das waren zunächst unsere Abwehrmaßnahmen. Dieser Korridor war als Warteraum ständig gefüllt mit Menschen aus der ganzen Zone, die ihre verschwundenen Angehörigen suchten. Ich schrieb mit der Hand – eine Schreibmaschine hatten wir nicht – stundenlang und tagelang Karteikarten.

Dann aber kamen die Angehörigen immer öfter mit der Bitte, auch den Namen des Denunzianten des Abgeholt festzuhalten, und überhaupt machte man Angaben über Kommunisten, die selbstherrlich in diesem oder jenem Ort der Ostzone wirkten und ihnen unliebsame Leute verhaften ließen. Man müsse so etwas festhalten, um sie nach der Besatzungszeit, die ja in einigen Jahren vorbei sein würde, zur Verantwortung zu ziehen. Ich fing also eine zweite Kartei an. Meine erste Hilfe war ein junges arbeitsloses Mädchen, das seine Vergewaltigungen durch sowjetische Besatzer nicht in Zahlen, sondern in Stunden angab. Ich sage das, um einmal die Stimmung von damals ein wenig zu beschreiben.

In der Ostzone und aus West-Berlin verschwanden immer wieder Menschen. Der Terror ging weiter und hatte nichts mit der Verfolgung von Nazi- oder Kriegsverbrechern zu tun. Ich füge das hier an, um die damalige Situation der offenen Grenze in Berlin deutlich zu machen und den „Erfolg“, den Zulauf zur KGU, zu erklären. Wir jungen Leute sahen uns plötzlich in der Rolle der letzten Hoffnung für Tausende von Verzweifelten und konnten zunächst nichts tun, als das Unrecht zu kartieren.

Der Terror nahm ungeahnte Ausmaße an. Allein 1950, also im ersten Jahr der DDR, wurden in politischen Prozessen von Sowjetischen Militärtribunalen und DDR-Gerichten mindestens 67 Todesurteile – davon sieben durch DDR-Gerichte – verhängt. Die Militärtribunale verhängten gegen mindestens 210 Personen 4.415 Jahre Arbeitslager, die DDR-Gerichte gegen 93 Personen 676 Jahre Zuchthaus. Vier Personen wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Waldheimer Prozesse sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Nun arbeiteten wir aber alle ehrenamtlich, waren Arbeitslose, Studenten, und mußten unseren Unterhalt woanders verdienen, so daß wir keine geregelten Arbeitszeiten hatten. Wir waren ein gutwilliges Provisorium, das unter den Anforderungen schier zusammenbrach. Und wir waren alle Laien, die einem skrupellosen Apparat gegenüberstanden.

Mit der Zulassung der Kampfgruppe, der KgU, am 23. April 1949 durch die Alliierte Kommandantur – Lizenzträger waren neben Rainer Hildebrandt der junge Schriftsteller Günther Birkenfeld, die Studenten Ernst Benda, der spätere Bundesrichter, CDU, Herbert Geisler und Winfried von Wedel-Parlow, F.D.P. – erhielt die KgU finanzielle Hilfen von der Ford Foundation. Das ermöglichte uns einen geordneten Bürobetrieb und vor allem das Anmieten eines Hauses in Berlin-Nikolassee. Ein aus dem Widerstand gegen die Nazis kommender Büroleiter, Heinrich von zur Mühlen, und später sieben neue Mitarbeiter aus der Kriminalpolizei Berlins waren das Gerüst für die weitere Arbeit. Zunächst geschah dies mit Flugblättern, in denen vor Spitzeln gewarnt und zum passiven politischen Widerstand aufgerufen wurde.

In der Bevölkerung der DDR, vor allem bei der Jugend, regte sich der Widerstand. Die KgU wurde von jungen Leuten geradezu überlaufen, die einerseits Angaben über Spitzel und Vorgänge in der DDR machten und andererseits Flugblätter haben wollten, um den Machthabern und ihren kleinen Ulbrichts zu zeigen, daß sie nicht unbeobachtet seien und zur Verantwortung gezogen würden – eines Tages.

Auch hier wieder der Drang, nach dem Fehlverhalten der Väter nicht wieder durch Schweigen oder Passivität schuldig zu werden. Wir, die jungen Leute, wir fühlten uns in unserer Haltung zur neuen Diktatur in der Ostzone bestätigt, aber niemand konnte sich zunächst vorstellen, daß das Verteilen von Flugblättern, das Werfen von Stinkbomben in SED-Versammlungen zuchthauswerte Delikte waren. Der Staatssicherheitsdienst reagierte äußerst hart. Jeder mit Flugblättern Gefaßte wurde wegen illegaler Gruppenbildung zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. Die KgU lehnte deshalb Anfang 1951 jeden Kontakt mit Jugendlichen ab und verteilte ihre Flugblätter dann mit großen Wetterballons, die in West-Berlin und an der Zonengrenze gestartet wurden.

In der DDR bildeten sich aber immer neue Widerstandsgruppen unterschiedlichster Art. Ich erinnere mich noch an einen Jungen meines damaligen Al-

ters, der zur KgU kam, sich vorstellte und die Mitarbeit einer 40köpfigen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, Landesverband Mecklenburg, anbot und stolz einen Ausweis mit Stempel vorzeigte. (Heiterkeit)

Mit Entsetzen habe ich ihm die Gefahr einer solchen, jeglicher Konspiration widersprechenden Organisierung erklärt. Ich habe von dem enttäuscht weggehenden jungen Mann und seiner Gruppe nichts wieder gehört.

So gab es etliche Gruppen, die einen Mann zur KgU schickten. Obwohl es nicht zur Zusammenarbeit kam, wurden sie als KgU-Gruppe dann später zu schwersten Strafen verurteilt. Es wurden aber auch einige Jugendliche, mit denen ich selbst hinterher gesprochen habe, z. B. im Zusammenhang mit Scheunenbränden so lange geprügelt, bis sie eine Verbindung zu der ihnen gar nicht bekannten KgU zugaben. So baute sich das MfS eine Superorganisation KgU auf, die es gar nicht gab, um seinen Terror zu begründen.

Der erste schwere Schlag traf uns dann im Februar 1952, als ein Freund, der 28jährige Chemiestudent Wolfgang Kaiser, nach Ost-Berlin entführt, im August 1952 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Wolfgang hatte in einem Karnickelstall auf unserem Bürogelände aus Buttersäure Stinkbomben zum Stören von SED-Veranstaltungen hergestellt und später mit Schwefelsäure Abwurfvorrichtungen für unsere Flugblattballons konstruiert. In einer großen Propagandaaktion war er zum Chefchemiker der KgU gemacht worden, nachdem er, unter Drogen gesetzt, während des Prozesses die unglaublichsten Dinge zugab.

Damit lief auch eine große psychologische Propagandaaktion an, bei der das MfS alle Register seines skrupellosen Könnens zog, wie es erst nach dem Zusammenbruch der DDR aktenkundig und für viele erst jetzt glaubhaft wurde. Mit zuzugebendem Geschick wurden westdeutsche Politiker und Medien eingeschaltet – der „Stern“ war auch schon damals dabei –, um die Gefahr der KgU für den Weltfrieden darzustellen. Die KgU, die schon ab 1950 zu Spenden für die Menschen in der DDR aufrief – unser Slogan: „Dein Päckchen nach drüben“ –, die Patenschaft der West-Berliner mit den Ost-Berliner Bezirken gefordert hatte – „Stadtgemeinschaft Berlin“ –, den „Freiheitsbund deutsch-russische Freundschaft“ und das „Informationsbüro West“ mitgegründet und schließlich mit Millionen Flugblättern den Slogan „Europa – mein freies Vaterland“ verbreitet hatte, paßte nicht mehr in die damalige politische Landschaft. Mit der Forderung nach einem Wehrbeitrag der jungen Bundesrepublik hatte sie zudem in die Innenpolitik eingegriffen und stand einer großen Partei entgegen.

Unter diesen politischen Aspekten wollten wir trotzdem den Anforderungen vieler, vor allem junger Menschen aus der DDR gerecht werden und – vom sicheren, relativ sicheren West-Berlin aus – ihren Widerstand gegen das SED-Regime unterstützen. Über den RIAS wurden Namen von Spitzeln verbreitet. Informationen, die wir aus allen Lebensbereichen der DDR bekamen, wurden

in Informationsschriften, Broschüren und Flugblättern umgesetzt. Gegen besonders brutale Wachtmeister – meine Spezialität – in den Haftanstalten wurden Steckbriefe versandt. Aus einer sächsischen Haftanstalt wurden mit Hilfe gefälschter Schreiben drei jugendliche Häftlinge entlassen und nach West-Berlin geschleust. Wir waren jahrelang die einzige Organisation, die das neueste Fahndungsbuch der Volkspolizei zur Verfügung hatte und Reisende vor Fahrten durch die DDR warnen konnte.

Das alles führte unter anderem auch dazu, daß die KgU offiziell für die Überprüfung der inzwischen zu Tausenden – Herr Fricke hat es gerade vorhin erwähnt – nach West-Berlin kommenden Flüchtlinge eingesetzt wurde. Hieraus ergaben sich wiederum neue Informationen über den Partei- und Staatsapparat der DDR, die umgesetzt werden konnten.

Wie wurden aber die Informationen umgesetzt? Die KgU schickte Drohbriefe an besonders schlimme Funktionäre der DDR mit dem Hinweis, daß man sie registriert habe und nach der immer noch in absehbarer Zeit erwarteten Wiedervereinigung zur Rechenschaft ziehen werde. Auf gefälschten Briefbogen versandte Parteiausschlüsse, Einladungen zu Besichtigungen von Haftanstalten oder des gerade entdeckten „Spionagetunnels“ an der Sektorengrenze sollten zu Verunsicherungen führen. Aber auch sogenannte administrative Störungen wurden erfunden, indem z. B. Bestellungen von volkseigenen Betrieben untereinander oder im Ausland verschoben oder widerrufen wurden und die Planwirtschaft empfindlich gestört wurde.

Hierzu waren sehr viele tapfere Menschen nötig, Menschen, die wir durch Anwerbung überhaupt nicht hätten zum Widerstand bewegen können. Sie selbst sahen ihre Möglichkeiten und forderten technische Hilfe an oder baten um Veröffentlichung ihrer Informationen. In kleinen Zeitungen für spezielle Gruppen, z. B. für Arbeiter in den Betriebskampfgruppen oder Bauern, Volkspolizisten und andere, wurden Informationen aufbereitet und immer wieder Flugblätter verschickt mit Hinweisen, wie man Spitzeldiensten ausweichen könnte oder sich bei Verhaftungen verhalten sollte.

Allerdings wurden Schlampereien in der Industrie oder Betriebsunfälle dann nach außen als Sabotageakte der KgU oder des Ostbüros der SPD oder anderer Gruppen ausgegeben. Es soll nicht verschwiegen werden, daß das Wissenspotential der KgU auch westliche Geheimdienste anlockte, die Mitarbeiter anwarben, die dann illegal für sie weiterarbeiteten und Aufträge der Geheimdienste als KgU-Aufträge weitergaben.

Natürlich setzte der Staatssicherheitsdienst mit größter Skrupellosigkeit alle Mittel ein. Das ganze Ausmaß wird wahrscheinlich erst durch die Auswertung der MfS-Akten belegbar werden. Mit Menschenraub – ein KgU-Mitarbeiter wurde der internationalen Presse anschließend als Überläufer vorgeführt und saß dann noch zwölf Jahre in Haft –, durch Verhaftung von Widerständlern mit ihren Angehörigen, durch Beschuldigung völlig unbeteiligter Personen

und die Unterstellung von Sabotageakten bei Betriebsunfällen oder -pannen, von Spionage, Mordversuchen, Sprengversuchen, Bespitzelung westdeutscher Politiker und ähnlichen Unsinn wurden einerseits das Bild einer ungeheuer großen und skrupellosen Widerstandsorganisation gezeichnet und andererseits die Gefährdung des Friedens und der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beschworen.

Jeder verstorbene Mitarbeiter der KGU verstarb angeblich an Gift, das ihn als Mitwisser dunkler Machenschaften beseitigte. Was aber stets fehlte, war eine gesprengte Brücke oder ähnliches – der Staatssicherheitsdienst hatte eben immer rechtzeitig zugreifen können.

Als sich die KGU unter dem nicht mehr auszuhaltenden politischen Druck und wegen des Terrors der DDR gegen jede Opposition im März 1959 selbst auflöste, waren wegen wirklicher oder angeblicher Verbindung zu ihr – in einigen Fällen auch wegen zusätzlicher Verbindung zu allen möglichen anderen Organisationen – 14 Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, neun saßen in lebenslanger Haft, mindestens 73 Menschen waren zu 1.330 Jahren Arbeitslager und 52 zu insgesamt 397 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Die Zentralkartei der KGU mit den dazugehörenden Akten übernahm die Organisation Gehlen, die Suchdienstkartei übernahm das Deutsche Rote Kreuz. Sie leistet heute gute Hilfe bei der Auswertung der sowjetischen Archivunterlagen.

Ein Wort zum Schluß: Am 17. Juli 1982 verurteilte das Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt den 19jährigen Schüler Enrico Seewald und den gleichaltrigen Rocco Schettler zu fünf bzw. viereinhalb Jahren Freiheitsentzug und 4.000 Mark Geldstrafe, weil sie 430 selbstgefertigte Flugblätter verteilt hatten. Die DDR ist auch deshalb zugrunde gegangen, weil sie die denkende Jugend nicht für sich gewinnen konnte. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sehen jetzt schon zweierlei. Wir sehen auf der einen Seite, daß die Widerstandstätigkeit in legalen Organisationen, also in Parteien wie der CDU, im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, selbstverständlich völlig andere Formen hatte als – auf der anderen Seite – in bewußt auf Kampf gegen die SED-Diktatur gerichteten illegalen Organisationen. Die wirkten mit Unterstützung von außen her systematisch im Innern und hatten natürlich auch entsprechende Opfer zu bringen. Auch von der Organisationsform erinnert das sehr stark an das, was wir in den ersten Jahren der Nazidiktatur an Widerstandsformen haben.

Darüber hinaus ist es aber auch wichtig zu sehen, daß das politische Spektrum dieses Widerstandes sehr breit ist. Es reicht von den Sozialdemokraten, den Gewerkschaften über die CDU bis zur KGU und damit eben auch – und damit

komme ich zu Ihnen, Frau Graul – bis hin zum „Bund Deutscher Jugend“, der damals als eine Rechtsaußenorganisation gegolten hatte.

Ich frage jetzt also: Wie hat Ihre Organisation zu dieser Zeit gewirkt?

Elisabeth Graul: Vielleicht sollte ich doch damit beginnen, noch einiges zu meiner Motivation zu sagen.

Ich komme aus dem kulturellen Sektor, und wir haben uns nach 1945 begeistert in all das hineingestürzt, was sich an Kultur regte. Die Theater spielten wunderbare, völlig unbekannte Stücke. Literatur wurde uns weitergereicht. Die konnten wir nicht kaufen, aber sie wurde uns langsam von der anderen Seite oder Lehrern oder Älteren vermittelt. Ich weiß, ich habe damals zum erstenmal Hemingway gelesen und war tief beeindruckt. Wir saßen in jedem Konzert, in kalten Sälen, mit Wintermänteln bekleidet. Aber wir waren eben da und bereit, uns einzubringen für diese neue Demokratie.

Was um uns herum geschah, wurde immer bedrohlicher. Da gab es also Vergewaltigungen der Besatzungsmacht; ich selber bin knapp einer entgangen, weil ein beherzter deutscher Mann dazwischensprang, als der Russe mich in ein Haus hineinzerrren wollte. Es gab Enteignungen, die völlig unverständlich waren, Besetzungen von Häusern, die dann ganz schnell verwahrlosten. Aber was für mich am gravierendsten war: Es verschwanden Menschen, und man wußte nicht, wohin und warum. In meiner Nachbarschaft passierte es, daß Bekannte plötzlich weg waren. Da war ein Mann, von dem man sich ziemlich sicher war, daß er nie irgend etwas Böses getan hatte, aber er war nicht sehr beliebt. Wie sich später herausstellte, als ich mit den SMT-Verurteilten zusammenkam, hatte eine Denunziation ausgereicht, um einen Mißliebigen einfach verschwinden zu lassen. Die Besatzungsmacht kam und entführte ihn, und es war also für die Angehörigen über Jahre hin nicht möglich zu erfahren, wo er war und ob er überhaupt noch lebte.

Es passierte sehr schnell, wenn man irgendwo eine anderslautende Meinung hatte, daß man zum Oppositionellen erklärt wurde, was zu sein ja nicht gestattet war. Man war ein Andersdenkender und ein Fortschrittsfeind. Das ging also ganz fix.

Ein Schlüsselerlebnis für mich, ehe ich nach West-Berlin zur letzten Phase meines Studiums ging, war eine Studentenvollversammlung in Weimar. Da führte die FDJ das große Wort, und es sollte eine Resolution angenommen werden; ich weiß heute den Text leider nicht mehr. Es wurde darüber abgestimmt: „Wer ist dafür?“ Die meisten waren dafür. „Wer ist dagegen?“ Natürlich keiner. Und dann meldeten sich aber immerhin einige bei der Frage nach der Stimmenthaltung. Da sagte der Leitende dieses Forums: „Halt mal, diese Namen wollen wir registrieren.“

In West-Berlin zu studieren, war damals eine legale Angelegenheit. Ich hatte weiter meinen Hauptwohnsitz in Erfurt und den zweiten Wohnsitz in West-

Berlin. Ich bekam weiter Lebensmittelmarken, war aber als Studentin dort mit einem minimalen Währungsstipendium in Höhe von 65 Mark versehen. Man konnte zur Not leben, wenn man einen Teil dieses Westgeldes wieder zurücktauschte.

Meine erste Tat innerhalb dieses Widerstandskreises – mein Vetter kannte den Leiter des Widerstandskreises, Wolfgang Kaufmann, der die Sache damals einrichtete, also durch die DDR reiste und in Bekanntenkreisen, unter Schulkameraden usw. Mitglieder warb – war, daß ich an der Wahl in Erfurt teilnahm und beobachtete, was sich tat. Es war die Wahl im Oktober 1950, die erste Volkskammerwahl.

Wir haben dann am nächsten Tag in West-Berlin über diese Wahl berichtet. Der RIAS und einige Presseleute waren dabei – was es damals an prominenten Zeitungen in Berlin gab. Wir saßen hinter einem Vorhang verborgen, haben berichtet, auf Fragen geantwortet und geschildert, was sich bei dieser sogenannten Wahl tat, daß man gar nicht in der Lage war, irgend etwas überhaupt zu wählen. Da war also ein Zettelchen, das man in eine Urne gleiten ließ. Und das war es dann. Hinter diesen Karton, der sich als sogenannte Wahlkabine darstellte, ging eigentlich niemand, weil sich davor einige Leute sehr sichtbar herumtrieben, von denen man fürchten mußte, das sie einfach beobachteten. Sicher war es auch so.

Das war also die erste Tat. Dann wurde von diesem Widerstandskreis ein erstes Parlament durchgeführt. Das war im Dezember 1950. Da haben wir durch Bahnfahrten – schriftlich war das nicht zu machen, Telefon gab es nicht, wäre auch zu gefährlich gewesen – unsere schon vorhandenen Mitglieder zusammengeholt. Es waren vielleicht so 30 Leute, die sich in Berlin im Haus des West-Berliner Verbandes des „Bundes Deutscher Jugend“ trafen. Es wurde nun überlegt und zum Teil von Paul Lüth, der den westdeutschen „Bund Deutscher Jugend“ leitete, gesagt, was zu tun sei.

Da waren einmal die Nachrichtenübermittlungen, also Informationssammlungen über das, was sich in dieser – es hieß ja damals für uns nicht DDR, sondern immer noch Ostzone – Ostzone tat, welche Zustände an den Universitäten, an den Schulen, in der Landwirtschaft, in den Betrieben herrschten, wie die Meinung der Bevölkerung war. Solche Dinge wurden nach Frankfurt übermittelt.

Dann haben wir von dort Plakate und Flugblätter bekommen. Auf den Flugblättern stand z. B. „Wehrt euch!“ oder „Euer Nein gegen die Volkspolizei!“ oder „Vorsicht, NKWD hört mit!“ und dergleichen. Wir haben an Wände geschrieben „Wehrt euch!“ und ähnliche Parolen.

Dann haben wir uns Gedanken über Hilfsaktionen gemacht. Wir haben wissenschaftliche Bücher für Studenten in der Ostzone organisiert, damit einfach eine Unterstützung für den Bildungsstand da war. Wir haben organisiert, daß Rentner z. B. getragene Schuhe geschickt bekamen. Wir haben Lebens-

mittelhilfssendungen für sehr Bedürftige organisiert. Wir haben versucht, einen Austausch für Studenten zu organisieren, die eventuell auch einmal an westlichen Studentenlagern teilnehmen durften. Und wir haben uns Gedanken darüber gemacht, wie dieser inzwischen doch sehr viel kältere als Kalte Krieg sich weiter entwickeln würde, wenn er eines Tages wieder in einen heißen überginge. Wir haben uns schon damals Gedanken gemacht, wie ein gesamtes Deutschland nach einer Wiedervereinigung aussehen sollte.

Es gab noch ein zweites Parlament im April 1951. Das Parlament, das inzwischen noch geplant war, konnte nicht stattfinden, weil einen Tag vor diesem Parlament plötzlich in der West-Berliner Presse stand: „Die Freiheitsjugend der Sowjetzone trifft sich am Soundsovielten in dem und dem Haus“ – einem Haus direkt gegenüber dem Botanischen Garten, und es hätte also nur jemand mit einem Fotoapparat da stehen und fotografieren müssen, wer in dieses Haus ging; da wären wir schon damals aufgefliegen.

Wir haben damals Paul Lüth sehr scharf zur Rechenschaft gezogen, der es weit von sich wies, daß er irgendeine Aktie daran hätte. Es ist bis heute ungeklärt, wie diese Sache in die West-Berliner Presse kam.

Es haben sich leider dann noch mehrere negative Dinge ereignet. Als wir über unsere eventuelle Störtätigkeit bei den 3. Weltjugendfestspielen sprachen, die im August 1951 stattfinden sollten, waren also z. B. auch Elke Peters aus der Frankfurter Zentrale da, Norbert Hamacher und andere. Und es kamen von Elke Peters solche Vorschläge wie, wir sollten Abfuhrmittel in die Essenkübel der Teilnehmer tun. Da gingen wir auf die Barrikaden, weil wir ja idealistische Vorstellungen darüber hatten, was man gegen diesen Staat tun sollte, und keine Terrormaßnahmen wollten.

Bei mir hatte sich mit der Zeit immer mehr der Verdacht verstärkt, daß hier ziemlich starke Rechtstendenzen vorhanden waren, die überhaupt nichts mit unserem Denken zu tun hatten. Ich bin einmal auch in dem Erholungsheim des BDJ in Laufach gewesen. Da war ein Keller, wo Schießübungen veranstaltet wurden. Meine Bedenken wurden immer größer. Ich habe mich dann Anfang Juni 1951 mit Paul Lüth überworfen. Es ging darum, daß das Kaiser-Ministerium eine Prämie von 60.000 DM für einen DDR-typischen Film ausgesetzt hatte. Das gab er dem Sekretariat, zu dem ich gehörte, in West-Berlin bekannt und sagte: „Natürlich werden wir da unser kostbares Leben nicht selbst aufs Spiel setzen, sondern wir kaufen uns einen kleinen Gangster, der das für uns macht.“ Daraufhin sagte ich zu ihm: „Wir werden uns keinen kleinen Gangster kaufen. Unser kostbares Leben ist uns nicht zu schade, wenn es um solche Dinge geht.“ Daraufhin sagte er: „Typische Kunststudentenansichten! Wenn ich etwas erreichen will, ist mir jedes Mittel recht.“ Daraufhin habe ich ihm wörtlich geantwortet: „Das hat vor dir schon jemand gesagt, und das Ende waren Konzentrationslager!“

Das war das Ende unserer Widerstandstätigkeit. Ich habe damals den Raum

verlassen. Die anderen Mitglieder wurden informiert. Das war der 4. Juni 1951.

Die Verhaftungen begannen am 23. Juli 1951, also sechs Wochen später. Paul Lüth hat auf einem dieser Parlamente einmal gesagt: „Wenn man euch schnappt, hole ich euch wieder heraus. Ich habe die besten Verbindungen zum Staatssicherheitsdienst in Halle. Ich erwarte von euch, daß ihr zwei Tage schweigt. Mehr kann man von euch nicht erwarten, da man ja die Methoden des Staatssicherheitsdienstes kennt.“

Das sind die Dinge, die vorgefallen sind. Ich habe leider bis heute nicht klären können, wie unsere Verhaftungen zustande kamen. Es ist auch noch vorher ein Kurier von uns verschwunden. Herauszubekommen, ob er verhaftet wurde, ob er untergetaucht war, ist mir leider auch nicht gelungen. Es steht noch meine Einsicht in die Akten aus, die sehr umfangreich sind. Aber dies, finde ich, ist eine wichtige Sache, die auch bekannt sein müßte; denn Herr Paul Lüth starb 1985, hochgeehrt, z. B. durch einen Artikel im „Spiegel“, welche Verdienste er sich erworben hat. Er hat einen Haufen Bücher geschrieben, die sicherlich nicht viel besser als seine Literaturgeschichte von 1951 waren, die Herr Rilla auf eine Weise auseinandergenommen hat, die schon peinlich war – auch wenn Herr Lüth damals sagte, das sei das beste Geschäft seines Lebens gewesen, weil die Leute nach dem Verriß das Buch erst einmal richtig gekauft haben. Das zur Charakteristik dieses Mannes. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Danke schön. Ich glaube, ein solcher Beitrag ist besonders wichtig, weil er zeigt, wie der Freiheitswille und Enthusiasmus junger Menschen, die etwas verändern wollen, die sehen, wie diese Diktatur immer kälter wird – wie Sie das so gut beschrieben haben –, natürlich auch von Gruppierungen, wie diesem später verbotenen „Bund Deutscher Jugend“ ausgenutzt wird. Dieser wollte mit seinen rechtsradikalen Vorstellungen sicher etwas ganz anderes als die Freiheitskämpfer, die als Teil dieser Organisation in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR handelten.

Es wird hier der Unterschied zwischen jenen Formen der Ablehnung des Systems deutlich, wie sie sich in den verschiedenen Organisationen zeigen. Wir wollen allen vier Zeitzeugen die Möglichkeiten geben, kurz vorzubringen, was sie für spezifisch wichtig an der gesamten Widerstandsvorstellung halten, und dann den Herren Abgeordneten und Sachverständigen die Möglichkeit geben nachzufragen, damit Sie darauf antworten können.

Herr Prusko, bitte.

Georg Prusko: Kurz ein Problem, das auch in dieses Thema hineingehört: In den Jahren 1947/48 haben wir in Dresden damals als Jugend der CDU – es gab ja keine Junge Union drüben – über die Verfassung der DDR, die kommen sollte, diskutiert. Wir wollten in den Diskussionen, daß in diese Verfassung auch die Wehrdienstverweigerung eingebaut wird. Wir waren uns

einig – Wolfgang Ulrich mit seinem Vorstand – und hatten Verbindung zur LDP aufgenommen. Wir wollten auf einer Landestagung der FDJ in Dresden unsere Meinung vortragen.

Wir wollten uns eine Stunde vorher treffen. Leider sind die Kollegen von der LDP nicht dazu gekommen. Einer von ihren Vertretern war ein Herr Mischnick. Ich weiß nicht, ob es der gleiche war, der heute im Bundestag ist. Ich kann es heute nicht mit Sicherheit sagen. (Zuruf: Er ist es!)

Die sind also nicht gekommen, und uns als Jugend der CDU hat man dann von seiten der FDJ verweigert, an der Veranstaltung teilzunehmen, obwohl ich als Jugendleiter der Versicherungsanstalt hätte teilnehmen dürfen. Man hat uns auf diese Art die Möglichkeit abgeschnitten, einen Vorschlag zu bringen, wie in die Verfassung der DDR auch die Wehrdienstverweigerung eingebaut werden sollte.

Vielleicht würde mehr zu weit führen. Ich bin gern bereit, noch einige Beispiele aus der politischen Arbeit drüben dem Ausschuß schriftlich zuzuleiten. (Beifall)

Adam Wolfram: Ich will noch eines nachtragen. Eine organisierte Widerstandsbewegung konnte nach der völligen Machtergreifung der Kommunisten in der SED gar nicht mehr existieren. Es gab Einzelkämpfer. Es gab Einzelmenschen, die nach wie vor gegen das System ankämpften, Informationen nach dem Westen gaben, mit dem Westen korrespondierten, auch durch heimliche Besuche. Aber, wie gesagt, das war keine durchgehende Organisation, weil die sehr schnell vom Staatssicherheitsdienst ausgehoben worden wäre.

Aber wir Älteren, die wir alle keine Freunde dieser Entwicklung, doch alle größtenteils in wichtigen Funktionen der Verwaltung, der Wirtschaft, der Kommunen waren, Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte – alle diese Leute waren einer Auffassung, nämlich alles zu tun, um die Sowjetisierung des ganzen Systems unserer Gesellschaft zu verhindern oder zu verlangsamen, den Menschen zu helfen, wo es möglich war.

Wir kamen zusammen, wenn Landtagssitzungen waren. Nach der Sitzung kamen wir ins Kasino zum sogenannten Raucherklub des Präsidenten, und dort waren wir zehn, zwölf Freunde, die in wichtigen Funktionen des Landes saßen, und berieten dann, was wir in diesem oder jenem Fall tun können.

Ein Beispiel: Anfang 1947 lagen dem Landtag 1.300 Einsprüche gegen die Enteignung vor. Ein Mordskrach im Lande! Und selbst in Berlin, im Parteivorstand der SED, hatten sie Bauchschmerzen, wie das zu bewältigen wäre. Es wurde von Berlin angeordnet, im Lande eine Kontrollkommission zu bilden, und diese Kontrollkommission sollte die gesamten Einsprüche im Landtag prüfen und entscheiden.

Die zweite Empfehlung von Ulbricht war, daß dieser Ausschuß, der sich aus den Parteien des Landes, den Gewerkschaften und Massenorganisationen

zusammensetzen sollte, möglichst einmütige Beschlüsse fassen sollte. Da heißt also, die SED-Mitgliedermehrheit sollte nicht ohne weiteres die festgelegte Enteignung vollziehen oder aufheben, sondern das sollten alle tun.

Ich kann Ihnen sagen, wir haben monatelang gearbeitet und unglaubliche Dinge festgestellt. Da wurde ein Friseur verhaftet, weil irgendwo beim Rasieren ein Mann eine Bemerkung gegen die Besatzungsmacht gemacht hatte. Er wurde enteignet. Da waren ein Fleischer, ein Schuster, da waren ganze Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte betroffen. Inhaber von Einzelhandelsgeschäften, die noch in Gefangenschaft waren, hat man als Kriegsverbrecher bezeichnet und ihren Betrieb enteignet.

Wir haben von diesen 1.300 über 600 wieder aufgehoben, so daß die Enteignung zurückgezogen wurde und die Leute ihr Eigentum wieder bekamen. Später hat man es ihnen doch wieder weggenommen. Aber als ich 1952 schon in Dortmund wohnte, habe ich noch Briefe von damals Enteigneten bekommen, die sich dafür bedankten, daß wir ihre Enteignung aufgehoben hatten und sie wieder in den Besitz ihres Eigentums gekommen waren.

Solche Dinge kamen ständig vor, und bis zu dem großen Schauprozeß, der schon erwähnt wurde, haben wir, die alten Verantwortlichen, in den verschiedenen Ämtern zusammengehalten und versucht, das Schlimmste zu vermeiden. Dann war der Kreis gesprengt. Herwegen und ein anderer wurden zu 15 Jahren verdonnert, einer wurde nach Berlin versetzt, ich wurde entlassen. Und der Kreis, der immerhin noch jahrelang die Dinge zusammengehalten hatte, wurde völlig zerschlagen, und damit war natürlich die Opposition erledigt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Schönen Dank. Ich denke, hier sehen wir doch sehr deutlich, daß innerhalb dieser Einheitspartei – das gilt ja auch für diejenigen, die wie Wolfram im FDGB arbeiteten – in dieser Frühphase das, was Herr Fricke schon erwähnt hat, nämlich der Prozeß der Stalinisierung, auch bedeutet hat, den Widerstand in der Partei selbst zu brechen. Das war natürlich in erster Linie der Widerstand der Sozialdemokraten, die durch die Vereinigung auch in Positionen gekommen waren und diese entsprechend nützten. Das war spätestens in dieser Phase vorbei.

Ich denke aber, wenn wir dieses Thema Widerstand und Opposition behandeln, sollten wir darauf verweisen, daß es auch innerhalb der SED selbst sogar einen kommunistischen Teil gab, der, aus welchen Gründen auch immer, gegen die Politik der Führung Front machte.

Wir sind hier in Thüringen, und ich möchte daran erinnern, daß es auch unter diesen Kommunisten Schicksale gab, die den angeführten sehr ähneln. Es war der preußische Landtagsabgeordnete Alfred Schmidt aus Erfurt, der als Kommunist in der Weimarer Republik zweieinhalb Jahre im Gefängnis saß, der unter Hitler dann vier Jahre im Zuchthaus war und der von der sowjetischen

Besatzungsmacht 1948 zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren „begnadigt“ wurde. Warum? Er war ein Mensch, der die kommunistischen Ideale als richtig ansah und entsetzt war, was da in Wirklichkeit herausgekommen ist.

Das hat natürlich auch für die schon erwähnte Janka-Harich-Gruppe gegolten. Das heißt also, die Breite dieser Oppositionswelle gerade in dieser Frühphase zeigt, wie schwierig es auch für Ulbricht und seine Leute war, diese völlige Übertragung des Stalinschen Systems durchzusetzen – nicht nur gegen den Widerstand breiter Kreise, die hier Freiheitsideen aufrechterhielten, sondern bis in die eigenen Reihen hinein. Ich glaube, das hängt auch damit zusammen, daß in der Jugend selber gerade nach dem Ende der NS-Diktatur und wegen der Tatsache, daß viele umlernen mußten, weil sie nachgelaufen waren, eine freiheitliche Stimmung vorhanden war. Ich wäre dankbar, wenn wir dazu etwas sagen könnten.

Gerhard Finn: Wie Herr Fricke schon sagte – so schätze ich das ein –, war in den ersten Jahren nach dem Kriege keine Opposition da, auch nicht unter der Jugend. Aber es kamen dann ja immer mehr die Jugendlichen aus den Speziallagern. Dort saß ein Haufen Jugendlicher. Die kamen heraus und erzählten, was los war, was in den Speziallagern vorgegangen war, die zumindest äußerlich den Konzentrationslagern ähnelten.

Wir hatten immer das Gefühl: Jetzt sind wir dran. Die etwas ältere Generation war durch den Krieg zerschissen, demoralisiert, traute sich zum Teil gar nicht, weil sie sagten: „Mein Gott, wir haben ja mitgemacht!“ Es gab das Gefühl – aus den vielen Diskussionen, die ich damals hatte, weiß ich es –, bei den ganz Alten sowieso, aber auch bei den mittleren: „Mein Gott, wir haben mitgemacht.“ Sie fühlten sich auch betrogen, aber sie zogen daraus die Konsequenz: „Wir können jetzt nichts tun, wir haben die Schnauze voll.“

Wir wurden ja damals überhaupt erst einmal mit all diesen Dingen vertraut gemacht, bekamen den ganzen Naziterror, die Judenverfolgung usw. erst einmal mit. Das haben wir voll aufgenommen und gedacht: „Um Gottes willen, was ist da passiert! Was haben die Älteren alles angerichtet!“

Wir fühlten uns gegenüber dem, was in der Ostzone passierte, als Fortsetzer des Widerstandes gegen die Nazis. Ich sage es ehrlich, wir fühlten uns geradezu verpflichtet zu diesem Widerstandskampf, der gegen die Nazis keinen Erfolg hatte. Wir wollten Erfolg haben. Die Besatzung konnte ja nur ein paar Jahre dauern, so schätzten wir das ein. Wir wollten uns ganz bewußt in diese Richtung stellen.

Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: Mich persönlich hat dann am tiefsten die Agitation der SED getroffen, wir seien Faschisten. Das hat mir beinahe die Beine weggehauen, weil wir gerade aus einem Antinationalsozialismus, aus einem Antifaschismus heraus tätig waren und nun eigentlich diskriminiert wurden.

Ich bin froh, daß die jungen Leute aus dieser Zeit den Widerstand dann weitergetragen haben. Gut, er mußte ganz andere Formen annehmen, als wir merkten, daß die sowjetische Besatzungsmacht stand. Es wurde eine DDR gegründet. Es war also kein schneller, unmittelbarer Erfolg zu erreichen. Wir konnten also nur mildern, mindern, warnen vor dieser Zeit.

Aber ich muß sagen, es war damals sehr viel Enthusiasmus in den Trümmern von Berlin und in den Trümmern der Ostzone, der uns bewogen hat, dieser neuen Diktatur entgegenzutreten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Schönen Dank, Herr Finn. Ich habe inzwischen von den Abgeordneten und Sachverständigen bereits acht Wortmeldungen zu Fragen. Frau Graul, wenn Sie vielleicht ganz kurz zum selben Thema ergänzen können? Dann bekommen Sie ja alle noch genügend Zeit, wenn Sie gefragt werden.

Elisabeth Graul: Ich will nur noch zwei Dinge ganz kurz ergänzen. Wir haben natürlich, so jung und voller Idealismus, wie wir damals waren, Politik gemacht, ohne etwas von der Politik zu verstehen. Ich vermute, daß wir das Aushängeschild im Osten für den „Bund Deutscher Jugend“ im Westen waren. Außerdem brauchte Paul Lüth für seine Jugendorganisation ja auch Gelder, und die mußte er bei irgendwelchen Sponsoren bekommen. Ich vermute, daß er dann immer gesagt hat: „Seht, was wir im Osten tun!“ Das ist das eine.

Zum zweiten glaube ich, daß uns die DDR schon sehr ernstgenommen hat. Wir haben sie sehr gestört, und wir haben sie sicherlich auch beunruhigt. Und was Herr Fricke vorhin sehr richtig sagte: Vielleicht wäre manches noch schlimmer geworden, wenn nicht auch wir uns eingebracht hätten. Die Höhe der Strafen, die wir bekamen – drei von den Hauptangeklagten hatten lebenslänglich, drei fünfzehn, drei zwölf, drei zehn Jahre, es war säuberlich verteilt –, beweist ja, daß wir als Gegner ernstgenommen worden sind. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Ich danke den Zeitzeugen für diese erste Diskussionsrunde. Wir werden jetzt weiterfragen. Ich glaube, gerade die letzten Anmerkungen haben gezeigt, daß hier nach 1945 dieser Freiheitswille von der SED als ärgster Feind für den Aufbau ihrer Diktatur erkannt wurde. Das ist etwas, was sie natürlich nicht erwartet hat, obwohl einer der meistzitierten Autoren in der DDR, ein Mann aus dem 19. Jahrhundert, einmal von dem den Menschen innewohnenden Freiheitswillen und der Kraft der Demokratie gesprochen hat. Das hat die SED wohl nicht gelesen. Das stammt von Friedrich Engels. (Heiterkeit)

Ich darf zunächst Herrn Passauer das Wort geben.

Sv. Martin-Michael Passauer: Jede Frage, die ich jetzt stelle – ich habe vier – ist auch von Dank oder Hochachtung Ihnen gegenüber getragen. Es ist vielleicht etwas spät, wenn Sie das jetzt hören, aber ich will zumindest

vornweg sagen, daß all das, was ich sage, getragen ist von der Hochachtung und von der Bewegung, die Sie auslösen, indem Sie so etwas erzählen.

Meine Fragen betreffen ein bißchen dieses Problem. Die erste Frage geht an Karl Wilhelm Fricke. Er hat uns zu dem Schüler Flade erzählt, daß er zunächst zum Tode verurteilt war und dann – so sagten Sie wörtlich – aufgrund eines landesweiten Protestes begnadigt worden ist. Wenn wir von oppositionellem Verhalten sprechen, fähnde ich nach diesem landesweiten Protest. Bei allem, was Sie erzählt haben, kann man dieses auch als oppositionelles Verhalten werten. Wie hat dieser landesweite Protest ausgesehen?

Die zweite Frage richtet sich auch an Sie, Herr Fricke, aber gleichzeitig an Herrn Finn. Wenn Sie sagen, es habe eine Abstimmung mit den Füßen stattgefunden, also viele Menschen haben die DDR verlassen, die von dem, was hier war, betroffen gewesen sind, wo blieb eigentlich deren Protest? Wo blieb eigentlich dann deren Abstimmung dort, wo sie hingekommen sind? Die Frage an Herrn Fricke und an Herrn Finn konkret: Welchen Rückhalt fanden die Aktivitäten z. B. der KgU in der breiten Masse der westdeutschen Bevölkerung? Mußten Sie da um Aufklärung werben? Wenn Sie, Herr Finn, das schwere Wort „Schweigen ist Mord“ gesagt haben, dann muß man das ja vermitteln können, daß Schweigen Mord oder Gleichgültigkeit schlimmer als Haß ist oder was einem dazu alles einfällt. Wie konnten Sie das multiplizieren? Ging das überhaupt? Es ist ja eine Frage von uns ehemaligen DDR-Bürgern immer wieder bei vielem, was wir jetzt hören: Wo ist deren Stimme eigentlich damals geblieben?

Die dritte Frage richtet sich an Herrn Prusko. Herr Prusko, Sie haben davon gesprochen – das habe ich nicht ganz verstanden –, daß Sie in die Verfassungsdiskussion die Wehrdienstverweigerung einbringen wollten. Können Sie dazu noch einmal sagen, auf Grund welcher Tatsache? Das kann doch nur zu einer Zeit gewesen sein, als es die KVP noch gab und keine allgemeine Wehrpflicht. Was hatten Sie für Motive? Waren es ethische Motive?

Meine letzte Frage geht an Herrn Wolfram. Sie haben bei vielem, was Sie gesagt haben, bewegend erzählt, wie Sie selber verweigert haben. Sie haben von diesem einen Posten erzählt, als Sie morgens nach Berlin mußten und Ulbricht Ihnen den Posten angetragen hat und Sie sich beharrlich verweigert haben. Ist das aus Ihrer Sicht eine Ein-Mann-Position gewesen? Oder haben Sie in Ihrem Umfeld oft erlebt, daß sich Menschen beharrlich einer Postenzuweisung verweigert haben? Denn es hieß ja immer: Eigentlich kann man sich nicht verweigern. Wer sich verweigert, der schließt sich aus und fällt damit sein eigenes Urteil.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Manfred Wilke, bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe drei Fragen, wobei ich in diesen Fragen auf zwei Zusammenhänge zu sprechen kommen will. Das eine ist,

daß Wolfram als einziger – wenn ich das richtig verstanden habe – davon gesprochen hat, daß man die Sowjetisierung eines Teils Deutschlands aufhalten wollte. Und in allen Beiträgen war der gesamtdeutsche Bezug noch zu hören und zu spüren. Und was Finn bewegend über die KgU erzählt hat, war die Ankündigung an SED-Funktionäre: „Wenn dann die Wiedervereinigung da sein wird, werden wir euch zur Rechenschaft ziehen.“

Dies sind die tragenden Momente für meine drei Fragen. Ich fange bei Karl Wilhelm Fricke an. Er hat am Schluß darauf hingewiesen, daß es auch Einflußnahmen westdeutscher Geheimdienste auf die Entwicklung in der DDR gegeben hat.

Nun gibt es einen Fall, der mich seit langem bewegt, und ich habe keinen Zweifel, daß Karl Wilhelm Fricke die Fakten präsent hat: Die Sekretärin von Otto Grotewohl hat für den BND gearbeitet und ist zum Tode verurteilt worden. Und ich würde gern einmal wissen, wie wir denn die Tat dieser Frau beurteilen sollen. Es gibt in der Widerstandsdiskussion, bezogen auf den Nationalsozialismus, derzeit noch immer eine heftige Debatte über die „Rote Kapelle“, ob denn eine aktive Kundschaftertätigkeit für die Sowjetunion während der Nazizeit als Widerstand gewertet werden kann. Also, was machen wir mit der Grotewohl-Sekretärin?

Dann die Frage nach den Wirkungen dieses Widerstandes der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre in der weiteren Entwicklung Gesamtdeutschlands. Ich sage es hier ganz bewußt, und ich möchte gern von Wolfram wissen: Welche Rolle haben seine Erfahrungen bei der IG Bergbau und Energie gespielt, die in allen Phasen der bundesdeutschen Geschichte ab 1950 daran festgehalten hat, daß man Kommunisten als Feinde freier Gewerkschaften und als Feinde der Demokratie bezeichnet und bekämpft? Welche Erfahrungen von ihm sind in diese Linie der Organisation eingeflossen?

Letzte Frage an Finn: Die SED hat die Information gefürchtet. Und ich kann mich erinnern, als ich in den siebziger und achtziger Jahren meinen Teil in dieser Angelegenheit getan habe, war es immer noch so. Wieso kam es eigentlich dazu, daß in den fünfziger Jahren die Stimmung umkippte, der Widerstand gegen die Diktatur in der westdeutschen Gesellschaft immer weniger als Widerstand und als Freiheitskampf gewertet wurde und wir als Nachgewachsene und Nachgeborene uns angewöhnten, von Aktivitäten kalter Krieger zu reden, die im Interesse der Entspannung beendet werden mußten?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Der Diskussionsleiter hat es immer dann schwer, wenn er darauf hinzuweisen versucht, daß die kühne Ankündigung vom Anfang, wir würden vielleicht etwas früher fertig werden, schon sehr gefährdet ist. Es trifft natürlich jetzt die folgenden, obwohl es den letzten Diskussionsredner treffen sollte. Ich bitte also erstens, sich kürzer zu fassen, und zweitens, daß möglichst nicht jeder drei Fragen stellt. Es genügt eigentlich, wenn jeder eine Frage stellt, meine Herren Kollegen.

Markus Meckel, bitte.

Abg. Meckel (SPD): Verehrter Herr Vorsitzender! Auch ich werde mich leider nicht an diesen Rat halten können.

Ich möchte am Anfang ebenfalls meinen Dank und meine Hochachtung denen aussprechen, die zu uns geredet haben, die für viele andere mitgeredet haben, die ebenfalls hier sitzen könnten. Sie selbst wissen am besten, wer noch gemeint ist.

Ich bedauere, daß verschiedene Gruppierungen, die hier hätten mitangehört werden müssen, leider nicht da sind. Am Anfang ist auf Ulf Müller hingewiesen worden; ich denke auch an Ralf Schröder. Es ist wichtig, daß wir mit jemandem, der aus der kommunistischen Partei, also aus der SED selbst stammt und den Widerstand dort in den fünfziger Jahren repräsentiert, sprechen. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht den gleichen Fehler machen, den man in der NS-Widerstandsforschung sowohl im Westen als auch im Osten in bezug auf den kommunistischen Widerstand gemacht hat – im Westen, indem man ihn erst einmal beiseite gelassen hat, im Osten, indem man ihn fast zum einzigen gemacht hat. Beides wäre problematisch. Deshalb denken wir, daß hier eine differenzierte Schau besonders wichtig ist.

Meine Frage ist – damit knüpfe ich an Herrn Fricke an: Es ist manchmal vielleicht schwer, zwischen Machtkämpfen in der SED und dem, was wirklich Widerstand in Richtung von mehr Demokratie ist, zu unterscheiden. Daher nur gab es den Versuch, den neuen weltweiten Herausforderungen in der Ökologiefrage zu begegnen? Dazu möchte ich gern noch ein paar Kriterien hören, die da wichtig sind.

Ich mache es mit den Fragen ganz kurz. Herr Finn, wissen Sie, ob von denen, die Sie damals gesammelt haben – Denunzianten oder Wächter, die sich in der Haft entsprechend verhalten haben –, Leute verurteilt wurden, ob Ermittlungen laufen? Wie ist der Sachstand? Unsere beiden Gewerkschafter frage ich: Ab wann war Ihrer Meinung nach die Gewerkschaft voll in der Hand der SED? Was wußten Sie damals zur gleichen Zeit, Ende der vierziger Jahre, von den vielen verschwundenen Sozialdemokraten und anderen Demokraten? Was konnte die Gewerkschaft tun? Frau Graul, wie war es mit der Zeit nach der Haft? Haben Sie in dieser Zeit, in den Jahrzehnten danach, in Magdeburg mit irgend jemandem geredet? Wer wußte von Ihrem Schicksal in Ihrer sozialen Umgebung danach? Wie wurden Sie vom Staat behandelt? Was konnten Sie beruflich tun? Ich glaube, das ist auch sehr wichtig zu wissen für die Zeit der DDR. Letzte Frage an alle, soweit sie behandelt werden kann: Was wußten Sie von jeweils anderen Gruppierungen, die auch Widerstand leisteten, sich verweigerten, sich zusammenschlossen? War Ihnen jeweils nur die eigene bekannt, weil es natürlich keine Öffentlichkeit gab? Oder kannten Sie andere, und wie verhielten Sie sich dazu? Lehnten Sie sie ab, weil es eine andere

politische Richtung war? Unterstützte man sich? Hatte man Kontakte? Das würde mich sehr interessieren.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe jetzt noch sieben Wortmeldungen. Wenn Sie einverstanden sind, schließe ich damit zunächst einmal die Anfrageliste. Ich schlage vor, daß wir auch im Interesse unserer Zeitzeugen so verfahren, daß sie jetzt erst einmal die Möglichkeit haben, auf das zu antworten, was schon sehr umfanglich gefragt wurde, und daß wir dann zwei weitere Schritte zu tun versuchen. Ich bitte auch die Zeitzeugen, sich möglichst kurz zu fassen.

Es sind nicht nur Zeitzeugen, sondern es ist auch Herr Fricke gefragt worden, obwohl er ja nun gewissermaßen Historiker, Journalist und Zeitzeuge in einer Person ist. Herr Fricke, wenn Sie vielleicht anfangen würden?

Karl Wilhelm Fricke: Ich darf in der Reihenfolge der hier aufgeworfenen Fragen antworten. Zunächst an Martin M. Passauer: Der landesweite Protest gegen das Urteil gegen Hermann Joseph Flade kam folgendermaßen zustande. Noch in der Nacht nach dem Urteil – es wurde, glaube ich, am 12. Januar 1951 gefällt – ist der Rechtsanwalt, der ihn vertrat, mit der schriftlichen Ausfertigung des Urteils geflüchtet und hat dieses Urteil über die damals verfügbaren westlichen Medien, in der Hauptsache RIAS Berlin und Nordwestdeutscher Rundfunk, sofort publik gemacht, so daß auch ein Sturm im Berliner Blätterwald und in allen westdeutschen Zeitungen entfacht werden konnte. Und über die elektronischen Medien hat es dann in die DDR zurückgewirkt, so daß sich z. B. spontan Schülergruppen fanden, die mit Losungen „Freiheit für Flade!“ aufgefallen waren.

Die Justiz, das Regime der DDR gerieten also unter enormen politischen Druck. Man hatte offenbar die auf Abschreckung kalkulierte Wirkung des Urteils falsch eingeschätzt, das heißt man war offenbar überrascht von der Vehemenz der Proteste in beiden Teilen Deutschlands. Man kennt auch aus Aussagen späterer Flüchtlinge, wie dann das Revisionsurteil zustande kam. Es ist nämlich auf Initiative des damaligen Chefs der Staatssicherheit in Sachsen angeregt worden. Der hat dann sogar realistisch gesagt, als in zweiter Instanz in den Vorabsprachen auf ein lebenslanges Urteil abgehoben werden sollte, das habe keinen Sinn, dafür sei der Verurteilte, also Hermann Joseph Flade, viel zu jung, man müsse auf zeitliche Zuchthausstrafe von 15 Jahren erkennen, denn lebenslänglich für einen solchen jungen Verurteilten wäre ja gleichbedeutend mit der Todesstrafe. So ist also dieses Revisionsurteil zustande gekommen.

Ich glaube schon, daß man hier von landesweitem Protest sprechen kann, der sich aber in der DDR natürlich nicht legal artikulieren konnte, sondern illegal, in Widerstandsaktionen. Es gab auch sehr schnell Flugblattaktionen, sicherlich mit Hilfe der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Egal, was war, da hat sich die KgU jedenfalls enorme Verdienste erworben.

Damit zur zweiten Frage: Was hatten Flüchtlinge für ein Echo in der westdeutschen Bevölkerung, wenn sie im Westen über ihre Erfahrungen in der DDR berichteten? Das war natürlich relativ minimal. Sie hatten wohl Einfluß in politischen Gruppierungen und politischen Parteien, das ist richtig. Aber man kann das sicherlich nicht überschätzen. Man hatte damals in Westdeutschland zunächst einmal auch eigene Sorgen. Man darf die Solidarität nicht überfordern. Man hat ja gesehen, daß selbst während des Aufstandes am 17. Juni 1953 die Solidarität doch sehr dünn war.

Andererseits muß man aber auch darauf hinweisen, daß es doch eine ganze Reihe einzelner unter den Flüchtlingen gab, die sich dann politisch engagiert und sehr stark Einfluß auf die politische Meinungsbildung in der Bundesrepublik genommen haben, indem sie in den Medien oder auch in den politischen Parteien tätig wurden, insofern also auch unmittelbar auf die politische Entscheidungsfindung Einfluß nahmen und Zugriff fanden. Ich denke an einen Mann wie Johann Baptist Gradl, der jahrzehntelang in der Union aus meiner Sicht positiv gewirkt und manches verhindert hat, was ohne seinen Einfluß vielleicht nicht denkbar gewesen wäre.

Vielleicht sollte ich noch ganz kurz ergänzen, daß neben der KgU auch die Verdienste des UFJ zu würdigen wären, des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“, der ja ursprünglich eine Gründung von Juristen darstellte, die aus der DDR geflüchtet waren und die nun in der Tat sozusagen unter dem Slogan „Aufstand des Rechts“ versuchten, das Unrecht, das in der DDR-Justiz der frühen fünfziger Jahre eklatant hervortrat, durch Öffentlichkeit einzudämmen oder zu verhindern. Hier wurden auch die Schlüsselfiguren in der Justiz der DDR namentlich angeprangert, und es hat sicherlich auf einige einschüchternd oder mäßigend gewirkt.

Das waren durchaus Formen von politischem Widerstand, die sich grenzüberschreitend entwickelt haben insofern, als dann sogar Staatsanwälte und Richter, die zum Teil in der DDR auch verurteilt wurden, aus der DDR den UFJ mit entsprechenden dokumentarischen Materialien ausgestattet und ihn dadurch in den Stand gesetzt haben, solche Enthüllungen vorzunehmen.

Daß es sowohl bei der KgU als auch beim UFJ dann zu politischem Mißbrauch gekommen ist, hat ja Gerhard Finn schon angedeutet. Man sollte es nicht verschweigen. Das erklärt auch vor allen Dingen das Ausbleiben der Solidarität, als 1959 die KgU ziemlich sang- und klanglos ihre Existenz aufgeben mußte. Eine sehr fatale Rolle hat aus meiner Sicht da auch Ernst Tillich gespielt; aber er lebt nicht mehr – Gott hab ihn selig.

Zur Frage von Herrn Wilke nach der Einflußnahme westdeutscher Geheimdienste und nach dem Schicksal der Sekretärin Otto Grotewohls: Du meinst Elli Barczatis, eine Sekretärin, die mehrere Jahre in der Tat im Büro Otto Grotewohls in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident gearbeitet hat und

durch ihren Lebensgefährten, einen Sozialdemokraten, in Kontakt mit der Organisation Gehlen kam. (Zuruf: Noch nicht BND, Herr Wilke!)

– Noch nicht BND, das ist richtig, 1956 erst BND; und der Fall geht 1955 tragisch zu Ende, als beide zum Tode verurteilt und hingerichtet werden, auch Elli Barczatis. Wir wissen aus den Unterlagen, daß ursprünglich sogar Melsheimer, der damalige Generalstaatsanwalt, in seinem Strafvorschlag für die Abteilung Staatliche Organe beim ZK der SED eine lebenslange Zuchthausstrafe vorgeschlagen hatte, nicht die Todesstrafe, daß die Todesstrafe erst auf Intervention aus dem ZK zustande gekommen ist. Sie sind beide im September 1955 hingerichtet worden.

Was sie an Materialien geliefert hat, waren im Grunde läppische Dinge. Es waren Dinge, die bei uns in der Bundesrepublik damals gar nicht geheimgehalten wurden. Zum Beispiel hat sie Außenhandelsstatistiken geliefert, die in der DDR geheimgehalten wurden. Sie hat Besuchstermine gemeldet. Sie hat allerdings auch geheime Kabinettsprotokolle, also Protokolle von Sitzungen des Ministerrates, geliefert. Aber jeder kann sich selbst ein Urteil bilden, inwieweit sie Spionage im originären Sinne betrieben hat.

Tatsache ist, daß beide, sowohl ihr Lebensgefährte als auch sie selbst, aus einer idealistischen Gesinnung heraus gehandelt haben. Sie haben dafür auch keinerlei finanzielle Vorteile gehabt.

Die letzte Frage, die ich beantworten darf, kam von Herrn Abgeordneten Meckel. Es geht um die sehr schwierige Differenzierung: Was ist Opposition in der Führungsspitze der SED, was sind Machtkämpfe?

(Abg. Meckel (SPD): Nicht nur in der Führungsspitze!)

– Ja, aber Machtkämpfe fanden ja in der Hauptsache in der Spitze der Politbürokratie statt. Ich denke speziell an die Auseinandersetzungen zwischen Zaisser und Ulbricht und zwischen Schirdewan und Ulbricht. Natürlich haben sich hinter diesen Machtkämpfen auch immer alternative politische Konzeptionen verborgen, die, wenn es zu einem Führungswechsel gekommen wäre, sicherlich auch eine Änderung in der Strategie und Taktik der SED bewirkt hätten.

Zaisser z. B. hätte, wenn der Ulbricht hätte ablösen können – und die Chance hat tatsächlich bestanden, das wird mir Hermann Weber bestätigen; er kennt sich als Historiker in diesen Dingen mindestens so gut wie ich, wenn nicht besser aus –, im Falle eines Führungswechsels den radikalen Kurs, wie er auf der 2. Parteikonferenz der SED eingeleitet worden war, zurückgenommen. Dafür gibt es Hinweise, Indizien. Er hatte ganz andere Vorstellungen in der Deutschlandpolitik als Ulbricht. Er glaubte, man müsse zunächst die Einheit der Nation wahren und dann in ganz Deutschland den Sozialismus als Ziel propagieren.

Andererseits darf man sich keinen Illusionen hingeben. Zaisser hat als

Minister für Staatssicherheit genauso schonungslos die Widerständler, die Oppositionellen mit Polizeiterror überzogen, wie es dann seine Nachfolger Ernst Wollweber und Erich Mielke getan haben, so daß ich in der Tat meine Schwierigkeiten habe, ihn als Oppositionellen zu sehen. Und das gilt analog eigentlich auch für Karl Schirdewan, der als zeitweiliger Kaderchef der SED durchaus seinen persönlichen Anteil an der Stalinisierung der SED gehabt hat.

Andererseits muß man daran denken, daß Zaisser und vor allen Dingen Herrstadt nach ihrem Sturz sogar des Sozialdemokratismus bezichtigt wurden, so daß sich also hier tatsächlich hinter diesen Auseinandersetzungen ideologische Divergenzen auftun, die man an solchen Begriffen festmachen kann, die zumindest die SED an diesen Begriffen festgemacht hat, vielleicht auch zur Stigmatisierung der Opposition. Das kann durchaus sein.

Aber es ist ungeheuer schwierig – das sage ich abschließend –, da von Opposition zu sprechen. Ich habe jedenfalls meine Vorbehalte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Nur ein Satz, Herr Fricke, da Sie mich angesprochen haben. Ich teile Ihre Meinung, nur können wir eben nicht übersehen, daß in den vierziger und fünfziger Jahren innerhalb dieser riesigen Partei SED mit fast zwei Millionen Mitgliedern eben auch breite Oppositionsstimmungen da waren, Vorstellungen, die in diese freiheitliche Richtung tendierten, und daß eben auch – das wurde erwähnt – organisierte Gruppen tätig waren. Das heißt also, wenn diese heute hier nicht vertreten sind, kann das nicht heißen, daß sie vergessen werden sollen.

Ich darf jetzt fortfahren und bitte Frau Graul um Antwort.

Elisabeth Graul: Ich beginne mit der Antwort auf Frage Nummer zwei: Sie fragten, ob wir Verbindungen zu anderen Organisationen hatten. Wir haben Verbindung zur „Kampfgruppe Unmenschlichkeit“ angestrebt und auch gehabt. Sie hat uns Flugblätter geliefert. Wir hatten Kontakt zum NTS; das war eine russische Emigrantenorganisation, die uns zum Teil ihren Lautsprecherwagen zur Verfügung stellte. Wir hatten Verbindung zu den Freiheitlichen Juristen, zum Kaiser-Ministerium sowieso. Das war das wesentliche.

Auf Ihre Frage, wie es nach meiner Haft aussah: Ich kam wieder mit Berufsverbot und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Vermögensentzug. Mir war durch Gerichtsbeschluß das von meinen Eltern ererbte Haus in Erfurt weggenommen worden. Ich stand eigentlich völlig mittellos da, durfte meinen Beruf nicht ausüben, also nicht unterrichten. Es war also sehr schwierig.

Es begann zunächst einmal damit, daß mir Zimmer nachgewiesen wurden, die nicht zu bewohnen waren, so naß, daß die Möbel hätten einen Meter von der Wand abstehen müssen. Oder das Zimmer befand sich im zweiten Stock, und Wasser war nur im Keller. Das waren schon ausgesprochene Schwierigkeiten, die mir gemacht wurden.

Die Abteilung Inneres, bei der sich jeder in den Osten entlassene Häftling melden mußte, äußerte den Wunsch, ich möchte mich doch nun, bitte schön, in der Produktion bewähren. Da habe ich damals den Leuten gesagt: „Ich habe ja die ganzen Jahre in Hoheneck in der Produktion“ – wir hatten eine Schneiderei – „gearbeitet; ich möchte gern etwas anderes tun.“ Nun war um die Ecke herum, wo ich durch private Vermittlung endlich doch ein Zimmer gefunden hatte, das fast neugegründete Magdeburger Puppentheater. Die waren noch so richtig schön in der Pionierphase und brauchten Puppenspieler. Da hat die Leitung dieses Puppentheaters sich unwahrscheinlich für mich eingesetzt. Sie wußten, woher ich kam; ich hatte ihnen das sofort gesagt, und ich durfte dort eingestellt werden.

Ich habe dann praktisch 13 Jahre an diesem Puppentheater gearbeitet, habe währenddessen die Bühnenreifepfung abgelegt, habe viel am Klavier gesessen, wenn Stücke ganz auf Klavier lagen, wie die berühmte „Hasenschule“, die vielleicht noch mancher Ältere von Ihnen kennt, und ich habe zum Schluß auch Regie geführt.

Wer mich innerhalb dieser Puppentheaterzeit – sicherlich gab es den einen oder anderen, ich weiß es bis heute nicht – beobachtet hat, kann ich nicht sagen. Die Einsicht bei der Gauck-Behörde steht noch aus, sie ist lange schon beantragt, aber noch nicht passiert. Ich möchte diese Einsicht bei der Gauck-Behörde nicht deshalb, um irgendwelche Leute zu verklagen, sondern um Verdacht auszuschließen.

Dann bekam ich einen Bandscheibenvorfall, mußte also diese Puppentheater-tätigkeit beenden, und ich habe mich einfach noch einmal auf die Schulbank gesetzt. Ich hatte 25 Jahre nichts in Richtung meines ehemaligen Berufes getan, habe noch ein Fernstudium an der Hochschule für Musik in Weimar gemacht, das mir genehmigt wurde, und bin dann hineingesprungen in die Arbeit an der Musikschule in Magdeburg.

Was mein weiteres Verhalten betraf – dazu vielleicht noch ein paar kurze Worte. Ich habe z. B. an dieser Musikschule als einzige Lehrkraft nicht am Parteilehrjahr teilgenommen. Das war ja Pflicht für alle Lehrer. Dies hat offensichtlich mein Leiter abgedeckt, der, obwohl er SED-Mitglied war, ein Mensch mit Rückgrat war und ist. Ich habe bei Wahlen stets diese Pseudokabinen aufgesucht und habe immer durchgestrichen oder „nein“ hingeschrieben, als es dann hieß, daß die Striche auch als „ja“ gezählt werden.

Ich habe also weiter eine stille Opposition geübt, hatte außerdem sehr gute Kontakte zu meinen Schülern, von denen nur wenige wußten, was hinter mir lag – auch nur wenige Eltern –; aber ich muß insgesamt sagen, daß ich in diesem Kreis, der über meine Vergangenheit Bescheid wußte, nur Achtung erfahren habe. Ich habe vielleicht überhaupt sehr viel Glück gehabt, daß ich Menschen begegnet bin, die mir nicht feindlich, sondern sehr freundlich

gesinnt waren oder soviel Charakter hatten, daß sie Dinge nicht weitergemeldet haben, die sicherlich nicht im Sinne des Regimes waren.

Ich bin auf dem Wege zu ergründen, was sich da im einzelnen abgespielt hat, sobald ich diese Akteneinsicht haben werde, auf die ich sehr warte, zumal ich meine Dinge inzwischen auch literarisch niedergelegt habe. Ich würde gern einige Dinge auch noch präzisieren, damit diese Aussagen umfangreicher werden können. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Danke schön – wir gehen der Reihe nach weiter. Herr Finn, bitte.

Gerhard Finn: Herr Passauer, die Antwort auf die Frage nach der Abstimmung mit den Füßen hat Herr Fricke schon gegeben. Ich möchte nur noch hinzufügen: Die sind herübergekommen, haben, wie Herr Fricke gesagt hat, einiges bewirkt. Die meisten sind aber satt geworden wie die anderen auch und haben sich den Dingen nicht mehr so verpflichtet gefühlt.

Man kann es ja nicht wiederholen – aber ich möchte nicht wissen, wie unser Widerstand, überhaupt der Widerstand in der SBZ und DDR, ausgegangen wäre, wenn dieses Schlupfloch West-Berlin – oder damals auch noch die Grenze – nicht gewesen wäre. Wie hätte das alles ausgesehen!

Es war ja unser großer Vorteil: Die Kommunisten lesen immer viel. Sie lesen alles genau. Sonst hätte das „Neue Deutschland“, dieses langweilige Blatt, nicht so einen Erfolg gehabt. Und wir konnten davon ausgehen, daß ganz enggedruckte Flugblätter immer ganz genau gelesen wurden, vor allen Dingen von der gegnerischen Seite. Dazu als Illustration: Ich habe einmal einen ehemaligen politischen Häftling gesprochen, der so Ende der fünfziger Jahre nach Berlin kam. Er hatte ein paar Jahre abgesehen – er war nicht sehr alt –, weil er eine Pistole hatte. Die hatte er irgendwo im Krieg gefunden. Er war jedenfalls wegen illegalen Waffenbesitzes verurteilt worden. Er sagte zu mir: „Mensch, habe ich ein Glück gehabt! Wenn die noch die Flugblätter bei mir gefunden hätten, wäre ich überhaupt nicht mehr herausgekommen!“ Die Relation war also ganz anders.

Sachstand, Herr Meckel, zur Spitzelkartei der KGU: Sie ist bei Gehlen gelandet und soll jetzt, soviel ich gehört habe, beim Bundesarchiv sein. Ich weiß nicht, wer damit noch einmal gearbeitet hat oder ob damit gearbeitet wird.

Andere Widerstandsgruppen: Wir hatten da und dort Kontakt; es entstand viel spontaner Widerstand, ein, zwei Leute. Größer konnte man ja gar nicht mehr arbeiten, um nicht der Abwehr, der Stasi, aufzufallen. Es war überall aus irgendwelchen Anlässen so etwas entstanden. Irgendwo mußte ja ein Anstoß sein. Da waren zwei, drei Leute, die etwas taten und irgendwo vielleicht auch etwas erreichten. Wenn sie Glück hatten, wurden sie nicht entdeckt oder konnten abhauen. Oder sie kamen nach West-Berlin und suchten

Kontakt bei uns, solange die KgU noch bestand, sagten: „Ach, helft uns doch! Wir können nichts drucken, gebt uns Flugblätter!“

Es gab oft Einzelkämpfer, die wir gar nicht kannten, mit denen wir nichts zu tun hatten und die Gott sei Dank so vorsichtig waren und sich nicht vorstellten, wenn sie zu uns kamen, sondern sich beraten ließen, etwas mitnahmen, wieder zurückführen und als Einzelkämpfer, als Einzelpersonlichkeiten innerhalb ihres Lebenskreises, innerhalb der SBZ/DDR wirkten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Wolfram, bitte.

Adam Wolfram: Zur Frage, ob das die einzige Ablehnung eines Postens war, den man mir angeboten hat, und aus welchen Gründen: Ich habe bereits gesagt, daß die Ablehnung der Übernahme des Postens als Vizepräsident der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung eine politische Entscheidung von mir gewesen ist, weil ich wußte, daß niemals in Erfüllung gehen konnte, was man auf diesem Posten und in dieser Eigenschaft hätte tun müssen.

Die Versorgungsdecke war ja niemals so groß, daß alle Bedürfnisse befriedigt werden konnten. Einer mußte immer darunter leiden und bekam weniger als die anderen. Die machten dann Protest, und der Protest ging dann zu Lasten des betreffenden Vorgesetzten bzw. Präsidenten. So ist einer nach dem anderen nach einem halben Jahr oder nach einem Jahr wieder hinausgeflogen, und viele davon sind jahrelang ins Gefängnis gekommen.

Der zweite Posten war der Posten des Landtagspräsidenten, der von allen Parteien an mich herangetragen wurde – CDU, LDP, und alle sagten: „Du mußt das machen, du bist der einzige, der unser Vertrauen hat, Du mußt den Posten annehmen.“ Da habe ich mich breitschlagen lassen.

Zu der Frage, welchen Einfluß die Gewerkschaften auf die Entwicklung hatten, möchte ich sagen: Bis 1947 haben die Gewerkschaften in dem Gebiet der SBZ außerordentlich positive und erfolgreiche Arbeit geleistet, und zwar mit Hilfe der Betriebsräte und mit Hilfe der Verwaltung. Ich kann Ihnen sagen, ich habe nie so viele Unternehmer mit ihren Betriebsräten in meinem Gewerkschaftsbüro gesehen wie 1945, 1946 und bis 1947.

Aber dann gingen die Schwierigkeiten los, als die allgemeine Sozialisierungs- oder Enteignungswelle vonstatten ging. Die Kreiswirtschaftsämter hatten ja gewissermaßen die Oberhoheit über die in ihrem Kreisbereich liegenden enteigneten Betriebe. Da gab es keine Gewinn- und Verlustrechnung für den einzelnen Betrieb, sondern das ging alles in einen Topf. Alles ging in den Kreis.

Wir hatten den Versuch gemacht, die Rechtsgrundlage für die Betriebe in Form einer GmbH zu schaffen, und Professor Brundert und auch Herwegen waren auf diesem Gebiet dafür. Wir hatten schon über 40 neue Gründungen vorgenommen. Dann kam Ulbricht dazwischen und erklärte uns für verrückt. Er sagte, wir wollten kapitalistische Wirtschaftsformen wiedereinführen, das

käme gar nicht in Frage, sondern wir wollen den Sozialismus, und alles, was in einem Betrieb geschieht, kommt in eine Zentrale, in einen Topf. Und wir bestimmen, wer was bekommt.

So brauchte man sich nicht zu wundern, was dann aus den Betrieben geworden ist, die nichts bekommen haben, die investieren mußten, aber keine Gelder bekamen, um neue Maschinen anzuschaffen usw. So ging die Produktion immer weiter zurück, und die Produktivität der Arbeit sank.

Die Kommunisten hatten dann 1947 begonnen, sich in den Gewerkschaftsorganen durch einen Sekretär ständig über alles zu informieren, was in den Gewerkschaften geschah, auch inhaltlich. Diese Kontrolle hat eines Tages in Magdeburg festgestellt, daß bei einer Gewerkschaft ganze Pakete von illegalen Zeitschriften aus Berlin gelagert waren, die gegen die kommunistischen Gewerkschaften und ihre Auffassungen gerichtet waren. Aber die Herrschaft über die Gewerkschaften kam erst 1948, als der Kongreß in Berlin die SED als führende Kraft der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Entwicklung in der SBZ bezeichnet hatte, was von dem Kongreß angenommen wurde. Von da an hatten die Betriebsgruppen der SED auch im Betrieb und in den Gewerkschaftsorganen den ausschlaggebenden Einfluß gewonnen, so daß sie von diesem Zeitpunkt an auch die Gewerkschaften beherrscht haben. Ich bin nie ein Freund der Kommunisten in den Gewerkschaften gewesen, und zwar aus früheren Erfahrungen und Erkenntnissen. Das letzte Mal wurde ich 1930 bei dem großen Gewerkschaftsstreik im Mansfelder Land von den Kommunisten verprügelt, und die Erinnerung ist auch nach 1945 bei mir wachgeblieben.

Es war ja so, daß 1945, 1946, 1947 die Befehle, die Anweisungen nicht aus den deutschen Organen, sondern aus Moskau kamen. Moskau entschied auch den wirtschaftlichen Entwicklungsweg in der Sowjetzone.

Ich frage Sie: Wer von Ihnen hat 1946/47 gewußt, was Aktivisten im Betrieb waren? Wer von Ihnen hat gewußt, was Wettbewerb in den Betrieben war? Wer von Ihnen hat gewußt, was Brigaden und Brigadeführer in den Betrieben waren? Wer hat gewußt, daß es einen Betriebskollektivvertrag gab? Das waren doch alles sowjetische Vorstellungen, die jetzt den deutschen Arbeitern aufoktroziert wurden.

Wir haben zuerst gelacht, als der Hennecke mit seinen 400 % Sollerfüllung kam. Und das Lachen ist uns dann vergangen, als dann auf einmal ein paar Dutzend sowjetische Instrukteure aus Moskau, aus den großen Industriezentren Rußlands zu uns kamen, in unsere Betriebe. Sie liefen wochenlang in den Betrieben herum und wollten unseren Kollegen weismachen, daß ihre Methoden des Wettbewerbs viel erfolgreicher und im Sinne des Sozialismus wären.

So haben fremde Menschen monatelang unseren Menschen eingebläut, was sie zu tun haben. Das hat lange gedauert, ehe unsere Leute das begriffen haben.

Aber dann gab es doch einzelne, denen hat es in der Nase gejuckt: „Wenn ich dieses Projekt jetzt mache und diese Leistung bringe, kriege ich tausend Mark extra! Und diese tausend Mark extra stecke ich ein.“

So haben wir gesehen, wie die Prämien, die man diesen Leistungsträgern zugesprochen hat, und die Vergünstigungen – daß sie z. B. in einem schönen Hotel am Weißen Hirsch in Dresden ihren Urlaub verbringen konnten – dazu geführt haben, daß dieses System der sowjetischen Arbeitsbedingungen nach und nach bis 1950 eingeführt war. 1950 war das vollzogen. Von da an waren wir eine russische Kolonie in bezug auf die Arbeitsverhältnisse. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Prusko, bitte.

Georg Prusko: Zur Frage, wann die SED die Gewerkschaften in den Griff bekommen hat: Nach meinen Beobachtungen aus dem Raum Dresden muß ich sagen, daß schon von Beginn an, seit 1946/47, ganz deutlich wurde, daß überall an die Spitze immer ein zuverlässiger SED-Genosse gesetzt wurde, auch in den Betrieben. Das habe ich beobachtet. Das können Sie auch daran erkennen, daß z. B. die Gewerkschaften von vornherein in den sogenannten Demokratischen Block hineingenommen worden sind und hier ein zusätzlicher Arm der SED waren.

Denken Sie an die Worte von Walter Ulbricht: Die Massenorganisationen sind die Treibriemen der Partei. Der FDGB war als Massenorganisation für die Partei von großer Bedeutung. Zur zweiten Frage, dem Umschlagen der Stimmung in der Öffentlichkeit im Hinblick auf den Widerstand: Hier möchte ich sagen – und ich kann nur meine eigene Meinung sagen –, daß auch in der Bundesrepublik in dieser Frage eine Änderung in der öffentlichen Meinung eingetreten ist, und zwar a) durch die Parteien und b) durch die Massenorganisationen. Es war vielleicht politisch nicht mehr so wichtig oder so opportun, daß diese Frage in die Öffentlichkeit gebracht worden ist. Ich habe versucht, das vorsichtig zu umschreiben.

Zur dritten Frage: Wie war die Zusammenarbeit der Menschen im Widerstand untereinander, z. B. der Parteien, der SPD, CDU, LDP? Hier muß ich sagen, daß wir uns in Waldheim, Bautzen usw. sehr gut miteinander verstanden haben, viel besser, als sich heute die Parteien im Bundestag verstehen. (Unruhe)- Ich beobachte ja die Parlamente!

Wir haben uns über alle Fragen unterhalten und waren auch politisch in der Frage der Wiedervereinigung usw. einer Meinung. Ich muß hier ganz deutlich sagen, daß die Sozialdemokraten im Zuchthaus – ich will jetzt keine Parteipropaganda machen – der Meinung der CDU in den fünfziger Jahren viel näher standen als der SPD.

Nun zur Frage nach der Diskussion über die Verfassung: Sie wissen ja, die Zone hat sich damals eine Verfassung gegeben, und eineinhalb Jahre, bevor die Verfassung verabschiedet worden ist, hat man in den Massenorganisationen

über den Entwurf diskutiert. Wir von der Jugend der CDU in Dresden haben uns gesagt: „Wir werden den Vorschlag machen, die Wehrdienstverweigerung hinauszunehmen mit der Begründung: Wenn wir als Beispiel in der DDR die Wehrdienstverweigerung hineinbringen, erzwingen wir, zumindest veranlassen wir, in die westdeutsche Verfassung, die ja auch in der Diskussion war, den gleichen Passus hineinzubringen. Denn die SED hat doch immer vom Frieden geredet, und wer Frieden will, braucht ja keine Wehrpflicht.“

Das war eine Argumentation. Wir wußten genau, daß sie zwar vom Frieden geredet, aber etwas anderes gemeint haben. Das haben wir dann gemerkt, als man uns einfach überall, wo wir mit dieser Frage ankommen wollten, hinausgeschmissen oder herausgehalten hat. Aber die Diskussion ist unter gewissen Kreisen der Wehrdienstverweigerer gelaufen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Schönen Dank. Ich bedauere jetzt natürlich doppelt, daß – wie er sich immer selbst bezeichnet – der Altzuchthäusler Ulf Müller nicht unter uns sein kann, denn er würde Ihnen sofort heftig widersprechen.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine erste Frage geht an Herrn Fricke: Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß sich so etwas wie widerständiges Verhalten erst allmählich herausgebildet hat. Ist dies nicht auch natürlich, weil die politischen Strukturen ja noch gar nicht da waren? Es gab lediglich die Besatzungsmacht, der gegenüber man Widerstand leisten konnte. Ist es nicht auf diesem Hintergrund ganz verständlich, daß es so etwas zunächst nicht gab?

Wohl aber gab es Widerstand oder Opposition gegen die Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten. Dazu bildete sich widerständiges Verhalten heraus.

Allgemeiner gefragt: Müßten wir nicht, ähnlich wie bei der NS-Forschung, bezogen auf die DDR-Geschichte auch den Begriff der Resistenz einführen, um etwas von der verengten Betrachtung politischen Verhaltens wegzukommen und das Verhalten der breiteren Bevölkerung zu erfassen?

So etwas wie Resistenz haben wir ja frühzeitig auch in der sowjetisch besetzten Zone, und dieses „Sich-nicht-vereinnahmen-lassen“ ist doch etwas, was sich schon sehr früh entwickelt und dann die Zeit über durchhält. Anders formuliert: Müßten wir nicht ähnliche Fragen, bezogen auf die SBZ- und DDR-Entwicklung wie bezogen auf den Nationalsozialismus stellen, Fragen, die auf die Verhaltensgeschichte der Menschen zielen?

Die zweite Frage geht an Adam Wolfram und Herrn Prusko: Es ist das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten und Christen innerhalb des FDGB angesprochen worden. Von wann an ist das Verhältnis unter diesen Gruppen konfliktorisch? Wie hast Du, Adam Wolfram, wie haben Sie, Herr Prusko, das wahrgenommen? Und an Adam Wolfram noch die Zusatzfrage:

Gab es innerhalb des FDGB Kollegen, die sich als Sozialdemokraten betrachteten und untereinander besonders kommunizierten, ähnlich wie das Prusko, bezogen auf die christlichen Gewerkschafter, eben dargestellt hat? Gab es einen informellen Kommunikationszusammenhang von Sozialdemokraten innerhalb des FDGB?

Schließlich dann die Frage, die hier eigentlich hinein müßte: Hast du, Adam Wolfram, in irgendeiner Form das Ostbüro der SPD in dieser Nachkriegszeit im gewerkschaftlichen und sonstigen Bereichen wahrgenommen? Hat es eine Rolle gespielt? Es müßte ja in diesem Zusammenhang als eines der großen Feindbilder des SED-Systems mit gewürdigt werden.

Die dritte Frage an Herrn Finn und Frau Graul: Sie haben dargestellt, daß Sie im Grunde genommen zu Ihrem Widerstand und zu Ihrer Oppositionshaltung, zu Ihrem Handeln gekommen sind, weil Sie die Verhältnisse als untragbar ansahen. Es waren offenbar konkrete Dinge, die Sie motiviert hatten. Hat sich – Sie haben von Idealismus geredet – eine realistische Handlungsstrategie herausbilden können? Haben Sie so etwas wie ein Konzept oder bestimmte Vorstellungen gehabt, wie eigentlich dieses SED-System überwunden werden konnte? Oder beschränkte sich Ihr Tun im wesentlichen darauf, widerständiges Verhalten in der SBZ und in der DDR zusätzlich zu stimulieren? Oder ist dies eine Frage von heute her gestellt, die ganz fremd gegenüber der Realität dieser Zeit ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Jacobsen, bitte.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Eine Frage an Frau Graul und Herrn Finn, anknüpfend an das, was Herr Faulenbach schon angedeutet hat: Wir wissen aus der umfangreichen Forschung zur Geschichte des deutschen Widerstands im Dritten Reich, daß zwischen den einzelnen Gruppen sehr unterschiedliche Ordnungsvorstellungen bezüglich der Zeit nach der Überwindung des Systems existierten. Nun wäre es für mich sehr wichtig, von Ihnen beiden zu hören: Was hatten Sie als Teilnehmer oder Angehörige einer Generation, die ja im Grunde gar keine Alternative kannte – Sie kamen aus dem Dritten Reich –, für Vorstellungen? Es ist relativ einfacher gewesen zu sagen, wogegen man ist. Das war der Kampf gegen dieses System. Aber was hatten Sie denn als Alternative, Sie, die Sie ohne demokratische Erfahrungen waren? Herr Wolfram ist da in einer sehr viel besseren Situation, weil er älter ist. Was waren möglicherweise damals – ich betone bewußt das Wort damals – Ihre ordnungspolitischen alternativen Vorstellungen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Guttmacher, bitte.

Abg. Dr. Guttmacher (F.D.P.): Meine Frage richtet sich an Sie, Herr Wolfram: Sie haben mit einer bemerkenswerten, erfrischenden Art aus der Zeit von 1945 und 1946 berichtet und hier gesagt, daß es zu Enteignungen aus fadenscheinigen Gründen kam. Darf ich hier noch einmal nachfragen: Welche Methoden sind Ihnen denn aufgefallen, die man dabei angewandt hat, um

eine solche Enteignung aus fadenscheinigen Gründen vorzunehmen, und zwar gerade aus der Sicht, daß Sie ja zweiter Landesvorsitzender der Gewerkschaft und anschließend dann Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt waren?

Uns interessiert Ihre Aussage deshalb so wesentlich, weil wir derzeit eine völlig unzureichende Gesetzgebung haben, auch durch den Einigungsvertrag bedingt, so daß wir Menschen, die in dieser Zeit enteignet worden sind, weil ein SMAD-Beschluß vorlag, ihr Eigentum nicht zurückgeben können.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Fischer, bitte.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Es sind am heutigen Vormittag Abkürzungen gefallen, die nach meinem Dafürhalten eine Anmerkung geradezu herausfordern: UFJ, KgU, NTS. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal vor, wir hätten diese Anhörung, sagen wir einmal, vor fünf Jahren gehabt! Glauben Sie, daß der Kollege Finn mit seinen Ausführungen über die KgU ohne laute Zwischenrufe hätte zu Ende sprechen können? Ich will mit dieser Anmerkung nur auf ein Problem westdeutscher Vergangenheitsbewältigung aufmerksam machen.

Zweite Anmerkung: Es ist hier durch die Ausführungen vor allem von Frau Graul die Verbindung von Widerstand und Opposition und junger Generation hergestellt worden. Sie haben das anklingen lassen, Frau Graul; ich bitte, meine Anmerkung nicht mißzuverstehen, aber ich will doch noch einmal darauf hinweisen: Man muß auch sagen, daß die junge Generation – hier spielen eigene Erinnerungen eine Rolle – nicht unbedingt in die Zeit nach dem Ende des Dritten Reiches gegangen ist, um Widerstand und Opposition auszuüben, sondern es ist durchaus die Bereitschaft gewesen – so habe ich es jedenfalls in Erinnerung, und bei Ihnen klang es auch an – das Neue auf sich zukommen zu lassen. Erst – um die Formulierung von Faulenbach aufzugreifen – als sich die Strukturen ausbildeten, in meinem Falle meine ich konkret: als die Uniformierung begann, sah die Sache anders aus.

Das vielleicht noch einmal, um ein bißchen zu differenzieren. Eine kurze Frage an Frau Graul, auch in Anklang an Jacobsen, noch ein bißchen verstärkend: Sie haben vorhin in einem Nebensatz sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die jüngere Generation damals von dem Staat DDR eigentlich nicht viel gehalten hat. Sie hat ihn nicht einmal so bezeichnet. Ich kann das aus eigener Erfahrung nur unterstreichen. Sie sprachen aber von Vorstellungen, die Sie von einem wiedervereinigten Deutschland gehabt hätten. Welche Kriterien lagen dem eigentlich zugrunde? Was ist da verarbeitet worden? Worüber haben Sie gesprochen? Welches Vorbild hatten Sie?

Eine Frage an Herrn Finn – das ist bei Fricke vorhin schon angeklungen: Sie haben das phantastisch dargestellt, daß muß ich deutlich sagen, und ich wünschte, daß Ihre Ausführungen über die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit wirklich einmal stärker verbreitet würden; hier sind ja einige Legenden aufzuarbeiten. Sie haben doch wahrscheinlich Ihre Arbeit nicht ohne die Un-

terstützung der Medien machen können, auch wenn Sie bis zu einem gewissen Grade konspirativ arbeiten mußten. Meine Frage in diesem Zusammenhang: Wie ist das eigentlich mit dem Verhältnis beispielsweise zum NWDR, zum RIAS gewesen? Wie war es mit dem Problem der Öffentlichmachung von Verbrechen – eine Sache, die von deutschen Medien ja nur begrenzt durchgehalten worden ist? Welche Erfahrungen hat es damals bei Ihnen gegeben?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Hansen, bitte.

Abg. Hansen (FDP): Meine Frage richtet sich auch an Herrn Finn, der davon gesprochen hat, daß er, fünfzehnjährig aus dem Dritten Reich kommend, sich als Antinationalsozialist verstanden habe. Dann hat er etwas zögerlich den Begriff „Antifaschist“ für sich verwendet. Jetzt spitze ich meine Frage darauf zu: Ist im Laufe Ihres Tuns, Ihres persönlichen und der Kameraden in der KGU, dann auch der Anti-Antifaschismus von wesentlicher Bedeutung für diese Motivation gewesen, für das immerhin mehr als zehnjährige Durchhalten?

Das leitet über zu meiner zweiten Frage, die ich an Herrn Fricke richte: Es ist natürlich richtig und schwierig – Faulenbach und andere haben darauf hingewiesen –, zu unterscheiden, was Widerstand ist, was Opposition, Dissidenz, Resistenz und schließlich auch nur „Immunität“, nämlich immun zu sein gegen bestimmte Ideologien. Es ist schwierig abzugrenzen.

Hat es dann nicht eben doch, wenn man den Versuch machen will – und man muß ihn wohl machen –, zu differenzieren, diese einzelnen Haltungen voneinander zu scheiden, dann etwas mit den Vorstellungen, den Werten, den Zielen zu tun, auf die man sich gedanklich, aber auch im Tun richtet? Wird es dann nicht überhaupt erst möglich zu entscheiden, nicht nur immun zu sein, sondern auch etwas zu tun, abweichend oder sogar widerständig zu handeln? Hat das – wiederhole ich – nicht etwas mit den eigenen Wertvorstellungen zu tun, die sich dann gegen diejenigen richten, die einem aufgedrückt werden sollen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Hartmut Soell, bitte.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Nur eine konkrete Frage, die sich an Herrn Wolfram richtet: Sie haben von Ihrem informellen „Raucherklub“ im Rahmen des Landtagskasinos gesprochen. Meine Frage lautet: Gab es denn zwischen den Landtagen noch so eine gewisse Verbindung, die nicht total von der SED kontrolliert war? Gab es informelle Gruppen? Es ist auch eine Frage an Herrn Prusko, inwieweit etwa die Sozialsekretäre der CDU noch miteinander kommunizieren konnten, über die Landesgrenzen hinweg? Wir wissen ja, 1952 sind die Länder aufgehoben worden, nicht zuletzt auch deshalb, damit man das Ganze stärker unter Kontrolle bringen konnte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Als letzter Martin Gutzeit, bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Meine Frage geht letztlich an alle. Sie haben in

verschiedener Weise und in verschiedenen Zusammenhängen Widerstand, Opposition betrieben. Wenn Sie das jetzt rückblickend betrachten, meinen Sie, daß das so, wie Sie es getan haben, sinnvoll war? Hätte man mehr tun sollen? Hätte man weniger tun können? Denn manche Dinge haben ja keinen Erfolg gebracht; die Geschichte ist ja ziemlich lange weiter gelaufen, ohne daß die DDR zusammengebrochen ist.

Wenn man jetzt rückblickend Manöverkritik übt: Was hätte da anders gemacht werden können? Oder war nichts anderes möglich?

Zugleich die Frage: Was hätten Sie sich zu dieser Zeit von denen erwartet, die im Westen Deutschlands saßen, mehr Unterstützung? Oder was hätte da anders laufen können?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Besten Dank für die Fragen. Es haben jetzt Herr Fricke und die Zeitzeugen die Möglichkeit zu antworten. Wir fangen mit Herrn Finn an.

Gerhard Finn: Herr Faulenbach und Herr Jacobsen – ich muß die Fragen von zwei Professoren auf einmal beantworten.

Ich sage erst einmal ganz deutlich: Wir sind zunächst als junge und politisch, vor allen Dingen parteipolitisch unbedarfte Leute mit einem sozialen Engagement hineingegangen. Das möchte ich herausstellen. Sie hätten einmal einen Tag bei uns im Flur sitzen und die Frauen hören müssen, wie die geweint haben, weil sie ihre Männer gesucht haben.

Wir wollten also helfen. Wir mußten Karteikarten ausstellen und haben unsere Leute befragt: „Wen kennst du? Wer ist in den Lagern kaputtgegangen? Wen suchst du?“ Wir mußten das zusammenbringen. Wir wollten also helfen, und dann ging es ziemlich schnell weiter. Wir haben versucht, über amerikanische Dienststellen Carepakete zu bekommen, damit wir den Angehörigen, denen es in gewisser Weise genauso dreckig ging wie denen, die eingesessen haben, helfen konnten, ihnen Lebensmittel geben konnten.

Dann entwickelte es sich auch – das war für mich als junger Dachs am schwierigsten –, denen so eine Art Lebenshilfe zu geben: „Ach, ihr Mann wird schon kommen; es sind noch viele da drin; es sind nicht alle krepirt in Buchenwald, Sachsenhausen und in den ganzen Lagern.“

Es war also mehr eine soziale Komponente, und daraus – das versuchte ich vorhin zu erklären – entstand eigentlich die Frage: Wir können nicht nur die Folgen mildern, sondern wir müßten auch etwas dagegen tun. Wir müssen doch auch einmal die Welt aufrütteln – um es einmal so hochtrabend zu sagen –, und wir hatten zunächst keine Konzeption, was danach kommen sollte, vielleicht später, am Ende der fünfziger Jahre, so 1957/58. Für uns war die sich dann bildende Bundesrepublik Deutschland das Vorbild. Die wollten wir stärken, die wollten wir schützen. Das war unser großes Anliegen.

Wir versuchten immer – Berlin war ja so eine Sondergeschichte; wir hatten

noch mit der Blockade und ihren Folgen zu tun –, den Westdeutschen zu sagen: „Leute, wißt ihr denn, was da drüben passiert, was da los ist? Die sind drauf und dran“ – das war unsere feste Überzeugung – „auch euch da drüben einzukassieren! Dann werdet ihr sehen, was euch geschieht!“

Das Verhältnis zu den Medien war zunächst gut. Der RIAS hat unsere Warnungen vor Spitzeln immer wieder gebracht, das wurde sehr viel gehört. Bloß, das kippte dann um, vielleicht auch durch eigene Dummheit, dadurch, daß wir zu radikal aussahen, was wir an sich gar nicht waren.

Man hat uns einmal einen Ballon durch einen Agenten in die Luft geschossen, und der ist explodiert. Dann hieß es, wir würden das ganze Häuserviertel in Nikolassee gefährden. Es wurden immer wieder Fälle herausgebracht über „Nachrichtenhändler“ usw., Dinge, die wir heute anders sehen. Damals wurden sie furchtbar ernstgenommen. Dann schwenkte auch das Presse-Meinungsbild um. Erst berichteten sie sachlich; dann wurde das – auch ein Grund, weshalb sich die KGU nicht mehr halten konnte – sehr viel schlechter. Es setzte sich wohl die Meinung durch: „Na ja, es ist ja eh nichts zu ändern. Die Besatzungsmacht steht, die DDR wird immer kräftiger und unterdrückt alles, was irgendwie dagegen ist; also riskiert nicht die Leute!“

Damit komme ich zur letzten Frage von Herrn Gutzeit, was wir anders hätten machen können: Geholfen hätten wir immer. Das war ja Impetus. Ich muß noch einmal ganz deutlich sagen: Wir haben insofern nicht in die DDR eingewirkt, als wir versucht hätten – was unter konspirativen Umständen sowieso Unsinn gewesen wäre – Gruppen oder so etwas zu bilden, sondern es sind immer wieder die Menschen, gerade junge Menschen, zu uns gekommen – das war ja das Furchtbare –, und haben gesagt: „Verdammt, wir müssen doch etwas gegen die tun! Das kann doch nicht so weitergehen! Wir haben doch erlebt, was in der Nazizeit los war. Wir müssen aufklären und vor allen diesen Dorf-Mussolinis und -Ulbrichts sagen: Wir passen auf euch auf; es kommt gewiß einmal anders, dann geht es auch dreckig!“ (Zuruf: Geschwister Scholl, ja?)

– Ja, ja, wirklich. Wir haben an diesen Widerstand angeknüpft. Das war unser Vorbild. Das ist nicht hinterher hineininterpretiert, sondern wir haben damals so diskutiert. Und wir sind letztlich von den anderen auch ein bißchen allein gelassen worden.

Ja, was hätten wir anders machen sollen? Mehr Unterstützung von Westdeutschland – es kam von Westdeutschland nicht mehr Unterstützung, noch nicht einmal vom Gesamtdeutschen Ministerium, dessen Hauptargument war, sie könnten uns nicht unterstützen, solange wir nicht unsere finanziellen Einkünfte usw. offenlegen würden.

Herr Hansen, zum Anti-Antifaschismus: Der Antifaschismus war für uns als staatstragende Ideologie noch nicht so ausgeprägt. Wenn es aufkam, dann muß ich eines sagen: Wir ehemaligen Häftlinge dieser Nachkriegslager, die

heute immer noch ziemlich schlecht angesehen werden – man sagt, das waren ehemalige Nazis und wer weiß, wer da drin saß-, wir ehemaligen Buchenwalder hatten Respekt vor unseren Vorgängern. Wir haben diesen Antifaschismus zu der Zeit eigentlich nicht angegriffen, weil wir auch eine gewisse Scham hatten, eine Scham für das, was damals passierte, eine Scham, die ich heute bei vielen SED- und PDS-Leuten vermisste. (Beifall)

Elisabeth Graul: In einigem muß ich mich Herrn Finn anschließen. Wir waren sehr jung und sehr unerfahren und hatten wahrscheinlich ziemlich nebulöse Vorstellungen von dem, was eigentlich an die Stelle des Vergangenen zu setzen sei. Wir wußten nur, daß wir das, was da war, nicht wollten.

Ich habe bei meiner Befragung auf die Frage der Frau Benjamin: „Wie wollten Sie die Dinge haben? Wie sollte es nach Ihrer Meinung zugehen?“ geantwortet: „Ich wollte unbedingte Unabhängigkeit und Freiheit jedes einzelnen Menschen.“ Das ist natürlich ein sehr naiver Satz. Sicherlich sagt es wohl alles, aber man hätte die Dinge vielleicht konkretisieren müssen. Dazu kam es bei diesem Gerichtsprozeß nur stellenweise.

Wir haben uns damals sehr intensiv mit der Frage beschäftigt: Was ist Marxismus? Was ist Kommunismus? Wir haben viel gelesen und uns auch innerhalb der Organisation, die ja übergreifend mit der westdeutschen arbeitete, dafür eingesetzt, daß sich das möglichst nicht weiter ausbreitete, was sich bei uns breitgemacht hatte. Das war immerhin schon eine ganz konkrete Vorstellung.

Wir haben dann diese Enttäuschung mit dem westdeutschen „Bund Deutscher Jugend“ erfahren. Das war aber nicht das Entscheidende; wir wußten ja, was wir wollten. Und jetzt komme ich zur Frage von Herrn Gutzeit: Wenn man etwas tut, ist man beseelt von einem Gedanken. Und wenn man dann schon gleich fragt: Welchen Sinn wird es vielleicht haben, paßt es irgendwo nicht zusammen.

Man tut, und man kann nicht hinterher sagen: „ich bin ein armes Opfer.“ Ich war ein Gegner und fühle mich nicht als Opfer. Ich wußte ja, worauf ich mich einließ. Es gab damals noch die Todesstrafe in dieser DDR. Ich wußte, daß es lebensgefährlich war. Es ist für mich hinterher auch etwa schräg, wenn man immerzu nur anklagend sagt: „Diese böse DDR!“ Ich wußte ja, daß wir etwas taten, was der nicht gefiel, obwohl unsere ganzen Dinge sogar verfassungsmäßig abgesichert waren.

1950 stand bereits in der Verfassung der DDR: Versammlungsfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit. Bloß, daß man sich daran in keiner Weise hielt! Aber wir wußten, daß man sich daran nicht halten würde.

Wenn ich jetzt hinterher frage, habe ich nun soundsoviel Jahre meines Lebens verloren oder habe ich sie gewonnen, kann ich nur sagen: Es ist nicht entscheidend, was man erlebt, sondern wie man es erlebt. Ich

betrachte diese Jahre nicht als verlorene. Sie haben mir sehr viel Wissen gebracht, sehr viel menschlichen Reichtum offeriert. Man konnte aus diesem Zuchthaus nicht wieder herausgehen, wie man hineingegangen ist. Entweder ging man zugrunde, oder man ging stärker daraus hervor. Ich habe das letztere vorgezogen. (Beifall)

Georg Prusko: Zur Frage: Bestand unter den Sozialsekretären der CDU einerseits und Gewerkschaftssekretären andererseits Kontakt, direkter persönlicher Kontakt? Ich sage nein, und zwar deshalb, weil wir genau wußten, daß der Partner vom FDGB ein Sozialist war, ein SED-Mann. Wenn er schon an die Spitze des Kreises gesetzt worden ist, ist er von der SED genau überprüft worden. Von daher war das politisch für uns lebensgefährlich, weil wir ja eine andere Ansicht von den Dingen hatten als die SED.

Zweitens: Welchen Einfluß hatten die Medien auf die Haftentlassung? In meinem Fall war es so, daß ungefähr drei Monate vor meiner Entlassung der RIAS meinen Fall an einem Abend geschildert hat – da ist jeden Abend immer ein Fall gewesen, und ich war der zehnte –, und dann hat die Überprüfung eingesetzt. Ein Vierteljahr später wurde ich entlassen. Ich sage also: Ja, es hatte einen Sinn.

Dann die Frage nach der Methode der Enteignung in der Landwirtschaft: Die Sache ist folgendermaßen abgelaufen. Man hatte im Kreis das Ziel, die Kolchosen, die LPG, zu gründen. Also hat man die Bauern erfaßt. Jeder hatte sein Soll zu erfüllen. Wenn man den Bauern kaputtmachen und enteignen wollte, erschien plötzlich auf dem Hof eine Kommission von drei, vier Mann vom Kreis, die erklärte: „Sie haben das Soll nicht erfüllt, haben Sabotage am demokratischen Staat geübt.“ Man hat ihn verhaftet, enteignet, einen kurzen Prozeß gemacht, zwei Jahre Strafe gegeben; aber nach einem Jahr hat man ihn wieder weggeschickt. Aber der Hof war enteignet.

In einem anderen Fall – Hotels wurden beschlagnahmt – ist es folgendermaßen gelaufen: In ein Hotel, in dem großer Betrieb war, sind plötzlich zwei, drei Männer gekommen, haben sich an einen Tisch gesetzt, sich unterhalten, auf den Staat geschimpft. Der Hotelier oder Kellner konnte gar nicht auf sie achten. Eine Stunde später kamen zwei Volkspolizisten, und es hieß: „In Ihrem Hotel wurden staatsfeindliche Reden gehalten.“ Er wurde verhaftet, das Hotel beschlagnahmt; der FDGB hat es übernommen. So hat man die Enteignung durchgeführt.

Zur Frage nach der politischen Arbeit: Ich fuhr einmal mit meinem Stellvertreter in eine Versammlung. Da sagte er mir: „Schorsch, an und für sich sind wir Lumpen.“ Ich frage: „Warum?“ Er sagt: „Guck mal, wenn wir jetzt, in diesem Staat, in der CDU mitarbeiten, stützen wir diesen Staat mit.“ Da habe ich gesagt: „Ja, du hast recht; aber wir haben doch zu entscheiden: Entweder stütze ich diesen Staat noch mit, habe aber die Gelegenheit, anderen Menschen zu helfen, und wenn ich nur Bauern rechtzeitig alarmiere, daß sie verschwinden

sollen, bevor sie eingesperrt werden, oder anderen Leuten irgendeine kleine Hilfe leisten kann. Oder die zweite Möglichkeit ist, die Sachen zu packen, nach dem Westen abzuhausen und sich einen guten Tag zu machen.“

Vor dieser Frage haben wir als Mitarbeiter der CDU gestanden, und ich habe mich damals dafür entschieden, mitzuarbeiten, solange es geht. Aber, wie gesagt, die Frage ist nicht von der Hand zu weisen: Wir haben als Mitarbeiter dieser Parteien diesen Staat mit gehalten.

Ich habe mich mit meinem Gewissen dafür entschieden, anderen Leuten zu helfen, solange es geht. (Beifall)

Adam Wolfram: Natürlich haben die alten Gewerkschaftler und alten Sozialdemokraten miteinander Verbindung gehabt, nicht nur auf Orts- oder Kreisebene, sondern auch auf Landesebene bis zur Zentrale. Wir hatten auf Grund unserer Stellung, die wir in den Landesverbänden hatten, öfter in Berlin zu sein. Da waren Sitzungen im Hauptvorstand, im Zentralvorstand, und da brauchten wir gar nicht das Ostbüro in Anspruch zu nehmen. Da saß der Bernhard Göring als zweiter Vorsitzender des FDGB für die Zone. Mit dem unterhielten wir uns über die laufenden Dinge, wie wir sie als Sozialdemokraten und als Gewerkschaftler insgesamt für die ganze Zone sahen.

Nachher, als es im Zentralbüro des FDGB zu gefährlich wurde, machten wir offiziell unsere Besprechungen in dem Haus, und inoffiziell gingen wir dann mit dem Bernhard irgendwohin in die Kneipe und machten unsere eigene Konferenz. So war also die Verbindung zwischen den Ländern ständig da.

Natürlich gab es verschiedene Methoden, was man tun konnte. Ein Beispiel nur: Es war eine Konferenz in Halle für das ganze Land. Wenn man in den Saal hineinkam, genügte ein Blick, um zu wissen, wo die SPD-Leute saßen. Die saßen auf einem Klumpen in der Ecke, und die anderen saßen abgesondert in der anderen Ecke. Die Trennung, ohne daß jemand ein Wort gesagt hätte, war immer da: Hier sitzen die Sozialdemokraten und da die Kommunisten.

Das war auch in der SED so. Eine überschäumende Liebe von Sozialdemokraten und Kommunisten hat es bei uns im Landesverband nie gegeben. Ich habe vorhin schon gesagt: Auch ich persönlich hatte ja meine Erfahrungen, und die führten dazu, daß ich bei der Vereinigung aufgetreten bin und gesagt habe: „Solange die Kommunisten nicht von sich, aus dem eigenen heraus ihre Antworten auf die Probleme finden, sondern auf Moskau hören, solange sehe ich keinen Sinn darin, daß wir vereinigt werden.“

Erst als im Dezember 1945 und im Januar 1946 die Dinge in Berlin gelaufen waren, als Otto Grotewohl in seiner großen Rede den Standpunkt der SPD als führender Kraft in der Zone darstellte, dann von Pieck und am Abend in Karlshorst von den Russen abgekanzelt wurde, haben wir gesagt: „Wenn nichts anderes zu erreichen ist, dann muß zumindest festgelegt werden, daß wir in

der neuen Partei gleichberechtigt tätig werden können. Die Parität zwischen Kommunisten und SPD muß gewahrt bleiben. Wir müssen das Recht haben, in den Organen jederzeit unseren Standpunkt zu vertreten.“

Das hat man gebilligt, und dann ist es ja auch zur Vereinigung gekommen. Aber wir haben Orte gehabt, da gab es einen Ortsverein der SPD mit 200 Mitgliedern und einen Ortsverein der Kommunisten mit zehn Mitgliedern. Wo sollte da die Parität herkommen? Die konnten gar nicht soviel Kommunisten machen, wie sie brauchten, um die Organe zu besetzen. Solche Schwierigkeiten gab es natürlich im Lande überall. Es gab auch die umgekehrte Situation, wo die Kommunisten die Mehrheit hatten und die SPD in der Minderheit war.

Aber im Grunde genommen hätte die Sache funktionieren können, wenn man nicht von Moskau aus ständig mit neuen Instruktionen, mit neuen Parolen, mit neuen Dingen gekommen wäre. Das Dilemma war doch: Wir konnten den besten Willen und die besten Argumente haben; wenn sie nicht in den Rahmen der Befehle fielen, galten sie nichts. Der Befehl war maßgebend, und der Befehl mußte durchgeführt werden. Wenn der Befehl nicht durchgeführt wurde, wurden diejenigen, die dafür verantwortlich waren, bestraft, eingesperrt, ihrer Existenz beraubt, ins Gefängnis gesteckt. Das war der Tatbestand.

So, wie es der Kollege sagte, empfinde ich den damaligen Anfang nicht. Wir müssen immer bedenken: Als der Krieg zu Ende war, kamen die Soldaten zurück; darunter waren auch vierzehn- und fünfzehnjährige Kinder, die Uniform anhatten, die ich in der Schlacht um Berlin noch gesehen habe, wie sie in der Scheune gestorben sind, den Bauch von Schüssen aufgerissen. Das waren Tausende und Abertausende, die in diesem Alter damals noch eingezogen wurden, am Schluß des Krieges. Sie kamen zurück, kamen in den Betrieb und sollten arbeiten.

Da kam die Gewerkschaft, da kam der Adam Wolfram und sagte: „Du mußt dich organisieren.“ Wissen Sie, was mir so einer gesagt hat? Er hat gesagt: „Seid ihr verrückt! Uns haben sie einmal angeschmiert. Was wir jetzt haben, haben wir den anderen zu verdanken, und jetzt kommt ihr und wollt uns genau das Gegenteil sagen!“

1945, als wir anfangen, die Betriebe wieder in Gang zu setzen. war keine Begeisterung da, daß etwa die ganze Belegschaft, die Jungen und die Mittleren, mit Begeisterung an die Arbeit gingen. Nein, nein. Da haben wir lange Monate gebraucht, bis wir die jungen Menschen überzeugt haben, daß sie doch eine Gewerkschaft brauchen. Dann ging es langsam wieder bergan. Die Dinge sind sehr differenziert zu betrachten.

Es war die Frage nach dem „Raucherklub“. Ja, ich rauche gern Zigarren, und ich habe viele Freunde, die dasselbe gemacht haben. Darüber ist in der Presse

der DDR geschrieben worden, daß mein „Raucherklub“ funktioniert hat, bis die letzten verhaftet wurden. Dann war Schluß. (Beifall)

Karl Wilhelm Fricke: Sie haben natürlich recht, Herr Faulenbach, daß sich erst die objektiven Bedingungen für das Entfalten widerständigen Verhaltens 1945/46 herausbilden mußten. Das ist keine Frage. Aber ich wollte mit meinen Bemerkungen in meinem Referat auch andeuten, daß es eben so etwas wie nazimotivierten Widerstand nicht gegeben hat. Es wäre ja immerhin denkbar gewesen, daß z. B. die Goebbelsche Propaganda, eine Werwolforganisation zu bilden, bei jungen, verführten Menschen irgendwie verfangen hätte. Das ist aber so gut wie überhaupt nicht der Fall gewesen. Ich würde sogar die kühne These aufstellen, ohne sie empirisch belegen zu können, daß es so etwas überhaupt nicht gegeben hat.

Man hätte sich schon Widerstand z. B. gegen die Vergewaltigungen denken können, der auch von früheren Soldaten und Offizieren ausgegangen wäre, aber das hat es nicht gegeben. Man stand viel zu sehr unter dem Schock des nationalsozialistischen Desasters, als daß man es auch nur gewagt hätte, an Widerstand zu denken.

Es war auch natürlich schon viel Hoffnung unter den Menschen. Ich möchte gerade sagen: Widerstand oder widerständiges Verhalten in allen seinen Formen beginnt sich eigentlich dann auszubilden, als die ersten Enttäuschungen einsetzen, als man merkte, daß eben doch die Hoffnungen auf eine neue, demokratische Struktur, eine demokratische Herrschaft sich nicht erfüllen. Gerade diese Erkenntnis hat viele junge Menschen an den Universitäten in der Auseinandersetzung mit der FDJ spontan zu Widerstand, zu Opposition zunächst einmal, herausgefordert, denn sie haben sich ja legal in Studentenversammlungen artikuliert, bis sie dann merkten, wie gefährlich das ist, welche Folgen das haben konnte. Das gilt aber dann erst recht für die Zeit 1947/48, als man auch über hinreichend fatale Erfahrungen verfügte. Sicher, Sie haben recht, daß frühzeitig der sozialdemokratische Widerstand eingesetzt hat. Das habe ich ja auch dargelegt. Richtig ist, daß es zunächst einmal die Hermes-Schreiber-Opposition gegen die Bodenreform gab, aber das kann man zeitlich nicht alles so genau differenzieren.

Sie haben mir das zweite Stichwort gegeben: Ich bin völlig einverstanden, daß man sich auf die Widerstandsforschungen über das Dritte Reich bezieht, wenn man versucht, eine differenzierende Begriffsbestimmung für die Verhältnisse in der DDR zu erarbeiten. Rainer Eppelmann hat dankenswerterweise heute morgen alle diese Begriffe eingeführt. Er sprach ja nicht nur von Opposition und Widerstand, sondern auch von Dissidenz und Resistenz. Und ich könnte mir den Begriff der Resistenz sehr gut auf die Verhältnisse der DDR angewandt vorstellen.

Ordnungsvorstellungen: Ja, auch das müßte man näher untersuchen. Aber es gibt ja einige Zeugnisse, daß die frühe Opposition, frühe Resistenz, möchte

ich sagen, sich zunächst einmal darauf beschränkte, demokratische Rechte, die man hatte oder zu haben glaubte, zu verteidigen, vor allen Dingen auch das Recht auf freie Wahlen einzufordern, und daß man eigentlich erst später, vielleicht in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, dazu übergang, konzeptionell zu denken, eine Alternative zur herrschenden Ideologie zu entwickeln.

Dabei ist übriges daran zu erinnern – hier möchte ich Elisabeth Graul ergänzen –, daß in der ersten Verfassung der DDR ja nicht nur alle bürgerlichen Freiheiten formal garantiert waren, sondern daß in Art. 4 ausdrücklich auch das Recht auf Widerstand – und sogar die Pflicht zu Widerstand – gegen verfassungswidrig ausgeübte Staatsgewalt verankert war. Sie wissen, was es genützt hat.

Herr Hansen hat die Frage nach einer Begriffsbestimmung von Opposition und Widerstand noch einmal aufgegriffen und darauf hingewiesen, daß das durchaus auch an den Zielsetzungen möglich ist. Völlig richtig; nur glaube ich, es kann nicht darauf beschränkt bleiben. Es ergibt sich auch aus der Formenvielfalt des widerständigen Verhaltens, und da muß man in der Tat mit diesem Begriffsinstrumentarium operieren, das Rainer Eppelmann heute morgen in die Diskussion gebracht hat und von dem ich glaube, daß man weiter damit arbeiten sollte.

Schließlich zu Martin Gutzeit: Hermann Weber hat ja schon daran erinnert, daß ich mich hier auch als Zeitzeuge empfinden muß. Die Frage war etwa: War Widerstand sinnvoll? Hätten Sie etwas anderes machen sollen? Was mich persönlich betrifft: Ich habe mich seinerzeit auch aus familiären Gründen entschlossen, so lange in der Zone zu bleiben – die DDR gab es ja damals noch nicht –, wie es irgend möglich ist und erst dann zu gehen, wenn es nicht mehr möglich wäre. Dieser Zeitpunkt kam, als ich am 22. Februar 1949 im Unterricht verhaftet wurde wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat und das Glück hatte, der Volkspolizei nach wenigen Stunden entkommen zu können. Ich bin dann über die damals noch nicht so bewehrte Zonengrenze geflüchtet, habe in der Bundesrepublik studiert und habe dann von Anfang an mein Ziel darin gesehen, als Journalist einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung, speziell auf die DDR bezogen, zu leisten. Das würde ich auch aus heutiger Sicht nie anders gemacht haben, als ich es getan habe.

Wenn ich heute in meinen Stasiakten lese, wie meine Arbeit „eingeschätzt“ worden ist – ich gebrauche bewußt diesen Begriff –, kann ich nur sagen: ich fühle mich voll und ganz gerechtfertigt. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Meine Damen und Herren! Wenn hier in der Diskussion, die etwas länger als gedacht gedauert hat, der Schwerpunkt unserer Betrachtungen die späten vierziger und die frühen fünfziger Jahre gewesen sind, hat das sicherlich in erster Linie damit zu tun, daß darüber unsere Zeitzeugen am meisten zu berichten hatten.

Aber es hat natürlich auch damit zu tun, daß in dieser Phase die Breite der Opposition und des Widerstandes in der entstehenden, sich herausbildenden, sich verfestigenden Diktatur am stärksten gewesen ist. Danach, nach dem 17. Juni 1953, setzte eine neue Situation ein, die aber natürlich nicht nur durch den 17. Juni geprägt war, sondern auch durch die Tatsache, daß mit dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau 1956 und der sogenannten Entstalinisierung auch die Bedingungen innerhalb der SED andere zu werden schienen. Gleichzeitig zeigte sich sehr rasch, daß im System der SED-Diktatur außerhalb der SED die Chancen von Widerstand immer geringer wurden, soweit er organisierte Formen annahm oder konzeptionell war.

Das änderte sich natürlich. Wir werden das in den folgenden anderthalb Tagen noch sehen.

Ich darf Herrn Eppelmann jetzt das Wort geben. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch von mir sehr herzlichen Dank an die Zeitzeugen in großer Achtung vor ihrer Biographie, bei Ihnen, Herr Wolfram, besonders auch in hoher Achtung vor der Leistungsfähigkeit in Ihrem Alter. Alle Achtung! (Beifall)

Unterbrechung von 14.23 bis 15.15 Uhr.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Lassen Sie uns zunächst fortfahren mit einem Vortrag von Dr. Hubertus Knabe „Widerstand und Opposition in den sechziger und siebziger Jahren“. Danach folgt eine von Professor Alexander Fischer moderierte Gesprächsrunde von Zeitzeugen ebenfalls aus dieser Zeit. Zunächst aber Herr Dr. Knabe.

Dr. Hubertus Knabe: Es ist keine beneidenswerte Aufgabe, 20 Jahre politischer Kritik und Gegenwehr in der DDR, gespiegelt und gebrochen in Hunderten von unterschiedlichen Biographien, in 30 Minuten Revue passieren zu lassen. Ich muß mich darauf beschränken, einige wichtige Namen zu nennen, Konfliktherde und Aktionen anzureißen, und ich hoffe, daß die nachfolgende Diskussion dann mehr Licht auf die Motivationen, auf die Erfahrungen und auf die programmatischen Vorstellungen der Akteure von damals wirft.

Eigentlich hätte es in der DDR gar keine unabhängigen politischen Bestrebungen – so möchte ich sie lieber nennen, nicht „Opposition und Widerstand“ – in den sechziger und siebziger Jahren mehr geben dürfen, denn die organisierten Gegner der SED waren zuvor allesamt zerschlagen, vertrieben und gleichgeschaltet worden.

Mit der Schließung der Grenzen in Berlin – das ist die erste wichtige Zäsur für diese zwei Jahrzehnte – stabilisierte und konsolidierte sich die SED-Herrschaft. Ohne die Möglichkeit des Wegganges sahen sich die Menschen mehr und mehr dazu gezwungen, sich mit den Verhältnissen auf irgendeine Weise zu arrangieren.

Auf der anderen Seite konnte das kritische Potential nun aber auch nicht mehr nach Westen entweichen und zwang die SED zu bestimmten Rücksichtnahmen. Eine ähnlich ambivalente Wirkung hatte zehn Jahre später die Entspannungspolitik, die einerseits der SED-Diktatur auch international zur Anerkennung verholfen hat, andererseits aber auch neue politische Erwartungen weckte und nicht zuletzt mehr Kontaktmöglichkeiten eröffnete.

Mit der innen- und außenpolitischen Stabilisierung der DDR ging einher, daß sich unabhängige politische Bestrebungen nun seltener aus einer fundamentalen Absage an das SED-Regime heraus formierten, dafür mehr und mehr aus dem Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit des sozialistischen Systems. Dies lag nicht nur daran, daß Fundamentalopposition immer weniger Erfolgsaussichten zu haben schien, sondern inzwischen war auch eine neue, vom Sozialismus geprägte Generation herangewachsen, die nach der Einlösung der politischen Utopie, der Versprechungen und Verheißungen fragte. Aufgebrochen ist dieser Widerspruch hunderttausendfach, ausgelöst manchmal nur durch ein bestimmtes persönliches Erlebnis oder auch durch den Eintritt in eine neue Lebensphase. Wichtige politische Ereignisse wie die Niederschlagung des „Prager Frühlings“, das Aufkommen des Eurokommunismus oder auch die Ausbürgerung Wolf Biermanns verstärkten solche Entfremdungsprozesse in regelrechten Schüben. Selbst als die Kritiker seit Mitte der siebziger Jahre wieder verstärkt in den Westen abwanderten, wuchsen gleichsam immer neue nach. Zeitpunkt, Ausformung und Stationen der Abkehr vom politischen System der DDR unterschieden sich dabei von Individuum zu Individuum, waren Teil des jeweiligen biographischen Prozesses, von dem wir vielleicht nachher noch etwas mehr hören werden.

Unabhängige politische Bestrebungen lassen sich für den Historiker in den sechziger und siebziger Jahren vor allem auf zwei Feldern nachweisen: im Schuttraum der Kirchen sowie im Milieu der sozialistisch geprägten Intellektuellen. Hier gibt es Erklärungen, staatliche Reaktionen, öffentlich dokumentierte Auseinandersetzungen. Sehr viel schlechter belegt sind dagegen die Aktivitäten, die nicht im Blickfeld der Öffentlichkeit standen, in Zahl und Entschiedenheit aber womöglich die erstgenannten um ein vielfaches überragen. Diesen unbekanntem Widerstand zu dokumentieren, ist eine vordringliche Aufgabe der Historiographie, nicht nur, um die ganze Breite der Verweigerung zu dokumentieren, sondern auch, um den Betroffenen wenigstens im nachhinein Gerechtigkeit und Aufmerksamkeit widerfahren zu lassen. Natürlich gibt es zwischen diesen drei Feldern Überschneidungen, auf die ich später im einzelnen noch eingehe.

Zur Kirche: Als einzige von der SED unabhängige Großorganisation stellten die Kirchen, insbesondere die evangelischen, in den sechziger und siebziger Jahren das zahlenmäßig größte Potential organisierter gesellschaftlicher Bestrebungen, die sich, wenngleich in unterschiedlichem Maße, dem Allein-

vertretungsanspruch der Partei nicht unterworfen. Politische Auseinandersetzungen entstanden daraus vor allem auf zwei Gebieten, dem der Friedensproblematik sowie in der Jugendarbeit. Dagegen blieben die demonstrativen Aktionen und schließlich die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz im August 1976 weitgehend isolierte Erscheinungen.

Kritik und Gegenwehr löste Anfang der sechziger Jahre insbesondere die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aus. Das im Januar 1962 verabschiedete Gesetz stand nicht nur im Gegensatz zum jahrelang propagierten Anti-Militarismus der DDR, sondern bot auch keinerlei Möglichkeit der Verweigerung aus Gewissensgründen – auch nicht für Theologiestudenten oder wehrpflichtige Auszubildende in kirchlichen Berufen. Angesichts des von den evangelischen Kirchen vertretenen Friedensanspruches standen jedoch viele Christen dem Dienst mit der Waffe überaus ablehnend und reserviert gegenüber. Das Potential derjenigen, die sich damals der Wehrpflicht aktiv widersetzen, wird auf ungefähr 3.000 Personen geschätzt. Auch nachdem die SED im September 1964 eine Regelung für all jene schuf, die den Dienst an der Waffe aus religiösen oder ähnlichen Gründen verweigerten, und waffenlose Baueinheiten bilden ließ, kam es immer wieder zu kritischen Aktivitäten gegen den militärischen Charakter des Ersatzdienstes und überhaupt gegen die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft. Eine kleinere Zahl von Wehrdienstverweigerern konnte auch den Dienst als Bausoldat nicht mit dem eigenen Gewissen vereinbaren, was immer wieder zu Inhaftierungen und Verurteilungen führte; wir haben einige der Betroffenen unter uns. Die Kirchen machten damals auf diese Schicksale in Fürbitten immer wieder aufmerksam.

Bernd Eisenfeld beschreibt in seinem Buch „Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?“ ausführlich dieses Engagement der ersten Durchgänge der Bausoldaten. Viele von ihnen weigerten sich, das Gelöbnis abzulegen, wandten sich mit Erklärungen und Aufrufen an die zumeist kirchliche Öffentlichkeit – an die andere kam man nicht heran – oder legten ihre friedenspolitischen Vorstellungen in Briefen an verantwortliche Politiker dar. Insbesondere machten sie sich, u. a. durch Eingaben an das Ministerium für Nationale Verteidigung, für die Einführung eines wirklichen Friedensdienstes und für den Einsatz der Wehrdienstverweigerer im zivilen Bereich stark. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen und der Aufsplitterung der Baueinheiten in Kleingruppen seit Mitte der siebziger Jahre verebbten diese Aktivitäten allmählich und lebten erst mit der Petition für die Einführung eines „Sozialen Friedensdienstes“ wieder auf, die 1981, also nach diesen beiden Jahrzehnten, von mehreren tausend Menschen unterzeichnet wurde.

Die rund 4.500 Bausoldaten, die bis 1980 den waffenlosen Dienst absolviert hatten, bildeten aber ein wichtiges Potential bei der Entfaltung einer engagierten Friedensarbeit innerhalb der evangelischen Kirchen. Dabei stießen sie

zum Teil auch – darüber hatten Sie bei früheren Sitzungen schon gesprochen – bei den Kirchenleitungen auf erhebliche Widerstände, die, nach einem sehr weitgehenden Eintreten für die Wehrdienstverweigerung im Jahre 1965, ihr diesbezügliches Engagement deutlich verringerten, um die Bemühungen um ein neues Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht zu gefährden. Im Frühjahr 1966 entstanden eine Arbeitsgruppe und ein Mitarbeiterkreis ehemaliger Bausoldaten, aus dem 1968 regionale Facharbeitskreise „Friedensdienst“ und die ersten „Friedensseminare“ hervorgingen. Darüber hinaus versammelten sich die Bausoldaten einmal im Jahr zu einem zentralen Treffen und wirkten mit an der Erarbeitung von Materialien und Arbeitshilfen zur Friedensproblematik sowie an Einsätzen der „Aktion Sühnezeichen“. Mit ihrem 1966 gemachten Vorschlag, ein Friedensinstitut innerhalb der Kirchen zu bilden, konnten sie sich nicht durchsetzen, doch beim DDR-Kirchenbund konstituierte sich später statt dessen ein „Studienreferat und Facharbeitskreis für Friedensfragen“. 1976 gaben sie unter dem Titel „Erziehung zum Frieden“ ein erstes Papier mit Vorschlägen für die Durchführung von Gemeindeveranstaltungen heraus. Anfang der siebziger Jahre bildeten sich auch in den evangelischen Studentengemeinden sowie im Evangelischen Jungmännerwerk die ersten Friedens-Arbeitskreise, und seit 1972 besuchte eine wachsende Zahl von Teilnehmern zweimal im Jahr das von ehemaligen Bausoldaten gegründete Friedensseminar im sächsischen Königswalde. Einer der Organisatoren sitzt hier unter uns. Zahlreiche Bausoldaten setzten ihr friedenspolitisches Engagement später als Pastoren oder kirchliche Mitarbeiter fort.

Gegen Ende der siebziger Jahre flammte die Auseinandersetzung um die Friedensproblematik noch einmal in größerem Maßstab auf, als die DDR-Regierung 1978 einen vormilitärischen Unterricht in den Polytechnischen Oberschulen einführte. Auf Kirchentagen in Leipzig, Erfurt und Stralsund wandten sich Ende Mai und Anfang Juni 1978 christliche Bürger mit besorgten Fragen an ihre Kirchenleitungen, diese ließen wenig später in allen Gottesdiensten einen „Brief an die Gemeinden“ verlesen. Das Ministerium für Volksbildung erhielt Tausende von Eingaben gegen das neue Fach; Jugendliche und Studenten sammelten Unterschriften unter gemeinsame Briefe an die Kirchenleitungen. Die Evangelischen Studentengemeinden in Dresden und Naumburg – auch hierzu haben wir nachher einen Zeitzeugen aus Naumburg – verfaßten damals öffentliche Protesterklärungen gegen dieses Fach, und in Görlitz steckte eine Gruppe von Jugendlichen um den Jugenddiakon Uwe Reimann Flugblätter gegen den Wehrunterricht in die Hausbriefkästen verschiedener Wohnblocks.

Nachdem das Fach ungeachtet dieser Proteste wie geplant eingeführt worden war, verweigerten in der Folgezeit immer wieder Schüler die Teilnahme – auch das eine Form der Gegenwehr in der DDR. Als Gegengewicht beschlossen die Kirchenleitungen im Juli 1978 ein Studien- und Aktionsprogramm „Erziehung

zum Frieden“, das neben verschiedenen Abenden in Gemeinden, Hauskreisen usw. auch eine zentrale jährlich durchgeführte Veranstaltungswoche zur Friedensproblematik vorsah, aus der in den achtziger Jahren die Friedensdekaden entstanden.

Daß sich vor allem jüngere Menschen gegen die wachsende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR zur Wehr setzten, hing nicht nur damit zusammen, daß sie davon in den Schulen, Universitäten usw. besonders betroffen waren. Studentengemeinden, Junge Gemeinden und die sogenannte offene Jugendarbeit entwickelten sich seit Mitte der sechziger Jahre vielmehr ganz allgemein zu einem wichtigen und in der DDR einzigartigen Ort kritischer Diskussionen und Aktivitäten. Durch das Engagement einzelner kirchlicher Mitarbeiter und Pastoren, die dabei auf den Widerstand sowohl von staatlichen Stellen als auch von konservativen Kirchenvertretern stießen, bot sich die Kirche auch nichtreligiösen Jugendlichen vielerorts als Freiraum an, in dem – darauf kommt es mir an – ein kritisches Verhältnis zur DDR überhaupt erst heranreifen und in politisches Engagement überführt werden konnte. Neben dem offenen Gespräch, das man dort führte, fanden die Jugendlichen auch unzensurierte Informationen und juristischen Rat; aktuelle Auseinandersetzungen wie die genannte Kontroverse um den Wehrunterricht oder die Ausbürgerung Wolf Biermanns fanden hier semi-öffentlichen Widerhall.

Ein Beispiel für diese Art der Jugendarbeit ist für die siebziger Jahre die Arbeit des damaligen Jugendleiters Thomas Auerbach in Jena – darüber werden wir sicherlich noch zu hören bekommen, denn er ist vorgesehen im weiteren Programm –, die schließlich, nach Protesten gegen die Biermann-Ausbürgerung, zur Verhaftung und Abschiebung von ihm und einer ganzen Gruppe junger Jenenser führte. Erwähnt werden muß aber auch die Arbeit von Walter Schilling in Rudolstadt sowie die Entstehung der Blues-Messen bei Rainer Eppelmann in Berlin, die regelmäßig mehrere tausend Jugendliche anzogen.

Einen zweiten, von den innerkirchlichen Aktivitäten anfangs völlig getrennten Strang unabhängiger politischer Bestrebungen bildete die intellektuelle Kritik an der Diktatur der SED, die in der Regel aus kommunistischer Perspektive erfolgte. Ähnlich wie in anderen sozialistischen Staaten waren insbesondere die Intellektuellen unzufrieden mit dem Abbruch der Chruschtschowschen Entstalinisierung und fühlten sich Anfang der sechziger Jahre durch die damaligen Bemühungen des sowjetischen Lagers um mehr Effektivität, um wissenschaftlich-technischen Fortschritt usw. ermutigt zur Kritik an den erstarrten Strukturen.

Im offenen Gegensatz zur SED-Führung begab sich als erster der ehemalige Volkskammerabgeordnete und Leiter des Physikalisch-Chemischen Institutes der Humboldt-Universität Robert Havemann. In Vorlesungen über „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ kritisierte er seit Anfang

der 60 Jahre vor einer wachsenden Zahl von Studenten den ideologischen Dogmatismus in der DDR und plädierte schließlich im Wintersemester 1963/64 vor 1.250 eingeschriebenen studentischen Hörern unverblümt für die Freiheit der Meinungsäußerung, für uneingeschränkte Information und für offene Diskussion.

Havemann schrieb damals: „Menschen kann man viel befehlen und vorschreiben, aber man kann ihnen nicht vorschreiben, was sie denken sollen. Das Denken der Menschen ist das einzige, was sich jeder Art von Befehl entzieht. Auf das Denken kann man nur einwirken, wenn man zu jeder Zeit bereit ist, sachlich zu argumentieren und auch jedes sachliche Argument anzuerkennen. Größte Geduld gegenüber Andersdenkenden, Sachlichkeit in der politischen Argumentation und die Bereitschaft, auch eigene Fehler zu erkennen und einzuräumen, sind Grundvoraussetzungen aller politischen Arbeit im Sozialismus, denn ohne die freiwillige Bereitschaft der Massen können wir wenig erreichen.“

1965 forderte Havemann erstmals für die DDR „das Recht auf Opposition, sowohl in der Öffentlichkeit, in Presse, Funk und Fernsehen wie auch im Parlament und in den Volksvertretungen, deren Mitglieder durch freie und geheime Wahlen bestimmt sind. Dies bedeutet auch die Unabhängigkeit der Richter und die Einrichtung von Verwaltungsgerichten, vor denen der Bürger gegen behördliche Willkür Klage erheben kann. Demokratie bedeutet eben, daß das Regieren schwerer und das Regiertwerden leichter gemacht wird.“

In Interviews, Aufsätzen und Büchern vertrat Havemann seine Positionen auch im Westen, was der SED schließlich den Vorwand dafür lieferte, Havemann aus der Partei auszuschließen, ihm Berufsverbot zu erteilen und ihn aus den Listen der Akademie der Wissenschaften zu streichen.

Havemann trat aber nicht nur mit theoretischen Beiträgen in Erscheinung, sondern mischte sich immer wieder in die aktuelle politische Diskussion ein. Ich denke an sein Votum für die Erneuerung der KPD in Westdeutschland, seine Stellungnahmen zum „Prager Frühling“ bis hin zu seinen sehr radikalen Abrüstungsvorschlägen, mit denen er sich seit 1979 in der Friedensbewegung engagierte. Durch seine antifaschistische Biographie und sein furchtloses Auftreten faszinierte er gerade viele jüngere Menschen, die ihn in seinem Wohnsitz in Grünheide regelmäßig besuchten. Einer von ihnen wird auch heute abend hier sein, der damals 26 Jahre alte Schriftsteller Jürgen Fuchs, der in Havemanns Gartenhaus eingezogen war und dort drei Tage nach der Biermann-Ausbürgerung verhaftet wurde; Havemann selbst erhielt damals Hausarrest.

Eine ähnliche Wirkung, wenn auch zunächst stärker unter der kulturellen Intelligenz, erzielte Wolf Biermann, der Liedermacher, der mit Havemann seit Anfang der sechziger Jahre befreundet war. Nachdem 1965 Biermanns Buch „Die Drahtarfe“ in einem West-Berliner Verlag erschienen war und

das 11. Plenum des Zentralkomitees eine härtere Gangart in der Kulturpolitik beschlossen hatte, wurde Biermann bekanntlich zum Gegenstand scharfer Parteikritik, was seine Popularität aber eher noch förderte. Da Biermann seit diesem Zeitpunkt Auftritts- und Publikationsverbot in der DDR hatte, wurde nun vor allem seine Wohnung zum Ort regelmäßiger Auftritte und Zusammenkünfte. In der ganzen DDR zirkulierten seine respektlosen Texte und Lieder, von denen sich die SED maßlos provoziert fühlte, auch wenn er sie nur im Westen veröffentlichen konnte. Auch Biermann kritisierte dabei die DDR von einem Standpunkt „kritischer Solidarität“ aus; in einem Interview mit dem „Spiegel“ erklärte er 1971, er sei „glücklich, daß es diesen Staat in Deutschland gibt, und wenn er auch noch so jämmerlich wäre.“

Zu weitreichenden innenpolitischen Auseinandersetzungen führte schließlich seine Ausbürgerung im November 1976, nachdem ihm die SED eine Konzertreise in den Westen genehmigt hatte. Zwölf prominente DDR-Schriftsteller verfaßten damals eine Protesterklärung gegen die Ausbürgerung, der sich innerhalb kurzer Zeit Hunderte von DDR-Bürgern anschlossen, darunter fast alle führenden Intellektuellen des Landes. In verschiedenen Orten, so auch hier in Jena, fanden Solidaritätsveranstaltungen statt, Mitschnitte des berühmten Kölner Konzertes fanden in der ganzen DDR Verbreitung. Zahllose Menschen protestierten in Leserbriefen oder Eingaben gegen die Ausbürgerung. SED und Staatssicherheit reagierten mit Verhören und Verhaftungen.

Die Biermann-Ausbürgerung verschärfte auch die Auseinandersetzungen mit jenen Schriftstellern und Künstlern, die sich von der SED nicht länger bevormunden lassen wollten und, wie Havemann und Biermann, ihre Texte immer häufiger in Westdeutschland veröffentlichten. Als Reaktion auf das 1976 in Frankfurt erschienene Buch „Die wunderbaren Jahre“ wurde Reiner Kunze im Oktober 1976 aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen; unter dem Druck des Staatssicherheitsdienstes verließ er ein halbes Jahr später die DDR. 1979 kam es in Berlin zu weiteren Ausschlüssen aus dem Verband, Stefan Heym wurde, wie Robert Havemann, nach Erscheinen seines Buches „Collin“ wegen Devisenvergehens zu einer Geldstrafe verurteilt; Joachim Seyppel schließlich – viele von Ihnen werden sich daran erinnern – wurde im „Neuen Deutschland“ als „kaputter Typ“ verunglimpft. Dieses Vorgehen stieß bei zahlreichen DDR-Bürgern auf Unverständnis, viele solidarisierten sich mit den Betroffenen oder protestierten dagegen mit Eingaben und Leserbriefen.

Dennoch, die Schriftsteller in der DDR entfachten, sieht man von den Protesten gegen die Biermann-Ausbürgerung ab, keine im engeren Sinne politische Bewegung gegen das SED-Regime. Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern entstanden ihre Konflikte mit der SED in erster Linie aus Beeinträchtigungen ihrer künstlerischen Freiheit und nicht aus der Forderung nach grundsätzlichen politischen Veränderungen in der DDR. Zum Katalysator

der sich seit Mitte der siebziger Jahre verstärkenden Unzufriedenheit wurde eigentlich keiner der prominenten Schriftsteller. Allerdings – das darf man nicht vergessen – entfalteten ihre Bücher eine breite Wirkung in der DDR, weil diese, selbst wenn sie nur in der Bundesrepublik erschienen waren, immer wieder weitergereicht und auf andere Weise gelesen wurden, als das vielleicht im Westen üblich war.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verringerte sich allmählich die bis dahin vorherrschende Distanz zwischen den Intellektuellen auf der einen und den Christen auf der anderen Seite, weil man die geistigen Freiräume in den Kirchen zu schätzen lernte: Wolf Biermanns Auftritt in der Prenzlauer Nikolai-Kirche etwa, Dietmar Linkes demonstrative Einladung an Stefan Heym in seine Kirchengemeinde, die Vorträge des Philosophen Guntolf Herzberg im kirchlichen Raum und seine Zusammenarbeit mit Edelbert Richter, damals Naumburger Studentenpfarrer – Beispiele für diesen wichtigen Annäherungsprozeß ließen sich viele finden. Doch direkt politische Aktionen der Schriftsteller wie die von Bruno Winzer, der 1978 mit einem Transparent auf dem Berliner Alexanderplatz für ein Verbot von Kriegsspielzeug demonstrierte, blieben eine Ausnahme.

Gleichwohl waren die Intellektuellen in der DDR nicht unpolitisch. Insbesondere aus dem „Prager Frühling“ schöpften viele Hoffnung auf eine Demokratisierung des sozialistischen Systems und beschäftigten sich mit den Programmen und Vorstellungen der tschechoslowakischen Reformer. War es in den vierziger und fünfziger Jahren noch gelungen, den Sonderweg der jugoslawischen Kommunisten als Verrat abzutun, gelang dies nach dem sowjetisch-chinesischen Schisma nur noch unvollkommen. Die weitere Ausdifferenzierung der kommunistischen Bewegung durch die Studentenbewegung und das Aufkommen des Eurokommunismus untergruben zusätzlich das ideologische Monopol der SED. In den siebziger Jahren beschäftigten sich deshalb viele Intellektuelle, allein oder in Gruppen, mit den Grundlagen der kommunistischen Theorie sowie mit alternativen Sozialismusmodellen. Verbotene Bücher wurden gelesen und weitergereicht, andere, die in der DDR erschienen waren, wie etwa Rosa Luxemburgs Kritik an der Russischen Revolution, gingen von Hand zu Hand und wurden immer wieder zitiert. Manuskripte für die Schublade, Vorträge im Freundeskreis, konspirative Debattierzirkel gehörten damals zum Alltag vieler kritischer Intellektueller.

Praktische politische Auswirkungen hatte diese vornehmlich theoretische Diskussionskultur freilich kaum. Dies änderte sich erst, als Rudolf Bahro 1977 mit seiner Kritik am real existierenden Sozialismus den Weg in die Öffentlichkeit suchte und unmittelbar darauf verhaftet wurde. Über Nacht wurde Bahro damals zu einer Art Symbolfigur einer innerkommunistischen Opposition, dessen Buch sich wie ein Lauffeuer in der DDR und auch im Ausland verbreitete. Obgleich viele eigentlich mit Bahros Schlußfolgerung,

aus der Partei heraus müsse durch einen neuen „Bund der Kommunisten“ eine Reformation des Sozialismus erfolgen, nicht einverstanden waren, gab er der Unzufriedenheit erstmals ein geschlossenes theoretisches Fundament, das vor allem die historischen Wurzeln des diktatorischen Sozialismus offenlegte.

Zusätzliche Bedeutung bekam Bahro durch die im Westen sich formierende Bewegung für seine Freilassung, deren Höhepunkt im Herbst 1978 der Internationale Bahro-Kongreß in Berlin bildete. Mit der Freilassung und Ausreise Bahros ein Jahr darauf büßte er allerdings seine Bedeutung als Leitfigur wieder ein, zumal er es ablehnte, von der Bundesrepublik aus zu den Vorgängen in der DDR Stellung zu beziehen. Zu erwähnen wäre auch noch das im „Spiegel“ erschienene „Manifest“ kritischer SED-Funktionäre, das aber – da es anonym verfaßt worden war – eine ungleich geringere Wirkung als Rudolf Bahro erzielte.

Unorganisierter Protest ist mein drittes Feld. Karl Wilhelm Fricke gebührt das Verdienst, schon 1984 in seinem Buch über „Opposition und Widerstand in der DDR“ auch solche Proteste und Auseinandersetzungen dokumentiert zu haben, die weniger aufmerksam von der Öffentlichkeit begleitet wurden. Mehr Aufschluß darüber dürften insbesondere die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit geben, die allerdings, da es sich zumeist um Opfer-Akten handelt, nur von den Betroffenen oder aber von Mitarbeitern der Behörde eingesehen werden können. Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre kam es u. a. zu wiederholten Protesten gegen die erzwungene Kollektivierung der Landwirtschaft. Einzelne Bauern wie etwa der stellvertretende VdGB-Vorsitzende aus Buchholz, Robert Pietschmann, kritisierten öffentlich die Unterdrückung der noch nicht kollektivierten Landwirtschaftsbetriebe. Er wurde deswegen 1960 zu acht Monaten Haft verurteilt. Zahlreiche LPG-Mitglieder versuchten auch unter Berufung auf die Statuten, aus den Genossenschaften wieder auszutreten. Nach dem Mauerbau verstärkte sich diese Unzufriedenheit noch. Einzelne Landbewohner legten aus Protest gegen die SED-Politik sogar Brände – wir haben heute schon von den Aktionen in den fünfziger Jahren gehört – und wurden dafür, wie Walter Praedel aus Torgelow und Gottfried Strympe aus der Gegend von Bautzen, später zum Tode verurteilt.

Als Reaktion auf den 13. August kam es auch in verschiedenen Städten zu spontanen Protesten. Empörte Jugendliche verprügelten Wortführer der Partei und Streifen der Volkspolizei. In Strausberg bildete sich um den Lehrling Michael Gartenschläger eine Gruppe von jungen Leuten, die auf Hauswände Losungen schrieben wie „Macht das Tor auf!“ oder Propagandaschilder der SED mit Farbflaschen bewarfen. Auch an den Erweiterten Oberschulen kam es zu Protestaktionen, die schließlich sogar von Ulbricht öffentlich gerügt und verurteilt wurden.

Durch die hermetische Schließung der Grenzen kam es zur Herausbildung eines neuen Typus von Gegenwehr – der organisierten Flucht. Zwar ging

es hier nicht in erster Linie um Aktivitäten zur Veränderung der politischen Verhältnisse in Ostdeutschland, jedoch Flüchtlinge und Fluchthelfer gehörten, vor allem in den ersten Jahren, in der Regel zu jenen, die sich besonders entschieden gegen das SED-Regime wandten. „Jeden Tag etwas gegen die DDR unternehmen“, zitierten Magdeburger Richter im September 1961 das politische Programm eines beim Fluchtversuch gefaßten Jugendlichen.

Jugendliche drückten ihre Protesthaltung gegen das SED-Regime in den sechziger Jahren aber auch dadurch aus, daß sie sich in Kleidung, Haartracht und Musikgeschmack vom spießigen Provinzialismus bewußt abgrenzten. In den Schulen war es verboten, Jeans zu tragen, Polizisten schleppten Langhaarige aufs Revier, um ihnen die Haare zu schneiden. Gitarrespielen auf der Straße wurde als „Störung des sozialistischen Zusammenlebens“ geahndet usw. usf. Diese permanente Einschränkung und Demütigung der Jugendlichen, die Reiner Kunze, Dieter Eue, Karl Winkler und andere in ihren Büchern beschrieben haben und deren Höhepunkt das massenhafte Berlin-Verbot während der Weltjugendfestspiele im Jahre 1973 bildete, führte in den sechziger und siebziger Jahren immer wieder zu Konflikten mit der Staatsmacht.

Dabei kam es oftmals auch zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizei, die schnell zu regelrechten Straßenschlachten ausarten konnten – wie etwa 1965 beim sogenannten Leipziger Beat-Aufstand oder 1969 in Berlin, als die Stones auf dem West-Berliner Springer-Hochhaus spielen sollten, oder 1977 bei einem Rockkonzert aus Anlaß des Gründungstages der DDR.

Viele Jugendliche griffen zur Gitarre oder begannen zu schreiben – auch eine Form der Verweigerung –, um ihre Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus zu verarbeiten und weiterzugeben. Sie zeigten sich dabei nicht nur besonders sensibel für die offensichtlichen Mißstände und Ungerechtigkeiten, sondern waren auch risikobereiter als die ältere Generation. Immer wieder kam es vor, daß gerade solche, die jahrelang ohne aufzubegehren alle Stationen einer typischen DDR-Jugend durchlaufen hatten, plötzlich ausbrachen und – ich nenne nur ein Beispiel – wie Peter Haupt aus Erfurt 1975 auf einmal Flugblätter verteilten, um zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in der DDR aufzurufen.

Viele Jugendliche, aber auch Intellektuelle, Christen und andere Bevölkerungsgruppen gerieten insbesondere 1968 in Unruhe, als die tschechischen Kommunisten zu einer radikalen Reformpolitik übergingen. Tausende fuhren damals in die Tschechoslowakei, um den „Prager Frühling“ mitzuerleben. Als dieser schließlich niedergeschlagen wurde, kam es in der DDR nicht nur zu zahllosen kleinen Solidaritätsbekundungen – ich denke z. B. an die Blumen, die Reiner Kunzes Frau als eine symbolische Geste von Nachbarn bekommen hat –, sondern es kam auch zu einer großen Zahl offener Protestaktionen, die

schließlich vom Staatssicherheitsdienst mit Verhaftungen und Gefängnisstrafen beantwortet wurden. Auf dem Erfurter Anger beispielsweise kamen spontane Versammlungen zustande, auf denen Dubcek gefeiert und gefordert wurde, Ulricht in die Wüste zu schicken. In vielen Orten, so in Berlin und Dresden, tauchten Flugblätter auf, viele zeigten damals demonstrativ die tschechoslowakischen Farben in der Öffentlichkeit. Ulrich Schacht reiste 1970 nach Prag, um sich an einer Mahnwache am Grab von Jan Palach zu beteiligen.

Wie groß die Protestwelle damals gewesen sein muß, verdeutlicht eine Äußerung Erich Mielkes, der im März 1970 vor Führungskadern ausführte: „Wir haben keinerlei Grund zur Selbstzufriedenheit, zumal eine große Anzahl – über 2.700 – dieser angeführten feindlichen Handlungen“ – es ging um Proteste gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings – „noch unaufgeklärt ist, darunter solche Delikte wie Anbringen von Hetzlosungen, 469 Fälle, und Verbreitung von Hetzschriften, 332 Fälle. Ich habe in diesem Zusammenhang während der CSSR-Ereignisse darauf orientiert, diese Handlungen exakt zu analysieren und ihre Bearbeitung konsequent weiterzuführen.“

Anfang der siebziger Jahre entstanden kurzzeitig neue Hoffnungen auf politische Veränderungen in der DDR, als Ulbricht abgelöst wurde und die DDR der UNO beitrug. Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte verpflichtete sich die DDR ein weiteres Mal zur Einhaltung der internationalen Menschenrechtsnormen, auf die sich in der Folgezeit immer wieder Bürger beriefen. Vor allem versuchten nun immer mehr Menschen, die DDR auf legalem Wege zu verlassen, und stellten einen Ausreiseantrag. Ausschlaggebend für den Wunsch nach Ausreise waren in den meisten Fällen politische Motive, auch wenn dies aus naheliegenden Gründen nicht in den förmlichen Antrag hineingeschrieben wurde. In der Regel hatten die Ausreisewilligen einen langen, zermürbenden Kampf zu bestehen, den sie, wie etwa der Physiker Gabriel Berger aus Dresden, oft mit sehr viel Phantasie und Tatkraft ausfochten. „Mein Privatkrieg gegen den Staat“ überschrieb Berger ein Kapitel seines Buches, in der er u. a. beschreibt, wie er im Februar 1970 die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ an die Kantine seines Institutes klebt und eine Demonstration plant.

Wie in diesem Fall reagierte das Ministerium für Staatssicherheit auch bei zahlreichen anderen Antragstellern mit Verhaftungen und Verurteilungen, besonders dann, wenn sie das Ausreisebegehren öffentlich machten oder bewußt politisch argumentierten. Ansonsten artikuliert sich die Unzufriedenheit in den siebziger Jahren in der DDR in einer Fülle von Eingaben, von Leserbriefen, von Schreiben an prominente Schriftsteller wie Stephan Hermlin oder Christa Wolf und ähnlichen Aktivitäten, die sich auf einer niedrigen Eskalationsstufe bewegten, um den Staatsorganen keinen Vorwand zum Eingreifen zu bieten. So verabredete man, um ein Beispiel zu nennen, gegen den Wehrunterricht per Eingabe zu protestieren, achtete aber darauf, diese Eingabe nur jeweils

von einer Person unterzeichnen zu lassen, also jeder schrieb seine eigene Eingabe, um nicht der staatsfeindlichen Gruppenbildung beschuldigt werden zu können.

Versucht man eine Bilanz der unabhängigen politischen Bestrebungen in den sechziger und siebziger Jahren zu ziehen, dann bleibt zunächst festzuhalten, daß es in beiden Jahrzehnten immer wieder Kritik, Aufbegehren und Protest gegeben hat. Trotz massiver Verfolgungsmaßnahmen ist es der SED zu keiner Zeit gelungen, die Bevölkerung zur vollkommenen Anpassung zu bewegen. Im Gegenteil: Durch ihre rigide Politik, die für christliche Gewissensnöte, kritisches Gedankengut und jugendliche Freiheitssehnsucht keinen Platz ließ, hat sie sich ihre Gegner oftmals geradezu selbst geschaffen.

Der große Druck hat allerdings auch zur Folge gehabt, daß unabhängige politische Bestrebungen mit dezidiert antikommunistischer Programmatik sukzessive an Bedeutung verloren. Unzufriedenheit mit dem politischen System hatte, wenn sie zu mehr als zu einem einmaligen Aufbegehren führen sollte, eigentlich nur dann eine Chance, Gehör zu finden, wenn sie innerhalb der herrschenden Normen und Überzeugungen artikuliert wurde. Dies und die ständige Abwanderung vieler radikaler DDR-Gegner in den Westen waren vor allem dafür verantwortlich, daß nach und nach ein oftmals mit „kritischer Solidarität“ umschriebenes Selbstverständnis die Oberhand gewann gegenüber der in den früheren Jahren sehr viel stärkeren Fundamentalopposition – ein Paradigmenwechsel, der sich in den sechziger Jahren exemplarisch an den evangelischen Kirchen nachzeichnen läßt. Die Kritiker in der DDR vermieden – vom Staatssicherheitsdienst, wie man heute weiß, gezielt gefördert durch Inoffizielle Mitarbeiter – theoretisch wie praktisch-politisch den Frontalangriff auf das Regime. Diese Zurückhaltung bildete auf der anderen Seite die Voraussetzung für das stetige zahlenmäßige Wachstum der Proteste, weil sie der SED deren Kriminalisierung und Marginalisierung erschwerte. Der „Mut zur Illusion“, wie Karl Wilhelm Fricke einmal die Haltung der Oppositionellen in den siebziger Jahren charakterisiert hat, verlieh ihnen ihre spezifische Sprengkraft, bedeutete aber zugleich eine gravierende Einschränkung ihres Denkens und Handelns. Vor allem unterschieden sie sich dadurch in wachsendem Maße von den Oppositionellen in anderen sozialistischen Ländern, die sich nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ zumeist enttäuscht vom Marxismus abwandten. Deshalb spielten auch der KSZE-Prozeß und die Menschenrechtscharta der UNO für die Programmatik der unabhängigen politischen Bestrebungen in der DDR eine deutlich geringere Rolle als für die ost- und mitteleuropäischen Dissidenten, sieht man von den eher pragmatisch bedingten Argumentationen der Ausreisewilligen ab.

Den für das eigenständige Denken und Handeln erforderlichen Mut brachte in den sechziger und siebziger Jahren immer nur eine vergleichsweise kleine Minderheit auf. Insbesondere von den Intellektuellen waren nur wenige bereit,

wie Robert Havemann oder Rudolf Bahro, die einschneidenden Konsequenzen einer offen oppositionellen Haltung auf sich zu nehmen. In der Regel fochten sie ihre Kämpfe mit der Politbürokratie zudem allein aus, statt eine gemeinsame Front zu bilden. Der einzige breite politische Protest, die Erklärung gegen die Biermann-Ausbürgerung, konnte deshalb von der SED durch den differenzierten Einsatz von Druck und Vergünstigungen schnell wieder neutralisiert werden. Die weitverbreitete Unzufriedenheit, insbesondere in der jungen Generation, blieb aus diesem Grunde diffus und fand keinen Kristallisationskern, an dem sie die Form einer offenen Bewegung annehmen konnte. Durch diese Individualisierung des Protestes gelang es der SED, ihre Herrschaft in beiden Jahrzehnten weitgehend stabil zu halten.

Allerdings sind die meisten Protestpotentiale, die 1989 das Ende der SED-Diktatur herbeiführten, in Keimform schon in sechziger und siebziger Jahren festzustellen: die friedensengagierten Gruppen in den Kirchen, die unzufriedenen Intellektuellen, die verbitterte Jugend und die wachsende Zahl von Ausreisenden. Viele Entwicklungen der achtziger Jahre wurden somit in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten vorbereitet. Diese Potentiale wirkten jedoch in der Regel weitgehend unabhängig voneinander und begannen erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zusammenzuwachsen. Die gegenseitigen Vorbehalte zwischen kritischen Christen, marxistischen Intellektuellen, aufbegehrenden Jugendlichen und desillusionierten Ausreisewilligen erleichterten deren Neutralisierung durch die SED.

Erst in den achtziger Jahren verbanden sich diese Potentiale zu jener breiten Oppositionskultur, über die wir morgen sprechen werden, die auch durch die vielfältigen Verfolgungsmaßnahmen nicht mehr beseitigt werden konnte. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Knabe, für Ihre umfassenden und in ihrer gedanklichen Stringenz ausgezeichneten Ausführungen, die uns einen vorbildlichen Ausgangspunkt für die jetzt anschließende Diskussionsrunde hier im Podium geben. Ich würde vorschlagen, daß Sie vielleicht nachher in die Fragerunde der Abgeordneten und Sachverständigen mit einbezogen werden.

Für die folgenden anderthalb Stunden schlage ich vor, daß wir die Benennung dieser öffentlichen Anhörung genau nehmen. Sie heißt „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“. Wir haben soeben eine Basis für die Diskussion erhalten. Ich schlage vor, nach einer ganz kurzen Vorstellungsrunde in einem Dreierschritt die Dinge aufzuarbeiten und erst einmal über die Motivationsprobleme, dann über die Möglichkeiten und schließlich über die Grenzen zu diskutieren.

Ich bitte zunächst einmal Herrn Pfarrer Richter und Herrn Eisenfeld, Herrn Kollegen Bierwisch und dann Herrn Borkowski und Herrn Molt, sich ganz kurz vorzustellen.

Bitte, Herr Eisenfeld.

Bernd Eisenfeld: Ich bin Jahrgang 1941, gebürtiger Vogtländer. Es soll ein Lexikon geben, das den Vogtländern nachsagt, sie seien ein kleines zänkisches Bergvolk. (Heiterkeit)

Vielleicht war das der Ausgangspunkt, daß ich dann 1964 Berufsverbot erhielt als sogenannter Rädelsführer bei den Bausoldaten; vielleicht war das der Ausgangspunkt, daß ich mich 1968 vehement für den „Prager Frühling“ einsetzte und dann auch schon im Frühjahr operativ vom MfS entsprechend bearbeitet wurde. Ich habe gegen die Intervention durch die Verteilung von Flugblättern meinen Protest geltend gemacht, und ich habe auch unter dem Dach der Kirche versucht, mich einzubringen.

Ich will ganz kurz den Zeitraum abstecken, in dem ich dann auch glaubte, öffentlichkeitswirksam werden zu können. Das begann 1964, als ich einen Brief an die Vorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen in Österreich richtete, mit Adresse und Absender, in dem ich das Grenzsystem der DDR als grundrechtswidrig charakterisierte und auch Grenzsoldaten, die auf Flüchtlinge schießen, als Verbrecher bezeichnete. Das war 1964, ein offener Brief zuzusagen, der aber nicht in die Hände des MfS fiel.

Wir hatten 1975 ein Treffen von Bausoldaten in Leipzig über das Thema Menschenrechte. Dabei ging es nicht nur um friedenspolitische Aktivitäten, sondern auch um Menschenrechtsfragen. Ich will Ihnen kurz zitieren aus einem Bericht des MfS: „Sein Auftreten war ausgesprochen provokativ. Er erklärte, daß der Vortragende die Situation zu rosig geschildert habe, obwohl im Referat Angriffe gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihre Partei, gegen die sozialistische Wehr- und Bildungspolitik gemacht und die DDR der Verletzung der Menschenrechte bezichtigt wurde. Er bezichtigt die DDR der ständigen und bewußten Verletzung der Menschenrechte, insbesondere solcher Rechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Freiheit der Wahl des Wohnortes, Freizügigkeit für Reisen ins Ausland, auch ins sozialistische, und Bildung. Dabei erklärte er, daß die Verfassung der DDR eine Farce sein, die durch die Gesetze und internen Anweisungen der verschiedensten Ministerien unterhöhlt und zum Teil außer Kraft gesetzt werde. Er kritisierte die Kirche, zu wenig gegen die Staatsmacht aufzutreten und für den Aufbau eines demokratischen Sozialismus einzutreten. Er bejahte die Möglichkeit, im kirchlichen Raum seine Meinung frei äußern zu können, möchte aber auch noch andere Möglichkeiten suchen, öffentlichkeitswirksam zu werden. Dazu gehören nach seiner Meinung Mitarbeit in Schiedskommissionen, gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen, Elternausschüssen und ähnliches.“

Im November wurde ich praktisch „verabschiedet“ durch einen Abschlußbericht, in dem u. a. steht: „Der E. trat auf den Tagungen der Bausoldaten provokatorisch gegen die Politik unserer Partei und Regierung auf. Er beschuldigt

die DDR einer ständigen und bewußten Verletzung der Menschenrechte. Durch inoffizielle Kräfte wurde eingeschätzt, daß die Diskussion des E. dazu angetan war, weitere Teilnehmer zu negativen Äußerungen zu veranlassen. Durch die Übersiedlung des E. wurde erreicht, daß der negative Einfluß sowie der Träger und Verbreiter der politisch-ideologischen Diversion im Arbeitsbereich sowie unter den Bausoldaten des Raumes Halle-Leipzig entfernt wurde.“

Das war die Zeitspanne bis zu meiner Übersiedlung. Ich kann an einigen Beispielen belegen, daß die Solidarität von Bürgern auch innerhalb der Bausoldatenzeit dazu geführt hat, daß eine ganze Reihe von Aktivitäten möglich war und auch die Grenzfelder von Repression gemildert wurden.

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Ich bin 1943 geboren und bin in gewisser Hinsicht politisiert worden 1961, als ich in Leipzig Philosophie studieren wollte. Das hat nämlich nur ein Vierteljahr gedauert, und dann bin ich da wieder entfernt, also exmatrikuliert worden, wegen ungenügender politischer Reife, und diese Einschätzung war völlig richtig. Ich bin recht naiv an dieses Philosophiestudium rangegangen, und man hat mich darüber belehrt, daß das im Grunde doch Studium des Marxismus-Leninismus ist und daß da so ein naiver Mensch nicht hingehört.

Dann bin ich allerdings erst mal sehr zurückhaltend gewesen. Ich mußte zwei Jahre in die Produktion, und dann habe ich Theologie studiert. Richtig politisiert worden, wenn man das so nennen darf, bin ich eigentlich erst durch 1968 – es ist ja dargestellt worden, daß das ein entscheidendes Jahr war –, das ist sehr vielen in der DDR so gegangen.

Über die Phase, die Hubertus Knabe sehr ausführlich geschildert hat, könnte ich ein bißchen etwas erzählen, so ab 1975/76 bis 1989. Das war der Zeitraum, in dem ich dann auch wirklich etwas gemacht habe.

Ich will noch sagen, daß ich es für wichtig halte, daß wir uns mal darüber unterhalten, ob Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre nicht tatsächlich ein ganz tiefer Einschnitt liegt. Das kam bei Hubertus nicht so ganz zum Vorschein. Das halte ich für eine These, über die man mal diskutieren müßte. Vielleicht ist das auch schon klar, aber bei mir ist das erst mal eine Erkenntnis gewesen. Das würde ich gern tun, denn es ist in den siebziger Jahren wirklich eine ganz andere geistige Atmosphäre gewesen. Das macht uns jetzt bei der Beurteilung dieser Zeit auch zu schaffen. Das deutete sich jetzt schon so ein bißchen an. Wir sagen immer: „Die reden ja so viel von demokratischem Sozialismus und solchen Sachen.“ Das ist es doch gerade bis Ende der siebziger Jahre gewesen. Die weltpolitische Lage war auch eine gänzlich andere. Darüber würde ich gerne diskutieren.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Ich bin Jahrgang 1930, geboren in Halle, und habe in Leipzig Germanistik studiert. Dort hat sich ein Freundeskreis geformt, der für mich biographisch sehr wichtig war. Dazu gehört ab 1954 Uwe Johnson. 1952 bin ich zum ersten Mal in Konflikt mit der Staatsmacht

geraten. Das Urteil, das da erging, beruht auf einer Anklageschrift, in der steht: „Der Student Manfred Bierwisch unternimmt es, den Frieden des deutschen Volkes und der Welt zu gefährden, indem er es unternimmt, im D-Zug D 186 von Berlin nach Leipzig sechs Exemplare der Zeitschrift 'Der Monat' einzuführen.“ (Heiterkeit)

Davon habe ich ein Jahr abgesessen, dann kam die Einsicht in die Verzerrungen der „sozialistischen Gesetzlichkeit“, und ich konnte das Studium wieder aufnehmen. Ich habe dann meine Arbeit an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin aufgenommen. 1964 lief – das habe ich allerdings erst viel später, nämlich beim Aktenstudium, erfahren – ein operativer Vorgang „Forum“ wegen Protesten in Gewerkschaftsversammlungen, aber vor allen Dingen, weil ich zu dem Bekanntenkreis von Robert Havemann und Wolf Biermann gehörte. 1968 erteilte mich aus Gründen, die ich nie habe klären können, eine totale Reisesperre, ich war also reiseunmündig auch für das sozialistische Lager. Und 1973 wurde aus einer Mischung von politischen und wissenschaftlichen Gründen die Arbeitsstelle aufgelöst, in der ich tätig war, ich konnte aber meine Stelle an der Akademie behalten. 1980 wurde die Arbeitsstelle sogar wiedergegründet, und 1985 geschah das doch etwas merkwürdige oder ungewöhnliche Ereignis, daß ich als erster und, glaube ich, einziger die Erlaubnis erhielt, auswärtiges wissenschaftliches Mitglied in der Max-Planck-Gesellschaft zu werden, also ganz offiziell.

Für mich ist die politische Szenerie immer eine Einheit von persönlichen, politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen gewesen. Davon gibt es Spuren bis heute, die sogar noch weiterwirken.

Dieter Borkowski: Es ist schon ein ganz seltsamer origineller Zufall. Wir haben uns beide noch nie gesehen, und ich muß genauso wie Herr Bierwisch auf den „Monat“ abheben, der mir eine ganz wesentliche geistige Quelle damals war. Ich habe jede Nummer gehabt und das ganze „Monat“-Archiv an Erich Mielke übergeben zusammen mit Tausenden beschlagnahmter Bücher.

Kurz zu meiner Person: Jahrgang 1928, in das Gedächtnisloch des Genossen Orwell ist das alles gefallen. Das „Ministerium für Liebe“ griff zu, und ich wurde zusammengeschlagen, als ich erklärte, wo die Begriffe „Ministerium für Liebe“ und „Ministerium für Überfluß“ herkommen. Genosse Kowalewski heißt er. Ich habe seinen Namen jetzt dank der Gauck-Behörde gefunden. Der – zuletzt – Oberst Gustav Adolf Kowalewski kam mir mit beiden Fäusten vors Gesicht, als ich ihm sagte, woher der Begriff „Ministerium für Liebe“ kommt. Ich zitiere ganz kurz zwei Sätze: „Aus den angeführten Beispielen geht hervor, daß der Borkowski eine planmäßige feindliche Tätigkeit gegen die DDR durchgeführt und dabei bereits breite Kreise der Intelligenz, der Künstler und auch anderer Personen zersetzt. (Heiterkeit) Er stellt damit eine Gefahr für die weitere Bewußtseinsentwicklung dieser Personenkreise dar. Es wird vorgeschlagen, den Operativvorgang 'Aufweicher' durch die

Festnahme des Borkowski, Dieter, wegen Verstoßes gegen § 19 Abs. 1,2 und 3 abzuschließen. In der Vernehmung ist darauf hinzuwirken, daß dem Borkowski im Zusammenhang Staatsverrat nachgewiesen wird, den er durch seine planmäßige Hetze vorbereitet. Die Festnahme des Borkowski muß mit Hilfe einer entsprechenden Kombination vorgenommen werden, damit der Borkowski und Zeugen, die nicht seiner Gruppe angehören, vernommen werden können, bevor dies den Angehörigen des Freundeskreises bekannt wird.“

Der Hauptspitzel in diesem Freundeskreis war ein Ihnen allen sehr bekannter Mann namens Hermann Kant. Ich habe ihn in einem Artikel zu seiner Stasi-Akte vor acht Tagen der Lüge bezichtigt. Er hat noch nicht reagiert. Auch der Aufbau-Verlag, der seine phantastischen dichterischen Werke nach wie vor publiziert, ist informiert.

Ich bin also Jahrgang 1928, etwas jünger als der Genosse Hermann Kant, und hatte nicht das Vergnügen, einen proletarischen Vater zu haben, was meiner Kaderakte, meiner Karriere enorm unförderlich war. Ich stamme aus einer christlich-bürgerlichen Familie und war deswegen auch, als ich mit sechzehn Jahren aus dem vaterländischen Krieg Adolf Hitlers in das zerstörte, zertrümmerte Berlin zurückkehrte, sehr deprimiert, als ich erfuhr, was im Namen meiner evangelischen Kirche und der Bischöfe an Gebeten und Segensbenedictungen jeden Sonntag für den Führer des großdeutschen Reiches und seine Regierung – „Gott schütze den Führer und seine Ratgeber“ hieß es in der Liturgie – erging. Das hat mich gegenüber dem kirchlichen Bereich ein wenig kritisch gemacht.

Als ich zwei Jahre später am Lagerfeuer, achtzehnjährig, einen jungen, bescheidenen, mit grüner Windjacke am Lagerfeuer sitzenden Erich Honecker und einen noch viel freundlicheren und geradezu charismatischen Heinz Keßler und einen kleinen dicklichen, aber hochintelligenten Rhetoriker namens Hermann Axen kennenlernte und die mit uns „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ sangen (Heiterkeit), da waren wir mit unseren 17 Jahren so verhungert, daß wir jede Scheibe Brot aus einem Korb gefischt hätten. Als diese drei jungen Männer da saßen und sagten „Wir wollen ein neues Deutschland im Geiste“, z. B., „unserer Freunde, der Geschwister Scholl“ – läppisch –, „wir wollen an Martin Niemöller, wir wollen an Seafkow, an Seelenbinder und an die Rote Kapelle anknüpfen“ –, wurde das so dargestellt, daß keine Silbe davon fiel, daß es die Adepten Stalins waren, die da saßen.

Jetzt komme ich in Konflikt mit den verehrungswürdigen Zeitzeugen von heute vormittag. Das hat mich tief bewegt, und ich bin glücklich, daß ich um fünf Uhr aufgestanden bin und mir das angehört habe. Ich habe über dieses Buchenwald nicht nur nachgedacht. Ich habe auch selbst über Buchenwald für den Rundfunk geschrieben. Was er erlebt hat, hat natürlich für sein Leben die entscheidende Bedeutung, denn er hat das große Glück, Jahrgang 1930 zu sein.

Ich hatte das weniger große Glück, Herrn Honecker am Lagerfeuer mit „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ unter Berufung auf die Geschwister Scholl und auf den Widerstand zu hören, mit all meinen Minderwertigkeitskomplexen, als kleiner 14jähriger Nazi-Junge auf dem Wilhelm-Platz dem Führer Adolf Hitler zugejubelt und mit 16 Jahren die Flakgeschütze am Berliner Friedrichshain bedient zu haben. Mein Minderwertigkeitskomplex führte mich geradewegs in die Arme der neuen marxistisch-leninistischen Welt, noch nicht sofort, aber einige Monate später. Als dort Ernst Niekisch, der große deutsche Historiker, den sie im Zuchthaus Brandenburg blindgeschlagen hatten, auf dem Katheder stand und deutsche Geschichte und europäisches Bürgertum und demokratische Revolution von 1848 lehrte und ein Jahr später Alfred Kantorowicz 6.000 Dollar Monatsgehalt aufgab, um für 2.000 Ost-Mark in Ostberlin zu arbeiten, bin ich Sozialist geworden und schäme mich dessen nicht und war ein glühender Kommunist für zwei Jahre.

Als herauskam, daß Dieter Friede verhaftet und verschleppt worden ist, wurde ich kritisch. Als ich als junger Reporter des Rundfunks noch im Volontariatsverhältnis die Auflösung des sowjetischen Lagers Sachsenhausen erlebte, brach ich zum ersten Mal zusammen und sagte zu Schirdewan – ich verkehrte in diesen Kreisen leider privat –: „Karl, die jüngsten sind 14. Ich bin im hohen Alter von 21, was sagst du denn dazu?“ Schirdewan schritt zu seinem Bonzenwagen. Von Widerstand, von Opposition war natürlich nie die Rede, um diese Frage von heute früh noch zu beantworten. Er war ein eiskalter machthungriger Mann, der nur taktisches Kalkül kannte.

Ich selbst sollte der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ werden, um das noch vorgreifend zu sagen, wenn seine Gruppe gesiegt hätte. Dafür bin ich zum ersten Mal in den Hohenschönhausener Bunker eingezogen unter dem großen Stalinbild, dafür, und nicht dafür, daß ich in diesem Kreis gehetzt habe. Das stellte sich nach sechs Monaten täglicher Vernehmung heraus. Da wurde ich nämlich drei volle Monate Tag und Nacht über die Gruppe Schirdewan, Wollweber, Oelssner, Ziller interviewt, weil ich zu der private Kontakte hatte.

Von Widerstand, wie ihn das Ministerium für Staatssicherheit Dank des Obersten Kowalewski dargestellt hat, kann natürlich keine Rede sein. Wir waren ein Freundeskreis, der kritisch sprach, kritisch dachte und der nur eine große Hoffnung hatte, daß der dicke, rundliche Nikita Sergejewitsch Chruschtschow sich mit seinem Anti-Stalinismus durchsetzt, daß wir eine große reformierte Renaissance des Sozialismus erleben. Alles, was Dubcek zwölf Jahre später machte, was diese Regimekritiker innerhalb des sozialistischen Lagers machten, das haben wir 1953 nach Stalins Tod am 5. März über den Aufstand vom 17. Juni als junge Berliner, Journalisten, Regisseure erhofft. Am Rande war sogar mal Manfred Krug dabei, und da war Heinar Kipphardt dabei.

Da war der Freundeskreis, den ich aufgeweicht habe und für den ich zu Recht

zwei Jahre in Mielkes Bunker in die Einzelhaft gezogen bin. Da habe ich den Widerstand auf meine Art gemacht, indem ich später, als ich wieder rauskam und die DDR die Mauer hatte und ich nicht fliehen konnte, um mich bei Freund Finn in der KgU oder sonstwo zu bekümmern, fünf Jahre für Marion Gräfin Dönhoff unter Pseudonym geschrieben habe. Dafür bekam ich den ersten Preis des DDR-Journalisten-Verbandes: Sieben Jahre Zuchthaus. (Beifall – Heiterkeit)

Rudi Molt: Ich beneide Herrn Borkowski um sein Temperament und sein darstellerisches Talent. Das ist mir leider nicht gegeben. Mein Name ist Rudi Molt. Ich bin 1952 in Ost-Berlin geboren, im Prenzlauer Berg, bin dort auch aufgewachsen, habe die Erweiterte Oberschule in Berlin-Pankow, die Carl-von-Ossietzky-Schule, besucht, die später noch zu etwas trauriger Bekanntheit gelangte, als im Jahre 1988 einige Schüler dort relegiert wurden. Das kam übrigens auch schon zu meiner Schulzeit dort vor. Ich war von 1966 bis 1970 an dieser Schule. Auch damals wurden schon Mitschüler von mir von der Schule geworfen im Zusammenhang mit einem Ereignis, auf das Herr Knabe vorhin auch kurz schon einging: das angebliche Konzert der Rolling Stones auf dem Springer-Hochhaus. Viele Jugendliche aus Ost-Berlin zogen nämlich in die Nähe der Mauer, in der Hoffnung, die Stones dort oben spielen zu sehen und zu hören. Die wurden natürlich zum großen Teil weggefangen von der Polizei und von der Stasi. Die Strafen waren dann beispielsweise, daß die Leute von der Schule geflogen sind.

Ich habe nach dem Abitur an der Humboldt-Universität bis 1974 Physik studiert und anschließend an der Akademie der Wissenschaften in Adlershof als Physiker gearbeitet. Im Jahre 1976 spielte dann, wie bei Herrn Eisenfeld, ein offener Brief eine gewisse Rolle. Herr Knabe hat vorhin schon auf den Freitod von Pfarrer Brüsewitz im Sommer 1976 hingewiesen. Wenige Tage nach dem Tod von Pfarrer Brüsewitz erschien im „Neuen Deutschland“ auf der Seite 2 ein Kommentar – der Kommentar auf der Seite 2 war immer der offizielle Kommentar der Partei –, in dem Pfarrer Brüsewitz erstens als geistesgestört, zweitens als pervers, weil er angeblich Unzucht mit Tieren und Kindern trieb, und drittens als Agent des Bundesnachrichtendienstes denunziert wurde. Ich habe daraufhin zusammen mit einigen anderen jungen Leuten einen offenen Brief verfaßt, gerichtet an Erich Honecker, mit der Forderung, daß die Partei sich von diesem Kommentar im „Neuen Deutschland“ distanzieren solle. Das war natürlich sehr naiv, aber wir waren so entrüstet darüber, daß wir das für richtig hielten, und wir haben dann auch Unterschriften gesammelt im Bekannntenkreis, auf der Arbeitsstelle, um diesen Brief anschließend abzuschicken.

Es wurden die drei Verfasser dieses Briefes – wir haben den Text zu dritt entworfen – verhaftet. Ich will die Namen der anderen beiden hier auch einmal nennen. Das waren Robert Schröter und Reinhard Langenau. Verfaßt hatten wir diesen Brief eigentlich zu viert, aber die vierte Person, eine junge

Frau, war ein IM der Staatssicherheit. Dieser Brief war der Anlaß für unsere Verhaftung, aber ich will nicht sagen, daß er der Grund gewesen ist. Der Grund war ein anderer. Es hatte sich Mitte der siebziger Jahre in Ost-Berlin eine oppositionelle Szene gebildet, und ich glaube, der eigentliche Grund für unsere Verhaftung war, daß die Stasi eine Abschreckung bewirken wollte, was aber nicht funktioniert hat. Ich wurde dann wegen staatsfeindlicher Hetze zu zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Im Urteil spielte dann wieder etwas anderes eine Rolle. Diese Brüsewitz-Geschichte wollte man nicht mehr für die Verurteilung heranziehen, weil das inzwischen im Westen bekanntgeworden war, auch die evangelische Kirche sich eingeschaltet hatte und Erich Honecker der Kirche versichert hatte, es seien wegen eines Protestbriefes keine DDR-Bürger verhaftet worden. Wir wurden dann verurteilt, weil nachzuweisen war, daß wir in der DDR verbotene Literatur gelesen und weiterverbreitet und teilweise auch persönliche Aufzeichnungen gemacht haben aus dieser politischen Literatur.

Im November 1977 wurde ich aus der Haft entlassen, nachdem ich einige Strafanstalten der DDR vorher noch kennenlernen durfte, in der Reihenfolge Hohenschönhausen, Rummelsburg, Cottbus, Brandenburg und Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz. Seit 1977 lebe ich in West-Berlin und bin in meinem Beruf als Physiker tätig. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank. Ich denke, es wäre keine Schwierigkeit, meine Damen und Herren, hier schon eine Fragerunde einzuschieben.

Sowohl bei Herrn Eisenfeld als auch bei Ihnen, Herr Molt, ist bereits zum Ausdruck gekommen, daß man vielleicht noch versuchen sollte, die drei Grundfragen nach Motivationen, nach Möglichkeiten und nach Grenzen einmal geschlossen aufzunehmen, diese also präzise und prägnant zu erörtern, um dann die Möglichkeit der Fragen zu eröffnen.

Ich bitte jeden einzelnen, mit Herrn Eisenfeld beginnend, die Problematik „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“ aus seiner Sicht kurz darzulegen.

Bernd Eisenfeld: Ich möchte sagen, daß ich zumindest schon als Kind oder als Jugendlicher drei Schlüsselerlebnisse hatte. Ich habe mit zwölf Jahren den 17. Juni in Falkenstein, einem kleinen Ort, erlebt; meine Eltern, die ansonsten sehr zurückhaltend waren, jubelten in den eigenen vier Wänden, draußen geschah nichts. Die Beklemmung, die ich spürte, zwischen diesem Ausbruch in den eigenen vier Wänden und dem, was man sonst offiziell von sich gab, das war sicher etwas Prägendes für mich.

Es gab ja – ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern – schon mal Städtepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren. Falkenstein hatte eine Städtepartnerschaft mit Erlangen. Ich war mit meinem Zwillingbruder ein recht guter Schauspieler. Mit sechzehn

Jahren hätten wir das erste Mal die Chance bekommen, in die Bundesrepublik zu fahren. Diese Reise wurde einfach abgesagt mit der ganz billigen Argumentation, man nehme keine „Kaiser-Gelder“, denn wir sollten da mit 30 DM ausgestattet werden. Das wurde initiiert von Parteimitgliedern. Ich war also im Grunde genommen eigentlich seit dieser Zeit immunisiert gegen jede Art von Partei, insbesondere was die SED betraf.

Ich habe diese ersten Erfahrungen gesammelt, und ich denke schon, daß in dieser Zeit dann auch der Gedanke entstand, etwas genauer darüber nachzudenken. Für mich war später die Motivation entscheidend, Denken und Handeln irgendwie in Übereinstimmung zu bringen. Ich habe versucht, diese Chancen wahrzunehmen, und ich muß auch sagen, daß sie doch einiges bewirkt haben.

Ich möchte nur an ein Beispiel erinnern: 1967 waren Wahlen in der DDR. Bei den Bausoldaten sind wir angetreten zum Kompanieappell, und es wurde uns von der Kompanieleitung verlesen, daß vier – ein Offizier, ein Unteroffizier, ein Baupionier und ein Bausoldat – zur Wählervertreterkonferenz delegiert werden. Wählervertreterkonferenzen fanden ja immer vorher statt, das war praktisch schon das Vorspiel für die eigentliche Wahl. Dabei bin ich einfach vorgetreten – es war so ein Ausbruch – und habe gesagt: „Wieso denn? Wer bestimmt hier, wer geht? Wir machen ein ordentliches Wahlverfahren.“ Die Kompanieleitung war völlig irritiert. Es schlossen sich andere Baupioniere, Bausoldaten an. Es war ein Kompaniebereich von etwa 110 Baupionieren, Bausoldaten und Offizieren. Völlig verunsichert brachen sie den Kompanieappell ab. Es kam zu einer neuen Zusammenkunft, dort wurde versucht, eine Art Strukturwahl durchzusetzen, das heißt, ein Offizier sollte delegiert werden, ein Unteroffizier, ein Gefreiter und ein Bausoldat. Ich bestand wiederum auf einem Wahlverfahren: „Wer die meisten Stimmen bekommt, geht dorthin.“ Die meisten schlossen sich an, und es passierte. Das heißt, sie mußten uns delegieren. Das Ergebnis war: kein Offizier, zwei Bausoldaten, ein Baupionier, den ich eher sogar dem rechten Spektrum zuordnete, und ein Unteroffizier. Das war im Grunde genommen unser Unteroffizier, den wir schon halb gedreht hatten.

Wir tauchten also auf dieser Wählervertreterkonferenz auf, hatten uns entsprechend vorbereitet mit Fragestellungen, haben also auch hier das demokratische Prinzip gewahrt, haben alle befragt, welche Fragen wir stellen sollen. Es waren Fragen, die das Selbstverwaltungsmodell in Jugoslawien betrafen, Informationsfreiheit, Freiheit der Kunst und natürlich auch die Problematik der Bausoldaten, deren Legalisierung. Bei dieser Veranstaltung wollten wir uns alle vier zu Wort melden. Einer durfte nur zu Wort kommen. Da ich die meisten Stimmen hatte, fiel praktisch das Glück oder Unglück auf mich. Ich bin also dann vormarschiert und habe dort vor 300 Leuten alle diese Fragen kritisch angesprochen, das Selbstverwaltungsmodell in Jugoslawien,

Informationsfreiheit, Freiheit der Kunst, Legalisierung der Bausoldaten. Ich war erstaunt, daß es trotz einer Reihe von Mißfallenskundgebungen von den 300 Teilnehmern am Ende Beifall gab. Es gab auch Diskriminierung, es gab aber auch Schulterklopfen.

Der damalige SED-Bezirksleitungschef und Volkskammerabgeordnete Stief hat über die Veranstaltung einen Bericht – ich könnte ihn vorlesen – abgeliefert. Dort wird erwähnt, daß diese Veranstaltung kurz vor dem Abbruch stand. Es gelang also, mit legalen Mitteln sich auf dem Hintergrund der entsprechenden Soldaten durchzusetzen. Es war für mich ein Schlüsselerlebnis, daß es möglich ist, auf legale Art und Weise etwas durchzusetzen. Das Ergebnis war übrigens auch – es waren in diesem Wahlkreis 177 Wähler eingetragen –, daß es unter diesen 177 Wählern 40 Neinstimmen, zehn Enthaltungen und acht ungültige Stimmen gab, das heißt, 30 % wählten in diesem Wahlkreis auf Grund dieser Entwicklung „Nein“, und das hat mich im Grunde genommen schon damals, 1967, bestärkt, mit legalen Mitteln, das heißt mit Offenheit, mit offenem Visier, dieses System anzugehen. Das hat sich aus meiner Sicht in vielen Bereichen bestätigt. Meine Erfahrung ist, daß es mit offenem Visier, mit sachlicher Kritik möglich war, Solidaritätseffekte zu erzielen und einiges zu bewirken. Das schloß natürlich nicht aus, daß das offene Visier dazu führte, daß ich 30 Monate inhaftiert wurde, aber das hing mit dem „Prager Frühling“ zusammen.

Ich habe aber auch später ähnliche Solidarität genossen. Selbst bei meiner Inhaftierung als „Verbrecher“ hat sich das Arbeitskollektiv nicht bereiterklärt, sich als „gesellschaftlicher Ankläger“ zur Verfügung zu stellen. Es war also lediglich möglich, einen „gesellschaftlichen Vertreter“ aufzubieten, und dieser „gesellschaftliche Vertreter“ hat mich während der Verhandlung nicht belastet; und auch das mit der Beurteilung, die in solchen Fällen vom Betriebskollektiv verlangt wurde, was dazu führen sollte, daß dem Betroffenen als „Verräter“ gekündigt wird, funktionierte nicht. Auch diese Beurteilung hat mich – das habe ich jetzt aus meinen Unterlagen herauslesen können – eher entlastet. Das hatte unter anderem zur Folge, daß ich nach meiner 30-monatigen Haft wieder im Betrieb eingestellt werden mußte, zwar mit Redeverbote und entsprechenden Einschränkungen, aber das sind Erfahrungen, die man diskutieren sollte. Dort habe ich Grenzen und Möglichkeiten erkannt. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Eisenfeld. Das war ein Beitrag, der vor allem, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Möglichkeiten von Opposition und Widerstand aufgezeigt hat. Herr Pfarrer Richter.

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Ich habe ein paar Beispiele, woran man das vielleicht noch einmal ein bißchen im Zusammenhang durchdeklinieren kann. Möglichkeiten und Grenzen hängen ohnehin zusammen, und zu Motivationen habe ich vorhin etwas gesagt. Ich will ein Beispiel bringen: Nach der

Schlußakte von Helsinki, also 1975, begann das mit den Ausreiseanträgen, und ich erinnere mich sehr genau, daß wir in Naumburg Studenten hatten, die dann auch einen Ausreiseantrag stellten – ich war damals am Katechetischen Oberseminar, später Kirchliche Hochschule –, und die konnten dann nicht weiterstudieren. Die Kirche entschloß sich dazu, sie nicht zuzulassen, weil sie uns verlassen wollten. Ich kann nicht mehr ganz rekonstruieren, wie die Argumentation war, es war jedenfalls umstritten. Man hätte sie ja auch erst mal an der Kirchlichen Hochschule lassen können, aber die Entscheidung fiel auf jeden Fall in die andere Richtung.

Ich hatte dann einen dieser Studenten als Hausangestellten, denn die durften nicht arbeitslos sein, es gab ja keine Arbeitslosen bei uns. Dann mußte der fünf Jahre warten, bis er endlich ausreisen konnte. Während dieser Zeit hatte ich ihn als Hausangestellten. Das war so eine Originalität.

Worauf ich hinaus will: Als er dann endlich Ende der siebziger Jahre ausreisen konnte – ich weiß es noch ganz genau –, war das bei mir selber ein komisches Gefühl. Eigentlich war ich der Meinung, er hätte dableiben sollen. Ich hatte auch immer zwischendrin die Vorstellung: „Wenn du nun so lange warten mußt, dann bleib doch lieber da und tu doch was. Du hängst hier sozusagen rum und wartest auf deine Ausreise, statt dessen solltest du eigentlich bei uns mitmachen, also eben Opposition mitmachen.“

Das deutet auf eine Problematik hin, die sich bis 1989 hinzog. Da gab es immer die Spannung zwischen den oppositionellen Gruppen und den „Ausreisern“. Die Zahl schwoll an, und das war immer eine Spannung. Ich denke, wir dürfen das nicht verkleinern. Das ist ein Riesenproblem gewesen. Wir distanzieren uns von denen, die ausreisen wollten, weil wir das Gefühl hatten, daß sie nicht mitkämpfen wollen, daß sie sich drücken.

Nun vielleicht noch ein anderes Beispiel: Brüsewitz ist erwähnt worden, da war es auch so – ich erinnere mich sehr genau –, daß wir dieser symbolischen Handlung von Brüsewitz ziemlich distanziert gegenüberstanden. Ich habe noch einmal nachgesehen – ich habe damals in der Studentengemeinde einen Vortrag gehalten über „Martyrium, gewaltloser Widerstand oder Selbstmord“. Wir haben dann darüber diskutiert, was das nun eigentlich war. Aber ich erinnere mich auch, daß wir das nicht mit sehr viel Beteiligung diskutiert haben. Ich weiß nicht, ob das woanders anders war. Es war auf jeden Fall bei uns so. Im gleichen Jahr war die Geschichte mit Biermann – damit kann man das mal vergleichen. Die Sympathien und auch der politische Wille, der da erwachte, waren in bezug auf Biermann viel größer als in bezug auf Brüsewitz. Ich weiß nicht, ob andere da anderer Meinung sind. Das müßte man mal diskutieren.

Warum hat Brüsewitz bei uns nicht so viel bewegt? Wir hatten das Gefühl, das ist unangemessen, so macht man das nicht. Ich sage das jetzt etwas leger, ich spiele das jetzt ein bißchen runter, es war ja sehr viel ernster. Wir waren

der Meinung, daß das nicht der richtige Weg ist, Opposition zu machen. Das riß uns nicht mit. Es hätte ja eigentlich mitreißen müssen als symbolische Tat.

Zum Vergleich: Bei diesem Biermann-Konzert saßen wir, übrigens zusammen mit Zeugen Jehovas – die wohnten mit in meinem Pfarrhaus –, bis in die Nacht, bis zum Ende des Konzertes hielten wir dort aus. Das war unwahrscheinlich. Da waren eigentlich alle dabei. Ich bildete mir ein – vielleicht ist das eine Täuschung –, die ganze DDR hat da vor dem Fernseher gesessen. Das hatte Widerhall, und da dachten wir auch, das ist der Weg, von der ideologischen Seite her betrachtet. Das war eben die Grundvorstellung. Das, was dann 1989 eingetreten ist, hätten wir uns eben da nie denken können, sondern wir stellten uns vor: Wenn es hier eine Veränderung geben muß, dann im Rahmen dieses Systems. Da müssen wir eben so viel wie möglich herausholen. Und wer einen Ausreiseantrag stellt, der klinkt sich da aus, oder wer es wie Brüsewitz macht, der hat noch nicht begriffen, was die eigentliche Strategie ist.

Wir wollten das System verändern, hierbleiben, hier kämpfen, das war die Vorstellung. Das stützte ideologisch natürlich auch die noch bis zum Ende vertretene Theorie einer demokratischen Reform, die durch Gorbatschow noch einmal ziemlich Aufschwung bekam. Das war damals seit 1968 ganz fest die Vorstellung und, wie man sieht, auch vorher.

Zu den Grenzen: Man mußte der Überzeugung sein – das sind wir immer gewesen –, daß mehr möglich ist, als wir wahrnehmen und als die Bevölkerung wahrnimmt. Wir müssen darüber jetzt auch nicht mehr so reden, aber was uns natürlich doch immer geärgert hat, war die Trägheit. Wir haben das theologisch oder auch konfessionsgeschichtlich auf die Tradition des Untertanengeistes in Deutschland zurückgeführt. Deswegen machen die Leute nicht mit. Es gab doch immer wieder die Vorstellung, daß mehr drin wäre, daß es nur an solchen Dingen wie der tradierten Haltung liegt. Die Deutschen sind vielleicht von ihrer lutherischen Tradition her so. So haben wir uns das zurechtgelegt.

Grundsätzlich bin ich auch heute noch der Überzeugung, daß mehr dringewesen wäre. Vorhin kam der Hinweis auf die anderen Länder: Warum klappte das bei den anderen Ländern des damaligen Ostblocks? Es wurde ja schon die Frage gestellt: Wieso ist die DDR so stabil? Die glänzte ja geradezu durch Stabilität. Überall passierte etwas, bei uns gerade nicht. Das ist schon ein Phänomen. Ich bin deshalb auch heute noch der Meinung, daß mehr möglich gewesen wäre, und was Sie erzählt haben, deutet auch darauf hin.

Man muß meiner Meinung nach auf diesem Standpunkt beharren: Die Grenzen waren in Wahrheit nicht so eng, wie sie zu sein schienen. Es gab später – das fing Mitte der siebziger Jahre an und wurde dann in den achtziger Jahren stärker – immer so ein komisches Ineinander von Nachgeben und Verstärkung des Drucks, so daß man eigentlich nie so genau wußte, was eigentlich gespielt wird. Das ist auch so ein Phänomen gewesen. Man konnte gar nicht genau

bestimmen, wo die Grenzen waren. Man mußte es immer wieder austesten. Das war unsere mehr taktische Überlegung, immer wieder austesten, so weit wie möglich gehen. Wir hofften natürlich jeweils, daß jedesmal noch ein paar mehr mitgehen. Das war dann allerdings oft nicht der Fall.

Was die Grenzen betrifft, muß man bei der Überzeugung bleiben, daß mehr möglich gewesen wäre. So eng, wie sie gezogen schienen, waren sie nicht, wenn wir mehr politischen Willen aufgeboten hätten.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Ich denke, es ist ein wichtiger Unterschied zwischen Motivationen für abweichendes, dissidentes, nonkonformes Verhalten und den Zielen, die man mit diesem Verhalten im Auge haben kann. Beides muß man wiederum sehen im Hinblick auf die zeitliche Schichtung, die das hat. Wir reden jetzt über zwei Dekaden, die 69er und siebziger Jahre. In denen wirkt nach, was davor war, und es deuten sich auch die Verschiebungen an, die danach kamen.

Vielleicht weniger die Motivationen, aber die Ziele, die man mit nonkonformem Verhalten verbinden kann, sind in diesen verschiedenen Phasen, und zwar abhängig von den Randbedingungen oder Umständen, den Grenzen, die das vorgibt, sehr unterschiedlich. Ich denke, es gibt eine Grundsicht in den Motivationen, die natürlich unterschiedlich ausgeprägt ist, aber sie ist sicher weitgehend oder fast immer mit im Spiel. Das ist zunächst einfach die Wahrung der Integrität der Persönlichkeit, die Wahrnehmung des persönlichen Anstandes, auch der individuellen Interessen gegen das, was als Normen und Zwänge von außen vorgegeben wird. Das ist etwas, was nicht notwendigerweise zu großen, koordinierten spektakulären Handlungen führt. Was aber für die Gesamteinstellung, auch das, worauf man sich im persönlichen Umgang verlassen konnte, für das soziale Mikroklima sehr wichtig war: Wem kann man trauen, wie kommt man miteinander aus? Das hängt sicher zu einem wesentlichen Teil von einer Motivation ab, die erst einmal sehr individuell ist, geprägt durch Herkunft, Elternhaus, Erziehung, aber eben auch orientiert an allgemeinen moralischen oder ethischen Maßstäben.

Dann gibt es verschiedene Arten von politischen Zielen. Das eine akzeptierte die Gegebenheiten in den sechziger und siebziger Jahren – für die vierziger und fünfziger Jahre muß man das anders beschreiben –, unter Akzeptierung der Gegebenheiten einfach die Abwehr der Deformation, der Übergriffe, die auch mit den eigenen Programmen in Konflikt, im Widerstreit waren, wo also die Deklamationen und die Realität sichtbar nicht zusammenpaßten.

Das geht graduell über in die Zielstellung, die man als so etwas wie einen „sozialistischen Neuanfang“ oder „sozialistischen Umsturz“ – das, was im Grunde bis heute die PDS haben möchte – ansehen kann. Und das ist wieder etwas anderes als die grundsätzliche Beendigung des Sozialismus als eines politischen Systems.

Jede dieser Zielstellungen hat unterschiedliche Realisierungsmöglichkeiten.

Die Randbedingungen oder die Grenzen hierfür sind nicht einfach bloß die objektiven Tatsachen, sondern auch die Art, in der sich diese Tatsachen den Erwartungshorizonten der Beteiligten widerspiegeln. Alle, die nicht zu jung waren, haben das Trauma des 17. Juni gehabt, und zwar auf beiden Seiten; für die Partei war das so sehr ein Trauma wie für die Regierten, also die Möglichkeit und das Scheitern des Aufstandes. Das andere Trauma war der 13. August, also die Abgrenzung und gewaltsame Schließung der Grenzen.

Ebenso wichtig war aber die Einsicht infolge des ungarischen Aufstandes, als zum ersten Mal die Möglichkeit erschien und massiv niedergeschlagen wurde, daß ein sozialistisches Land sich selbständig vom Block lösen könnte. Es war seit 1956 klar, daß diese Möglichkeit, daß es eine eigene politische Entwicklung geben kann, nicht existiert. Das war dann auch eine Prämisse, die im „Prager Frühling“ eingehalten wurde. Das sollte innerhalb des sozialistischen Lagers sein. Das war die nächste Erfahrung des Scheiterns.

Alles in allem gilt gerade für die zwei Dekaden, von denen wir reden, die Tatsache, daß die sowjetische Hegemonie und zusätzlich das subalterne DDR-Verhalten innerhalb des Blocks Randbedingungen waren, an denen in Wirklichkeit niemand rütteln zu können glaubte. Auch Opposition wie die von Robert Havemann vertretene, die ich relativ gut von innen her kenne, war nicht geprägt von der Auffassung, man könne die politischen Verhältnisse wirklich umstürzen, man könne aus dem Block austreten, sondern man könne nur einklagen, was als Lippenbekenntnis in den Programmen drinsteht.

Insofern ist die Frage der Zielstellung – das ist ein bißchen etwas anderes als die Motivation – immer auch abhängig von den Erwartungen, die man haben konnte. Da ist erst in den achtziger Jahren, also mit der Tatsache, daß in der Sowjetunion selbst Änderungen eintraten, die Erwartung möglich geworden, daß das politische System tatsächlich beeinflussbar, veränderbar ist. Das müßte nun – das ist in Beispielen schon getan worden – in die persönlichen Erfahrungen umgesetzt werden. Ich will jetzt aber nicht den Versuch machen, zu zeigen, wie in einem sehr speziellen Bereich, meinem der Linguistik, sich das in ideologischer Bevormundung und Widerständigkeit oder Sprödigkeit dagegen auswirkte. Ich kann da nur sagen: Man sieht immer wieder diese merkwürdige Mischung von Interessenkoalitionen, bei denen Leute sich der Möglichkeiten bedienen, die auf einem ideologisch motivierten Vorstoß beruhen oder sich abbilden, der ihnen von seiten der Partei vorgegeben wird und mit dem dann ganz andere Interessen mittransportiert werden, was die Grenzziehungen oder die Unterscheidungen innerhalb des widerständigen Verhaltens mitunter ziemlich kompliziert macht. Die Fragen „Warum laufen so viele hinter den Parolen über lange Zeit her? Warum gibt es nicht mehr Aufbegehren?“ hängen an einer ganzen Reihe von Faktoren. Einer davon ist zweifellos auch der immer wieder sich fortsetzende Auswanderungsprozeß der Oppositionswortführer, gerade im gespaltenen Deutschland, aber es gibt

daneben auch solche merkwürdigen Interessenmischlagen, bei denen ganz geschickt von seiten der Partei Vorgaben gemacht worden sind, die Interessen vom Kleintierzüchterverband bis zu wissenschaftlichen Interessenkoalitionen gebildet und ausgenützt haben. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Bierwisch.

Man möchte meinen, daß die Möglichkeiten der Vorgaben durch die Partei im Bereich der Sprachwissenschaft relativ begrenzt sind.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Das sollte man meinen; es gab aber die marxistisch-leninistische Sprachwissenschaft mit ganz massiven Festlegungen, was ideologisch erlaubt ist und was nicht erlaubt ist. Unglücklicherweise findet man in den Schriften von Marx und Engels zu allem etwas, also auch zur Sprache. (Zuruf: Der große Stalin!)

– Nein, der war es damals nicht. Stalin war damals vorbei. Das war zu diskreditiert, zu kompromittiert. Stalin war es nicht. – In einer drei Jahre dauernden bösen Kampagne ging es darum, daß die Sprache eine gesellschaftliche Erscheinung ist und daß man sich dementsprechend individuelle, was auch biologische, was ganz andere als politische Aspekte in der Sprache ausmachen, Gedanken machen kann. Das war in der Zeit ein wichtiges, sich ganz dramatisch entwickelndes Thema, was sich in der Informatik längst weltweit niedergeschlagen hat. Das waren Fragen, in die die Partei sich eingemischt hat und bei denen die Möglichkeit, da mitzumachen oder sich dem zu widersetzen, jemanden ganz plötzlich, ohne daß man das als Politikum gewollt hatte, in politische Frontstellungen gebracht hat.

Dieter Borkowski: Ich hatte angedeutet, daß ich aus einer protestantischen christlich gesonnenen Familie kam, und so imponierte mir im Ursprung die verlogene Erklärung von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, 1947 unterschrieben, „Die SED und die Kirchen“. Diese Erklärung entsprach fast schon einem Bündnisangebot. Damit war sicher noch nicht der damals junge „IM Sekretär“ gemeint, aber das Bündnisangebot ging in die Richtung des Bischofs Mitzenheim und hatte insofern eine enorme Wirkung, als 27 evangelische Pastoren 1948 dazu aufriefen, die SED zu wählen. Ich nenne nur zwei Namen, die mir noch geläufig sind: ein Pastor Rackwitz aus Neukölln und Aurel von Jüchen, und genau der Fall Aurel von Jüchen bestimmte meine Motivation, mich von der Partei zum ersten Mal kritisch innerlich abzusetzen.

Ich hatte das Glück, als junger Reporter im ehemaligen Hermann-Göring-Museum, Wilhelmstraße, später Otto-Grotewohl-Straße, bei den Volkskammersitzungen dabei zu sein, sprach dort den Dompastor Karl Kleinschmidt, auch einen ausgewiesenen religiösen Sozialisten, der sich für den Marxismus-Leninismus tief begeisterte und gerne auf dem Klavier rumklimperte und Kabarettssachen machte – mit Tucholsky schon zusammen –, an und fragte:

„Ist es richtig, Genosse Kleinschmidt, was der West-Berliner 'Kurier'“, die Zeitschrift des Kontakt-Lemmer, wie Ernst Lemmer genannt wurde – der war Chefredakteur –, „meldet, daß der Pastor Aurel von Jüchen, der bekannte religiöse Sozialist und von Hitler Verfolgte, von unseren sowjetischen Genossen verhaftet wurde?“ Dompastor Kleinschmidt wurde noch röter, als sein fröhliches alkoholgerötetes Gesicht sonst schon war, und rannte mit mir zum Landtagspräsidenten Moltmann, einem ganz schwammigen Wodkatypen, einem alten Sozialdemokraten, der sich völlig verkauft hatte. Landtagspräsident Karl Moltmann sagte: „Nein, mir ist nichts bekannt.“ Dann sagte er nach einer Pause: „Die Freunde haben ihn abgeholt.“ (Heiterkeit)

Vielleicht fragen wir den Ministerpräsidenten von Mecklenburg, Wilhelm Höcker, auch ein biederer Sozialdemokrat. Der stand da, zwei Zentner schwer, von seinem großen russischen Pajok genährt – im nächsten Jahr waren sie alle drei schon tot an Schlaganfällen –, und Genosse Wilhelm Höcker wußte auch nichts. Jetzt zogen wir zu dritt zum Parteichef des Landes, einem alten Kommunisten, Kurt Bürger – nach dem hießen zahlreiche Betriebe in Mecklenburg –, und der sagte: „Wir können das gleich klären. Das sitzt Staatssicherheitsminister Zaisser.“ Es war Pause in der Volkskammer; die Abgeordneten standen nach den zehn Freipannkuchen an. Und Genosse Wilhelm Zaisser las die „Neue Zeitung“ und sagte: „Tja, ich habe noch keinen genauen Tatbericht, die Freunde mußten zugreifen. Er hat unter seinen Konfirmanden gegen die ruhmreiche Sowjetunion gehetzt.“ Ich habe das vor zehn Jahren in einem Buch dokumentiert. Es hat beim Fischer-Verlag nicht sonderlich Aufsehen erregt: „Für jeden kommt der Tag“. Das ist ein Wort, das Erich Honecker mal zu mir sagte: „Du mußt dich entscheiden, Dieter, für Sozialismus oder gegen Kapitalismus, für eines der beiden.“ Das hat kein großes Aufsehen erregt, ich habe auch von keinem Pastor der evangelischen Kirche je eine Zuschrift bekommen. Nicht von Ihnen, Sie konnten es nicht lesen, bei Ihnen war es Konterbande. Aber auch im Westen hat es bei den evangelischen Akademien und ihren Pressechefs – ich war an einer – kein Aufsehen erregt.

Nun habe ich mich gekümmert und habe kritisch mich bemüht, besonders auf dem Gebiet der Kulturpolitik – ich arbeitete als Theater- und Filmkritiker –, weil mir entsetzlich erschien, daß Walter Ulbricht laufend Filme verbot, z. B. den ersten DEFA-Film 1951 nach Arnold Zweig, der 1948 aus Palästina gekommen war: „Das Beil von Wandsbek“. Man konnte ihn kürzlich in einer Reprise in den dritten Kanälen sehen, ein damals wirklich ausgezeichneter Film von Falk Harnack, vor einem halben Jahr gestorben. Diesen Film verbot Ulbricht mit folgender Begründung – ich habe es von seinem Sekretariat selbst gehört, weil ich gerade die Filmkritik schon geschrieben hatte –: Es sei nicht richtig, daß man in den Mittelpunkt einer solchen Auseinandersetzung, wie der parteilose Arnold Zweig das tut, den Schlächter von Wandsbek stellt, der

im Auftrage der SS und der Hitlerbehörden diese fünf Antifaschisten tötet, sondern im Mittelpunkt müßten die fünf Kommunisten sein. Diese Logik des Walter Ulbricht führte dazu, daß Arnold Zweig sehr traurig und verbittert war. Der Film mit großen deutschen Schauspielern wie Käthe Braun, Erwin Geschonnek als Schlächter von Wandsbek wurde verboten. Das ging immer so weiter. Ein paar Jahre später wurde Konrad Wolfs, des Sohnes von Friedrich Wolf und Bruders von Markus Wolf, großer Filmversuch „Sie Sonnensucher“ verboten.

Ich könnte noch mehr Theaterkonflikte nennen, z. B. daß die SED den größten Regisseur, den sie in der DDR neben Bertolt Brecht hatte, nämlich seinen Freund Erich Engel, in der Galilei-Premiere und DDR-Uraufführung dieses Stücks 1956 zwang, den einen Satz rauszunehmen, den ich so besonders erschütternd fand – wir hatten nämlich gerade die Ungarn-Revolution –, als der alte Galilei zu dem kleinen Mönch sagt: „Wenn du durch Deutschland gehst, mußt du die Wahrheit unterm Rocke tragen.“ All diese Dinge brachten uns dahin, meinen Freundeskreis und mich, einem Prozeß wegen Aufweichertums durch mich entgegenzusehen.

Wir hatten nicht vor – das sage ich ganz klar –, auf alle Grundlagen von Marx', von Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts humanen Vorstellungen zu verzichten. Das wäre falsch. Das haben auch Wolfgang Harich, Gustav Just, Heinz Zöger und Bernhard Steinberger im Aufbau-Verlag nicht vorgehabt. Das muß man ehrlich sagen, es hat keinen Sinn, drumherum zu reden. Wir wollten einen ganz humanen demokratischen Sozialismus nach dem Luxemburg-Wort „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“ Das war der Grund, weshalb wir zusammenkamen.

Wie gesagt, wir wußten nicht, daß schon damals, 1956/57/58, unter uns Spitzel eingeschleust waren, darunter der prominente und erwähnte Schriftstellerpräsident Kant, der er dann später wurde, und daß die ständig berichteten und daß damit eines Tages die Verhaftung erfolgte, daß direkt festgelegt wurde, wie wir bei Feiern zusammenkommen sollten, die alten Freunde aus West-Berlin und Ost-Berlin zusammen, um alle verhaftet zu werden. Ich bin der Fall gewesen, an dem es exemplarisch ausgeführt wurde.

Am 1. November 1956, an meinem 28. Geburtstag, hörten wir die Reportagen aus Budapest, und da sprach der von mir sehr verehrte und auch gut bekannte große ungarische Dramatiker Julius Hay in deutscher Sprache „Helft, Ihr Völker, helft, helft, helft unserem kleinen Volk““ Als ich Julius Hays Stimme hörte und daran dachte, wie ich ihn vor Jahren in Budapest besucht hatte und er in Berlin die Theaterpremieren hatte – bei der ersten 1931 war ich noch ein zwei-, dreijähriges Kind –, da war ich mit dem Sozialismus, dem Marxismus-Leninismus am Ende und überlegte, ob ich ginge.

Dann traf ich auf ein paar unangenehme Erscheinungen in der Bundesrepublik. Ich interviewte einen Nazi-SA-Obergruppenführer namens Theodor Oberlän-

der, der sich nicht entblödete, als Minister für Vertriebene zu amtieren, und das führte mich dazu, meine Flucht nicht durchzuführen.

(Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Vorher hat er für die Vertreibung gesorgt!)

– Naja, er hatte dafür gesorgt in seinen Schriften vor 1933.

Das hat mich also irrsinnig gestört, obwohl ich wußte, daß in der DDR auch eine Menge Nazis am Zuge waren; z. B. die Ritterkreuzträger des Führers Vincenz Müller, Arno von Lenski, Martin Lattmann bauten die Volksarmee auf, während sich die lächerliche verlogene Propaganda des Albert Norden damit beschäftigte nachzuweisen, daß Dr. Speidel den faschistischen Königsmord an dem jugoslawischen König Alexander in Marseille ausgeführt hätte, eine freche dumme Lüge, die nur dadurch nachher entlarvt werden konnte, weil die Fälscherwerkstatt des Albert Norden eine Adresse von Hermann Göring angegeben hatte, die es noch gar nicht gab, das heutige Treuhandgebäude. Das existierte noch gar nicht. (Heiterkeit)

– Es ist eigentlich nicht so humorvoll, es ist nur grotesk.

Daran scheiterte die Lüge des Albert Norden, Speidel den Königsmord vom Herbst 1935 in Marseille anzulasten, ganz originell. Aber, wie gesagt, mit dem Sozialismus war ab 1959 nichts mehr, aber mit einem Herrn Oberländer wollte ich mich auch nicht einlassen. So bin ich in der DDR geblieben, ohne zu ahnen, was mir bevorsteht. (Beifall)

Rudi Molt: Ich weiß nicht, ob mir jetzt genügend Zeit bleibt, auch etwas über die Methoden und Formen oppositionellen Verhaltens zu sagen. Ich will zumindest versuchen, etwas über die Motivationen zu sagen. Ich denke, die Motivationen hängen im wesentlichen ab von politischen und moralischen Grundauffassungen, die man sich im Lauf seines Lebens angeeignet hat. Das beginnt eigentlich schon in der Kindheit.

Ich möchte auf einige Punkte eingehen, die mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheinen. Ich bin etwas jünger als die anderen Herren dieser Runde, der 17. Juni 1953 ist mir nicht mehr erinnerlich, damals war ich ein Jahr alt. Aber ich war neun Jahre alt, als die Mauer gebaut wurde. Ich habe vorhin schon gesagt, daß ich im Prenzlauer Berg aufgewachsen bin, und zwar in direkter Nähe des späteren Grenzübergangs Bornholmer Straße. Das heißt, zu meinem kindlichen Aktionsfeld im Alter von acht, neun Jahren gehörten sowohl der Teil Prenzlauer Berg als auch der Teil jenseits der Bornholmer Brücke, der schon in Wedding lag. Der Bau der Mauer war für mich ein ganz einschneidendes Erlebnis als Kind.

Ich möchte noch etwas illustrieren: Meine Mutter hat mir – ich muß damals sieben, acht Jahre alt gewesen sein – aus West-Berlin ein Mickymaus-Heft mitgebracht. Eines Tages nahm ich dieses Heft mit nach unten auf die Straße und setzte mich an die Bordsteinkante, um es zu lesen. Meine Mutter kam,

glaube ich, vom Einkaufen und schimpfte mich furchtbar aus: „Du darfst doch dieses Heftchen nicht auf der Straße lesen!“

Ein drittes Beispiel noch: Ein neues Schuljahr hatte begonnen. Ich war in der dritten oder vierten Klasse, und die Lehrerin sagte uns, wir sollten unsere Eltern fragen, wer von den Eltern im Elternbeirat mitarbeiten möchte. Ich fragte zu Hause, und meine Mutter sagte: „Na ja, wenn es denn sein muß, mach' ich das.“ Als die Lehrerin am nächsten Tag fragte, sagte ich, meine Mutter wäre bereit. Die Lehrerin fragte mich dann: „Sag mal, hat deine Mutter in West-Berlin gearbeitet?“ Sie mußte das von irgendwoher schon gehört haben. In meiner kindlichen Arglosigkeit sagte ich natürlich ja, worauf die prompte Reaktion kam: „Dann geht das natürlich nicht.“

Was ich damit illustrieren will: In der DDR und sicherlich auch in anderen Diktaturen lernt man schon als kleines Kind eine wichtige Technik, und zwar in einem Alter, in dem man auch Lesen und Schreiben lernt, also andere wichtige Techniken für das Leben. Man lernte, daß man Sachen, die man selber für richtig und wahr und gut hielt, in der Öffentlichkeit nicht tun oder sagen durfte. Ich glaube, das war ein prägendes Erlebnis, was jeder Mensch, der in der DDR geboren wurde und dort aufgewachsen ist, gehabt hat – dieser Zwang zur Unaufrichtigkeit, der einen das ganze Leben hindurch begleitete, es sei denn, man hatte alle Brücken hinter sich abgebrochen. Das war eigentlich für mich das Bedrückendste in der DDR. Die DDR war zumindest in den sechziger und siebziger Jahren keine so ganz furchtbare Diktatur mehr, verglichen mit der Hochzeit des Stalinismus und mit dem Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre. Es gibt im 20. Jahrhundert einige Diktaturen, die wesentlich furchtbarer gewesen sind als die Diktatur der DDR. In der DDR wurden zumindest in den sechziger und siebziger Jahren keine Konzentrationslager unterhalten, in denen Menschen gefoltert und massenhaft umgebracht wurden; es wurden keine politischen Gefangenen, an Händen und Füßen gefesselt, aus fliegenden Hubschraubern geworfen oder ähnliches.

Aber das Schlimme an diesem System war, daß es versucht hat, nicht nur Macht auszuüben über die Körper der Menschen, sondern auch über ihre Seelen. Ich will das mal ein bißchen vergleichen mit der Geschichte von des Kaisers neuen Kleidern, so fühlte ich es damals. Jeder hat eigentlich gesehen: Der Kaiser, also dieses System, ist nackt und häßlich, und trotzdem wurde von uns allen täglich verlangt, laut auszurufen, wie schön und prächtig gekleidet dieser Kaiser ist. Es war, denke ich – ich war auch damals schon davon überzeugt –, eigentlich noch schlimmer: Ich glaube, der Kaiser hat selbst gewußt, daß er nackt und häßlich ist. Es ging also in erster Linie gar nicht darum, die Menschen davon zu überzeugen, daß dieser real existierende Sozialismus eine überlegene Ordnung ist, sondern was verlangt wurde, war eigentlich hauptsächlich diese Unterwerfungsgeste, dieser Kotau vor der Macht. (Beifall)

Ich glaube, das ist eine Erscheinung gewesen, mit der sich die nachwachsende Generation zu großen Teilen nicht abfinden konnte. Wir hatten immer ein bißchen das Problem, daß sich die Älteren doch irgendwie mit dem System arrangiert hatten oder halt in den Westen gegangen waren. Als wir Jüngeren dann versucht haben, uns in der Tat mit diesem System auseinanderzusetzen, hatten wir das Problem, daß es eigentlich keine personelle Kontinuität gab; wir konnten von den Älteren nicht lernen, wie man dieses System begreifen kann, welche Möglichkeiten es unter Umständen gibt, dieses System zu verändern, ob das auf dem Wege der Reformen geht, ob das nur durch einen Aufstand, eine Revolution geht.

Wir haben als junge Erwachsene praktisch bei Null angefangen, mußten uns diese Grundlagen selbst erarbeiten. Wir haben das anhand von Literatur versucht, die auf irgendwelchen Wegen aus dem Westen Deutschlands geschmuggelt wurde. Wir haben Solschenizyn gelesen, wir haben Orwell gelesen, wir haben Trotzki gelesen, wir haben uns mit anderen Sozialismusmodellen beschäftigt. Beispielsweise das jugoslawische Modell des Sozialismus hat eine kleine Gruppe, in der ich auch mitgearbeitet habe, sehr lange beschäftigt. Wir haben uns ein halbes oder dreiviertel Jahr mit dem jugoslawischen Sozialismusmodell beschäftigt, weil es uns zumindest von der Theorie her um etliches besser erschien als der angebliche Sozialismus, wie wir ihn in der DDR erlebt haben. Daß das ein Irrglaube war, wußten wir damals nicht. Gut, wir hatten nicht die Möglichkeit, mal selbst nach Jugoslawien zu reisen, aber die Idee der Arbeiterselbstverwaltung, daß die Belegschaften selbst ihre Betriebsführer wählen, daß sie selbst entscheiden, wieviel des betrieblichen Gewinnes investiert wird, als Lohn ausgezahlt wird, das hat uns schon fasziniert. Wir haben diese Theoriediskussionen in kleinen Kreisen geführt und wollten dann natürlich auch irgendwann damit an die Öffentlichkeit gehen.

Jetzt vielleicht noch zum Abschluß ein Beispiel: In der DDR gab es Anfang der siebziger Jahre eine gewisse Liberalisierung auf kulturellem Gebiet. Erich Honecker war an die Macht gekommen, es gab die X. Weltfestspiele der Jugend und Sportler 1973 in Ost-Berlin, und es war etwas möglich, was vorher nicht möglich gewesen ist. Erinnern Sie sich an diesen Ausspruch von Honecker: „Auf dem Gebiet der Kultur ist alles möglich, solange es auf dem Boden des Sozialismus bleibt.“ Es gab damals für uns die Möglichkeit, in Kulturhäusern, in ähnlichen Häusern wie dem, in dem wir heute sitzen, Veranstaltungen zu machen. Es gab zwar staatliche Leitungen in diesen Kulturhäusern, aber die wußten oft nicht mehr, was sie eigentlich für ein Programm machen sollten, so daß für uns unabhängige Gruppen die Möglichkeit bestand, dort selbst Veranstaltungen anzumelden und auch durchzuführen. Das ging eine Zeitlang ganz gut. Unter anderem hatten wir eine Veranstaltung vorbereitet, in der wir über gleitende Arbeitszeit

informieren wollten, ein Thema, das damals in der DDR tabu war. Aber wir hatten das irgendwie geschickt gemacht, und diese Veranstaltung fand statt. Anschließend gab es natürlich mächtige Probleme. Uns wurde von den staatlichen Funktionären vorgeworfen, wir wollten der Partei Diskussionen aufzwingen. Gut, das ging noch mal glimpflich ab.

Die nächste Veranstaltung, die wir auch noch in dem Klubhaus machen konnten, war eine Informations – und Diskussionsveranstaltung zum Thema Arbeiterselbstverwaltung am Beispiel des jugoslawischen Modells. Wir hatten zu diesem Zwecke einen Vertreter der jugoslawischen Botschaft in der DDR eingeladen, einen Attaché. Wenige Tage vor dem Termin, an dem diese Veranstaltung stattfinden sollte, wurden die staatlichen Funktionäre doch offenbar stutzig und sagten: „Moment mal, diese Veranstaltung können wir nicht zulassen.“ Sie kamen und verlangten von uns, diese Veranstaltung abzusagen. Wir haben gesagt: „Das können wir nicht machen. Wir haben diesen Botschaftsattaché eingeladen, der hat zugesagt.“ Es hieß dann, wir sollten uns irgend etwas einfallen lassen, z. B.. daß der Klub baufällig sei oder so. Wir haben das jedenfalls nicht gemacht, wir haben darauf bestanden, daß die Veranstaltung stattfindet. Man wollte wohl von seiten der staatlichen Funktionäre der DDR auch keine diplomatischen Schwierigkeiten riskieren, und wir haben diese Veranstaltung wirklich durchgeführt. Das war damals ein wesentlich kleinerer Raum als dieser hier, es paßten vielleicht 50 Leute hinein. Von denen waren 40 irgendwelche staatlichen Funktionäre oder von der Staatssicherheit. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Molt.

Ich habe jetzt aus der Runde acht Wortmeldungen. Ich bin geneigt, die Frageliste für geschlossen zu erklären. Herr Weisskirchen, Herr Jacobsen, Herr Weber, Herr Poppe, Herr Faulenbach, Herr Hilsberg, Herr Wilke und Herr Passauer. – Auch noch Herr Gutzeit, dann ist Schluß.

Herr Weisskirchen, bitte schön.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Sie haben in der letzten Runde sehr schön das Wechselverhältnis von Systemzwang – um einen Begriff aufzunehmen, den Sie gebraucht haben, Herr Molt – und der Chance, den Systemzwang von innen, von unten zu verändern, zu erweitern, auszutesten, dargestellt. Wenn ich Herrn Bierwisch richtig verstanden habe, dann hat er die Perspektive von den dramatischen Erlebnissen und Erfahrungen her aufgebaut und gesagt: „Das war nur begrenzt möglich“, während Edelbert Richter von den persönlichen Erfahrungen her gesagt hat: „Wir hätten mehr machen können, als wir gemacht haben.“ Das sieht auf den ersten Blick widersprüchlich aus; ich glaube, daß es gar nicht widersprüchlich ist. Dennoch vielleicht an alle die Frage: Welche Möglichkeiten haben Sie aufgenommen aus dem Westen, um Ihre jeweiligen Grunderfahrungen umzusetzen? Haben Sie irgend etwas im Jahre 1968 als Ermutigung aufgefaßt – nicht nur beim „Prager Frühling“, sondern da gab

es ja auch noch etwas anderes, oder 1975 beim KSZE-Prozeß, auf den sich Edelbert Richter mit berufen hat – gab es irgendwo eine Vernetzung oder gab es einen Impuls oder eine Reflexion auf das, was im Westen vorgegangen ist, was Sie entweder ermutigt oder aber auch entmutigt hat?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Die Frage ist so konkret, Herr Weisskirchen – ich begrüße das außerordentlich –, daß wir die Runde gleich um Antwort bitten.

Bernd Eisenfeld: Für mich war eigentlich charakteristisch, daß ich meine Informationen weniger aus dem Fernsehen bezog als vielmehr aus westlichen Rundfunksendungen. Da war für mich im Grunde genommen der Deutschlandfunk sehr prägend. (Beifall)

Das betrifft übrigens weithin die Sachsen, also auch die Dresdner, die ohnehin keinen Zugang hatten, aber auf diese Weise, glaube ich, sehr viel bessere, sehr viel fundiertere Informationen, auch historische Informationen bekamen, als das über das Fernsehen gelaufen ist.

Für mich war die Bundesrepublik insofern immer ein Bezugsfeld, als ich von der Argumentation ausging: Negation der Negation, also die wirklichen Freiheiten, die müssen wir erhalten. Wie können wir denn die bürgerlichen Freiheiten wegnehmen? Darauf können wir dann aufbauen. Da habe ich mich natürlich auch auf die Bundesrepublik und auf die entsprechende Diskussion beziehen können. Helsinki 1975 war für mich ein sehr starkes Motiv und außerdem eine öffentliche Einforderung. Man konnte sich auf etwas stützen, was auch die DDR schwarz auf weiß sanktionierte.

Aber nach 1975, muß ich sagen – ich spreche jetzt nicht nur für mich –, trat doch zunehmend Resignation ein. Das heißt, man stellte eigentlich fest, daß die Bundesrepublik sich immer stärker auf das Gespräch auf der oberen Ebene einließ, was nicht mehr nach unten durchschlug. Ich habe z. B. versucht, eine Reihe von Abgeordneten dazu zu bewegen, etwa nach Dresden zu Friedenskreisen zu fahren. Es war auch von der Bundesrepublik her ungemein schwer, etwas zu bewegen. Das führte, glaube ich, auch zu Resignation. Ich glaube generell – diese Frage muß man sich stellen –, daß die Zunahme der Ausreisewilligkeit letztlich Ausdruck der Resignation war. Deutschlandpolitik sollte eigentlich dafür sorgen, daß die Menschen bleiben, und auch die Kirchenpolitik war davon geprägt, daß man langsam reformieren wollte. Wenn aber das Ergebnis dieses Prozesses darin bestand, daß immer mehr weg wollten, dann hätte man sich fragen müssen: „Was machen wir eigentlich falsch?“ Da, meine ich, ist eine Menge falsch gemacht worden. (Beifall)

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Wenn ich es mir richtig überlege, haben wir permanent im Kontakt mit den ideellen oder kulturellen, aber eben auch mit den politischen Bewegungen in der Bundesrepublik oder in der westlichen Welt gestanden. Das ist nicht nur durch das Fernsehen, sondern bei mir auch dadurch bedingt, daß ich diesen Sonderraum der Kirche nutzen konnte. Man

macht sich sicher nicht genug klar, in welchem Ausmaß wir dadurch geprägt worden sind. Das Problem, das sich immer stellte, war, wie wir das, was ohnehin dran war – und das war sehr stark dadurch bestimmt, was in der Bundesrepublik oder im westlichen Ausland dran war –, bei uns umsetzen. 1968 ging es parallel, und diese Parallelität setzte sich eigentlich fort, wenn man die Friedensbewegung nimmt, auch die Ökologiebewegung. Ich sehe keine Spezifik, die wir da verkörpert hätten.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Ich möchte nachdrücklich betonen, was ich über die Einschränkung der Erfolgsaussichten oder der Ziele gesagt habe, die sich aus den Erfahrungen ergaben, die die Ecksteine des historischen Erinnerungsfeldes ausmachen. Das bezieht sich auf das, was man als Ziel von möglichen geplanten, gar nicht unbedingt in Großform systematisch eingefädelten politischen Einstellungen sich vorstellen konnte. Es war in den sechziger/siebziger Jahren keine irgendwie reale Vorstellung, das politische System im Kern zu treffen. Man konnte nur am Symptom, an Details ansetzen und da Moderationen, Abmilderungen, Erträglichkeiten ansteuern, mit mehr oder weniger Radikalität. Auch Robert Havemanns Programm war eines, das auf erträglichem Sozialismus ausging, nicht eines, was das System im Ganzen in Frage stellte. Die Frage, wie weit man das System überhaupt in Frage stellen konnte, sieht ja auch aus der Sicht von heute ganz anders aus, als es damals der Fall gewesen ist.

Was die Einwirkungen vom Westen her betrifft, so ist das eine Sache, die so viele verschiedene Schichten hat, daß es darauf keine einfache Antwort gibt. Eine ist: Um 20.00 Uhr hat sich die gesamte Bevölkerung per Knopfdruck in den Westen katapultiert. Das war eine Tatsache. Es hat empirische Sozialforschung in sehr eingeschränktem, streng geheimgehaltenem Rahmen gegeben. Das Institut für Jugendforschung in Leipzig machte Umfrageerhebungen und konnte mit üblichen Methoden der Sozialforschung dingfest machen, daß die Bereiche, in die das Fernsehen nicht hinreichte – Dresden und die Lausitz –, die stockkonservativsten Teile, die resistentesten und „reaktionärsten“, auch nach den Maßstäben der DDR-Führung, waren, daß also in der Tat mehr Informationen auch Akkommodierungen innerhalb der Gegebenheiten darstellten. Ich weiß nicht, wie weit die Gerüchte stimmen, daß es sogar Überlegungen gab für einen Deal, bei dem man mit westlicher Technologie das Fernsehen in diesen toten Bereichen – also „ARD“ – „außer Raum Dresden“, wie das ausbuchstabiert worden ist –, hätte zugänglich machen können.

Das ist die eine Ebene, die andere ist: Es gab alle Arten von persönlichen Beziehungen. Ich könnte es umsetzen für meine direkt beruflichen, die auch mit persönlichen Kontakten und wissenschaftlichem Austausch verbunden waren, wo Wirkungsmöglichkeiten verschiedener Art waren. Aber es gibt da keine einfache Antwort.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Herr Borkowski, ich gehe

fast davon aus, daß der Westen für Sie, sozusagen verstellt durch die Figur Oberländer, keine Rolle gespielt hat.

Dieter Borkowski: Doch, hat er, und zwar durch die Literatur. Es gibt natürlich die Literatur. Es gab nicht nur die Zeitschriften „Der Monat“, die bis zum Mauerbau rüberkam. Viele Intellektuelle haben sich jeden Montag für eine Ostmark den „Spiegel“ am Potsdamer Platz gekauft. Aber auf die Literatur in der Heinrich-Heine-Buchhandlung am Bahnhof Zoo, die Hunderte Intellektuelle frequentierten,- von Czeslaw Milosz beispielsweise „Verführtes Denken“, von Arthur Koestler, George Orwell –, mit leidenschaftlicher Begierde haben wir uns auf diese Dinge gestürzt und waren froh, daß das nach dem „neuen Kurs“ leichter wurde.

Der „neue Kurs“ ist ja nicht die Erfindung Walter Ulbrichts gewesen, sondern – historische Forschungen sind wohl ziemlich klar – das kam als Befehl aus Moskau, und zwar vor dem Aufstand vom 17. Juni. Das ist ganz wichtig zu wissen. Der „neue Kurs“ wurde in der DDR am 10. Juni bekanntgegeben als Vorschlag des Politbüros des Zentralkomitees der SED, in Wirklichkeit kam der aus Moskau; man schwankt noch. Ich habe das bei Herrstadt noch mal nachgelesen, in seinen berühmten Herrstadt-Papieren: Hat es Semjonow nun selbst überbracht, oder hat es die sowjetische Administration unter ihm überreicht? (Zurufe: Die waren in Moskau!)

– Ja, gut, das wissen Sie, aber viele wissen es nicht, und außerdem ist nach wie vor das eine oder andere umstritten, weil die Äußerungen der Politbüromitglieder unterschiedlich sind. (Zuruf: Aber dieser Literaturkonsum hat 1961 aufgehört!)

– Ja, der hat aufgehört, insofern war es ab 1961 damit vorbei.

Die Frage ist: Wann ist auch klargeworden, daß außerhalb der SED gar nichts gemacht werden kann? Das ist ja das Furchtbare. Wolfgang Harich hat es mit seiner „Plattform“ innerhalb der Partei im Herbst 1956 – ich weiß nicht, ob es stimmt – mit Brecht so abgestimmt versucht. – Die Antwort kennen wir inzwischen auch als Walter Jankas Bericht; Sie wissen, wie die Partei reagiert hat. Außerhalb gab es nun überhaupt nichts. Dann hieß es eben: „Die Partei hat immer recht.“ Dabei blieb es – das war übrigens auch Honeckers Lieblingslied zum Schluß wieder, man hat ihn das singen sehen im Fernsehen –, und wenn man eine Alternative zur Partei gehabt hätte, hätte man sie niemals diskutieren können. Da waren die Beispiele Ungarn und Jugoslawien. Die „Tito-Clique“ in den fünfziger Jahren, das war ein Symbol für die Aufweichung des Kommunismus. Das hat bei Ulbricht sogar dazu geführt, daß er 1956 die Grenzen sperren ließ für Broschüren und Zeitungen aus Warschau. Das ist eigentlich ungeheuerlich, bis dahin war es die Brudernation. Die Abendzeitung aus Warschau konnte man nicht lesen, so wie man später die Prager Broschüren nicht mehr lesen konnte. (Beifall)

Rudi Molt: Zum einen kann ich das bestätigen, was von den anderen Herren

auch gesagt wurde. Westliche Rundfunksendungen, das Westfernsehen und auch westliche Literatur, die uns erreichte, waren für uns sehr, sehr wichtig, denn wir hungerten geradezu nach Informationen.

Die persönlichen Kontakte, nicht familiäre, sondern politische Kontakte, waren in den siebziger Jahren noch relativ spärlich im Vergleich zu den achtziger Jahren, wo es sowohl im Osten als auch im Westen schon die Friedens- und Ökologiebewegung gegeben hat und auch Kontakte stattgefunden haben, wenn auch behindert durch das Grenzsystem der DDR, aber in den siebziger Jahren war das eigentlich noch eher die Ausnahme. Es gab zwar einige Versuche, daß westliche Linke oder linkssektiererische Gruppen, Maoisten, Trotzlisten, auch versucht haben, in der DDR Zellen aufzubauen auf sehr konspirative Weise, aber das blieben meines Wissens Einzelerscheinungen.

Ich möchte noch etwas anfügen über den Einfluß des Westens auf uns. Das Jahr 1968 war nicht nur das Jahr des „Prager Frühlings“, sondern auch in Westeuropa, speziell in Paris und auch in West-Berlin, ein ganz wichtiges Jahr, das Jahr der großen Demonstrationen, speziell der Studenten. Wir selber empfanden uns auch nicht als antisozialistisch. Wir hatten zwar mit diesem „realen Sozialismus“ nichts am Hut – das war für uns eine Perversion dieser eigentlich von der Wurzel her Befreiungsphilosophie des Sozialismus –, aber wir waren nicht antisozialistisch, sondern im Grunde genommen sozialistisch. Wir sahen in Personen wie beispielsweise Rudi Dutschke durchaus auch Leitbilder für uns.

Letzter Punkt noch: Auch die Musik, die vom Westen zu uns herüberkam – Herr Knabe hat es auch schon ein bißchen deutlich gemacht in seinem Referat –, die Musik der Rolling Stones, von Jimi Hendrix, von Bob Dylan, das war für uns mehr als eine musikalische Mode. Das waren Grundüberzeugungen, die dort transportiert wurden und die auch bei uns einen Nerv getroffen haben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Herr Jacobsen, bitte.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Aus dem Katalog meiner Fragen möchte ich eine besondere Frage herausgreifen in der Hoffnung, daß ich eine kurze Antwort von dem Podium bekomme. Wir haben im 20. Jahrhundert eine besondere Erfahrung in Deutschland gemacht. Zweimal hatten wir ein totalitäres System. Es war nicht möglich, dieses totalitäre System von innen heraus so auszuhöhlen, daß man es qualitativ verändern konnte. Einzelheiten möchte ich jetzt hier nicht anführen.

Meine konkrete Frage lautet im Hinblick auf die Bemühungen seit den siebziger Jahren – Sie wissen, das ist nach wie vor ein Streitpunkt –: Hätten die offiziellen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Westen eine andere Strategie wählen müssen, die vielleicht schneller und besser zum Ziele geführt hätte, obgleich klar war und klar sein mußte, daß der Schlüssel für die Frage evolutionärer Veränderungen auch in der ehemaligen

DDR in Moskau lag? Kurz gesagt: Wie haben Sie als Oppositionelle in der damaligen DDR die offizielle Deutschlandpolitik auch gegenüber Osteuropa etwa seit den siebziger und auch in den achtziger Jahren eingeschätzt und bewertet?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielleicht gibt es darauf nach Möglichkeit wieder eine schnelle Antwort. Herr Eisenfeld, bitte.

Bernd Eisenfeld: Ich glaube, die Einleitung der Entspannungspolitik über den Grundlagenvertrag hat weithin sehr viel Sympathie ausgelöst in der DDR. Daran wurden sehr viele Hoffnungen geknüpft unter dem Stichwort „Annäherung durch Wandel, Wandel durch Annäherung“. Das Problem entstand bei mir dort, wo ich merkte, diese Annäherung pervertierte zu einer Annäherung oben, das heißt, daß also der Weg nach unten nicht mehr gesucht wurde und daß man versucht hat, das System von oben her praktisch zu lenken und zu korrigieren.

Dr. Bräutigam hat einmal folgenden Satz formuliert: „Wir schätzen den Realismus der DDR-Bürger, an ihren Strukturen nichts ändern zu können.“ Das heißt also die Festlegung auf einen Status-quo-Zustand, und das hat bei denjenigen, die etwas verändern, etwas bewegen wollten, Frustrationen ausgelöst. Ich glaube auch, daß diese Politik dazu geführt hat, daß die Menschen mehr entmutigt wurden, etwas zu bewegen, als daß sie ermutigt wurden. (Beifall)

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Ich kann dem nur zustimmen und will hinzufügen, daß man das zeitlich vielleicht ein bißchen einordnen kann. Man kann sagen, in den siebziger Jahren wurde diese Entspannungspolitik begrüßt, und in den achtziger Jahren bekam man langsam das Gefühl, was er geschildert hat, daß das nicht mehr hinhaut.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Es ist heute leicht, sich Alternativen vorzustellen, weil man weiß, wie es ausgegangen ist. Das ändert einfach die Bewertung von konkreten Vorgängen, die damals stattgefunden haben. Das ist ein Urteil von außen. Ich will zweitens sagen, was nach meiner Wahrnehmung in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren von innen her das Urteil war, und das war – vorausgesetzt die Tatsache, daß das System insgesamt nicht zu stürzen war –: Jede Annäherung, jeder kleine Schritt, jedes Loch in der Mauer, jede mögliche Reiserleichterung, die sich abzeichnete, war etwas, was von allen auf die eine oder andere Weise als Erleichterung des Lebens und als Möglichkeit, Freiräume zu gewinnen und auszunutzen, erfahren wurde.

Dieter Borkowski: Bis 1970 etwa kann ich etwas sagen, da bin ich zum zweiten Mal verhaftet worden. Da herrschte bei sehr weiten Kreisen, und zwar nicht nur bei den Berlinern, sondern auch wenn ich umherreiste innerhalb der DDR, eine tiefe Verzweiflung, daß der Westen – ich gebe das nur so wieder, wie sie es dachten und sagten – zugeschaut hat bei dem Mauerbau und nichts unternommen hat. Es herrschte eine tiefe Verzweiflung und teilweise

Resignation, obwohl die Frage hier gar nicht untersucht werden kann, warum, aber das muß man sagen, auch eine Enttäuschung über die Politik der Bundesrepublik und der großen Verbündeten des Westens.

Rudi Molt: Ich kann dem eigentlich nichts weiter hinzufügen. Das, was Herr Eisenfeld gesagt hat, kann ich voll unterstreichen.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Meine Frage geht an Herrn Knabe und an Herrn Bierwisch. Es geht um die von ihnen ausführlich diskutierte und auch, wie ich finde, völlig richtig begründete Überlegung, warum dieser Fundamentalopposition, der Vorstellung, das ganze System zu überwinden, eine Veränderung in den sechziger/siebziger Jahren folgte in der Richtung, vor allem innerhalb des Systems Reformen zu erreichen. Mich würde interessieren, inwieweit nach Ihrer Einschätzung – Sie haben die vielen Hauptgründe gebracht, Blockbindung usw. – auch eine Rolle spielte, daß der XXII. Parteitag der KPdSU im Gegensatz zum XX. ganz offen das Ende der Stalin-Ära – ich sage nicht: des Stalinismus – einläutete und daß das doch wahrscheinlich auch neue Hoffnungen brachte, daß etwas in Bewegung komme.

Eine Frage habe ich an Herrn Borkowski: Sie haben am Anfang gesagt – das hätte eigentlich in unsere Gruppe reingepaßt –, daß offensichtlich nach 1945 für die junge Generation auch anderes eine Rolle gespielt hat. Meine Frage ist nun: Glauben Sie, daß Sie mit Ihrer Faszination – natürlich nicht der Praxis, aber der Idee, der Utopie – eine Einzellerscheinung waren? Wie breit, schätzen Sie, war diese Begeisterung zu Ihrer Zeit eigentlich feststellbar?

Dieter Borkowski: Wenn wir konkret von 1946, 1947, 1948 ausgehen, herrschte, wie das Karl Wilhelm Fricke heute früh am Schluß schon angedeutet hat, eine totale Depression angesichts der rauchenden Ruinen, die Adolf Hitlers Untergang dem deutschen Volk in allen Besatzungszonen, insbesondere im deutschen Osten, hinterließ, und die 8.000 Panzer Stalins, die vom 15. April an in Richtung Berlin rollten, hinterließen eine zerstörte Landschaft, eine verbrannte Erde, muß man sagen.

Aber 1946 etwa, so habe ich auch bei Freunden beobachtet, als ich mich selber noch zurückhielt und sehr allgemeinen christlichen Ideen naheiferte und Jugendkreise gründete und besuchte innerhalb der Kirche, ging durch die junge Generation eine Art Aufwachen, und ein Interesse war da. Das Theaterleben – das hat Frau Graul heute vormittag wunderbar formuliert, das möchte ich bestätigen –, das Kulturleben blühte in einer Weise in den zertrümmerten Städten – ich spreche ganz konkret von Berlin –, das war unvorstellbar mit heutigen Maßstäben. Man stand morgens um 4.00 Uhr an, um eine Theaterkarte für Gründgens oder für andere große Schauspieler zu bekommen.

Es war die Sowjetunion – das muß man ganz klar sagen –, die diese Kulturentwicklung unglaublich förderte, auch materiell, etwa durch Genehmigung von schnellen Baumaßnahmen. Der Admiralspalast wurde zur Staatsoper

umfunktioniert, weil die Staatsoper Unter den Linden so total kaputt war. Die Theater blühten auf, und von daher gab es von der „Ideologie“ her, sozialistisch interpretiert, eine große Bereitschaft. Wenn ich ein, zwei Jahre später durchs Land fuhr, traf ich auch viele junge Menschen voller Idealismus, voller Hoffnung auf eine sozialistische Umgestaltung Deutschlands. Dazu war die Erbmasse Adolf Hitlers, des deutschen nationalsozialistischen Unrechtsstaates, so gewaltig, daß diese Hoffnung wirklich viele tausend erfaßte. Das sind nicht nur gestellte Bilder, wenn Mitte Mai 1950, fünf Jahre nach dem Krieg, im strömenden Regen in Berlin 500.000 zum ersten Deutschlandtreffen aufmarschierten und Lieder sangen, die die Einheit der Nation befürworteten. Das muß man sich mal vorstellen! Da stand nicht die russische Nagaika dahinter und peitschte sie über den Marx-Engels-Platz an dem alten Wilhelm Pieck vorbei. Natürlich waren manche junge Menschen einfach Mitläufertypen wie früher im Deutschen Jungvolk und in der Hitlerjugend, die gab es immer, die gibt es immer. Aber viele haben auch an eine neue deutsche Perspektive nach dieser sozialistischen Theorie geglaubt, das muß man klar sagen, sonst entsteht ein falsches Bild.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich bitte noch um die Antworten von Herrn Knabe und Herrn Bierwisch auf die Frage von Herrn Weber nach dem Wechsel vom „Fundamentalismus“ zum „Reformismus“.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Ich will ganz kurz sagen, daß das Beispiele dafür sind nach meiner Erfahrung und Erinnerung, wie stark das politische Spielfeld, die Möglichkeiten in der DDR geprägt waren durch das, was im „Heimatland der Werktätigen“ vor sich ging, übrigens auch schon deutlich in den fünfziger Jahren.

Was Sie eben beschrieben haben, ist ja eine Phase davor, zu der es auch noch ein Gegenbild gibt. Die eine Seite ist, daß es ein Aufblühen der Kultur gab, aber gleichzeitig war das auch die Zeit, in der man wirklich vor der GPU, die es so in Deutschland nicht gab, echt Angst hatte. Das war eine Form von politischer Repression, die später so nicht mehr existierte, aber der XX. Parteitag war etwas, was alle Leute, die mit Politik zu tun hatten, ungeheuer bewegt hat. Das schlug sich auch in Filmen und in der Kultur als Tauwetter nieder, aber es war auch im gleichen Jahr, in dem der Ungarn-Aufstand zusammengeschossen wurde, als wieder aus der sowjetischen Zentrale heraus entschieden wurde, was in den Satellitenstaaten passieren konnte.

Der Fundamentalismus war nie eine Sache, die deutsche Eigenständigkeit hatte. Deswegen ist auch die Rolle, die Gorbatschow in der DDR gespielt hat, so ungeheuer wichtig. Es hing immer ab von dem, was in der Sowjetunion passierte, und mit Gorbatschow war zum ersten Mal Luft zum Atmen nach eigenen Spielregeln, die man erwarten konnte.

Dr. Hubertus Knabe: Die Frage des Wechsels von der Fundamentalopposition zum Reformismus ist wirklich die interessanteste, wenn man über die

sechziger und siebziger Jahre spricht – die Frage, wie man sich das eigentlich erklären soll. Wir haben einige Punkte genannt: das Gefühl, anderweitig keine Chance zu haben, sich durchsetzen zu können. Es wurde von Edelbert Richter zu Recht das gesamte weltpolitische Umfeld genannt, was einfach in diese Richtung tendierte, Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt usw. Es hat auch immer wieder Situationen gegeben – darauf sprechen Sie an, Herr Professor Weber –, die Hoffnungen ausgelöst haben auf eine Veränderung von innen heraus. Dazu gehörte dann sicherlich der XXII. Parteitag, aber auch die Entwicklung in Prag sowie Honeckers Machtantritt.

Ein Grund ist sicherlich – auch der wurde schon genannt – Stichwort Oberländer, der häßliche Westen, das häßliche Westdeutschland mit seiner Art der Vergangenheitsbewältigung in punkto Nationalsozialismus. Man müßte darüber hinaus auch darüber nachdenken, inwieweit sich die Propaganda in den Hirnen festgesetzt hatte. Die systematische Verunglimpfung des parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik hat sicherlich auch ein bestimmtes Bild über den Kapitalismus, über den Westen entstehen lassen, was nicht besonders schön war, nicht besonders positiv ausfiel.

Ein weiterer Punkt könnte in meinem Verständnis ein Überhang an Bedürfnis nach einer Utopie, nach einer Erlösungsvorstellung sein – mit dieser Schuld Nationalsozialismus auf den eigenen Schultern nun etwas Besseres, ein besseres Deutschland schaffen zu wollen. Diese Sehnsucht nach einer Erlösung, nach einem anderen, gerechteren politischen System spielte sicherlich auch eine große Rolle.

Schließlich gibt es neben dem hier diskutierten Widerstand auch noch ein großes Spektrum an – ich hatte es eingangs gesagt – unbekanntem Widerstand, der anders ausgerichtet war, der den Sozialismus nicht reformieren wollte, sondern der die Nase voll davon hatte, der Fluchtwilligen versucht hat, über die Grenze zu helfen, oder – wir haben das inzwischen aus den MfS-Unterlagen teilweise gesehen – Leute, die sich in Leserbriefen oder in Drohbriefen an die Führung gewandt haben und in ihrer ganzen Mentalität gegen diesen Sozialismus in der DDR eingestellt waren. Aber darüber wissen wir bisher relativ wenig. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Bitte, Herr Poppe.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich muß eine Vorbemerkung machen zu dem Begriff des demokratischen Sozialismus oder des Reformsozialismus. Er hat heute und auch in früheren Anhörungen eine große Rolle gespielt. Was mich dabei wundert, ist, daß sich fast niemand an der „Kirche im Sozialismus“ gestoßen hat. Ein Begriff „Status quo pur“, würde ich sagen. Was ist „demokratischer Sozialismus“ vom Begriff her? Etwas, was auf Veränderung hin ausgerichtet ist. Die Betonung liegt auf „demokratisch“. Es hat Opposition mobilisiert. Das, was unter demokratischem Sozialismus verstanden wurde, wurde in Prag niedergewalzt. Der Begriff war zugleich Ablehnung und

Abgrenzung von dem Begriff des „real existierenden Sozialismus“, und schließlich ließ einem die Status-quo-Politik des Westens gar keine andere Wahl, als diese Hoffnung zu entwickeln.

Dieser Begriff sollte nicht immer in seiner ideologischen Ausprägung behandelt werden; er hatte außerordentlich viel pragmatischen Gehalt, was sich dann später, insbesondere in den achtziger Jahren, zeigte, was aber auch schon Ende der siebziger Jahre angelegt ist.

Eine Frage an Hubertus Knabe bezieht sich auf die Anmerkung von Rudi Molt zum Jahr 1968 im Westen und seinen Auswirkungen. Ich hatte mich ein wenig gewundert, daß es bei Dir nicht vorkam. Deshalb frage ich noch mal nach, warum Du es bei Deinem Vortrag weggelassen hast. Ich denke nämlich, das hatte einen erheblichen Einfluß, vielleicht den wichtigsten westlichen Einfluß auf die DDR-Opposition der siebziger/achtziger Jahre – zum einen eben auf Grund seiner Kritik am real existierenden Sozialismus, zum anderen auch seines Nonkonformismus wegen, einer gewissen, wie Rudi Molt sagte, Aufbruchstimmung, die erzeugt worden ist. Es ist doch seltsam, daß trotz der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ noch Anfang der siebziger Jahre eine solche Aufbruchstimmung vorhanden war, z. B. bei Jugendlichen, daß eine Subkulturszene entstand, daß Ausstellungen und alle möglichen privaten Initiativen und auch Versuche, alternative Lebensformen zu finden, stattfanden, die durch die Entwicklung im Westen beeinflußt waren. Deshalb würde mich interessieren, wie Du das siehst.

Ein letzter Punkt, diesmal mehr zu Edelbert Richter: Er hat gesagt, ein ganz wichtiger Einschnitt sei Ende der siebziger Anfang der achtziger Jahre gewesen. Das fällt zum Teil in das heutige Thema und zum Teil in das morgige. Ich empfinde das ganz genauso. Obwohl Hubertus Knabe vorhin in seinem Vortrag gesagt hat, es sei im Grunde genommen alles angelegt gewesen, was in den achtziger Jahren wichtig war, ist Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre ein totaler Einbruch zu verzeichnen. Ich möchte dem nachgehen und stelle deshalb die Frage an Edelbert Richter: Woran liegt das? Liegt das an dem Exodus nach der Biermann-Ausbürgerung? Oder liegt das an der Solidarnosc-Bewegung, die dann schon deutlich sichtbar wurde? Oder an dem Ausgang der intellektuellen Bahro-Debatte, die letzten Endes dazu führte, daß die Entscheidung getroffen wurde, nicht mehr konspirativ in irgendwelchen Zirkeln rumzusitzen, sondern vielleicht als allerletzte Möglichkeit, noch etwas zu verändern, an die Öffentlichkeit zu gehen oder, wie Eisenfeld das vorhin gesagt hat, mit offenem Visier dazustehen?

Ich denke, 1979/80 ist genau der Zeitpunkt, wo das passierte, wo diese Entscheidung fiel und damit tatsächlich eine ganz neue Qualität von Opposition möglich wurde.

Dr. Hubertus Knabe: Du hast völlig recht, den Einfluß der 68er-Bewegung habe ich weggelassen. Er ist der Kürzung aus Zeitgründen zum Opfer gefallen.

Ich sehe das ganz genauso, der Einfluß war sehr groß, und es bot sich natürlich an, in einer Situation, wenn man versucht, sozusagen von den Grundlagen des Systems her zu argumentieren und dabei subversive Kraft zu entwickeln, sich eine Bewegung zum Vorbild zu nehmen, die mit einem ähnlichen geistigen Horizont daherkommt und trotzdem Herrschaftsstrukturen außerordentlich kritisch gegenübersteht.

Ich habe weggelassen die Lektüre von Marcuse, von Adorno, von der Frankfurter Schule usw. Das hat auch eine große Rolle gespielt, gerade in diesen Diskussionszirkeln, die ich versucht habe, kurz darzustellen. natürlich dann auch in den siebziger Jahren die Übernahme von bestimmten Lebensformen; ich habe das bei der Jugend deutlich gemacht. Ich habe nicht erwähnt die Wohnungsbesetzungen und die Gründung von Wohngemeinschaften oder die Versuche eines anderen Lebensstils. All das spielt in der Tat eine große Rolle.

Was den Einschnitt zwischen den siebziger und achtziger Jahren anbetrifft: Ich würde es vielleicht nicht ganz so scharf sehen, daß es in den achtziger Jahren eine grundsätzlich andere Situation gegeben hätte als in den sechziger und siebziger Jahren, sondern ich denke – ich habe versucht, es so zu beschreiben –, daß die wesentlichen Elemente vorher vorbereitet worden sind und daß sich Ende der siebziger Jahre dieser Übergang zu einer anderen Situation angedeutet hat, vor allem dadurch, daß die intellektuellen Debattierzirkel, wenn man so will, sich in die Kirchen begeben haben und daß auch umgekehrt in den Kirchen mehr politisch argumentiert wurde. Dieses Zusammenwachsen der von mir beschriebenen Potentiale beginnt in meinen Augen im Grunde Ende der siebziger Jahre und gewinnt in den achtziger Jahren erst diese neue Dimension.

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Ich kann das jetzt nicht ausreichend ausführen, aber es ist ein Gedanke, der mich schon länger beschäftigt. Ich will bloß so viel sagen: Ich habe mehr gemeint als diese Bewegung innerhalb der DDR. Da ist es sicher der Übergang zu diesen mehr theoretischen Zirkeln zu den Gruppen Ende der siebziger Jahre; das ist ganz unzweifelhaft.

Aber was dahintersteht, das interessiert dann schon. Das sind die sogenannten neuen sozialen Bewegungen im Westen – damit hängt das zusammen –, und dann aber mehr noch die Friedensbewegung. Das war ja eine völlig neue weltpolitische Situation.

Es begann damals eigentlich das Ende des Abschreckungssystems. Was uns da beschäftigt hat, war gerade die These des begrenzten und führbaren und womöglich gewinnbaren Atomkriegs. Das war das, was uns Angst gemacht hat. Das war eine völlig neue Situation. Damit hörte im Grunde das System auf, was seit den sechziger Jahren oder vielleicht schon seit den fünfziger Jahren bestanden hatte, eben dieses Abschreckungssystem. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt.

Und was noch dahintersteht, ist ökonomisch natürlich auch ein Übergang von

wohlfahrtsstaatlicher Politik in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern – Reagan in den USA, Maggie in England – zum Neoliberalismus. Deswegen ist das ein ganz tiefer Bruch. Dann kommt die Schuldenkrise Anfang der achtziger Jahre in der Dritten Welt. Das ist wirklich eine ganz neue Situation. Die massive Verschuldung des Ostens fängt auch an. Auf diesem Hintergrund muß man sehen, was passierte. Da ist die Unruhe erklärlich und wieso die Leute den Mut faßten, sich offen nach außen zu wenden und nicht nur in diesen Zirkeln zu bleiben.

Abg. Hilsberg (SPD): Ich habe eine Bemerkung und eine Frage, bezogen auf Dr. Knabe. Sie haben den verehrten Herrn Fricke zitiert, bezogen auf die Opposition in den siebziger Jahren mit dem Stichwort „Mut zur Illusion“, und danach gesagt, das oppositionelle Handeln hätte Einschränkungen ihres Denkens und Handelns bedeutet, das hätte man in Kauf nehmen müssen. Ich bestreite das energisch, denn ich bin der Meinung, daß genau das Gegenteil eingetreten ist. Normalerweise lebte man in der DDR nämlich unter dem Anpassungssystem – das hat Herr Molt sehr gut beschrieben – in einer schizophrenen Situation: Man mußte nach außen etwas anderes vorgeben zu sein, als man innerlich gedacht und gehandelt hat. Diese Schizophrenie hat einen bis in die Tiefen der Seele deformiert. In dem Moment, in dem man sagte „Ich will das nicht mehr!“ – dieser Widerstand war zum großen Teil spontanes Handeln –, ist schlicht und einfach versucht worden, diese Schizophrenie aufzuheben, also wieder zur Einheit von Denken und Handeln zu kommen. Das ist ein Vorgang, der das Denken und Handeln befreit, also genau das Gegenteil.

Die Frage bezieht sich auf die Opposition: War Ausreise wirklich Opposition? War derjenige, der nach drüben gegangen ist, wirklich ein Oppositioneller? „Ausreise“ war bei uns negativ belegt, das war für meine Begriffe nicht richtig, das ist eine kritische Anfrage an uns. Aber war das nicht einfach ein Austausch eines unfreien Systems mit einem freien? Sicherlich ist das auch ein Sich-Wegbewegen von diesem Spannungsverhältnis zwischen Anpassung und Widerstand. Damit wollte man nichts mehr zu tun haben, man wollte einfach weg. Hat das gar nichts mit Opposition zu tun, ist das nicht bloß eine Suche nach einem freieren Lebensfeld?

Dr. Hubertus Knabe: Diese befreiende Kraft von Opposition – das sehe ich ganz genauso, subversive Kraft habe ich das genannt. Ich erinnere mich an Stimmen in Ungarn damals, die, als Bahro sein Buch geschrieben hatte, die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen haben, wie man im Jahre 1977 so einen Schnee von gestern von sich geben kann. Man argumentierte im Grunde genommen überholt und befand sich nicht im internationalen Kontext, hat viele neue Entwicklungen gar nicht mitreflektiert, sondern in der DDR ist durch die Systembedingungen eine Art Kleingartenkultur des politischen Denkens entstanden. Im nachhinein ist das ein großes Manko.

Bernd Eisenfeld: Ich möchte noch etwas zu den Ausreiseantragstellern sagen, schließlich war ich auch Betroffener. Man muß da ganz entschieden differenzieren. Ich bin der Meinung, daß ein großer Teil derjenigen, die in der DDR in politischer Opposition standen, die das System in Frage stellten, unter dem Dach der Kirche, zumal wenn sie nicht religiös gebunden sind, überhaupt keinen Platz mehr fanden, da sich die Kirche selbst auch nicht als Opposition verstand. Was blieb diesen Leuten eigentlich übrig, als Opposition über das Portal der Kirche hinauszutragen? Sie wissen genau, was dann folgte. Das heißt, für diese Leute gab es im wesentlichen eigentlich nur eine Alternative – ihre Existenzbedingungen waren ja auch nicht an die Kirche gekoppelt –: entweder kapitulieren oder weitermachen mit dem Risiko Haft oder dann letztlich weggehen. Ich muß daran erinnern, daß die Staatssicherheit eine ganze Reihe von Leuten regelrecht zersetzt hat mit dem Ziel, daß sie die DDR verlassen. Da muß also ganz entschieden differenziert werden.

Objektiv gesehen, wenn wir ganz ehrlich sind – es ist schon mehrfach angesprochen worden –, haben adiese Leute tatsächlich Denken und Handeln in Übereinstimmung gebracht, und wenn man ganz weit geht, bis 1989, dann hat die Ausreisebewegung und die Fluchtbewegung dieses System endgültig kaputtgemacht. (Beifall)

Ich fand es im höchsten Maße tragisch, daß dann, als die Wende kam, viele ehemals engagierte oppositionelle Leute keinen Anschluß fanden an diese neue Bewegung, weil man enorm und generell voreingenommen war gegenüber denen, die weggegangen sind. Man hat nicht differenziert, und auch die Kirche hat bis 1988 im wesentlichen subtil die Ausreiseantragsteller diffamiert. Das hat viel Resignation ausgelöst; ich muß das noch einmal hervorheben. Da muß ganz entschieden differenziert werden, man muß jeden Fall gesondert bewerten. Ein Großteil derjenigen, die weggegangen sind, hatte bereits Widerstand, Haftzeit, berufliche Diskriminierung hinter sich. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich halte die Aussagen für so wichtig, da es wenig Sinn macht, hier abzuschneiden.

Der nächste ist Herr Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Es ist von Herrn Eisenfeld vor Augen geführt worden, was getan werden konnte, woraus auch deutlich wird, daß man sich die Frage stellen muß, ob es auch in den sechziger und siebziger Jahren nicht in weiten Teilen der Bevölkerung an Zivilcourage gefehlt hat. Das ist eine Frage der persönlichen Haltung und Einstellung, und auch Edelbert Richter hat es beklagt und gesagt, man hätte mehr tun können.

Es gibt aber die andere Frage, nämlich die nach den politischen Zielstellungen und Forderungen. Hier bewegte sich sehr viel auf der Ebene der Debatte über einen demokratischen Sozialismus oder auf der Ebene der theoretischen Vorgaben des Systems bzw. in der Auseinandersetzung damit. Woran lag es denn,

daß die theoretische Debatte um Fragen wie Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, also das Modell einer westlichen Demokratie – über die Fragen der Wirtschaftsordnung ist dann noch gesondert zu diskutieren –, in dieser Zeit keine Rolle gespielt hat? Denn daraus hätten sich ganz andere Motivationen ergeben, sich mit diesem totalitären System auseinanderzusetzen. Wieso hat das in dieser Zeit nicht in dem Maße stattgefunden? Denn es hätte ja wirklich motivierend sein können. Diese Frage an Edelbert Richter und Herrn Knabe.

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Der Hauptgrund für mich ist immer gewesen, daß mir das Argument eingeleuchtet hat, daß man sich die Demokratie leisten können muß. Ich war der Überzeugung, daß es sich hier um Länder handelt, was sich derzeit zu bestätigen scheint, die ökonomisch von völlig anderen Ausgangsbedingungen ausgegangen sind, also diese östlichen Länder, und die von daher auch – das ist nicht einfach nur Ökonomismus – eigentlich Demokratie in diesem Sinne überhaupt nicht kennen. Das scheint sich derzeit auch wieder zu erweisen. Insofern bleibe ich erst mal dabei. Das heißt, es müssen bestimmte historische Bedingungen gegeben sein, und die sind offenbar schwer erreichbar. Das bedeutet aber nicht – das will ich gleich hinzufügen –, daß man sich diesen Maßstäben nicht annähern konnte. Aber das war eine andere Frage.

Deine Frage war ja, ob das nicht der Ausgangspunkt einer intensiven Debatte oder womöglich einer politischen Bewegung hätte sein müssen. Da wird eine Rolle gespielt haben, was ich gesagt habe, daß man sehr nüchtern sehen mußte, was das für Länder sind, welche historischen Bedingungen die haben und wie es dort ökonomisch aussieht. Wenn die ökonomisch überhaupt nicht auf die Beine kommen, wird man wahrscheinlich schwer eine Veränderung von dorthin in Gang setzen können.

Dr. Hubertus Knabe: Ich habe schon einige Gründe genannt. Es ist in der Tat ein Manko dieser Jahre gewesen, ein dem System und den Umständen, die ich beschrieben habe, geschuldetes Manko, sich nicht auch mit bürgerlichen Theorien des Parlamentarismus usw. beschäftigt zu haben. Es ist ein Ausdruck einer gewissen geistigen Enge. Man kann auch sagen: Es waren weiße Flecken in der geistigen Diskussion in diesen Jahren, die sich vielleicht später gerächt haben. Ich denke, daß das morgen noch eine Rolle spielen wird. Das ist vielleicht auch der Grund, warum andere Länder, die Tschechoslowakei, aber auch Ungarn, die Sowjetunion und Polen, nach 1968 in eine andere Richtung gegangen sind.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst, Herr Knabe, zu dem Gesamtbild, das Sie entworfen haben, zur Begrifflichkeit: Müßte man nicht große Teile der Phänomene, die Sie beschrieben haben, doch mit dem Begriff Dissidenz charakterisieren, und zwar in folgendem Sinne: Es handelte sich vielfach um einzelne oder sehr kleine Gruppen mit einem vergleichsweise geringen

Organisationsgrad, für die die Begrifflichkeit „Opposition“ doch wohl nicht zweckmäßig ist.

Zu Ihnen ein weiteres: Sie haben bestimmte Phasen unterschieden, aber wenn Sie die Biographie von einer Reihe derjenigen, die dann in den achtziger Jahren im Oppositionsraum eine Rolle gespielt haben, nehmen, kann man doch wohl sagen, daß Leute wie Havemann, Biermann usw., denen Sie die Katalysatorfunktion abgesprochen haben, zumindest für eine Reihe von diesen namhaften Oppositionellen außerordentlich wichtig gewesen sind, so daß wir doch auch bestimmte personelle Kontinuitätsmomente erkennen können, trotz der von Ihnen skizzierten Phasen.

Ich möchte noch ein allgemeines Problem als Frage aufwerfen: Die hier im wesentlichen genannten Phänomene der Dissidenz und der Opposition sind Phänomene im Bereich der kulturell-intellektuellen Milieus. Wie sah das Verhältnis dieser kulturell-intellektuellen Milieus eigentlich zu den größeren Teilen der Bevölkerung der DDR aus? Es ist vorhin einiges angeklungen. Offenbar gab es Distanzen zwischen breiteren Bevölkerungsschichten und kulturell-intellektuellen Milieus, aber könnte es nicht auch sein, daß es so etwas wie Verweigerung oder andere Formen der Dissidenz auch in breiteren Bevölkerungsschichten gegeben hat, die wir als Historiker und Wissenschaftler einfach nicht fassen, weil sie nicht dokumentiert sind und weil Sie auch nicht diejenigen gefunden haben, die darüber reden können, wie dies im kulturell-intellektuellen Bereich der Fall ist? Meine Frage: Könnten wir nicht eventuell zu einer gewissen Verkürzung kommen, weil wir uns auf diesen Bereich beschränken?

Jetzt noch die Frage nach der Entwicklung oppositioneller Positionen in den siebziger und achtziger Jahren: Es ist gesagt worden, daß so etwas wie die normative Kraft des Faktischen offenbar die politische Phantasie auch der Oppositionellen eingegrenzt hat. Ist der Eindruck richtig, daß die Entwicklung politischer Ziele in der Oppositionsbewegung in den siebziger und achtziger Jahren teilweise stagnierte, daß ein regelrechter Prozeß kaum stattgefunden hat, daß man Menschen- und Bürgerrechte einklagen wollte, aber – abgesehen von einzelnen – in den politischen Konzepten nicht hat sehr viel weiterkommen können auf der Basis der normativen Kraft des Faktischen?

Dr. Hubertus Knabe: Ich kann dem eigentlich nur zustimmen, und ich will auch nicht noch einmal die Diskussion so weit aufrollen. Ich glaube auch, daß „Opposition“ kein guter Begriff ist. Den entsprechenden Vorspann meines Vortrages hatte ich weggelassen. Ich habe stattdessen den Begriff „unabhängige politische Bestrebungen“ verwendet, der weiter greift als „Opposition“ und der den Schwerpunkt auf Unabhängigkeit legt. Das finde ich in der Tat wichtig, weil auf diese Weise gesellschaftliche Institutionen

wie die Kirchen eine politische Rolle zugeordnet bekommen, während Kritik und, wenn man so will, „Opposition“ innerhalb des offiziell zugelassenen Rahmens herausgefiltert werden können. Was in den Schriftstellerverbänden oder sonstwo kritisch diskutiert worden ist, kann man mit diesem Begriff also herausfiltern. Ich glaube, man sollte mit dem Begriff „Opposition“ nicht zuviel hantieren, zumal viele Akteure dieser Zeit diesen Begriff bewußt abgelehnt haben.

Ich wollte vorhin auch Edelbert Richter noch fragen, weil er immer von „Opposition“ sprach, ob er sich damals als Oppositioneller empfunden hat. Guntolf Herzberg hat es nicht getan, um ein Beispiel zu nennen. Eigentlich haben nur die „Kommunisten“, also Robert Havemann und Rudolf Bahro, diesen Begriff für sich benutzt, aber immer in der Wendung „kommunistische Opposition“ oder „innerkommunistische Opposition“. Insofern ist der Begriff wirklich nicht so hilfreich.

Bei der Katalysatorrolle der Intellektuellen hatte ich Biermann und Havemann ausgenommen. Ich meinte die anderen, die Schriftsteller vor allem, die sich in dieser Zeit in diese Rolle eben nicht hineinbegeben haben. Die anderen Formen der Dissidenz – auch wenn man da noch auf ziemlich unsicherem Boden steht auf Grund des geringen Fortschritts der Aufarbeitung – halte ich für ganz wichtig –; man muß da den Blick etwas öffnen, auch in die Breite schauen und andere Formen mit hinzunehmen. Wir haben das damals in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in einem Forschungsprojekt versucht. Diese Arbeitsgruppe ist leider aufgelöst worden. Ich glaube, daß man in der Tat über die Stasi-Akten ein breiteres Bild entwickeln kann und muß.

Edelbert Richter, MdEP: Ich sehe eigentlich nicht, daß sich da nichts mehr von den siebziger und achtziger Jahren entwickelt hätte. Ich kann da nur von mir reden, aber ich würde auch von Markus Meckel reden. Es gibt in den achtziger Jahren, jedenfalls in ziemlicher Abgeschlossenheit, aber das war nun mal so, doch ein Lernen in bezug auf die repräsentative Demokratie. Das würde ich für mich in den siebziger Jahren verneinen, da habe ich das nicht begriffen, das muß ich einfach sagen. Aber in den achtziger Jahren hat bei mir ein Lernprozeß stattgefunden. Für mich selber sind die achtziger Jahre sehr wichtig. Ich bildete mir dann ein, ich sei, als 1989 kam, einigermaßen geistig gerüstet. Das war dann zwar nicht der Fall, aber in dieser Hinsicht jedenfalls doch.

Das andere zur Opposition: Das war doch eine rein taktische Frage, daß wir nicht „Opposition“ sagen durften, wenn wir mit SED-Leuten sprachen. Aber daß wir uns als Opposition empfunden haben, das war klar. Man wollte aber natürlich auch den Mund nicht zu voll nehmen mit den paar Hanseln. Es war eben eine recht bescheidene Opposition, aber es war unter uns klar, daß wir

Opposition sind. Man durfte es nur nicht sagen, das war ja ein ganz schlimmes Wort.

Dieter Borkowski: Sie haben ganz präzise nach Stimmung oder kritischen Gedanken in der Bevölkerung gefragt. Für uns, die wir uns mit 65 dem senilen Alter nähern, ist es schon ein bißchen traurig, daß man das jetzt nachschieben muß. Es hat zwei Jahre gegeben, die liegen neun Jahre auseinander, wo es ganz signifikant war, daß die Bevölkerung in einer totalen Verzweiflung war. Ich habe das als Journalist sehr empfunden. Im ersten Fall war ich noch Mitglied der Partei und sagte zu meinen führenden Genossen im Rundfunk und wo auch immer ich arbeitete: „Wenn Ihr nach dem Luther-Wort dem Volk aufs Maul schaut, dann werdet Ihr merken, daß es nicht mehr hinter uns steht. Wir stehen vor dem Zusammenbruch.“ Das war im Herbst 1952, darauf lege ich großen Wert. Das war, nachdem acht Wochen vorher Walter Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz diesen kretinistischen Aufbau des Sozialismus beschlossen, durchgepeitscht hatte.

Die Bevölkerung machte nicht mehr mit, die Versorgung brach in vielen Orten faktisch zusammen. Es war eine unvorstellbare Zeit im Herbst 1952, und es ist die Psychologie, die praktisch zu dem Klima führt, das am 17. Juni oder im Juni generell bereits zum Ausdruck kam. Das muß man doch mal sagen dürfen. Das istj eine ungeheure Sache gewesen. Das Volk hatte von dieser Partei – ich darf es mal berlinerisch sagen – die Schnauze völlig voll, völlig. Die Stasi wurde in haktischem Tempo aufgebaut. Als früher der alte Pieck z. B. zu Volksfesten auf die Weberwiese ging – ich beobachtete ihn dabei, weil ich darüber zu schreiben hatte –, war nicht ein einziger Bewacher dabei. Der fuhr mit seiner Tochter und seinem Staatssekretär, dem berüchtigten Otto Winzer, morgens vor und hörte sich ein Konzert an. Da war nicht ein Posten da. Ein halbes Jahr später mußte er mit sechs oder acht Bullen kommen. Das war 1952, eine unglaubliche Stimmung. Ich rede jetzt ganz bewußt von der Berliner Bevölkerung in der sogenannten Hauptstadt der DDR.

Neun Jahre später, nach dem Mauerbau, als ich zum ersten Mal nach zwei Jahren Einzelhaft aus Mielkes Bunker in Hohenschönhausen in mein sogenanntes Privatleben heimkehrte, war die Stimmung in Ost-Berlin so, daß es zu einer Art passivem Widerstand beispielsweise im kulturellen Bereich kam. Die Theater wurden praktisch boykottiert. Klubs von Rentnern mußten in letzter Minute in das Deutsche Theater, in das besonders gepflegte und geliebte Hätschelkind des Regimes, geführt werden, wo noch nicht die heutigen Genossen arbeiteten. Später – Wolfgang Heinz aus Wien war gekommen – saßen da zwei Reihen Rentner – ich erinnere mich konkret: „Wallenstein“ von Schiller oder „Der Kirschgarten“ von Tschchow –, die wurden tatsächlich aus den Rentnerheimen geholt und reingefahren. Das war passiver Widerstand. Die Kneipen waren leer, die Berliner ohne Kneipen. Es war ganz eindeutig.

Wenn Sie mit Menschen sprachen: Der Mauerschock saß noch ein Jahr später

so tief, daß Menschen im Alter von 50, 60 Jahren geweint haben, verzweifelt waren, zusammengebrochen sind. Die Suizide wurden aus dem Statistischen Jahrbuch gestrichen, habe ich von einem Professor der Medizin, einem Freund von mir, erfahren. Das sollte man hier am Rande vielleicht doch mal zur Kenntnis geben, denn wir können ja nicht nur über die siebziger und achtziger Jahre sprechen. Das Dritte Reich hat zwölf Jahre und drei Monate gedauert, dieses Regime hat 45 Jahre gehaust. Man muß auch auf diese frühe Zeit mal abheben, alles andere wird dann viel verständlicher.

Was z. B. sehr typisch ist, was er sehr richtig sagte, ist dieser Generationssprung, daß er 1952 geboren ist, und das erste Kindheitserlebnis ist der Mauerbau. Aber wir stehen noch unter einem ganz anderen Trauma, nämlich dem Trauma des Stalinismus in seiner realen Form, als der große Stalin noch an jeder Säule, in jedem Hausflur, in jedem Museum und in jeder Schulklasse hing, der große geliebte Führer, wie Honecker sich ausdrückte. Entsetzlich: „Lang lebe der weise, der geliebte Führer, der Vater der Werktätigen!“ So wurde es formuliert.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Dies paßt mir ganz gut als Übergang, denn in den Siebzigern gab es ein großes Ereignis, das für den Bruch mit dem Realsozialismus nach meinem Empfinden von überhaupt nicht zu überschätzender Bedeutung ist, nämlich Solschenizyns „GULag“. In Solshenizyns „GULag“ steht in der Einleitung, woran es liegt, daß wir uns vor allen Dingen mit den Intellektuellen beschäftigen. Solshenizyn schreibt, die Bauern und die Arbeiter, die verfassen halt keine Bücher und hinterlassen keine Spuren. Und das eigentümlich Interessante an diesen siebziger Jahren ist doch – die weltpolitische Situation war so wie hier schon beschrieben –: Da geht dieser Mann hin und bricht eines der zentralen Tabus des sowjetischen Imperiums und zeigt, worauf die Macht der Partei gegründet ist und war. Diese geschichtliche Tat fand überall im Westen ein ungeheures Echo, mit einer Ausnahme: Deutschland. In Deutschland war die Reaktion eher verhalten bis ablehnend, entsetzt. Es ist nicht so in unser geistiges Bewußtsein gedrungen, weil danach der hochverdiente Film aus Hollywood kam, „Holocaust“, und uns an das erinnerte, was die Nazis gemacht haben.

Richter wies vorhin darauf hin, daß man das Biermann-Konzert verschlungen hat. Ich darf darauf hinweisen, daß es der Westdeutsche Rundfunk war, der das ausgestrahlt hat, und daß sozusagen die DDR-Bevölkerung die westdeutschen Medien gebraucht hat, auch zur eigenen Verstärkung.

Ich bin hier in Jena, und ich denke natürlich vor allem an meinen Freund Jürgen Fuchs. Jürgen Fuchs war einer der wenigen, die von 1977 bis zum Ende versucht haben, von West-Berlin aus die Opposition zu unterstützen. Meine Frage an Herrn Knabe: Warum hatte er dabei so wenig Unterstützung?

Dr. Hubertus Knabe: Über diesen Aspekt der Unterstützung der Opposition aus der Bundesrepublik heraus haben wir heute abend eigentlich noch gar nicht

richtig gesprochen. Ich glaube auch, daß das ein ganz wichtiger Aspekt ist, vor allem in den achtziger Jahren natürlich, aber auch vorher, und zwar nicht nur in dem Sinne, daß man die theoretischen Debatten des Westens rezipiert, was Edelbert Richter angeführt hat, sondern ganz praktisch die Diskussionen, die Begegnungen, Rudi Dutschke und Havemann etwa oder auch Ihren Beitrag, Herr Wilke, durch die Veröffentlichung der Havemann-Biographie. Insgesamt hat es da in den Nischen des politischen Lebens einen sehr wichtigen Austausch, eine sehr wichtige Zusammenarbeit gegeben, die allerdings – das sehe ich ganz genauso – in der Bundesrepublik wenig Freunde fand. Wir kennen alle die Diskussionen um Jürgen Fuchs und den Schriftstellerverband beispielsweise. Ich glaube, daß wir damit zu einem Thema kommen, das man vielleicht mit „Vergangenheitsbewältigung West“ überschreiben müßte (Beifall), nämlich die Defizite zu nennen und sich auch selbstkritisch da mit einzuschließen, wie wir auf die Entwicklungen in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern reagiert haben.

Ich möchte ganz privat mal sagen, wie es mir damals ging, als Solshenizyns Buch erschien, daß das für uns nämlich ein außerordentlich problematisches Buch war. Wir haben damals in der Bundesrepublik in den Nachklängen der Studentenbewegung sehr kritisch darauf reagiert, sehr zurückhaltend, es im Grunde genommen nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Und das ist vielleicht das Schlimmste – nicht die Ablehnung, sondern daß wir uns gar nicht erst damit beschäftigt haben. Sie sagen völlig zu Recht, Herr Professor Wilke, daß Sie darüber diskutiert haben. Das glaube ich auch, aber das Milieu in der Bundesrepublik, das von der Studentenbewegung geprägt worden ist und von daher viele marxistische Affinitäten zeigte, hat dieses Buch nicht zur Kenntnis genommen und erst sehr viel später begonnen, Koestler zu lesen, Solshenizyn zu lesen und all die anderen Autoren, die man hier nennen müßte.

Sv. Martin-Michael Passauer: Ich will die Frage nach dem oppositionellen Verhalten innerhalb der Kirche nur noch mal verstärken. Das ist nach wie vor weder durch Definition noch durch Inhalt zutreffend beschrieben. Wir haben auf der einen Seite von Herrn Knabe dargestellt bekommen, wie sich innerhalb der Kirche ein politisches Bewußtsein gebildet hat. Auf der anderen Seite hat Herr Richter ein bißchen locker gesagt: „Wir paar Hanseln trauten uns schon gar nicht, von Opposition zu reden.“ Da klafft ein großes Mißverständnis. Ich will nur noch mal das Problem verstärken, daß wir hier noch nicht zu einer mich befriedigenden Interpretation des Phänomens „Opposition“ in der Kirche gekommen sind.

Das zweite: Wir werden im Zuge dieses Themenfeldes noch eine Anhörung zum Thema „Ausreiser“ haben. Mich befriedigt nicht die Antwort, Herr Eisenfeld, die Sie gegeben haben, das Wort von einer subtilen Diffamierung. Das möchte ich gerne differenziert haben oder hätte gerne noch mal nachgefragt. Ich will nur fürs Protokoll anmerken, daß ich damit nicht zufrieden bin.

Meine Frage richtet sich an Herrn Molt: Herr Molt, wenn ich mich richtig erinnere, war ich damals, ohne daß Sie es wußten, ein Fan von Ihnen. Ich habe in der Littenstraße, bei dem Prozeß gegen Sie, vor der Tür gestanden und kam nicht rein, weil die Staatssicherheit den ganzen Saal bereits besetzt hatte. Das, was Sie damals – Sie wurden bei uns als Marxisten gehandelt, die sich mit Brüsewitz identifizieren – getan haben, hat eine wesentlich größere Auswirkung auf das politische Bewußtsein unter uns gehabt, als Sie es vielleicht geahnt haben. Deshalb meine vielleicht ein bißchen leichtfüßige Frage an Sie: Wenn Sie so viel investiert haben, so viel Kraft, so viel inhaltliche Energie und so viel Überzeugung, warum sind Sie eigentlich nach der Inhaftierung in den Westen ausgeeist? Die Frage könnte ich an viele andere auch stellen, aber wir fragen ja immer: Warum hat sich eigentlich eine Opposition nicht formiert, warum haben wir es nicht zustande gebracht, uns zu organisieren? Ein Grund ist auch, daß viele, die inhaftiert waren, ausgeeist sind – im Gegensatz zu Frau Graul heute vormittag; sie hat die Frage nicht gestellt bekommen, warum sie hiergeblieben ist, nach dem, was sie erlebte.

Sind Sie irgendwann mutlos geworden und haben gedacht, daß es doch gar keinen Zweck hat, obwohl Sie vorher sehr viel investiert haben?

Rudi Molt: Die Frage kann ich relativ kurz beantworten. Ich wurde schon während der Untersuchungshaft durch die Staatssicherheit gefragt, ob ich in den Westen wolle. Das wurde ich nicht nur einmal gefragt, sondern vielleicht alle zwei Wochen, und die Untersuchungshaft dauerte sieben Monate. Ich habe stets gesagt: „Nein, ich möchte nicht in den Westen.“ Ich wurde dann auch von meinem Rechtsanwalt, den meine Eltern mir besorgt hatten, dem berühmt-berüchtigten Dr. Vogel, als erstes gefragt, ob ich in den Westen will. Meine Antwort war wieder nein. Daß ich dann doch in West-Berlin oder erst mal in Gießen gelandet bin, war offensichtlich eine Entscheidung, die von den Staatsorganen getroffen wurde, denn ich habe den größten Teil meiner Haftstrafe in Brandenburg abgesessen, und die meisten politischen Gefangenen, die dort saßen, wollten in den Westen. Es wurde schon immer darauf gewartet, wann der nächste Transport nach Karl-Marx-Stadt geht. Man wußte: Wer nach Karl-Marx-Stadt kommt, ist drei oder fünf Tage später in Westdeutschland.

Eines Tages wurde ich halt mit auf den Transport geschickt nach Karl-Marx-Stadt, ohne daß ich jemals zuvor einen Ausreiseantrag gestellt hatte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Damit kommen wir zum Ende der zweiten Fragerunde dieses Tages. Ich danke allen, die hier mitgewirkt haben, Herrn Knabe als Referenten, der die Grundlage gelegt hat für diese Diskussion, und natürlich den Diskutanten.

(Unterbrechung von 18.25 bis 19.30 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir führen unsere Sitzung mit dem Vortrag von Thomas Ammer zum Thema „Widerstand und Opposition in Jena“ fort,

und danach wird dann unser Kollege Gert Weisskirchen mit Zeitzeugen aus dieser Zeit über die Problematik ins Gespräch kommen.

Zunächst also Herr Ammer.

Thomas Ammer: Ich muß einige organisatorische Vorbemerkungen machen, damit das, was ich sage, verständlicher wird.

Ad eins: Ich bin Mitarbeiter des Sekretariats dieser Enquete-Kommission und nicht Berichterstatter für die Gruppe 6. Das ist in der „Thüringer Landeszeitung“ von heute falsch wiedergegeben.

Ad zwei: Die Textfassung, die draußen verteilt wird, entspricht nicht genau dem, was ich hier vortrage. Da ist zum Teil mehr enthalten, zum Teil weniger. Es ist also keine wörtliche Wiedergabe.

Eine weitere Vorbemerkung: Es möge mir bitte nachgesehen werden, daß ich die sehr vielfältige Opposition, den sehr vielfältigen Widerstand in Jena nun nicht detailliert darstelle, so daß sich vielleicht nicht jeder, der von den hier in diesem Raum Anwesenden daran beteiligt war, darin wiederfindet. Vollständigkeit ist auf Grund der Masse des Materials gar nicht möglich. Ich habe festgestellt, daß man schon, wenn man über Opposition und Widerstand nur in einer solchen Stadt schreiben will, einen Wissenschaftler mehrere Jahre damit beschäftigen kann.

Schließlich noch eine letzte Vorbemerkung: Ich bitte es mir nachzusehen, wenn ich nicht ganz davon abstrahieren kann, daß ich einen Teil der Vorgänge, über die ich hier spreche, selbst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre miterlebt habe, mich also auch gelegentlich in die Rolle des Zeitzeugen hineinbegeben werde.

Die eigentlichen Ausführungen zur Sache möchte ich mit einer kurzen Kommentierung zu einer Vorlesung von Wolf Biermann einleiten, die er vor genau einem Monat hier an der Universität gehalten hat. Da liest man in dem Text, der in der „Zeit“ vom 3. März veröffentlicht worden ist, ein sehr freundliches Urteil über Jena, „daß es hier in Jena die einzige stabile Opposition in der DDR-Provinz“ gab. So angenehm sich dieses Urteil für Jenenser anhören mag – das Wort „einzige“ trifft natürlich nicht zu; das muß man auch in aller Offenheit sagen. Es gab andere Städte, in denen das ähnlich gelaufen ist – Leipzig, Dresden, Rostock –, und es gab Kleinstädte, in denen über kurze Zeiträume sehr viel geschehen ist und in denen große Widerstandsgruppen über einige Monate, manchmal auch einige Jahre existierten, die dann in sehr tragischer Weise in den fünfziger Jahren zugrunde gingen, zum Teil auch durch Todesurteil, wie wir es heute vormittag schon gehört haben.

Es gibt noch ein zweites, weniger freundliches Urteil in dieser Vorlesung Biermanns, dem ich hier widersprechen möchte, obwohl es nicht speziell auf Jena bezogen ist. Ich will das einmal zitieren, weil man dagegen etwas

sagen muß. Er sagte da: „Nein, es war wahrhaftig nicht eure Schuld, daß diese Tyrannei zusammenbrach. Wenn der Große Bruder im Osten nicht gekippt wäre, würdet ihr heute noch 'Heil Honecker' schreien. Ihr habt eure Unterdrücker nicht verjagt.“

Hier muß man sagen, Biermann hat wohl etwas verwechselt. Die DDR-Bürger haben natürlich den Großen Bruder nicht verjagt; den haben sie auch gar nicht verjagen können. Die Jenenser werden wissen, daß da oben auf dem Jägersberg eine ganze Panzerdivision lag, und wer wollte die denn wohl verjagen?

In dem Moment aber, als dieser Große Bruder sein Desinteresse an der DDR sehr deutlich erkennen ließ – das war etwa 1988/89 –, haben die Bürger der DDR ebendiese ohne ihren russischen oder sowjetischen Schutzschild existierende Tyrannei sehr wohl verjagt. Das sollte man auch nicht vergessen, und Biermann hat vielleicht allzusehr nur die Anpasser gesehen, die hier eine Rolle gespielt haben.

Jena war nun tatsächlich ein Zentrum stabiler Opposition zunächst in der SBZ und dann in der DDR, vor allem in den Jahren von 1947/48 bis gegen Ende der fünfziger Jahre und dann wieder vom Ende der sechziger Jahre bis zum Sturz des SED-Regimes. Man kann über die Gründe für diese besondere Rolle Jenas spekulieren: geistige Traditionen, die in das 19. Jahrhundert zurückreichen, das Nebeneinander von einer alten und für Jena ziemlich großen Universität und traditionsreichen Großbetrieben – Zeiss, Schott, Jenapharm – mit hochqualifizierten, selbstbewußten Belegschaften, und das in einer mittleren Stadt mit in den fünfziger und sechziger Jahren noch weit unter 100.000 Einwohnern, schließlich auch die Anziehungskraft des Oppositionszentrums Jena, das Ende der vierziger Jahre entstanden war und das immer wieder, eben weil es in der DDR bekannt war, Zuzügler anzog und sich auf diese Weise selbst regenerierte.

Ich werde im folgenden versuchen, ganz grob zu systematisieren, wie man die oppositionellen und widerständigen Aktivitäten in Jena einteilen könnte.

In der Anfangsphase – sie geht, wie wir heute schon gehört haben, erst einige Jahre nach Kriegsende los, nach meinem Eindruck etwa 1947/48 – ging es um die Verteidigung von Freiräumen und Freiheiten, die mit dem Ende des Naziregimes erst einmal überhaupt wieder zur Verfügung standen und natürlich sukzessive dann bald eingeschränkt wurden: Freiheit der Meinungsäußerung, Publikationsfreiheit, Freiheit von Forschung und Lehre, studentische Selbstverwaltung, Selbständigkeit der nichtkommunistischen Parteien.

In dieser Zeit über fünf Jahre von 1947/48 bis Anfang der fünfziger Jahre konnten für oppositionelle Aktivitäten legale Institutionen teilweise noch genutzt werden – die nichtkommunistischen Parteien, akademische Einrichtungen, Universität, Studentenrat usw. Verbote, Verhaftungen und andere Repressionsmaßnahmen haben dem dann Anfang der fünfziger Jahre ein Ende gemacht.

In der nächsten Phase, etwa ab 1951/52, kann man dann feststellen, daß die sogenannte Diktatur des Proletariats im wesentlichen voll etabliert war, daß Opposition von dieser Zeit an eigentlich nur noch konspirativ, als illegaler Widerstand oder aber in der Zeit von Juni/Juli 1953 eben als offene Rebellion möglich war. Angriffsziel von Opposition und Widerstand in dieser Zeit war sehr oft das SED-Regime insgesamt, wenn auch meist aufgeteilt in Etappenziele.

Durch die Fernwirkungen des Tauwetters im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU im Februar 1956 haben sich dann etwa für ein Jahr einige Lockerungen und Zurücknahmen von Repression und damit ein Nebeneinander von halblegaler und illegaler Opposition ergeben, von mehr oder weniger offener Kritik am Regime und freien Diskussionen auf der einen und von illegalen, streng konspirativen Aktivitäten auf der anderen Seite.

In der nächsten Phase nach dem Bau der Mauer sind in Jena wie in der gesamten DDR für längere Zeit Zeichen von Resignation nicht zu verkennen. Die Opposition wird für eine gewisse Zeit zu einer Sache des einzelnen, bis dann Ende der sechziger Jahre eine jahrzehntelange Phase von halblegaler und illegaler Opposition nebeneinander beginnt – mit lockeren Zusammenschlüssen und Gemeinschaften Oppositioneller, die versuchen, zunächst Freiräume für eine nicht vom Regime gelenkte kulturelle Betätigung, für offene Diskussionen zu schaffen, um dann allerdings – zum Teil als Antwort auf die Repression des Staates – zur Kritik an einzelnen Mißständen überzugehen.

Diese Gruppen – das kann man in Jena sehr gut studieren – sind manchmal fast legal tätig, über längere Zeit geduldet, sie arbeiten offen, arbeiten sogar in der Öffentlichkeit, in öffentlichen Einrichtungen, werden aber gleichzeitig von der Staatssicherheit überwacht, bekämpft, unterwandert und schließlich auch einmal befristet zerschlagen, wachsen aber dann nach einiger Zeit doch wieder nach. Die Ziele dieser letzten Phase lassen sich unter den Stichworten „Demokratisierung der DDR“ und „demokratischer Sozialismus“ zusammenfassen.

Wie wir schon gehört und ausführlich diskutiert haben, war eine vollständige Beseitigung der DDR in dieser Zeit in den Programmen nicht zu finden. Aber nach meinem Eindruck ist das als verdecktes Endziel durchaus bei vielen Oppositionellen in dieser Zeit mit präsent gewesen, aber eben aus taktischen Gründen nicht in den Vordergrund gestellt worden. Das ist eine kontroverse These. Ich habe darüber schon mit vielen diskutiert und dazu auch Widerspruch erfahren.

Im folgenden eine knappe Übersicht über einige wichtige oppositionelle Gruppen seit 1947/48 bzw. solche, die mir hier erwähnenswert erscheinen:

In der ersten Phase, 1947/48 bis zum Beginn der fünfziger Jahre, finden wir Versuche von Mitgliedern der SPD, der CDU und der LDP, innerhalb der SED

bzw. innerhalb der nichtkommunistischen Blockparteien eigenständige, zum Teil mit den West-Parteien mehr oder weniger eng verbundene Organisationen zu bilden.

So gab es hier in Jena Sozialdemokraten, die mit der Süd-Thüringer Gruppe um Hermann Kreuzer in Saalfeld zusammenhängen. Etwa sechs bis acht Mitglieder haben hier in Jena studiert; sie sind alle im Februar/März 1949 verhaftet und abgeurteilt worden. Einer davon, um nur einen Namen zu nennen, war Franklin Schultheiß, der dann bis vor zwei Jahren einer der Direktoren der Bundeszentrale für politische Bildung war.

Dann gab es etwas anderes mehr in der Umgebung von Jena, insbesondere in Camburg. Um 1950 entstand eine Art illegaler Kreisverband „CDU-West“ mit dem Namen „Alte Unionsfreunde“, der mit dem Ostbüro der CDU in West-Berlin in enger Verbindung stand. Diese Gruppe ist 1952 verhaftet und abgeurteilt worden. In die gleiche Richtung gehört die CDU-Hochschulgruppe, von der zehn Mitglieder im Herbst 1950 verhaftet wurden.

Eine von der Zahl her wohl noch größere Oppositionsgruppe war in der Zeit ab 1947/48 um die LDP-Hochschulgruppe, also die Liberale Hochschulgruppe mit zeitweilig über 600 Mitgliedern, konzentriert, die zusammen mit der CDU-Hochschulgruppe den Studentenrat der Universität bis etwa 1948 weitgehend beherrscht hat bzw. dort jedenfalls eine mitbestimmende Rolle spielen konnte und die SED ziemlich an den Rand gedrängt hat.

Diese Hochschulgruppen der nichtkommunistischen Parteien und natürlich auch die innerhalb der SED wirkenden illegalen Sozialdemokraten haben auch nach unserem heutigen Verständnis wie illegale Widerstandsgruppen gearbeitet, also verbotene Flugblätter verteilt, verbotene Literatur beschafft, Informationen über Spitzeltätigkeit, Repressionen usw. beschafft und dafür gesorgt, daß sie in der Westpresse veröffentlicht wurden, und dergleichen Aktivitäten mehr.

Ein Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen in der damaligen Zeit, der vielen Jenensern noch im Gedächtnis ist, waren die Diskussionen um die Verdrängung des Philosophen Hans Leisegang, der dann 1949 nach West-Berlin gehen mußte, von der Universität, wogegen es am 26. Mai 1948 eine studentische Vollversammlung gab, in der mit 1.097 gegen 282 Stimmen eine Resolution verabschiedet wurde, die sich für Leisegang und gegen eine Pressekampagne, die gegen ihn von der SED gestartet worden war, aussprach.

Diese Phase einer noch relativ offenen Auseinandersetzung, die allerdings für viele schon tragisch endete, ging etwa 1952 mit den letzten Verhaftungen der maßgeblichen Leute der LDP-Hochschulgruppe zu Ende. Ein Teil der Mitglieder war schon 1948 verhaftet worden, wobei sich diese Hochschulgruppe natürlich nicht nur in Jena konzentrierte, sondern sich weiträumig über Thüringen erstreckte.

Zur nächsten Phase der fünfziger Jahre ist natürlich der 17. Juni 1953 zu erwähnen. Dazu gebe ich nur ein paar Stichworte: Die Streiks und Demonstrationen sind hier im wesentlichen von den Belegschaften der Jenaer Großbetriebe getragen worden. Universitätsangehörige haben sich auch daran beteiligt, aber eben nicht so sehr geschlossen wie Belegschaften von Institutionen und Kliniken, sondern eher als Einzelpersonen. Es sind natürlich Universitätsangehörige tätig geworden, um unter anderem das erstürmte Stasigefängnis und die Zustände, die dort herrschten, zu begutachten.

In Jena gab es insofern eine Besonderheit, als die Streiks noch einmal, drei Wochen nach Niederschlagung der Demonstrationen am 17. Juni, am 11. Juli bei Zeiss mit einem mehrstündigen Sitzstreik mit ziemlich großer Beteiligung und politischen Forderungen wieder aufgeflackert sind, insbesondere auch mit der Forderung nach Freilassung der verhafteten Streikführer. Diese Phase des Widerstands außerhalb der Universität ist bisher relativ wenig erforscht. Dr. Mitter hat darüber einiges zusammengetragen, auch ein hier tätiger Journalist, Frank Döbert, dem ich Hinweise hierzu verdanke. Es ist zu hoffen, daß die Lastigkeit zugunsten der Universität durch solche Forschungen in nächster Zeit etwas verlagert werden wird.

Ich komme zum Jahr 1956. Da ist ein sogenannter Bloch-Kreis aus einigen Studenten und Wissenschaftlern der Instituts für Philosophie, darunter mehreren SED-Mitgliedern, zu erwähnen, der nach etwa einem Jahr von der Staatssicherheit ausgehoben wurde. Dessen maßgeblicher Inspirator Günther Zehm ist im Sommer 1957 verhaftet und dann zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die anderen wurden zum Teil aus der SED ausgeschlossen und gemäßregelt.

Dann gab es ebenfalls an der Philosophischen Fakultät bei den Historikern einen sogenannten Eulen-Club. Das war im wesentlichen ein Diskussionsclub, der sich über ein Jahr halten konnte und dann auch auf dem Weg über den Parteiapparat zerschlagen wurde, weil seine Mitglieder eben Mitglieder der SED gewesen sind.

Weiterhin war hier in Jena teilweise eine Gruppe unter dem Namen „Eisenberger Kreis“ tätig, mit dem ich es selbst zu tun hatte. Das ist eine Gruppe gewesen, die sich 1953 in Eisenberg östlich von Jena an der dortigen Oberschule gebildet hat. In dem Moment, als dann die Abiturienten hier in Jena studierten, hat diese Gruppe sich auf die Uni Jena ausgedehnt.

Diese Gruppe bestand aus so etwas wie einem streng konspirativ tätigen und aus einem im Jahr 1956 mehr oder weniger halblegal tätigen Teil, wobei dieser halblegal tätige Teil Studenten waren, die an der Organisation der Protestversammlungen gegen das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium und gegen den obligatorischen Russischunterricht maßgeblich beteiligt waren, ebenso an der Abfassung der Kabarettsszenen für den Physikerball im November 1956.

Strenggenommen gehörten diese Studenten nicht zum „Eisenberger Kreis“, sind aber im Jahre 1958, als die ganze Sache hochging, von der Staatssicherheit mit in diese Gruppe eingebunden worden, um sie hinter Schloß und Riegel bringen zu können, einfach mit der Begründung, daß es in einigen Fällen eine personelle Identität gab.

Dieser „Eisenberger Kreis“ selbst hatte ein mündlich ausdiskutiertes, sehr grob strukturiertes Programm, das erst dadurch zu Papier kam, daß das die Staatssicherheit aus den Vernehmungen herausfilterte und dann zu Papier brachte. Eine solche Gruppe mußte nach dem Verständnis des MfS unbedingt auch ein schriftliches Programm haben, weil es sonst damals in dessen Augen keine richtige Verschwörergruppe war. Da waren solche selbstverständlichen Dinge enthalten wie Freilassung der politischen Häftlinge, Auflösung des MfS, Zulassung von Oppositionsparteien, Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt, Abzug der sowjetischen Truppen – Ziele, die zum Teil für die damalige Zeit auf Grund der Machtverhältnisse völlig illusorisch waren, aber nach bestimmten Parallelvorgängen in Polen und Ungarn auch nicht völlig unreal gewesen sind.

Interessant ist vielleicht noch die Methodik, wie man diese Gruppe mit einem ganz billigen, aber recht wirksamen Trick zerschlagen hat. Man hat einen „Geheimen Mitarbeiter“ – das würde dem späteren Begriff des IMB entsprechen – aus Berlin nach Jena geholt und ihn mit den Papieren und der Legende eines westdeutschen Journalisten und geheimen Mitarbeiters des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen ausgestattet, der hier Kontakte zu Oppositionsgruppen herstellen sollte. Das ist ihm nach etwa halbjähriger Tätigkeit auch gelungen, und die Gruppe wurde also dann ausgehoben und unter anderem auch wegen Spionagetätigkeit für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen abgeurteilt. Diese Geschichte mit der Spionagetätigkeit für das gesamtdeutsche Ministerium kann man in den MfS-Akten bis in die achtziger Jahre nachlesen.

Ich möchte nun auf einige Fälle von oppositionellem Verhalten in der Zeit der Resignation der sechziger Jahre nur andeutungsweise hinweisen, aber gerade diese Haltung der Leute damals ist es wert, erwähnt zu werden. Ich nenne etwa den Fall des Lehrbeauftragten Harry Patzer am Institut für Strafrecht, der sich geweigert hatte, die Grundsätze und Schlußfolgerungen der Babelsberger Konferenz von 1958 in seine Lehrveranstaltungen einzubauen. Diese Konferenz ist eine von der SED organisierte Juristenkonferenz gewesen, die die Justiz völlig unter die uneingeschränkte SED-Herrschaft brachte. Dafür, daß er sich weigerte, seine Lehrveranstaltungen daran auszurichten, hat er zwei Jahre Zuchthaus erhalten.

Aus den Jahren 1960/62 gibt es Hinweise auf Streikversuche bei Zeiss und auf eine angebliche feindliche Gruppe im Werkwohnheim Jena-Zwätzen. 1966 haben einige Germanistikstudenten versucht, sich gegen die kulturpolitische

Linie des 11. ZK-Plenums vom Dezember 1965 zu wenden, was dann auch zu Verhaftungen und Exmatrikulationen führte, allerdings nicht zu Freiheitsstrafen.

Ich komme dann zu dem sehr vielfältigen Bild vom Ende der sechziger Jahre bis 1989, wobei ich mich hier wirklich nur auf Andeutungen beschränke, weil wir hierzu von den Zeitzeugen sehr viel mehr hören werden und mir einfach die Zeit fehlt, in dieses sehr komplizierte Geflecht tiefer einzusteigen.

Es gab Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre eine fachübergreifende studentische Diskussionsgruppe von 20 bis 30 Personen, die sogar ein Konzeptionspapier „Anspruch und Wirklichkeit des Sozialismus in der DDR“ erarbeitet hat. Diese Gruppe ist nach Exmatrikulationen von der Universität etwa 1973 untergegangen, aber die Überwachung dieser Personen hat sich dann noch bis in die achtziger Jahre hingezogen.

Sehr viel ist dann im Rahmen der offenen Arbeit der evangelischen Kirche und der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit Studenten, zum Teil aber auch Jugendlichen aus den Großbetrieben geschehen. Da gab es zahlreiche Arbeitskreise, Informationskreise usw. zu Rechtsfragen, zur Wehrdienstverweigerung, zu Kulturproblemen usw. Die Verbreitung verbotener Literatur hat dabei eine große Rolle gespielt.

Aus dieser offenen Arbeit ist dann die „Friedensgemeinschaft Jena“ 1981/82 hervorgegangen, wobei der Tod von Matthias Domaschk, der den Jenensern hier sicher bekannt ist, in der Untersuchungshaft des MfS in Gera am 12. April 1981 mit eine inspirierende Rolle gespielt hat. Da begannen auch Demonstrationen und andere Öffentlichkeitsaktionen, Schweigeminuten, Plakataktionen und dergleichen mehr. Dies alles hat das MfS dann 1982/83 auf vielfältige Weise zwar nicht zerschlagen, aber eingedämmt – durch Verhaftungen, Abschiebungen, Unterwanderungen. Völlig untergegangen ist das alles nicht, sondern es ist meist in andere Gruppen übergegangen, die dann weiter existierten.

Eine jedenfalls zeitweise legal tätige Gruppe waren diejenigen, die Lesungen und Theateraufführungen im Kulturhaus Neu-Lobeda in den Jahren 1973 bis 1976 durchführen konnten. Lutz Rathenow hat da lesen können.

Eine große Rolle hat Jena bei den Protesten gegen die Ausbürgerung Biermanns Ende 1976 gespielt. Es sind hier mehrere hundert Unterschriften gesammelt worden. Die Staatssicherheit hat sehr intensiv reagiert. Es wird von etwa 50 Festnahmen und einer ganzen Reihe von Abschiebungen unter der Drohung von langjährigen Haftstrafen im Jahr 1977 berichtet, unter anderem von Jürgen Fuchs und Thomas Auerbach.

Es sind dann noch andere Ereignisse zu erwähnen, die die Ausreiseantragsteller betreffen. Es gab 1983 den sogenannten „Weißen Kreis“, der zeitweilig einige Dutzend Ausreiseantragsteller in Jena auf dem Marktplatz zusammenführte.

Um auf ihre Anträge aufmerksam zu machen, haben sie sich weiß gekleidet, im Kreis aufgestellt und sind da einige Minuten stehengeblieben, bis sie vertrieben wurden. Es hat ein Jahr später ähnliche Demonstrationen von Personen gegeben, die den sogenannten PM-12 bekommen haben – für Westdeutsche zur Erklärung: ein Sonderausweis, der mit Aufenthaltsbeschränkungen, Verbot von Auslandsreisen auch in visafreie Nachbarländer, also insbesondere in die Tschechoslowakei, verbunden war und erhebliche Diskriminierungen zur Folge hatte.

Es gab dann 1984 und danach halblegale oppositionelle Aktivitäten mit Lesungen von Wissenschaftlern und Literaten bei dem Psychologen Prof. Böttcher in Großlöbichau. Es gab den Versuch, für eine vom Staat und von der Partei unabhängige Entwicklungshilfe etwas in Gang zu bringen, etwa mit einer Spendensammlung unter dem Stichwort „Ambulancia“, der Sammlung für einen Krankenwagen für ein Land der Dritten Welt, ohne daß das über die offiziellen Soli-Sammlungen gehen mußte.

Es gab, was wenig bekannt ist, im November 1988 Proteste von etwa 60 Studenten aus der Sowjetunion gegen das „Sputnik“-Verbot, an denen sich auch einheimische Studenten beteiligt haben. Das ging dann allmählich in das Jahr 1989 über, in die Überwachung und Mitauszählung der sogenannten Kommunalwahlen vom Mai 1989, wobei das interessanterweise eine Parallele zu einer Aktion ist, die 40 Jahre vorher von der Liberalen Hochschulgruppe bei den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß 1948 mit ähnlichen Ambitionen gestartet worden war – mit dem Ergebnis, daß über die gefälschten Ergebnisse damals dann in der West-Berliner und der westdeutschen Presse berichtet worden ist.

Aus der Endphase ist noch der sogenannte „Reformhauskreis“ zu erwähnen, ein Kreis von Studenten und Wissenschaftlern, in dem Diskussionen über die Umwandlung der DDR in einen demokratischen Staat stattfanden. Dazu gehören auch die Vorgänge, die sich um die Bildung neuer politischer Gruppen, des „Neuen Forum“, des „Demokratischen Aufbruch“ usw. abspielten. Ich gehe hier nicht in die Einzelheiten, weil uns das die Zeitzeugen sehr viel genauer sagen können.

An dieser Stelle noch einige Hinweise, was es auf diesem Gebiet zur Zeit an Forschungen gibt, und dies deshalb, weil der eine oder andere diejenigen, die da forschen, durch Beiträge unterstützen könnte:

Nichts mehr beitragen kann man zu einem Sammelband der Beiträge eines Kolloquiums vom Juni 1992 zur Vergangenheitsaufklärung der Universität. Dieser Sammelband wird voraussichtlich im April erscheinen.

Es gibt dann Forschungen über den Studentenrat der Universität bis Anfang der fünfziger Jahre, die noch im Gange sind. Der schon erwähnte Journalist Frank Döbert befaßt sich mit Opposition und Widerstand außerhalb der Universität, also insbesondere in den Industriebetrieben.

Hermann Marx, einer unserer Zeitzeugen, sammelt Material über die Liberalen Hochschulgruppen.

Es gibt unter dem Titel „Geschichte von Widerstand und Selbstbehauptung an den Universitäten der ehemaligen SBZ/DDR“ ein größeres Projekt, das mehrere Universitäten umfaßt, natürlich auch Jena. Es wird durch Dr. Klaus-Dieter Müller, Historisches Seminar der Universität in Hannover, koordiniert.

Schließlich wird zur Zeit eine Monographie über den „Eisenberger Kreis“ durch Patrik von zur Mühlen in der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet. Diese wird etwa 1995 fertig werden.

Noch ein paar Schlußbemerkungen allgemeiner Art zu dem Thema „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“: Neben den Motivationen des Alltags, Freiräume zu erhalten oder zurückzugewinnen, Belastungen abzubauen, spielten vor allem im ersten Jahrzehnt der DDR-Geschichte folgende drei Motivgruppen – es mag noch andere geben – eine wichtige Rolle:

Erstens das, was schon heute vormittag von Herrn Finn und anderen erwähnt worden ist – die Rückbesinnung auf die Nazizeit und der moralische Druck, den man spürte, so etwas nicht noch einmal widerstandslos passieren zu lassen, sondern hier nun wirklich das zu tun, was irgend möglich war, damit eine Wiederholung aufgehalten werden kann.

Zweitens spielt als Motiv der Zwang zur Lüge eine wichtige Rolle, der vielleicht in den fünfziger Jahren als noch drückender empfunden worden ist, ganz einfach, weil es primitiver und brutaler als in den achtziger Jahren zuing. Man mußte, wie jeder weiß, der damals hier studiert hat, in den Klausuren, Hausarbeiten und sonstigen Prüfungen des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums haarsträubende Dinge von sich geben; man mußte in Versammlungen Resolutionen zustimmen, hinter denen man absolut nicht stehen wollte. Man mußte schockierende Nachrichten über die DDR-Presse, aber natürlich auch über die westlichen Medien erfahren – über Todesurteile, Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes mit allen schrecklichen Folgen usw.

Das hat die massive Ablehnung des Regimes sehr verstärkt, und man kann durchaus von Elementen von Haß, der damals produziert wurde, sprechen. Das ist auch der Grund dafür, warum es bei der einen oder anderen Gruppe der damaligen Zeit in der Diskussion nicht immer so ganz auf die Gewaltfreiheit, wie sie in den siebziger und achtziger Jahren dann beherrschend war, hinausgelaufen ist, sondern daß durchaus darüber diskutiert wurde, wie man sich etwa wie beim Aufstand in Ungarn notfalls unter Zuhilfenahme von Gewalt gegen das Regime zur Wehr setzen könnte.

Ein weiteres Motiv war eigentlich eher ein praktisches, nämlich sich auf

Krisen des Regimes, wie man sie unvorbereitet im Jahr 1953 und im Jahr 1956 erlebt hat, organisatorisch vorzubereiten. Das steht hinter den Versuchen, solche Widerstandsgruppen über Jena hinaus in andere Regionen auszubreiten, Stützpunkte, Voraussetzungen zu schaffen, damit auch an anderen Orten oppositionelle Aktivitäten entstehen konnten. Die weniger brutale Repression des Regimes dann in seiner Endphase und die Tatsache, daß man viele oder eigentlich sogar die meisten Details über die perfide Strategie und Taktik der Staatssicherheit eben nicht kannte, haben in der Endphase das Moment des Hasses glücklicherweise sehr stark abgemildert. Es wurde mehr in den Vordergrund gerückt, sich auf die Umbruchsituation vorzubereiten.

Zu den Möglichkeiten und Grenzen: Jeder weiß heute und wußte damals auch schon, daß die vorhandenen Oppositionsgruppen sehr klein waren, schwach, schlecht organisiert, laienhaft, materiell schlecht ausgerüstet. Die quantitative Überlegenheit des SED-Apparates und des Staatssicherheitsapparates erschien nun wirklich erdrückend und war es auch, und dennoch sind die Wirkungen von Opposition und Widerstand in Jena über die gesamte Zeit in den seinerzeit möglichen Dimensionen beträchtlich und eigentlich stärker, als man damals ahnen konnte. Daß sie stärker waren, kann man heute beim Studium der Stasiakten durchaus deutlich erkennen.

Eine dieser Wirkungen war, daß eben doch großen Teilen der Bevölkerung, auch denjenigen, die passiv blieben, bewußt war, daß Opposition und Widerstand latent existierten, daß es Gruppen gab, die die Staatssicherheit nicht ausheben konnte, bzw. daß immer wieder neue Gruppen entstanden, wenn die Staatssicherheit mit einer fertig geworden war. In bestimmten Krisensituationen hat diese Kenntnis von der Existenz oppositioneller Gruppen auch bewirkt, daß sich dann eine große Zahl von Bürgern an einzelnen Aktionen beteiligt hat – sei das nun am 17. Juni, sei es an der großen Versammlung zum Fall Leisegang, sei es an den Zusammenkünften in der Universität im Jahre 1956. Daraus ist natürlich doch das Bewußtsein einer gewissen Stärke erwachsen, die das Regime sehr verunsichert hat.

Eine Wirkung war übrigens auch, daß Opposition und Widerstand unter Studenten oder unter weniger hochgestellten Personen an der Universität natürlich Rückwirkungen auf die Hochschullehrer hatten. Es haben sich insbesondere in den naturwissenschaftlichen Bereichen und bis Mitte der fünfziger Jahre auch bei den Geisteswissenschaftlern eine ganze Menge Hochschullehrer durch stille Beteiligung an oppositionellen Aktivitäten verdient gemacht.

Prof. Josef Hämel, Rektor bis zu seiner Flucht nach West-Berlin im August 1958, hat sehr viel getan, um Oppositionelle vor der Verhaftung zu bewahren bzw. Repressionsmaßnahmen zu behindern. Er hat auch Leute, die verfolgt waren, in seiner Hautklinik verborgen, hat durch Ausübung seines Hausrechts dafür gesorgt, daß Plakate, die die Staatssicherheit gern als Beweismittel beschlagnahmt hätte, eben nicht beschlagnahmt wurden.

Ich komme zu einem weiteren Punkt der Wirkung. Das Regime ist in einem erstaunlichen Umfang von diesen kleinen Gruppen verunsichert worden. Man kann, wenn man jetzt die Akten liest, manchmal sogar den Eindruck haben, daß sich eine regelrechte Angst ausgebreitet hat – sicherlich nicht ohne Grund, wenn man sich den 17. Juni oder Ungarn oder dann das sanft-schreckliche Ende vom Jahre 1989 vergegenwärtigt. Dafür nur ein paar Beispiele:

Der Physikerball vom November 1956 war ja an und für sich – insbesondere, wenn Außenstehende das beurteilen – nicht so furchtbar aufregend, und trotzdem hat das Geschehen dazu geführt, daß auf einer Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees am 13. Dezember 1956 unter Punkt 1 der Tagesordnung fünf Beschlüsse dazu gefaßt wurden. (Heiterkeit) Wenn man sich das vergegenwärtigt, greift man sich an den Kopf, und wenn wir es damals gewußt hätten, hätten wir uns sehr wohlgefühlt. Solche Beschlüsse beinhalteten unter anderem die Exmatrikulation der maßgeblichen Beteiligten an diesem Kabarettprogramm. Es ist festzustellen, daß durch den Widerstand von wesentlichen Teilen der Universität, insbesondere der Hochschullehrer, aber auch natürlich auf Grund der unruhigen Lage an der Universität überhaupt, diese Exmatrikulationen nicht stattfanden und verschoben werden mußten, bis die Verhaftungswelle 1958 dann tabula rasa gemacht hat.

Charakteristisch für solche Ängste und Verunsicherungen ist etwa eine Äußerung des 1. Sekretärs der Universitätsparteileitung, der in einer Sitzung der FDJ-Hochschulgruppenleitung, die ich miterlebt habe, Ende 1956 oder Anfang 1957 sagte, von 6.000 Studenten stünden allenfalls 150 hinter der DDR. Das war eine geschlossene Sitzung, und er hat also nicht damit gerechnet, daß das einmal an die Öffentlichkeit kommen würde.

Zur Verunsicherung der Staatssicherheit und natürlich auch der Partei hat sicher auch die Reaktion der Teilnehmer von großen Versammlungen, etwa beim Physikerball 1956 oder bei den Protestversammlungen im Herbst 1956 gegen das Gewi-Grundstudium und gegen Russisch beigetragen. Diese Reaktion war, wenn man es heute betrachtet, durchaus gelegentlich über das Kabarettistische hinausgegangen.

Ich will dazu eine Kabarettsszene des Physikerballs 1956 erwähnen, ohne die gesamte Szene jetzt hier darzustellen. Eine dieser da gespielten Szenen war die sogenannte Mephisto-Szene. Faust und Mephisto sitzen einander gegenüber, Mephisto in seiner bekannten schlaun, zynischen Art, und Faust ist ein armer Gewi-Dozent, der vor sich hingrübelt, wie er denn nun die störrischen Zuhörer von den Wahrheiten des Marxismus-Leninismus überzeugen kann. Da wird er von Mephisto belehrt, wie er das anstellen könnte. Der geht dann darauf ein, daß viele der damaligen Zuhörer in politischer Passivität verharren, sich ihren Hobbies widmen und eigentlich keine besondere Gefahr darstellen, aber es könnte ja mal anders kommen. Die letzten vier Zeilen heißen: „Würde einmal

von all denen empfohlen, daß dich jetzt soll der Teufel holen – bei aller Freundschaft mußt du sehen, dann könnt' ich nicht mehr widerstehen.“

Das ist damals in einer Tonart gesagt worden, die nicht nur kabarettistisch klang, sondern die durchaus vielleicht einigen Leuten etwas unangenehme Gefühle bereitet hat (Heiterkeit), wogegen ja nichts weiter zu sagen ist.

Jetzt gegen Ende noch ein Wort zu den Grenzen: Der Sturz des Regimes ist natürlich auch hier in Jena durch solche Aktivitäten nicht möglich gewesen. Mehr als Verunsicherung war nicht zu erreichen, solange der sowjetische Stützweiler da war, aber hier in Jena genauso wie an anderen Orten in der DDR konnte eine allmähliche Zermürbung der breiten Basis des Regimes, also des Funktionärsapparates, der Leute, die die SED-Diktatur mehr oder weniger mitgetragen haben, erreicht werden, weil sie immer mehr verunsichert wurden – bis zu einem solchen Zustand, daß sie dann, als der sowjetische Stützweiler verschwand, zusammensacken konnte.

Eine letzte Bemerkung zu dem, was die Oppositionsgruppen der frühen Zeit bis in die fünfziger Jahre betrifft, über die noch sehr wenig Details bekannt sind, weil ganz einfach die Aktenführung der Stasi aus jener Zeit oft dürftig ist. Zum Teil sind es russische Akten, die gar nicht zugänglich sind, zum Teil ist das Interesse auch erst in letzter Zeit allmählich erwacht, die frühe Zeit Ende der vierziger Jahre intensiver zu erforschen. Aber auch diese frühen Gruppen haben natürlich dazu beigetragen, daß dem Vorwurf begegnet werden kann, die Deutschen hätten eine sich entwickelnde Diktatur wiederum widerspruchslos hingenommen.

Die Oppositionellen der frühen Jahre könnten natürlich heute zu dem deprimierenden Ergebnis kommen: Hätten wir es doch abgewartet, wären wir doch ruhig sitzen geblieben und hätten gewartet, bis die Implosion von 1989 dann den Kommunismus in Europa überwunden hat. Im Zusammenhang mit den verdeckten Wirkungen, von denen ich schon gesprochen habe, also der Verunsicherung des Regimes und der Bindung von MfS-Kapazitäten in der DDR, was ja auch dem Westen zugute gekommen ist, kann man an dieser Stelle einmal ein Wort von Lajos Kossuth aus dem Jahre 1849 zitieren, das manche schon kennen, weil ich es vor vergleichbarem Publikum manchmal zitiert habe.

Er hat, nachdem russische und österreichische Truppen gemeinsam die ungarische Revolution von 1848 niedergeworfen hatten, sich folgendermaßen geäußert: „Wir haben nicht gesiegt, aber gekämpft. Wir haben unser Land nicht gerettet, aber verteidigt. Wir haben die Tyrannei nicht gebrochen, aber ihren Lauf aufgehalten, und wenn einst unsere Geschichte geschrieben wird, werden wir sagen können, daß wir widerstanden haben.“ (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Ich hoffe, Sie gestatten mir, daß ich gleich von den recht gut beschriebenen fünfziger Jahren einen Sprung mitten hinein in die siebziger Jahre mache.

Jürgen Fuchs, wie hat sich Dir die Entwicklung dargestellt? Gab es irgendeine Verknüpfung zwischen dem an widerständigem Verhalten, wovon wir heute gehört haben, und dem, was dann in den siebziger Jahren eine Rolle gespielt hat, oder mußtest Du, mußtet Ihr von einem Nullpunkt beginnen?

Jürgen Fuchs: Nachdem ich jetzt Thomas Ammer genau zugehört habe, muß ich sagen: Als ich Anfang der siebziger Jahre nach Jena kam, habe ich davon wenig konkret gewußt. Ich habe jetzt noch Gewissensbisse, wenn ich mir überlege, was ich nicht wußte. Wenn aber die Haltung da ist, es wissen zu wollen – und die war bei Leuten wie mir und vielen hier im Saal da –, dann brachte das ja auch einen Blick mit sich, der sucht und etwas wissen will.

Das erste, was ich ganz kurz sagen will – ich will mich kurz fassen und nur Stichpunkte geben, auch auf diesen Beitrag von Thomas Ammer reagieren –, ist: Wenn nach Motiven für nicht konformes Verhalten gefragt wird, dann ist zu sagen, daß solche großen Gedanken, welche Programme, welche Endziele es gibt, überhaupt nicht anvisiert waren. Es war ein Bruch, es war eine Herausforderung, es war eine sofort existentielle Frage.

Ich will es kurz biographisch andeuten. Wer zum Beispiel als junger Mann mit 20 Jahren von der Armee als Rekrut kam, wer als junges Mädchen oder junge Frau in diese traditionsreiche Stadt hineinging und dann auch diesen Druck spürte, der da war, mußte sich natürlich überlegen: Wie werde ich kein Schwein? Wie halte ich diesen Blick im Spiegel aus?

Die existentielle Frage, die Hannah Arendt in einer anderen Weise gestellt hat, lautete: Warum sind viele keine Kollaborateure geworden, keine IMs, keine Stasi- oder Parteitäter? Ihre Antwort war: weil sie nicht lebenslänglich mit sich selbst als einem IM oder einem Täter zusammenleben wollten. Das war eigentlich die Grundfrage, vor der wir standen.

Das zweite – als Stichpunkt – kam bei Ihnen nur indirekt vor: Ganz wichtig in den siebziger Jahren war der Gedanke und die Haltung: Wie werden wir in Kunst und Wissenschaft frei, auch in der Literatur? Die Frage von Freiheit, zu sagen und zu denken, was man will, und zu schreiben, was man will, war ganz entscheidend.

Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß es für diesen kleinen Staat DDR schon bedeutsam war, daß in diesen Jahren bis 1976 zum Beispiel Wolf Biermann oder Robert Havemann hier in Jena angereist sind, Quartier genommen haben, daß die Tochter Havemanns hier studierte oder Christa und Gerhard Wolf mit Lesungen da waren, die alle umkämpft waren – anschließend gab es große Auswertungen oder Verbote –, daß auch Stefan Heym da war, auch Rainer Kirsch da war und ein Theaterstück, das verboten war, aufgeführt wurde. Diese kulturell-künstlerischen Impulse waren natürlich überhaupt nicht kleinkariert und waren, von wenigen ausgehend, natürlich quantitativ schwach, aber hatten doch hohes und höchstes Niveau.

Dieses – ohne das jetzt für mich selbst in Anspruch zu nehmen – möchte ich nur einmal sagen. Es kann ja wirklich passieren, daß in solchen diktatorischen Staaten – die DDR ist ja nur ein Beispiel; in den anderen osteuropäischen Staaten ringsherum sehen wir es auch – wenige etwas bewirken, wenn sie aus solchen Berufen heraus reagieren, wie ich es jetzt andeute, oder an der Universität sich erinnern, daß es ein studentischer Auftrag ist, rebellisch zu sein, nicht ganz verschlafen zu sein, zumal hier einmal Schiller oder Hölderlin waren, ja sogar Marx mal schnell eine Dissertation abgegeben hat.

Bitte beachten Sie auch folgendes: Hier in dieser kleinen Stadt, wo man zu Fuß durch den Kern gehen kann, ist es natürlich ganz schnell herum, wenn ein Buch wie „Stücklohn“ von Haraszi, einem ungarischen Schriftsteller, hier kursiert oder auch – von „Rotbuch“ gekommen – Berichte über die Streiks in Polen 1970/71, die Protokolle der Diskussion in der Werft. Es ist von Bedeutung, daß Reiner Kunze oft in Jena war, seine Tochter Marcela Kunze in Jena lebte und Literatur gerade über den „Prager Frühling“ in diese Stadt kommt. Das ist ein Nährboden, den Sie nicht unterschätzen dürfen, weil sich das unmittelbar ausgewirkt hat und Multiplikatoren fand – solche, wie sie teilweise hier im Saal sind. In meinem Fall war das so, weil mich das politisch, künstlerisch interessierte.

Eine ganz große Rolle spielte auch, Geschichte, die jetzt Thomas Ammer dargestellt hat, wissen zu wollen. Was waren die großen Anreger? – Eine ganz kolossale Wirkung bei vielen Freunden, die ich Ihnen jetzt sofort nennen könnte, hatte zum Beispiel Heinz Brandt mit seinem Buch „Ein Traum, der nicht entführbar ist“, in dem dann natürlich auch die Geschichte der Zeit ab 1933 hochkam, die Geschichte des deutschen Juden und Kommunisten, des in Auschwitz eingewiesenen, des knapp der Liquidation entkommenen und in der DDR-Zeit nach Bautzen, nach Brandenburg entführten Heinz Brandt wieder gegenwärtig wurde. Da waren wir unmittelbar mit Geschichte konfrontiert.

Vielleicht kann ich Ihnen einfach emotional zeigen, wie uns das aufregt hat, einen Weg dort heraus zu suchen, zum Beispiel Solidarität zu Biermann und Havemann auszudrücken, als sie als Dissidenten umkämpft waren – das war sehr wichtig.

Ich erinnere mich an eine Szene in der Wohnung des Bildhauers Leibner. Ev und Frank Rub wohnen ganz in der Nähe. Sie sind hier, haben ausgestellt; leider Ev Rub nicht. Sie ist nur eine Ehefrau, aber auch eine bedeutende Malerin, und es ist eben manchmal so, daß zwei Leute malen.

Ich erinnere mich, daß das Radio lief und im RIAS aus Teil 1 von Solshenizyns „Archipel GULag“ gelesen wurde. Zum Glück wurde es im RIAS in deutscher Sprache gelesen und gut empfangen. Was für eine große Herausforderung, nun endlich Klartext zu sprechen – das ist mein nächstes Stichwort –, die Sklavensprache, die Andeutungen zu überwinden und ins Offene zu kommen!

Das war eigentlich auch der ironische Zuruf von Biermann, als er hier war. Er hat ständig provoziert. Erstaunlich, wie dieser Mann selbst im Jahre 1994 noch provozieren kann; sofort wird er genannt, im ersten Referat. Seine Vitalität ist offenbar noch da. Er hat uns ständig provoziert und gefragt, ob wir hier irgendwie einschlafen und nicht mehr richtig formulieren können.

Der Übergang zum Klartext war etwas, was Folgen hatte. Die sogenannte Wallraff-Methode wurde angewandt. Nun darf ich es doch für mich in Anspruch nehmen. Ich habe die „Gedächtnisprotokolle“ geschrieben. Es sind ja einige Kollegen von der Universität da, die damals Dozenten waren. Sie haben es bemerkt, wenn jemand auch in die Partei hineingegangen ist, eine kurze Zeit dort sein durfte, dann mit allen Pauken und Trompeten hinausgeschmissen wurde und die Dokumente dann sofort veröffentlicht wurden. Wodurch? Aufgehetzt durch Leute wie Biermann.

Von Bedeutung waren auch die Kontakte zu Heinrich Böll und Günter Wallraff, und diese Kontakte wurden durch die kulturellen, literarischen und politischen Schienen in die Stadt hineingetragen, die ich angedeutet habe.

Letztes Stichwort: Wir haben uns damals sehr gegen Gruppenbildung gewandt. Wir merkten, daß die Staatssicherheit in ihrer Strategie immerzu Gruppen bilden und möglichst noch Waffen unterschieben wollte, und diese Gruppenbildung, staatsfeindliche Gruppenbildung, dieser kleine Klüngel in der Wohnung, der es gut meint, ganz heimlich ist – das war im Grunde ein Abziehbild, eine Gefahr der Staatssicherheit. Michnik sprach in anderem Zusammenhang in bezug auf Polen von der Gefahr der Illegalität. Wir haben darauf reagiert, indem wir gesagt haben: „Nun sagen wir alles, was wir denken, auch in die Wanzen hinein, und über die Dinge, die wirklich ganz wichtig sind, weil man nicht darüber sprechen kann, zum Beispiel Bücherschmuggel, um Manuskripte zu transportieren, sprechen wir nicht, das machen wir einfach. Aber wir gehen heraus aus dieser komischen Gruppenbildung, aus diesem Gedanken, aus kleinen Gruppen heraus die Gesellschaft kippen zu wollen.“ Das ist ja eigentlich die stalinistische oder leninistische Vorstellung, die Gesellschaft mit kleinen, geheimen Gruppen kippen zu wollen.

Dieser Weg war dann doch versperrt, einmal durch den Terror selber, aber auch durch die Antwort, die gekommen ist, und es hat sich dann daraus etwas entwickelt – das kann vielleicht heute noch durch andere vertieft werden –, was auch neu war und im Deutschen vielleicht nicht so häufig ist.

Sie haben viel über Wehner gearbeitet, und wenn ich jetzt an Brandt denke, erinnere ich mich: Als ich nach West-Berlin kam, stand dort „Brandt an die Wand!“ Was ist mit diesen deutschen Emigranten?

Als wir herausgeworfen wurden, in dieser komischen Situation der Ausbürgerung – und das ging ja in den ganzen achtziger Jahren weiter –, waren wir paradoxerweise, obwohl in Deutschland und auch teilweise ganz gut aufgenommen, wieder vor einer Mauer und in einer gewissen Weise, sehr

abgeschwächt, Emigranten. Daß wir an dieser Stelle sowohl die Diskussion mit dem Westen als auch die Beziehungen zum Westen aufgenommen haben und ins Freie gekommen sind, aber auch die Beziehungen nach Osteuropa und in die DDR nicht abreißen ließen, die Mauer durchlöchert haben und durch Friedensbewegungen, durch ökologische Initiativen, durch das, was auch in der Sozialdemokratischen Partei durch Leute wie Weisskirchen oder Thomas Meyer zustande gekommen ist, Fäden geknüpft haben, war sehr wichtig.

Und ich sage noch einmal – ein bißchen leise, aber doch zu verstehen –, daß die Weltsprache „Literatur“ eine solche war, die über die Grenzen gekommen ist. Das hat dazu beigetragen, daß keine Ruhe eingekehrt ist. Daß dann solche Regime, die durch so schmallippige, unmusische Leute an der Spitze repräsentiert sind, zusammenbrechen, ist vielleicht folgerichtig. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Noch einen Sprung zu Roland Jahn. Wie kommt jemand dazu, sich am 1. September 1982 auf das Fahrrad zu setzen, eine Fahne von Solidarnosc in der Hand oder am Rad befestigt, um deutlich zu machen, daß es einen Zusammenhang zwischen dem, was außerhalb Deutschlands im Osten geschieht, und dem, was in der damaligen DDR geschieht, gibt?

Roland Jahn: Wie kommt jemand dazu? – Das kann man natürlich nicht auf diesen einen Tag festlegen, auf diese eine Aktion, sondern das ist eine ganze Entwicklung.

Es ist heute vormittag über Motivation gesprochen worden. Es fängt in der Schule an. In der 10. Klasse wird der Freund von der Prüfung ausgeschlossen, weil er zu lange Haare hat. Das war 1970. Die Leute aus Jena, aus der DDR wissen das, Westdeutsche wissen wahrscheinlich nicht, was das bedeutete. Einmal die Haare über die Ohren zu tragen hieß, die Abschlußprüfung nicht machen zu können.

Diese Erlebnisse gehen dann weiter. Man kann wirklich stundenlang darüber erzählen, wie die Politisierung fortschritt. Das heißt, der kleinste Protest gegen diese Erscheinungen zog einen immer weiter hinein.

Ich fuhr damals zum Volksbildungsministerium hin und protestierte dagegen. Was geschah? Es gab Reaktionen an der Schule, und immer weiter ging es hinein.

1974, Freunde in Jena feierten Verlobung; es waren ungefähr 30, 40 Leute da. Es ging natürlich lustig zu – auf einmal kam die Polizei. Es wurde geräumt, es wurden Knüppel eingesetzt, die Leute wurden zusammengeschlagen und abtransportiert. Was machten wir, was machten unsere Freunde? – Sie schrieben sogenannte Eingaben, um sich zu beschweren: „Das kann doch nicht sein, daß hier einfach so ein Übergriff geschieht.“

Das heißt, man hatte den Glauben an Gerechtigkeit. Das Ergebnis war, daß diese Freunde, die die Eingaben geschrieben hatten, inhaftiert wurden,

mehrere Monate ins Gefängnis mußten, weil sie gesagt hatten: „Ihr Schweine, hört endlich auf!“ – oder so etwas. Oder: Eine Frau ist gegen den Spiegel geschubst worden, der Spiegel zerbrach, sie nahm die Glasscherbe und sagte: „Seht an, was ihr gemacht habt!“ Im Prozeß hieß es dann, sie sei mit der Glasscherbe auf den Polizisten losgegangen.

Diese Erfahrungen zogen einen wieder weiter hinein. Das war 1974, in einer Zeit, in der man das Gefühl hatte, daß es in der großen Politik etwas vorwärtsgeht. 1973 gab es die Weltfestspiele.

Dazu gehört auch meine eigene Erfahrung bei der Bereitschaftspolizei. Das ist ganz wichtig, und ich denke, das muß man immer wieder betonen. Wir alle haben eine Biographie; Jürgen Fuchs hat ein ganzes Buch über seine Armeezeit geschrieben. Das heißt, wir waren junge Menschen, wollten auch in dieser DDR leben und gestalten. Bei der Armee oder Bereitschaftspolizei erlebte man aber beispielsweise, daß Übungen gemacht wurden, wie man Studentenproteste in Jena niederschlägt. Einige Jahre später studiert man dann selber an dieser Universität und ist kritisch, und man weiß, diese Bereitschaftspolizei ist in Rudolstadt, 40 km weg von hier, und kommt, wenn es ernst wird.

Gleichzeitig gibt es aber das Erlebnis dieser Universität. Man studiert und denkt, dort sind kritische Geister, man spürt plötzlich eine Anpassung, die so weit geht, daß sich am Ende die engen Freunde lossagen, wenn es hart auf hart kommt.

Die Ausbürgerung Biermanns 1976 ist heute auch schon öfter angesprochen worden. Mit dreizehn gegen eine Stimme wurde der Beschluß über meine Exmatrikulation von der Universität gefaßt. Und schon war ich wieder an einem Punkt, an dem es nur noch einen Weg gab – sich klar zu bekennen. Ich wurde zur Bewährung in die Produktion bei Zeiss Jena geschickt. Das war in einer Zeit, als man dachte, wir müssen neue politische Wege suchen, gerade auch, weil die Freunde wie Jürgen Fuchs und Thomas Auerbach nach West-Berlin ausgebürgert wurden. Es war auch eine Zeit der Ohnmacht.

Wir wußten: Wenn wir uns jetzt wieder als Gruppe zusammenschließen, können wir als nächste ins Gefängnis kommen. Jahre der Ohnmacht waren das. Wir haben nach Wegen gesucht. Irgendwie war es auch eine Zeit, in der man Einzelaktionen gemacht hat.

Deswegen bin ich zum Beispiel auf die Idee gekommen zu sagen: Solidarnosc, das ist ein Zeichen. Hier muß auch etwas geschehen, bei diesen angepaßten Zeiss-Arbeitern. Das war das Empfinden. Ich habe aber auch viele Arbeiter gefunden, die ihre Meinung gesagt haben, wenn es darauf ankam. Trotzdem gab es so ein dumpfes Gefühl dieser Angepaßtheit. Rudi Molt sprach heute früh von dem Zwang zur Unaufrichtigkeit. Ich wollte ein Zeichen setzen und sagen: „Seht, Solidarnosc!“ Ich sagte mir: „Ich mache eine Fahne ans Fahrrad und werde nicht verhaftet.“

Die Naivität damals war – das sage ich jetzt – die Annahme, daß, wenn ich die DDR-Strafgesetze genau beachte, sie einhalte, mir nichts passieren kann. Eine polnische Fahne am Fahrrad mit der Aufschrift „Solidarität mit dem polnischen Volk!“ – das war die Staatslosung, die habe ich im „Neuen Deutschland“ gelesen und hingeschrieben. Eine kleine Doppeldeutigkeit war, daß es in Polnisch geschrieben war, mit dem Schriftzug von Solidarnosc. Damals hatte ich die Naivität, daß ich damit vor Gericht natürlich bestehen kann. Wer will mich einsperren?

Und ich fuhr Monate – Monate! – mit dieser Fahne am Fahrrad durch Jena, und auch Arbeiter riefen mir zu „ha, Solidarnosc !“, und es war Sympathie da. Ich habe die Fahne auf meinem Schreibtisch im Büro gehabt, und es passierte nichts. Ich wurde auch einmal festgenommen von einem übereifrigen Polizisten; es passierte nichts, als ich sagte, es sei doch nicht verboten.

Es passierte erst etwas, als es immer weiter ging, als ich angefangen habe, das Heiligtum anzukratzen, nämlich die Staatssicherheit. Im Jahre 1981 kam unser Freund Matthias Domaschk aus der Untersuchungshaftanstalt nicht wieder. Da war das Gefühl da, es kann jeden treffen, es geht hier um Leben und Tod, nicht nur um irgendwelche Kinkerlitzchen, sondern um Leben und Tod. Dieses Gefühl heißt, jetzt müssen wir auch klar bekennen.

Wir haben damals gesagt, wir müssen Aktionen machen, Flugblätter drucken. Aber in einer Stadt wie Jena weiß man schnell, wo die Flugblätter herkommen. Da habe ich gesagt, daß wir auch da wieder die Strafgesetze beachten müssen, ganz naiv. Ich habe die SED die Flugblätter drucken lassen, nämlich in der Zeitung „Volkswacht“, und habe sie ausgeschnitten. Die Jenaer wissen, daß es gar nicht so einfach war, so eine Zeitung zu besorgen. Freunde halfen mit Zeitungen, Postboten halfen usw., und dann haben wir es geschafft, zu zweit 100 dieser Anzeigen in der Stadt zu kleben, Todesanzeigen für Matthias Domaschk.

Die Stasi hat mich vernommen, hat mich verhört, aber sie konnte mich nicht einsperren – dachte ich; bis zu dem Punkt, an dem mir diese kleine Aktion dann nicht mehr genug, sondern mir wichtig war, daß die Öffentlichkeit davon erfährt. Was nützt es, wenn die Stasi irgendwo etwas abkratzt, und ich habe meine Selbstbefriedigung? Das war ähnlich wie in den kleineren Gruppen, von denen Jürgen Fuchs sprach: Wir mußten hinaus, wir mußten in die Öffentlichkeit.

Das heißt, ich habe dann organisiert, daß all diese Aktionen auch im Westen bekannt wurden. Das war der Punkt. Als dann im „Spiegel“ eine Veröffentlichung über den Diebstahl einer Gedenkplastik für Matthias Domaschk vom Jenaer Friedhof abgedruckt war, wurde ich verhaftet. Anlaß: polnische Fahne am Fahrrad, zufällig am 1. September. Der Stasi-Vernehmer sagte nur: „Die polnische Fahne, das ist doch nur Kompott. Es geht doch hier um uns, um Ihre Aktion zu Domaschk.“

So setzt sich das immer weiter fort. Die Erfahrungen der Haft: In der Haft wird das Arbeitsgesetzbuch außer Kraft gesetzt. Es wird ein Arbeitsgerichtsprozeß durchgeführt; man sagt: „Sie werden aus dem Betrieb entlassen.“ Das war nicht zulässig, weil man erst nach dem Strafprozeß entlassen werden durfte. Nach dem Prozeß – ich wurde entlassen, und es wurde mir Recht oder Unrecht gesprochen – kam der Vernehmer herein und sagte mir: „Haben Sie nun gesehen? Es kommt nicht darauf an, wer recht hat, sondern wer die Macht hat.“ Dann fügte er noch hinzu: „Und die haben wir im Interesse der Arbeiterklasse.“

Das heißt, ein Punkt nach dem anderen kam, bei dem man auch seine Naivität abstreifte, bei dem man dann plötzlich sah: Dieses System, das sich Mitte der siebziger Jahre besonders nach außen hin als ein demokratischer Staat repräsentiert hat, von vielen bundesdeutschen Politikern auch so gesehen worden ist, hat eine Maske, und wenn man sie herunterzerrt, ist es nicht bereit, die Gesetzlichkeiten, die es sich selbst gegeben hat, zu akzeptieren. Ich wurde für diese polnische Fahne zu einem Jahr und zehn Monaten verurteilt.

Um das vielleicht noch abzurunden: Gerade das Bleiben hat heute eine Rolle gespielt, das Bleiben in der DDR, dort Opposition zu sein, nicht wegzugehen. In meinem Fall habe ich genau gespürt, wie schnell es gehen kann, daß man hinausgetrieben wird, und ich mußte mich korrigieren.

Ich war immer gegen diese Ausreiser; von denen habe ich mich verraten gefühlt. Ich mußte mich insofern korrigieren, als ich gesehen habe, daß diejenigen, die sich gegen die Ausreise am meisten wehren und andere beschimpfen, dieser Ausreise am nächsten sind. Das geschieht mit so subtilen Mitteln, so, daß jeder Pfarrer sich hinsetzen und sagen kann, das seien alles nur Verräter, die alle nur in den Westen wollten.

Ich denke, gerade die Haft hat bei vielen Freunden dazu geführt, daß sie dann gesagt haben: „Was soll das noch, wenn ich rauskomme? Mich holt keiner mehr ab.“ – Das wird natürlich dann dadurch beeinflusst, wenn zum Beispiel Rechtsanwalt Schnur in die Haft kommt und fragt, ob man nicht lieber ausreisen wolle. Wahrscheinlich kennt jeder den Namen des Rechtsanwalts Schnur und weiß, in wessen Auftrag er das gemacht hat. Trotzdem hat man es in Jena nicht geschafft, weil es Proteste aus dem Westen gab.

Man muß wahrscheinlich ganz, ganz viel erzählen in diesem Zusammenhang. Während meiner Inhaftierung wurden noch andere Freunde inhaftiert, es gab die großen Protestaktionen, die Schweigeminuten, und wir wurden als Jenaer Friedensgruppe in dem Sinne im Gefängnis gehalten. Die Proteste im Westen haben dazu geführt, daß wir wieder hinausgelassen wurden. Das war einmalig.

Damit sind wir bei dem Punkt, wie der Westen geholfen hat. Das war nämlich ganz, ganz viel, und er war immer auch ein Strohalm für die Leute in Haft. Dieses Herauskommen aus dem Gefängnis, zu sagen: „Ich bleibe, ich

gehe nicht weg, obwohl ich auf Anraten von Herrn Schnur im Knast einen Ausreiseantrag geschrieben habe, ich bleibe in dieser DDR.“ – Das hat auch wieder nichts genutzt, denn sie haben ihre Gesetze wieder auf den Kopf gestellt, und nach drei Monaten haben sie mich auf der Straße festgenommen, in Knebelketten gelegt und mit dem Zug nach West-Berlin gebracht. Das bedeutete für mich die Erkenntnis: Am Ende werden sie auch dazu bereit sein, denjenigen, der bleiben will, mit Gewalt hinauszubringen.

Deswegen muß man ganz, ganz vorsichtig sein, wenn man Leute, die den Entschluß faßten, wegzugehen, verurteilt. Bei den einen kann schon der Rausschmiß von der Uni der Anlaß sein, und bei den anderen ist es das Jahr Haft, und bei den letzten muß es halt die Gewalt sein, aber Unrecht ist nur subjektiv erlebbar, und jeder muß die Freiheit haben zu entscheiden, wann er geht. Das ist ganz, ganz wichtig. (Lebhafter Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Herr Marx, jeder muß die Freiheit haben zu gehen, wann er will, und er selbst entscheidet ganz allein. Wie waren die Erfahrungen, die Sie gemacht haben?

Hermann Marx: Meine Erfahrungen beim Gehen waren sehr einfach. Ich hatte die fünf Jahre hinter mir. Meine Frau war tagtäglich vom Staatssicherheitsdienst bedrängt und bedroht, über viele Monate nach meiner Verhaftung hinweg, und es war keine Lebensgrundlage da, um dort weiterzumachen.

Es kommt etwas Weiteres hinzu – das will ich einmal dem voranstellen, was ich aus meiner Zeit, nämlich der Zeit von 1947 bis 1952, zu berichten habe –, was heute hier vielleicht ein bißchen untergegangen ist. Ich bin sehr beeindruckt von dem, was über die siebziger und achtziger Jahre alles an Material zusammengetragen ist und umgesetzt und veröffentlicht wird. Ich bin ein wenig traurig darüber, daß über die Zeit davor so wenig da ist, und ich frage mich immer wieder: Warum? Könnte da nicht mehr getan werden?

Ich schränke sofort ein: Ich weiß aus vielen Gesprächen gerade mit jungen Wissenschaftlern, die gerade jetzt an diese Zeit herangehen und aus den Archiven heraus arbeiten, daß auch noch etwas anderes dabei ist, und das bitte ich Sie zu bedenken. Das ist bis jetzt noch gar nicht zur Sprache gekommen, obwohl es allen unseren Berichten immanent ist. Es ist die ganz andere Öffentlichkeit, die es für die siebziger und achtziger Jahre gegeben hat.

Das, was in den vierziger und fünfziger Jahren passierte, ist in einem so engen Rahmen öffentlich geworden – selbst wenn Berichte nach draußen gedrungen sind –, daß es heute zu einem großen Teil wieder der Vergessenheit anheimgegeben ist. Wir haben heute schon gehört, über wieviele Menschen, die verhaftet worden sind, es hinterher keine Berichte mehr gegeben hat, so daß wir heute gar nicht mehr wissen, was aus denen geworden ist. Auch dies gehört dazu; das müssen wir akzeptieren. Das ist die Situation. Aber wir müssen sehen, daß wir ein Stück mehr herausfinden aus dem, was in den

vierziger und fünfziger Jahren passiert ist, damit wir auch diese Periode so darstellen können, daß sie verständlich wird. (Beifall)

Ich bin 1924 in Erfurt geboren, dort zur Schule gegangen, Kriegsdienst von 1942 bis 1945, Abitur 1946 in Erfurt, Studium der Rechtswissenschaften vom Wintersemester 1947 bis 1950 in Jena, seit 1949 verheiratet, März 1952 als Gerichtsreferendar beim Landgericht Erfurt, vom Staatssicherheitsdienst verhaftet, als Leiter einer Widerstandsgruppe von Studenten und ehemaligen Studenten der Liberalen Hochschulgruppe in Jena zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, U-Haft der gesamten Gruppe im Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen, wohl – wie wir wahrscheinlich nicht zu Unrecht vermuten – zunächst mit der Absicht, einen Schauprozeß zu machen, weil Ulbricht über diese Gruppe zweimal öffentlich bei SED-Veranstaltungen gesprochen hat.

Im Oktober 1956 wurde ich nach Intervention von Thomas Dehler entlassen, direkter Weggang nach West-Berlin, von 1960 bis 1970 Rechtsanwalt, Verlagsleiter, Justitiar und dann Personal- und Organisationsleiter in der F.D.P.-Bundesgeschäftsstelle, 1970 bis Ende 1979 im BMI und Bundeskanzleramt und dann wieder im BMI. 1970 bis 1972 war ich Mitglied der Verhandlungsdelegation der Bundesrepublik für Transitabkommen, Verkehrsvertrag und Grundlagenvertrag. Seit 1980 bin ich wieder Rechtsanwalt.

Meine politische Orientierung war wie bei vielen jungen Menschen, die damals an die Universität gingen, weitgehend durch Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und die aufdringliche Bevorzugung der SED bestimmt. Schlüsselerlebnis war eine erste Verhaftung während des Kommunalwahlkampfes 1946, als ich gegen den Auftritt eines SED-Redners protestierte. Damals wurde ich Mitglied der LDP. Meine Mitarbeit in der LDP-Hochschulgruppe hat sich schnell verfestigt, insbesondere nach der Immatrikulation 1947. Dort habe ich dann diese Zeit erlebt.

Ende 1947 fanden gerade die Studentenratswahlen in Jena statt. Das heißt, in den einzelnen Fakultäten wurden die Vertreter für die Fakultäten gewählt. Das waren noch Versammlungen, die durchaus nach demokratischen Gesichtspunkten abliefen. Es wurden Fragen gestellt – auch an die SED-Vertreter – nach HJ-Führervergangenheit und NSDAP-Mitgliedschaften, was für sie sehr peinlich war. All dies spielte sich damals noch in einem freieren Rahmen ab, aber es waren auch zugleich wohl die letzten Studentenratswahlen, die nach solchen demokratischen Spielregeln durchgeführt worden sind.

Damals wurde als Vorsitzender Bernhard Reichenbach von der LDP gewählt, der schon in der Periode davor Studentenratsvorsitzender und auch Zonensekretär im studentischen Zonenrat war. Gleichwohl hat die SED alles darangesetzt, um diesen Mann zu beseitigen. Es ist ihr gelungen, indem die gewählten Studentenratsmitglieder zum sowjetischen Offizier geführt wurden und im Beisein der Frau Torhorst, der Kultusministerin, so lange bedrängt worden sind, bis sie an einzelnen Punkten nachgegeben haben, obwohl Reichenbach

im Beisein des Majors Malzew noch erklärte, daß er nicht zurücktrete. Er mußte dann den Vorsitz an Binternagel, SED, abgeben.

Doch auch dieser Studentenrat und gerade dieser Studentenrat hat die SED-Vertreter immer wieder überstimmt oder eigene Positionen in den öffentlichen Sitzungen vorgetragen, denn der Studentenrat tagte damals öffentlich in der Mensa, und es war immer das Publikum, nämlich die Studentenschaft, dabei. Das hat die SED benutzt, um nun reihum gegen CDU- und LDP-Studentenräte zusammen mit den beiden Hochschulgruppen vorzugehen. Das trifft vor allen Dingen auf die Legislaturperiode 1947 bis 1949 zu. Danach hatte der Studentenrat seine Hauptaufgabe, die Interessen der Studenten zu vertreten, so gut wie völlig verloren.

Weil wir uns jetzt hier zeitlich beschränken müssen, habe ich für das Sekretariat zur Arbeit des Studentenrates von 1947 bis 1949 aus den Studentenratsprotokollen dieser Zeit, die sich im Universitätsarchiv in Jena befinden, eine Auflistung von Einzelaktionen beigefügt, die sowohl die Verfolgung der aus Sicht der SED mißliebigen Studentenräte aufzeigt als auch deutlich macht, daß über den ganzen Zeitabschnitt Opposition betrieben worden ist, die sich wegen der ständig drohenden persönlichen Gefahr auch als Widerstand gegen das Regime darstellt.

Das gilt auch für andere Aktionen, etwa die Rückkehr des Herrn Georg Schneider, Biologe. Er kam 1947 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück und war dafür vorgesehen, den Kader der SED im Wissenschaftsbereich, der ja so minimal klein war, daß man ihn um diese Zeit gar nicht sehen konnte, zu verstärken und nach vorn zu bringen. Als Schneider seine Antrittsvorlesung hielt, wurde er von den Studenten ausgescharrt. Das Ergebnis war: Die Zulassungen wurden überprüft, und über 100 Studenten wurden als angebliche Militaristen von der Universität verwiesen.

Auch das sind Aktionen gewesen, die natürlich ihre negativen Auswirkungen hatten, die aber immer wieder gezeigt haben, daß die Studentenschaft sich mit dieser Entwicklung einfach nicht abfinden wollte.

Da gibt es kleine Dinge, über die man lachen kann, aber sie stellen doch ein bißchen auch die ganz andere Situation in dieser ersten Periode dar. – Im Oktober 1947 hielt der thüringische Ministerpräsident Werner Eggerath eine Rede zum Zweijahresplan in Jena. Am Vorabend – das erfuhr die SED – hatte der Hochschulgruppenvorstand der LDP getagt. Er beabsichtigte, am nächsten Tag, an dem Eggerath kam, eine eigene Veranstaltung in Jena zu machen. Das waren damals noch Zeiten, in denen die SED daraus Konsequenzen zog. Herr Ammer hat darauf hingewiesen. Im Wintersemester 1948/49 hatte die LDP-Hochschulgruppe 635 Mitglieder. Das Ergebnis war: Am nächsten Morgen, an dem Tag, an dem Eggerath sprach und an dem die andere Veranstaltung sein sollte, wurde der Vorstand der LDP-Hochschulgruppe verhaftet. Am Abend wurden die Leute wieder freigelassen, und es wurde ihnen gesagt, es habe

sich um eine Verhaftung zum eigenen persönlichen Schutz gehandelt. Dies – gerade das letzte, was ich gesagt habe – muß man vor dem Hintergrund der politischen Hochschulgruppenarbeit von CDU und LDP sehen.

Auf die Mitgliederentwicklung habe ich bereits hingewiesen. Die Hochschulgruppe hatte damals bis über 200 Teilnehmer bei ihren Veranstaltungen. Auch das muß einmal herausgehoben werden. Dies war natürlich der SED bekannt und ihr ein Dorn im Auge.

Eine eigene wissenschaftliche Arbeitsgruppe der Hochschulgruppe forderte noch bis 1949 die SED öffentlich heraus. Wir haben eine Veranstaltung gemacht, zu der wir den Philosophen Max Bense, den Physiker Martin Kersten, Georg Klaus, den Repräsentanten der Gesellschaftswissenschaften, und Bruno Warnke, einen Bruder des FDGB-Warnke, eingeladen haben. Es war eine ganz großartige Veranstaltung. Damals wurde die „sozialistische Mehrwertlogik“ diskutiert. Max Bense hat sie von vorn bis hinten verrissen. Das waren die Veranstaltungen, die der SED sehr, sehr weh getan haben, weil bei diesen Veranstaltungen eben immer auch Leute dabei waren, die parteipolitisch gar nicht gebunden waren. Dies gehört zu diesem Kapitel unmittelbar dazu.

Als wir 1949 in der vollbesetzten Aula eine öffentliche Auseinandersetzung über den dialektischen Materialismus veranstalteten und Referent und Vorstandsmitglieder aus Leipzig eingeladen hatten, wurde ich bald danach als Hochschulgruppenvorsitzender zur Kommandantur bestellt, wo mir vorgeworfen wurde, die LDP-Hochschulgruppe hätte eine nicht genehmigte überregionale Veranstaltung durchgeführt.

Ein ganz anderer, aber außerordentlich wichtiger Punkt waren unregelmäßige geheime Treffen der Hochschulgruppenvorstände von CDU und LDP. Aus dem Bericht der später verhafteten Freunde bei der CDU und aus meinen eigenen Vernehmungen schließe ich, daß die SED wohl auch darüber informiert gewesen ist, aber es war für uns eine unbedingte Notwendigkeit, uns abzustimmen, beispielsweise für Blocksitzungen, in denen wir die Einstimmigkeit des Blockverfahrens gegen die SED ausnutzten, was zur Folge hatte, daß ausgerechnet die SED bereits 1949 in Jena die Auflösung des Blocks verlangte. Das war also die Umkehrung der offiziellen Position, die sich aus diesem Verhalten der Hochschulgruppe ergeben hat.

Noch ein Beispiel für die Beschäftigung mit politischen Grundsatzfragen – auch wenn daraus von vornherein nichts werden konnte –, damit Sie sehen, was dort geschah: Auf der Eröffnungsveranstaltung der LDP-Parteischule in Behrendorf bei Berlin im August 1949 mit einem Studentenlehrgang wurde auf Vorschlag der Jenaer Gruppe die LDP-Parteileitung aufgefordert, bei den Beratungen um die künftige Verfassung eine Kriegsdienstverweigerungsklausel einzubringen. Auch das waren Diskussionen, die am Ende nichts gebracht, aber die gleichwohl Interesse geweckt haben.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die SED ab 1949 die Sozialisierung der

Universität durchgesetzt hatte und nun eine gänzlich andere Epoche begann. Über die Leisegang-Versammlung und die Studentenvollversammlung zu den Wahlen 1949 ist gesprochen, darüber ist auch viel geschrieben worden.

Einer von unseren Leuten, mein Vorgänger im Vorsitz der Hochschulgruppe, hat den Rektor Schwarz, den roten Schwarz, in der Öffentlichkeit der Lüge bezichtigt. Er wurde wenige Tage später verhaftet, ebenso der Vorsitzende der CDU-Hochschulgruppe Pauly. Ich sage dies noch einmal, um darzustellen, daß das Zusammenarbeiten von CDU und LDP in dieser Zeit eine ganz wichtige Situation gewesen ist, denn wenn sich da einer gegen den anderen gestellt hat, war der einzelne um so mehr verraten.

Noch einige Bemerkungen: Nach dieser Umstellung war es natürlich auch damit vorbei, öffentlich aufzutreten, weil dies nichts anderes als die sofortige Verhaftung des Auftretenden selbst und seiner ganzen Umgebung gebracht hätte. Das, was dann passierte, war der Widerstand im Untergrund; dazu haben wir vieles gehört.

Wir haben damals bergeweise von Berlin die „Tarantel“, den „Kleinen Telegraph“ oder George Orwells „1984“ in der Zeitschrift „Der Monat“ mitgebracht. Die Hochschulgruppenarbeit ging dem Ende entgegen. Aus meiner Zeit: Wir, neun Studenten und zwei weitere Freunde, wurden Anfang 1952 verhaftet. Der nachfolgende Vorstand wurde Ende des Jahres dann verhaftet; das war der letzte. Der Vorsitzende dieser allerletzten Hochschulgruppe ist 1954 in der Haft verstorben. Damit war praktisch die Hochschulgruppenarbeit beendet. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Haben Sie herzlichen Dank, Herr Marx. Ich möchte gleich die nächsten beiden darum bitten, in der historischen Abfolge auf die fünfziger Jahre einzugehen. Anschließend machen wir dann wieder einen Sprung in die siebziger Jahre. Herr Jagusch und Herr Prof. Grille, bitte gleich hintereinander.

Karl-Heinz Jagusch: Ein paar Angaben zur Person: Ich bin mit 18 Jahren 1953 hierher nach Jena zum Mathematikstudium gekommen, bin 1958 während des fünften Studienjahres verhaftet und nach sechsmonatiger Einzelhaft in Gera zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach Verbüßung der Strafe habe ich ein Jahr als Hilfsarbeiter in der Produktion gearbeitet, 1961 hier in Jena mein Studium beenden können und bin anschließend im Jenaer Glaswerk als Diplommathematiker in der Forschungsabteilung eingestellt worden.

Als die Angliederung des Glaswerkes an das Zeiss-Kombinat erfolgte, hat die dortige Objektstelle für Staatssicherheit festgestellt, daß ich einen schwarzen Fleck auf meiner Weste habe, so daß ich aus der Forschung im Jenaer Glaswerk 1978 entfernt wurde. Ich habe dann nicht mehr viel auf meinem Gebiet der Mathematik machen können.

Ich bin 1990 Belegschaftsratsvorsitzender geworden und bin zur Zeit Betriebsratsvorsitzender im Jenaer Glaswerk. Ich will noch erwähnen, daß ich seit 1978 der Thüringer Evangelischen Landessynode angehöre, deren Präsident ich zur Zeit bin. Von 1980 bis 1990 war ich in der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Ich möchte, bevor ich auf die Frage nach den Motiven für oppositionelles Verhalten eingehe, noch kurz sagen: Ich bin die ganze Zeit in der DDR gewesen, und ich schäme mich dafür nicht. (Beifall aus dem Publikum) DDR war ja eine Abkürzung für „der doofe Rest“, wie es mal hieß. Ich möchte mich nicht zu diesem „doofen Rest“ zählen; ich möchte auch nicht eine andere Übersetzung von DDR im Sinne von „die duften Revolutionäre“ wählen. Ich habe einfach hier gelebt und versucht, so zu leben, daß ich, wenn ich in den Spiegel sehe, mir noch in die Augen schauen konnte. (Beifall aus dem Publikum)

Ich habe über eine Antwort auf die Frage, die hier zur Debatte steht – Motivationen für oppositionelles Verhalten –, nachgedacht und formuliere so: Es war für mich das Verlangen, aus dem Leben in der Lüge einmal auszubrechen. Ein Oberschüler hat 1951 auf dem Kirchentag in Berlin formuliert: „Ich bin Oberschüler in der DDR, und das heißt, ich muß lügen.“

Ich erinnere in dem Zusammenhang nur an ein Abiturthema von 1953, das hieß: „Weisen Sie nach, daß Josef Stalin der weiseste Mensch der Erde ist.“ (Heiterkeit)

Wir haben das damals natürlich bewiesen, und solche Dinge wurden in ähnlicher Weise von uns als Studenten ja auch verlangt.

Der Anlaß für mein konkretes oppositionelles Verhalten war die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn 1956. Peter Herrmann stellte damals die Frage: „Wollen wir eigentlich weiter so feige sein und nicht einmal wenigstens sagen, was wir denken?“

Ich war denn Mitorganisator einer Versammlung der Mathematikstudenten des ersten bis vierten Studienjahres am 5. November 1956. Wir haben dort eine Entschließung angenommen, in der als schlimmste Formulierung stand: „In den Prüfungen in Marxismus-Leninismus sehen viele Studenten eine indirekte Beeinträchtigung ihrer Gewissensfreiheit.“ – Die Begründung war, daß wir in den Prüfungen ja eine Wissenschaft anwenden müßten, und die Anwendung der wissenschaftlichen Weltanschauung setzte für denjenigen, der er sie nicht hatte, voraus, daß er einfach lügen mußte.

Als Reaktion auf diese Versammlung berief der Prorektor für Studienangelegenheiten am 7. November eine Versammlung ein, an der auch ca. 50 Arbeiter von Zeiss teilnahmen. Auch dort wurde sehr ungezwungen und frei geredet, und der Vorwurf, wir wollten einen Aufstand wie in Ungarn machen, wurde von uns damals zurückgewiesen.

Am 8. November, wie uns Prof. Hämel sagte, wollte die Stasi eingreifen. Er hat das damals verhindert, hat uns im Abbeanum zusammengerufen und wörtlich gesagt: „Mir liegt Ihr Schicksal am Herzen, jetzt und später; machen Sie mir keinen Kummer, kommen Sie mit Ihren Problemen zu mir.“

Ich trat in der Folgezeit aus der FDJ aus, weil es hieß: Wer diese Dinge, die wir da formuliert haben, weiterhin vertritt, kann nicht Mitglied der FDJ sein. – Daraufhin haben wir – meine Freundin und ich – unsere Ausweise weggebracht.

Ich habe aber dann weiter das praktiziert, was ich hier als „Mindestanpassung“ formuliert habe. Als ich 1958 verurteilt wurde, geschah das wegen Durchführung einer illegalen Versammlung, der Organisation einer illegalen Zusammenkunft in meiner Studentenbude und der Weitergabe der „Hetzschrift“ von Wolfgang Leonhard „Die Revolution entläßt ihre Kinder.“ Sie hat übrigens damals für uns sicherlich genau die Bedeutung gehabt wie vielleicht später der „Archipel GULag“ von Solschenizyn. Ich habe von dem Ausbruch aus dem Leben in der Lüge und dem Versuch, in der Wahrheit zu leben, gesprochen. Ich möchte, auch ohne daß ich mich da abgesprochen habe, hinzufügen: Die Kommilitonen, die beim Physikerball mitgewirkt haben, die dort also Kritik an den Wahlen, wie sie damals abliefen, oder an der Partei geübt haben, waren, glaube ich, auch beseelt einfach von der Aussicht, einmal vor einer großen Menge die Wahrheit in einem Kabarett zu sagen, und wer das damals mit angehört und wer das befreiende Stöhnen unter den Studenten erlebt hat, der kann eigentlich als Begründung nur sagen: Hier wurde einmal nicht gelogen, hier wurde gesagt, wie man denkt, und das war damals eine ganz wichtige Sache.

Ich möchte zum Abschluß zwei Bemerkungen allgemeiner Art machen.

Erstens: Die Formulierung, zu versuchen, in der Wahrheit zu leben, stammt ja aus dem Essay von Václav Havel „Versuch, in der Wahrheit zu leben“, 1978 geschrieben. Ich meine, die Beschreibung eines posttotalitären Staates, wie er es nennt, und die Darstellung, wie ideologiegeprägt er ist, trifft hundertprozentig auf die DDR zu, und man kann es eigentlich auch kaum – ich denke da an Ihre Kommission –, wenn man allgemein darüber etwas sagen will, besser formulieren.

Zweitens möchte ich Motive für meine Bereitschaft nennen, hier aufzutreten. Ich stimme der Methode zu, Zeitzeugen zu hören und nicht aus irgendwelchen Akten verzerrte Darstellungen zur Beurteilung heranzuziehen. Ich vermute, daß der Dokortitel, der mir hier zugeteilt wurde, und die Mitgliedschaft in der Ammer-Gruppe letztlich aus Stasi-Akten entnommen worden sind, denn ich habe weder promoviert noch habe ich der Ammer-Gruppe angehört. Das hat sogar noch nicht einmal das Gericht so festgestellt. Daß ich der Ammer-Gruppe angehörte, das hat erst die Stasi in den achtziger Jahren, als sie mich erneut in einem operativen Vorgang behandelt hat, dann so formuliert.

Ich möchte weiterhin daran erinnern, daß eben auch schon in den fünfziger Jahren versucht worden ist, in der Wahrheit zu leben, und nicht erst von manchen in den achtziger Jahren im Schutzraum der Kirche. Die Mitgliedschaft in der Studentengemeinde wurde mir damals vor Gericht als belastend vorgeworfen, weil ich angeblich Werbung dafür gemacht habe.

Mit dem Hinweis auf Professor Hämel und seine Reaktion auf die Ankündigung der Stasi, sie wolle jetzt eingreifen, möchte ich daran erinnern, wie Verantwortliche versucht haben, Schlimmes zu verhüten. Und wie schnell wird manchem heute daraus Zusammenarbeit mit der Stasi unterstellt.

Das letzte, was ich sagen wollte: Ich möchte einfach auch hier an Menschen erinnern, die wirklich Opfer geworden sind. Ich meine damit nicht mich, sondern Mitverurteilte, die in der Haft die Nerven verloren haben, zum Teil heute noch nervlich zerrüttet sind, deren Ehen zerbrochen sind, die in der Einzelhaft von Selbstmordgedanken gequält worden sind und deren wissenschaftliche Laufbahn von der Stasi versperrt worden ist.

Versuch, in der Wahrheit zu leben – mehr war mein Verhalten damals nicht, aber bereits der Versuch war strafbar. (Lebhafter Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Herr Professor Grille.

Prof. Dr. Dietrich Grille: Sie werden sich totaliter aliter behandelt vorkommen, wenn Sie mir zuhören, obwohl es zunächst nicht so scheint, wenn ich Ihnen sage, daß ich 1958 hier aus Jena weggehen mußte. Ich bin nicht gern gegangen, ich habe mich hier wohlgefühlt. Kollege Weisskirchen, ich darf einmal geschäftsführend ohne Auftrag der Stadt Jena und dem abwesenden Oberbürgermeister Dr. Röhlinger ein Kompliment machen.

Ich mußte weggehen und habe 30 Jahre lang nicht ein einziges Mal eine Einreiseerlaubnis bekommen. Ich habe die vier Kinder meiner Schwester erst am 11. November 1989 gesehen, die zwei Söhne beispielsweise als 25-jährige Burschen. In dem Alter konnte ich ihnen zum ersten Mal von Mann zu Mann in die Augen schauen. Meiner Schwester wurde auf dem Volkspolizeiamt gesagt: „Ihr Bruder wird schon wissen, was er gemacht hat.“ – Und nun sage ich Ihnen eines: Ich habe überhaupt nichts gemacht. (Heiterkeit)

Ich war hundertprozentig angepaßt, und wenn ich jemals gegen den Stachel gelockt hätte, dann hat es das Regime zu seiner Zeit nicht erfahren. Ganz im Gegenteil: Ich habe nicht nur das Mehrkampfleistungsabzeichen in der GST für ganz hervorragende Leistungen im Friedenshandgranatenzielwurf bekommen (Heiterkeit); ich habe auch eine Belobigungsurkunde des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen für Leistungen im Ernteeinsatz bekommen, und trotzdem kam ich dann unter Druck.

Ich will die Zusammenhänge nicht im einzelnen schildern, mich aber auf folgendes beziehen, was hier vielleicht auch noch der Ergänzung bedarf: Das, was uns heute vormittag und auch jetzt eben gesagt worden ist und mich

als sozusagen Nichtoppositionellen zu tiefem Respekt bewegt – ich möchte das auch noch einmal sagen –, ist ja auch deshalb möglich gewesen, weil die Bürger in ihrer großen Mehrheit Sympathie entwickelt haben, zu einem Zeitpunkt bereits, als die Wirtschaftsentwicklung, die Kluft zwischen dem Wirtschaftswunderland und der DDR, noch nicht so deutlich war, als es also andere Faktoren gegeben haben muß, die die Bevölkerung auf Distanz zur SED gehalten haben, und das liegt an der SED selber – es ist in mehreren Beiträgen schon angeklungen –, die ihrerseits die Bürger, auch die Jugendlichen, die gar nicht DDR-feindlich sein wollten, zur Opposition konstituiert oder definiert hat. Dabei sind nicht nur solche, die wie die jungen Leute mit den langen Haaren auch einmal „Ätsch“ machen wollten, sondern auch solche, die einfach nur ganz normal gelebt haben, unter Druck geraten.

Ich möchte ein paar Fälle hier kurz schildern.

Der erste beinhaltet die Folge des spontanen Abbruchs eines Ernteeinsatzes im Herbst 1954. Der Vorgang ist schon literaturfähig geworden. Herr Eckardt Mesch, ein alter Freund aus diesen Zeiten, hat ein dickes Buch im Frühjahr 1992 veröffentlicht: „Nicht mitzuhassen sind wir da“. Da schildert er den Vorgang, bei dem der angebliche Rädelsführer der Seminargruppe, die den Ernteeinsatz verlassen hat, in einem Tribunal in der „Rosen“ drüben richtiggehend psychologisch pulverisiert worden ist.

Das war eine hochkarätige Seminargruppe, so muß man aus heutiger Sicht sagen. Der spätere ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen Dr. Wolfgang Herger – Herr Meckel wird es wissen, daß der auch noch ein paar Tage beim Egon Krenz im Politbüro gesessen hat – gehörte auch zu dieser Gruppe, wurde aber nicht als Rädelsführer geoutet, sondern Gerhard Schmidt. Nach dieser Pulverisierung trat Hämel in Erscheinung – Kollege Jagusch hat das schon sehr schön geschildert – und hat dafür gesorgt, daß Schmidt von dem SED-Vorwurf rehabilitiert wurde, disziplinlos gewesen zu sein. Er war aber so fertig, daß er, obwohl er die DDR bis zu seinem Tod – er ist in den siebziger Jahren gestorben, relativ früh – nicht verlassen hat, trotzdem das Studium nicht noch einmal aufgenommen hat.

Nun möchte ich einmal erzählen, warum man unter Umständen im Jahr 1954 einen Ernteeinsatz verläßt. Da war überhaupt nichts von Politik in Rede, sondern die SED hatte noch nie einen Ernteeinsatz dieser Art hier in Jena organisiert. Bis dahin haben die Bauern ihre Kartoffeln noch selber aufgelesen. Sie hatten ein hohes Ablieferungssoll und wurden drangekriegt, wenn das nicht kam. Es wurde auch geschafft.

Aber seit 1952 gab es die ersten wenigen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auf streng freiwilliger Basis. (Heiterkeit) Diejenigen, die das gegründet hatten – wirklich freiwillig –, waren Schlitzohren. Sie haben so getan, als glaubten sie der SED, daß sie sich nicht mehr schinden müssen. Die machten Ernst damit! (Heiterkeit) Um die Blamage zu vermeiden, daß die

Kartoffeln nicht aus dem Boden kamen, wurden wir hinausgeschickt, und zwar ohne Vorbereitung. Ich war in einem Nachbardorf, in Heinersdorf im Kreis Lobenstein, eingeteilt, und die Truppe von Wolfgang Herger und Gerhard Schmidt war in Schmiedebach.

Wir sind sozusagen von der Straße weg in die Reichsbahn geschickt worden, mit den Klamotten, die wir hatten, keine Arbeitskleidung, keine Arbeitsschuhe. Man muß sich heute mal vorstellen, unter welchem Mangel und unter welcher Mittellosigkeit wir damals im Vergleich zu heute studiert haben. Das war nicht so, daß wir da noch viele Paar Schuhe zum Auswechseln hatten. Mit dem einzigen Paar Schuhe, das ich hatte – das waren noch Vorkriegsschuhe –, wurde ich in die Äcker geschickt. Es hätte mir sonst nichts ausgemacht, ich kam vom Dorf, zu Hause hatte ich Gummistiefel, aber das wurde einfach so anders veranstaltet. Man hatte nichts zum Wechseln, man hat ein erbärmliches Quartier bekommen – das war ja klar, was die Schlitzohren uns da bereitgestellt hatten –, das Essen war auch nicht gut.

Ich bin später mit einer doppelseitigen Nierentuberkulose in den Westen gekommen; die muß ja irgendwo in der DDR ihren Anfang genommen haben. Es wäre eigentlich so zu verfahren gewesen, daß man die Veranstalter dieses Ernteeinsatzes durch Dienstaufsichtsbeschwerde oder andere Aktionen zur Rechenschaft gezogen hätte, aber nicht einmal Selbstkritik haben die Genossen geübt, sondern sie haben demjenigen, der diese Zustände nicht hinnahm, ein politisches Motiv hineingedrückt und ihn fertiggemacht. Das war die Situation.

Ich will noch eines sagen: Für diejenigen, die wie ich beispielsweise aus solchen Drucksituationen heraus in den Westen gekommen sind, erst recht für diejenigen, die noch hierbleiben mußten, war es ganz schwierig – das ist es zum Teil auch heute noch –, die Beweislage für die Gründe anzutreten, die sie beruflich oder eben auch menschlich – in der Ehe, in der Familie – zurückgeworfen haben.

Dann kommt nun nach Jahr und Tag die Situation, wo man gern zur Stunde der Wahrheit finden möchte, und niemand glaubt uns. Da kommen meine Kinder und sagen: „Ja, du mußt doch irgend etwas gemacht haben.“ – Sie meinten aber nicht, daß ich protestiert hätte, nein, sondern sie meinten, ich hätte etwas auf dem Kerbholz, und ich konnte das Gegenteil nicht beweisen. – Inzwischen kann ich das.

Die SED hat die Bannbulle, die sie gegen mich geschleudert hatte, auf vier Schreibmaschinenseiten zu meinen Studentenakten geheftet, und es ist seither zehntausendfach nachgedruckt worden. Aber wie viele gibt es, die in einer anderen Lage sind – etwa diejenigen, die schon gestorben sind – und deren Andenken verunglimpft bleiben wird, wenn wir nicht hier zusammenkämen und uns wenigstens im Grundsatz und vielleicht auch in vielen Einzelfällen um Abhilfe bemühen würden? (Lebhafter Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Thomas Auerbach war zu jener Zeit Jugenddiakon, Mann der Kirche, und kann also vielleicht auch etwas zur Konfliktlage in der siebziger Jahren und dann beim Übergang in die achtziger Jahre sagen, die zwischen der Kirche und den eher unabhängigen Gruppen bestand, welche zusammen mit Roland Jahn und vielen anderen, von denen auch heute abend einige da sind, im Wechselspiel mit der Kirche einige Schmerzen gehabt haben.

Thomas Auerbach: Ich kann eigentlich nichts zum Gegensatz dieser Gruppen, die mehr von der FDJ kamen, zu Gruppen auf kirchlicher Seite sagen, sondern ich kann nur über eine sehr gute Zusammenarbeit mit diesen Leuten berichten. Daß wir Konflikte mit unserer Kirche hatten, ist eine ganz andere Geschichte, die ich jetzt auch nicht erzählen möchte.

Mir ist bei all dem Erschütternden und Traurigen, was hier gesagt wurde, eigentlich wichtig, eins zu sagen: Opposition in den siebziger Jahren hier in dieser Stadt hat Spaß gemacht. (Beifall aus dem Publikum)

Wir haben ja nicht nur politisch gearbeitet, sondern wir haben zusammen gelebt, wir haben zusammen getrunken – und das nicht wenig – in bestimmten Kneipen hier, wir haben uns in unseren Buden getroffen. Wir haben nicht nur miteinander diskutiert; wir haben miteinander gelebt, wir haben gefeiert, wir haben gegessen und getrunken, und wir haben geliebt, und das fand ich unheimlich wichtig und unheimlich schön. Deswegen möchte ich es hier noch einmal sagen.

Ich möchte auch eigentlich nur ganz wenig zu den Motiven sagen, die wir hatten. Das lag für uns ganz im Rahmen dessen, was heute nachmittag gesagt wurde.

Zwei Dinge, die für uns wichtig waren: Das war zum einen der „Prager Frühling“, das waren die Ideen des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Das hat uns geprägt.

Was uns zum zweiten in der christlichen Jugendarbeit geprägt hat, war eine Art von Arbeit, die es ab Anfang der siebziger Jahre gab, nicht nur in Jena, sondern auch anderswo, in Rudolstadt und in anderen Städten hier in Thüringen. Wir haben unsere Tore weit aufgemacht für junge Leute, die damals ein bißchen beeinflußt von der Hippiebewegung mit langen Haaren umherzogen und von der Straße weggefangen, denen die Haare abgeschnitten wurden.

Damals haben wir gesagt: Wir machen eine bedürfnisorientierte Jugendarbeit, wir haben kein christliches Missionsziel, sondern was bei uns Tagesordnung ist, was bei uns in der evangelischen Jugendarbeit besprochen wird, wird von den Leuten bestimmt, die dorthin kommen, von den Problemen, die junge Leute in dieser Stadt haben. Das Spektrum derjenigen, die da kamen, war sehr breit – Studenten, junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler.

Ich möchte jetzt eigentlich nichts weiter machen, als einmal darzustellen:

Warum war uns die Stasi eigentlich so böse? Was haben wir da eigentlich gemacht? – Das waren ganz normale Sachen. Ich will anhand von zwei Jahren – 1975 und 1976 – ganz kurz sagen, was da gemacht wurde.

Da gab es zum Beispiel Buchbesprechungen in der evangelischen Jugendarbeit – Jürgen hatte das schon erwähnt; das war für uns ganz wichtig – zum Buch „Stücklohn“ von dem ungarischen Autor Miklós Haraszti. Da wurde natürlich dann auch notgedrungen über das diskutiert, was hier bei Zeiss passiert: Arbeiten wir denn im Sozialismus nicht beispielsweise nach denselben Lohnformen? Die dürften ja gar nicht mehr sein.

Oder ein anderer Abend aus dem Jahr 1975 – „Kein großer Krieg ohne kleine Leute“. Da wurde zum Beispiel besprochen, was eigentlich bei unserer Demonstration zum 1. Mai passiert. Da kommen Leute mit Waffengeklirr einher, daß man eigentlich nur lachen kann. Was hat das mit Friedenspolitik zu tun?

Wir haben auch Stücke aufgeführt, die verboten waren, zum Beispiel das Stück – das haben wir dann selber inszeniert, das hat auch unheimlich viel Spaß gemacht – des polnischen Autors Slawomir Mrozek „Karol“; da geht es um die Rolle des Staatssicherheitsdienstes. Wir haben 1975 auch Informationsabende veranstaltet, bei denen Geschichte aufgearbeitet wurde, wie es sonst nirgends gemacht wurde oder gemacht werden durfte. Wir haben über die Annexion Polens gesprochen, welche Rolle die Sowjetunion dabei spielte, wie sie mit den Nazis zusammengearbeitet hat und Polen aufgeteilt wurde.

Wir haben uns dann beispielsweise – das habe ich in meinen Stasi-Akten minutiös abgelichtet wiedergefunden – ein uraltes Buch von einem Pazifisten, Karl Friedrich, das in den zwanziger Jahren veröffentlicht worden ist, vorgenommen. Da hat er Bilder von verstümmelten Soldaten des 1. Weltkrieges drin, von denen wir Dias gemacht haben – mühselig war das alles in der DDR; wir hatten ja keinerlei technische Geräte, alles wurde von Hand gemacht. Damit haben wir einen Dia-Vortrag gemacht, und das war für die Stasi so subversiv, daß das dann bei unserem Prozeß – das habe ich in den Verhandlungsakten gefunden – eine ganz große Rolle gespielt hat, wie man so etwas machen kann.

Noch einmal dazu, daß wir hier in Jena eine Veranstaltungsform erfunden oder wesentlich mit bekanntgemacht haben, die sich „Werkstatt“ nannte. Da haben Leute, die Gedichte geschrieben haben, diese vorgetragen; da haben Leute, die malten und sonst nirgends ausstellen konnten, ihre Bilder ausgestellt; da haben Leute selbsteinstudierte Stücke aufgeführt. Das hat großen Anklang gefunden, und es waren jedesmal sehr viele Leute da.

Was haben wir bei der „Werkstatt“ vom 15.5.1976 gemacht? – Da ist Jürgen Fuchs mit einer Lesung aufgetreten, da hat Bernd Markowski Gedichte gelesen, da war der Liedermacher Gerhard Schöne aus Dresden da; da spielte

eine Underground-Band, die furchtbaren Krach gemacht hat; da gab es ein Kabarett, das dann in den Stasi-Akten unter das Verdikt fiel, der Inhalt verunglimpfe die staatliche Jugendpolitik.

Da wurden Bilder versteigert, Fotos, zu denen dann in den Stasi-Akten stand, es seien staatsfeindliche Fotos gewesen, die dort versteigert wurden. Was war da beispielsweise zu sehen? – Da war eine Großaufnahme von einem toten Spatz, der auf dem Straßenpflaster lag, und darunter stand: „Allein machen sie dich ein.“ Das war also schon gefährlich. (Heiterkeit)

Übrigens: Dieses Zitat stammt aus einem Lied einer West-Berliner Band, die sich „Ton-Steine-Scherben“ nannte und damals sehr bekannt war, und deren harte Rhythmen konnte man dann allenthalben aus unseren Buden hier hören.

Es gab dann auch eine Lesebühne, und das war ganz, ganz wichtig. Jürgen Fuchs hat es vorhin schon betont. Dort haben wir Autoren gelesen, an die man hier nicht herankam oder die verboten waren, also zum Beispiel Böll, Frisch, Grass, Stefan Heym „König David Bericht“, oder Orwell „1984“, oder auch Solshenizyn „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“. Das haben wir alles öffentlich gemacht.

Oder wir haben verbotene Schriftsteller und Dramatiker auftreten lassen; zum Beispiel haben wir damals, als Rainer Kirsch mit seinem Stück „Heinrich Schlaghands Höllenfahrt“ unter ein Verbot gefallen war, das in der Jungen Gemeinde in einer szenischen Lesung aufgeführt usw.

Wir haben dann auch ganz explizit politische Themen behandelt. Das wurde uns dann wieder vorgehalten. Zum Beispiel hatten wir im Sommer 1976 zum Parlament der FDJ, das damals stattgefunden hatte, einen Informationsabend. Dazu haben wir aus einem sehr schönen Buch zitiert, das in der DDR erschienen war. Es nannte sich „Zeitzünder im Eintopf“, antifaschistische Satiren. Da war eine wunderschöne Satire drin, „Mit bewegten 'Wurten'“ – „... der Reichskanzler gratuliert Minister Goebbels mit bewegten 'Wurten' zum ...“. Wir haben gegenübergestellt, was im „Neuen Deutschland“ zum FDJ-Parlament stand, nämlich: „Der 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ Egon Krenz dankte Erich Honecker im Namen der Jugend der DDR mit bewegten 'Wurten' ... (Heiterkeit) für das, was die Partei für die Jugend getan hat.“ Übel angekreidet wurde mir, daß ich an diesem Abend im Eifer des Gefechts Egon Krenz mehrmals als Speckfresse bezeichnet hatte. (Heiterkeit)

Parallel in diesem Jahr lief ein Lesekreis. In Jena war folgendes passiert: Es gab in Neulobeda draußen im staatlichen Kulturhaus einen Zirkel, der sich „Literatur und Lyrik“ nannte, ein Zirkel junger Autoren um Jürgen Fuchs, Lutz Rathenow, Bernd Markowski, Wolfgang Hinkeldey und andere. Er wurde im Mai/Juni 1975 zerschlagen, da wurden diese Leute diszipliniert. Über dieses Erlebnis haben wir uns dann zusammgefunden und gesagt, wir müssen uns zusammensetzen, wir haben eigentlich dieselben Interessen, und haben den

sogenannten Lesekreis initiiert. Ich muß mich dagegen wehren, daß das so eine interne Geschichte hinter verschlossenen Türen gewesen ist: „Wisper, wisper, wisper, Marx lesen und seine Schlußfolgerungen daraus ziehen.“ – Vielmehr hat dieser Lesekreis auch immer öffentliche Aktionen gemacht, zum Beispiel schon 1975 zwischen dem 25. und 27.11. eine ganz öffentliche Aktion.

Damals hat es in Portugal einen Offiziersputsch gegeben. Da sind junge Leute vom Lesekreis in einer Hau-Ruck-Aktion vor die Volksbuchhandlung auf dem Holzmarkt gezogen, haben sich einen elektrischen Anschluß aus der Volksbuchhandlung hinauslegen lassen, haben gesagt, sie seien von der FDJ (Heiterkeit), haben einen Tisch aufgebaut und ihren Plattenspieler dröhnen lassen – Wolf Biermann und anderes, natürlich auch ein bißchen „Singeklub“ zur Legitimation zwischendurch – und dann Unterschriften gesammelt: „Portugal darf kein zweites Chile werden.“ Das haben 3.000 Leute unterschrieben. Dann sind sie mit den Unterschriftenlisten auch noch zur SED-Kreisleitung und zur FDJ-Kreisleitung geseppelt, die haben auch unterschrieben. Das wurde dann später wieder als Verunglimpfung der FDJ ausgelegt. (Heiterkeit)

Das Lustige war bei dieser ganzen Aktion, daß noch nichts über den Offiziersputsch in den DDR-Medien gekommen war, und plötzlich wurde den Funktionären klar, erschreckend für sie: Da gehen junge Leute aus eigener Initiative her und organisieren eine Solidaritätsaktion. „Das ist doch unsere Sache! Derfen die'n'n das eigentlich?“ (Heiterkeit)

Wir haben natürlich in diesem Lesekreis auch ein bißchen konspirativ gearbeitet, das ist klar. Wir haben dann beispielsweise eine Auswertung dieser ganzen Solidaritätsaktion gemacht. Wir haben an das „Neue Deutschland“ geschrieben und sie gebeten, diese 3.000 Unterschriften doch jetzt einmal zu veröffentlichen. Das haben sie sich beim „Neuen Deutschland“ natürlich nicht getraut, denn es war ja immer noch nicht so richtig in den Medien erschienen, was da eigentlich passiert war. Das hatten wir ja vom bösen RIAS und von anderen Westmedien.

Es gab dann noch ein Nachspiel. Wir haben das also im Lesekreis ausgewertet, haben mit dem Solidaritätskomitee der DDR einen Riesenbriefwechsel geführt und so unsere Erfahrungen gesammelt, wie man abgebügelt wird, wenn man die Parolen der Bonzen beim Wort nimmt – „Plane mit, regiere mit!“ Das war für junge Leute ganz, ganz wichtig.

Wir haben dann sehr bald Kontakt auch zu West-Berliner undogmatischen Gruppen gesucht, haben mit ihnen kommuniziert, haben uns mit ihnen in Berlin getroffen, haben diskutiert und verglichen, was sie und wir an Solidaritätsarbeit für Portugal machen.

Dann stand im Jahr 1976 der IX. Parteitag der SED an, und wir wollten uns dazu mal eigene Gedanken machen. Auf diesem Parteitag sollte es ein neues Programm der SED geben, auch ein neues Statut, und es sollte der neue

Volkswirtschaftsplan für 1976 bis 1980 beschlossen werden. Das haben wir diskutiert, wir haben das Statut, das Programm und den Volkswirtschaftsplan in drei verschiedenen Arbeitsgruppen durchgearbeitet und dann unsere Vorschläge dahin geschickt. Darauf haben wir natürlich nie etwas als Antwort bekommen, aber es war für uns sehr lehrreich, diese Erfahrung zu machen.

Wir haben uns dann auch 1976 am 1. Mai beteiligt, mit eigenen Losungen. Da hat mein Freund Marian Köster aus dem Lesekreis bei uns zum 1. Mai 1976 eine große Losung herausgehungen: „Wie jedes Jahr zum 1. Mai sind wir für Losung Nummer 3!“ (Heiterkeit) Vor dem 1. Mai wurden ja immer diese Losungen im „Neuen Deutschland“ Nr. 1 bis 49 oder so veröffentlicht, und bei Losung Nummer drei konnten wir immer gut mit. Das war, glaube ich, der „proletarische Internationalismus“ – hoch lebe der!

Wir haben dann auch versucht, Strukturen zu unterwandern. Am 9.6.1976 war Lutz Rathenow im Lesekreis und gab einen Bericht über seine Verhandlungen, die er mit der FDJ-Kreisleitung zur Gründung eines unabhängigen Jugendklubs geführt hatte. Das ging ja alles nur unter der Ägide der FDJ. Wir haben gesagt, wenn das jetzt nicht klappt, dann versuchen wir einmal, die unter Druck zu setzen, indem wir Briefe an das Jugendmagazin „Neues Leben“ und an das „Forum“ und an die „Junge Welt“ schreiben und uns wegen Behinderung des frohen Jugendlebens beklagen. Auch dieses ist passiert, mit wenig Echo, aber immerhin haben wir es versucht.

Wir hatten als Lesekreis auch Verbindung zu Ausländern. Das war für uns ganz wichtig. Wir hatten Exil-Chilenen hier. Wir haben uns mit ihnen zusammengesetzt, haben deren Erfahrungen gehört. – Wir hatten Verbindung zu Arabern.

Wir hatten Verbindung in andere Städte, zu Untergrundgruppen, beispielsweise zu den Gruppen der KPD/ML – Sektion DDR, die es damals gab. Wir haben deren Programme sehr kritisch diskutiert. Sie hatten auf ihrem „Roten Morgen“, diesen Flugblättern, die sie heimlich verteilten, auch den Stalin mit abgebildet, und das hat uns natürlich sehr gestört, aber immerhin, wir hatten Kontakt zu denen und waren auch solidarisch mit ihnen.

Die Stasi-Akten – das muß ich hier noch einmal zitieren – vermerken zum Beispiel am 3.7.1976 ein Treffen der Leute des Lesekreises mit den Personen des OV „Revisionist“. OV „Revisionist“ waren die Leute, die vorhin auch schon einmal erwähnt worden sind, die als Studenten Ende der sechziger Jahre hier in Jena protestiert hatten, dann diszipliniert worden waren, teilweise aus dem Land gedrängt worden sind – wir waren also nicht die ersten. Da berichtet der IM, der natürlich auch bei diesem Treffen dabei war: „Auerbach hat eine ganze Koalition der Linken mit den kirchlichen Leuten zusammengebracht. Was haben wir nämlich gemacht? – Wir haben damals schon für den Herbst 1976 ein großes Fest aller Jenaer Gruppen geplant. Dazu ist es dann leider nicht mehr gekommen.

Des weiteren bemerken die Stasi-Akten ein „provokatorisches Auftreten“ der Mitglieder des Lesekreises auf dem Landesjugendsonntag der Evangelischen Kirche in Eisenach. Was haben wir da gemacht? – Da haben wir einfach nur Texte aus Lenins „Staat und Revolution“, Texte von Thomas Brasch wie „Einer weiß Bescheid“, „Wieviel sind wir eigentlich noch?“ gelesen, da haben Leute von uns eigene Texte vorgetragen, beispielsweise junge Arbeiter über den Akkord bei Zeiss und ähnliches, und das alles war also schon subversiv, wenn man das mit an die Wand geworfenen Dias kombinierte, wo ein Affe hinter Gittern zu sehen ist. Das wurde uns dann alles vorgeworfen.

Ich denke, es muß noch einmal etwas genauer gesagt werden, mit welcher Literatur wir uns auseinandergesetzt und woraus wir unsere eigenen Schlußfolgerungen gezogen haben. Das war ja wichtig. Das haben dann junge Leute noch in den Betrieben angewandt. Wir haben beispielsweise Jugendförderungspläne über unsere Leute, die in den Betrieben waren, mitgestaltet. Wir haben beispielsweise über Marx' „Kritik am Gothaer Programm“ der Sozialdemokratie diskutiert, über Lenins „Staat und Revolution“, Friedrich Engels' „Der Deutsche Bauernkrieg“. Wir haben das teilweise überhaupt nicht verstanden, aber wir haben darüber geredet. (Heiterkeit)

Wichtig war Sekundärliteratur, die eingeschmuggelt worden ist, beispielsweise Isaac Deutscher „Marxismus in der UdSSR“, Trotzki, weiter all das, was aus Ungarn kam, András Hegedüs „Die neue Linke in Ungarn“, Havemann „Dialektik ohne Dogma“, Charles Bettelheim „Ökonomischer Kalkül und Eigentumsform“. – Weiter war ganz wichtig – Jürgen Fuchs hat es schon erwähnt – Literatur zur Streikbewegung in Polen Anfang der siebziger Jahre, „Seit wann schießt die Arbeiterklasse auf sich selbst?“, und ähnliches.

Es entsteht hier immer der Eindruck, auch hier vorn auf dem Podium, als ob wir eine reine Männerrunde sind. Das sind wir nie gewesen. Bei uns haben Frauen eine ganz, ganz wesentliche Rolle gespielt. Ich bin traurig, daß hier so wenige eingeladen sind. Einige, die damals dabei waren, sitzen hier im Saal, beispielsweise Renate Ellmenreich und andere.

Am 1.11.1976 war dann ein Auftritt Wolf Biermanns hier in Jena geplant. Dazu kam es nicht mehr, denn der liebe Wolf hatte damals Angst, hierher zu kommen, weil er seine Westreise gefährdet sah, und dann war ja für uns alles sehr schnell zu Ende, aber das ist auch vielfach dokumentiert. (Heiterkeit) Wir mußten dann am 19.11.1976 hier gegen seine Ausbürgerung protestieren, und das hat dann auch Folgen gehabt, aber darüber habe ich schon einmal vor dieser Enquete-Kommission berichtet.

Zusammenfassend: Was haben wir kritisiert? Was war uns wichtig? – Wir haben die bürokratischen Verhaltensweisen der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre kritisiert. Uns haben nicht zu rechtfertigende Unterschiede in der Entlohnung von Arbeitern und Funktionären gestört, uns hat die ungenügende oder fehlende Mitbestimmung von Arbeitern im Betrieb und bei der Lenkung

und Leitung des Staates gestört. Wir haben die schöne Parole „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ ernstgenommen.

Weiter war uns wichtig, daß die Publikationsorgane der DDR sich mit gemachten Fehlern und mit bestehenden Mängeln offen auseinandersetzen, daß Kritiker wie Biermann und Havemann in diesen Publikationsorganen zu Wort kommen sollten. Jeder sollte sich damit öffentlich auseinandersetzen können.

Als wir dann in Haft saßen und unsere Anklage nach § 106 – „Staatsfeindliche Hetze“ – erweitert werden sollte auf § 107 – „Staatsfeindliche Gruppenbildung“ –, bei mir im schweren Fall, drei bis zwölf Jahre, gab es eine schöne Begründung, und die habe ich jetzt sogar endlich einmal wörtlich bekommen. Damals durfte man das ja immer nur schnell lesen, und dann wurde es einem wieder weggezerrt. In dieser Begründung steht, und das stand auch bei den anderen acht Leuten drin, meinen Freunden, die da mit mir inhaftiert waren: „Auerbach steht im dringenden Tatverdacht, vom Frühjahr 1975 bis zum 19.11.1976 in Jena einer staatsfeindlichen Gruppe angehört und deren Tätigkeit, die sich gegen den real existierenden Sozialismus in der DDR richtete, durch Aktivitäten unterstützt zu haben, um die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zugunsten eines demokratischen Sozialismus zu verändern.“ Darauf sind wir heute noch stolz. (Heiterkeit und Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Frank Rub, selbst Maler, wie ist es eigentlich möglich, daß es so viele aus der Kunstszene waren, die sich in diesen Jahren engagiert haben? Ich nenne nur Michael Blumhagen oder auch Peter Kähler oder viele, viele andere.

Aber ich kann mir vorstellen, daß er auch noch ein kritisches Wort zu dem Spannungsverhältnis zwischen den freien Gruppen und den unabhängigen einzelnen sagen möchte, die sich in einem manchmal vielleicht auch schmerzhaften Spannungsverhältnis mit der Kirche bewegt haben.

Frank Rub: Ich erlaube mir an dieser Stelle zunächst noch ein paar allgemeine Worte.

Heute früh gab es eine Eröffnung, und der Vorsitzende Rainer Eppelmann hat gesprochen. Es hat mir persönlich sehr gefallen, was er gesagt hat. Dann hat auch der Bürgermeister eine Rede gehalten, und zu diesem Thema wollte ich eigentlich nichts sagen, doch heute abend dachte ich mir dann wiederum, ich sollte es doch einmal erwähnen, weil es mir einfach so schien, daß es recht lapidar und einfach kam, was er da an Entwicklung aufzeigte, und insbesondere die Art und Weise der Begrüßung mißfiel mir da.

Ich möchte einfach sagen, daß er natürlich die Mitglieder der Kommission begrüßte, die Herren Abgeordneten und Gäste, aber niemanden weiter ansprach. Insbesondere die nicht nur in den siebziger und achtziger Jahren

weggetriebenen Jenaer wären hier wohl vom Oberbürgermeister bzw. vom Vertreter der Stadt an erster Stelle zu nennen, und das möchte ich hier zu tun versuchen – für die Gruppe, die ich persönlich kenne und deren Namen ich jetzt gerade so im Überblick habe. Erlauben Sie mir, daß ich sie vorlese.

Ich nenne hier und grüße insbesondere Thea Rost, Peter Rösch. Lilo und Jürgen Fuchs, Manfred Hildebrandt, Peter Kähler, Sabine Weinz, Petra Falckenberg, Roland Jahn, Ute und Frieder Hinkeldey, Anton Jochen Friedel, Lutz und Petra Leibner, Ingo Güther, Edgar Hillmann, Ute und Uwe Behr, Jutta Kruse, Olaf Weisbach, Jutta und Uwe Tomaschewski, Bernd Markowski, Thomas Auerbach, Siegfried Reiprich, Christina Klingberg, Reinhard Klingberg, Beate Dittmar, Michael Blumhagen, Karsten Hahn, Gert Lehmann, Norbert R. Hackert, Kerstin Hergert, Robert Weber, Oliver Schwarz, Renate Ellmenreich, Uwe Sinnig, Michael Rost, Marianne und Ruth Schäfer, Ulrike Benkert, Frank Wendler, David Dulitz, Frank Töpel, Ulrich und Marianne Schlutter, Stefan Ziegan und Kerstin Graf. In memoriam, also im Gedenken, Matthias Domaschk. (Beifall)

Des weiteren will ich noch einen Gedanken aussprechen. Als ich zur Enquete-Kommission eingeladen wurde, mußte ich an die letzte Sitzung in Erfurt bzw. an einen Artikel, der danach erschien, denken, eine Art Interview mit Bischof Leich in der OTZ. Auf alle Fälle war da nicht die fette Überschrift „Verstrickung der Thüringer Landeskirche mit der Stasi aufgedeckt“, sondern „Entlastung der Kirche“. Das ist für meine Begriffe einfach ein Fakt. Leich stellt hier die Wahrheit auf den Kopf, das muß man schon sagen.

Derjenige, der etwas Kenntnis hat – und es gibt ja nun viele Veröffentlichungen bezüglich der Verstrickungen der Thüringer Kirche –, kennt diese Massen an IM und allen möglichen Auskunftspersonen, die für die Stasi arbeiteten und diese Gruppen, wie auch Tommy Auerbach sie mit führte, beobachteten und Maßnahmen ersannen bzw. diese in die Gruppen hinein beförderten, um sie zu zerschlagen und sie im Endeffekt außer Landes zu drängen.

Es geht in meinem speziellen Fall und im Fall von Ev Rub um bildende Kunst. Wir haben uns seit Jahren hier in Jena damit auseinandergesetzt. Wir haben versucht, offiziös und offiziell mit unserer Kunst an den Mann zu kommen, also sie zu verkaufen. Das ging natürlich nur über den Kunstverband der DDR, den Verband Bildender Künstler (VBK). In ihn sind wir nicht hineingekommen, weil wir nämlich eine andere Art Kunst gemacht und verfochten haben – neben unserer eigentlichen beruflichen Tätigkeit, muß ich hierzu sagen; ich bin von Beruf Steinmetz und Steinbildhauer und habe jahrelang in der Restaurierung gearbeitet, und Ev Rub hat erst studiert, und danach hat sie natürlich auch mit unseren drei Söhnen schwer zu tun gehabt und nebenbei Bilder gemalt. Wir haben unmißverständlich in der bildenden Kunst eine Haltung gezeigt, die natürlich in diesem Verband nicht auf Widerhall gestoßen ist, und so

sind wir immer im Abseits gewesen. Das endete dann im Endeffekt mit dem Herausdrängen aus der DDR.

Ich fange noch einmal beim Jahr 1976 an. Ich kam frischgebacken vom Grundwehrdienst in der Volksarmee. Ich war ein absolut toller Soldat, wie man so schön sagt auf neudeutsch, habe alles mitgemacht, war ein guter Sportler, habe bei der Armee auch eine Art Zeichenzirkel geleitet und habe mich dadurch in die SED einschleichen können. Sie können mir glauben, daß ich das wirklich bewußt gemacht habe. Ich habe immer im Hinterkopf gehabt: Man muß irgendwie in den Apparat hineinkommen, um etwas für die tun zu können, die im Abseits stehen.

Ich habe an diese Gruppe gedacht, junge Leute und Künstler, natürlich auch an uns beide, die ja offiziell in diesem Staat mit ihrer Art und Weise in der Kunstgeschichte etwas tun und verändern wollten. Deshalb habe ich versucht, eben die SED zu nutzen.

Es ist mir schwergefallen, aber es ist mir zum Teil gelungen, durch meine Mitgliedschaft in dem Verein – ich war zwei Jahre Mitglied, bis 1978 der Ausschluß kam – eine relativ große Ausstellung in Jena ins Leben zu rufen. An dieser Ausstellung habe ich ein Jahr gekurbelt.

Übrigens müssen Sie sich auch vorstellen: Ich hatte einen Freundeskreis, der mich wirklich in dieser Beziehung für verrückt erklärte, als ich plötzlich nach Biermanns Rausschmiß hier als SED-Kandidat auftrat. Das müssen Sie auch einmal unter dem Aspekt sehen. Wir haben ja Biermann persönlich gekannt, als Freund und gewisses Vorbild. Ich insbesondere war trotzdem der Meinung, daß ich in der Frage wirklich handeln müßte und meine Mitgliedschaft als solche wichtig wäre, um hier im Staate etwas zu verändern.

Es hat sich erwiesen, daß nach oder während unserer ersten Ausstellung im Pavillon Ernst-Thälmann-Ring – das war das Ausstellungsgebäude, ein kleiner Schuppen gegenüber vom Kino „Capitol“ – die Staatsicherheit an uns herantrat, an Ev und mich, und meine gekonnte Anpassungsfähigkeit an Situationen, mit Staatsorganen umzugehen, die dann auch in entsprechenden Interpretationen der Bilder gipfelte, zerstreute natürlich nicht den Blick, den diese von mir so genannte Kunstpolizei auf uns beide geworfen hat. Sie haben die Fragen eindeutig gesehen, die in den Bildern standen, auch die verschlüsselte Klarheit. „Die Verhaftung“ war natürlich eine allgemeine Verhaftung, die ich malte. Ich habe sie heute mitgebracht. Sie kann genausogut in Chile oder sonstwo passiert sein, aber sie haben sich eben wiedererkannt.

Das habe ich dann Jahre später auch in entsprechenden Protokollen im Gefängnis um die Ohren bekommen, und da konnte ich nicht mehr lügen und interpretieren. Ich habe es versucht, ich habe wirklich diese angelernte DDR-Tätigkeit, die Doppelzüngigkeit und dieses Sich-herüber-Retten durch ein geschicktes Lavieren und Diplomatisieren – so will ich einmal sagen – probiert, aber es ging danach nicht mehr.

Die Staatssicherheit hat von mir erfahren, daß wir eine „Interessengemeinschaft Bildende Kunst“ in dieser Zeit gründen wollten, und ich habe diese Interessengemeinschaft sogar noch gründen können, obwohl die Staatssicherheit nach drei Gesprächen aus unserer Wohnung direkt hinausgeflogen ist, denn wir beide sollten als Spitzel geworben werden und haben es nicht gemacht.

Das erste Gespräch bei der SED-Kreisleitung endete mit einer makabren Geschichte, die ich auch in der Akte fand, nämlich daß ich für einen sehr guten IM gehalten wurde. Sie wollten mir eine IM-Tätigkeit aufdrücken. Die SED-Kreisleitung war bei der ersten Sache sehr im Spiel und versuchte, mich dort immer einzufangen. All die Bilder von damals kommen wieder hoch, wenn man anfängt zu erzählen.

Ich wollte wieder versuchen, mit dem, was wir taten, in die Legalität zu kommen, nicht nur, die Kunst legal an den Mann zu bringen – das war ohnehin nicht mehr möglich –, aber unsere kritische Haltung im allgemeinen zu den Fragen dieser Zeit zu zeigen, nämlich zum Kriegsrecht in Polen, das damals anstand – das war eine wichtige Sache. Wir, das heißt viele meiner Freunde, haben auch im nachhinein den Wehrdienst mit der Waffe verweigert, und einige sind auch ins Gefängnis gekommen. Mir haben sie es nur angedroht, ich bin zu diesem Zeitpunkt nicht geholt worden. Es ging auch um die kritische Haltung zur Nachrüstung, was eine außerordentlich große Rolle für uns gespielt hat.

Die Friedensbewegung in der DDR hat versucht, nun den Schulteranschlag zur Friedensbewegung im Westen zu erreichen, und wir wollten versuchen, daß Deutschland von Atomraketen frei bleiben und daraus kein neuer Kriegsschauplatz entstehen sollte. Das war für uns ein ganz, ganz wichtiger Grund, da einzuhaken und eine Eigenständigkeit zu zeigen.

Diese „Friedensgemeinschaft Jena“, die entstand, wurde natürlich in ihren Anfängen schon ad absurdum geführt und erstickt. Die Evangelische Landeskirche versuchte, uns insbesondere durch Bischof Leich nach der Haftentlassung am 1.3.1983 – wir waren zwischenzeitlich 6 Wochen in der U-haftanstalt in Gera – auszugrenzen. Auf internationalen Protest, wie Roland Jahn schon erwähnt hat, sind wir herausgekommen.

Wir haben danach mit dem Bischof ein längeres Gespräch gehabt. Er hat uns eindeutig gezeigt, daß wir in der Kirche keinen Platz haben bzw. mit unserer Anmaßung und Haltung, mit der wir in politischer Richtung wirksam werden wollten, unter dem Dach der Kirche keinen Platz finden würden. Superintendent Siebert, der hier in Jena tätig war, hat uns dann seine Privatwohnung zu internen Gesprächen, die natürlich in gewisser Weise auch öffentlich waren, angeboten. Das war ein erster Schritt.

Dieses erste Gespräch fand dann am 27.3.1983 statt. Es war ein großer Kreis da, der in einer Art Solidargemeinschaft die Ziele und Aufgaben dort verlas.

Insbesondere muß ich hier die Frauen Thea Rost und Ute Hinkeldey erwähnen, die diese Ziele im wesentlichen mit Roland Jahn gemeinsam ausarbeiteten.

Wir sind dann auf eine Sphäre gestoßen, die uns diese ganze Aktion „Friedensgemeinschaft“ und „Friedensbewegung in Jena“ auch sehr kaputtgemacht hat, nämlich auf unser „Innen“ selbst, auf unsere Ideologisierung der ganzen Sache,

Roland Jahn hat schon erwähnt, daß wir die Leute ausgegrenzt haben – und ich war einer der Schlimmsten dabei –, die aus diesem System weg wollten. Ich habe immer gesagt, es gibt keine Alternative, die besser als diese Seite Deutschlands, nämlich die bessere, progressive Geschichte der DDR, ist. So geschichtsgläubig war ich, das muß ich einfach sagen, trotz Verhaftung. Ich habe wirklich Leute aus der Friedensgemeinschaft herausgedrängt, die sich dort mit ihrem Ziel auszureisen aufgehalten haben. Das muß ich mir heute einfach zum Vorwurf machen, daß ich die Bürgerrechte überhaupt nicht wahrnahm, das, worum es wirklich ging.

Wir entbehrten dann leider durch die Ausreise der Freunde, die im Gefängnis unter dem psychischen Druck fast alle einen Ausreiseantrag gestellt haben, einer gewissen Grundlage. Wir haben kaum noch eine Gemeinschaft gehabt.

Ich muß auch sagen, daß ich zu den Berliner Friedensbewegten keine starke Beziehung hatte, außer daß wir in der Kirche von Herrn Eppelmann immer mal ein Bild ausstellen konnten, zur Friedensdekade zum Beispiel; ich habe auch einmal eine Lesung gemacht. Die Leute mißfielen mir, weil sie einfach in meinen Augen ein bißchen zu elitär waren. Dieses Hauptstadtgeklüngel über die Grenze hinweg, mit diesen Typen, die immer von drüben kamen und sie mit irgendwelchen Unterlagen bestückten und beschenkten, hat mir nicht gepaßt, obwohl es ein Schutz war. Es war ein Schutz, aber ich habe es innerlich abgelehnt, da mitzutun. Ich wollte meinen eigenen Weg und wollte da wahrscheinlich spinnen. – Es gefällt mir, wenn ich das einmal einfach so von der Leber weg sagen darf.

Wir sind in die Lage versetzt worden, zu weiteren Verunsicherungsgesprächen zu jedem erdenklichen Staatsfeiertag bzw. zu jedem Delegationstreffen – Jena ist Universitätsstadt – geholt zu werden. Ich wurde früh mit dem Toni-Wagen abgeholt, und danach gab es ein längeres Gespräch auf der Stasi, bei dem ich mehr oder minder zu meinen Standpunkten examiniert wurde. Ich war so blöd, ich habe wirklich immer mit der Stasi gesprochen und habe nicht gemerkt, daß sie mich eben weichknüppeln wollten.

Zum Schluß war Ev Rub so fix und fertig – sie wollte immer weg aus diesem drangsalierenden System –, daß sie einen Ausreiseantrag stellte, und nachdem ich mit der Stasi über Möglichkeiten gesprochen hatte – sie sind an mich herangetreten –, alles, was wir besaßen, auch unsere gefährlichen Bilder, mitzunehmen, habe ich dann bejaht. Wir durften den Umzug 1985 sogar in Ostmark bezahlen. Es war nicht so, wie der Stasi-Offizier erst vorschlug,

daß es unser Freund Jürgen Fuchs in Westmark für uns auslegt. Das haben wir nicht gemacht.

Ich will zum Schluß sagen, daß die Leichen und die Unterdrückung nicht einfach Preis der Geschichte sind. Es muß wirklich in allen Punkten eine Wahrheit hergestellt werden; das sind wir uns selbst schuldig. Deshalb habe ich auch hier so geredet. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Vielen Dank an Frank Rub, daß er auch so offen von seinen eigenen Problemen bei der Rückkehr nach Jena gesprochen hat. Er ist wieder da und stellt sich auch seiner eigenen Vergangenheit – das finde ich ganz toll.

Jetzt spricht als letzter in dieser Runde, bevor danach Jürgen Fuchs noch einmal zu Wort kommt, Siegfried Reiprich. Er ist auch jemand, der eine lange Reise hinter sich hat, und er kann viel erzählen, denn er war einige Zeit in Westdeutschland und hat da einige Dinge erlebt, die für uns im Westen wichtig sind.

Siegfried Reiprich: Vielleicht gelingt es mir doch, mich kürzer zu fassen, als es Frank in seiner Leidenschaft konnte.

Aber ich finde es ganz toll, daß du zum Beispiel jetzt klar gesagt hast, daß du dir jetzt noch sehr ernsthaft darüber Gedanken gemacht hast, wie schlecht es war, Leute, die einfach nur weg wollten, auszugrenzen. Ich bin auch relativ früh in den Westen geraten, 1981, aber bei mir war es wirklich eine bewußte Entscheidung.

Das Thema der Veranstaltung lautet ja „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“. Eigentlich möchte ich vor allen Dingen etwas über die Grenzen sagen, um es ganz kurz zu machen. Die Frage nach der Motivation lassen wir einmal weg, weil wir heute doch lernen konnten, daß, wann auch immer einer Opposition in einer Diktatur Köpfe weggeschlagen werden, doch neue nachwachsen. Das scheint fast so eine Art menschliches Naturgesetz zu sein – Gott sei Dank.

Zu den Möglichkeiten möchte ich nur ganz knapp bemerken, daß ich mich beim Studium von Stasi-Akten gewundert habe, wie schlecht die Staatssicherheit oft gearbeitet hat, was sie alles nicht mitbekommen hat und wie sehr es doch auch möglich war – zumindest in unserer Zeit, in den siebziger Jahren –, sich durch Einhaltung einfacher Regeln zu schützen, der Regel zum Beispiel, daß man Petitionen mit einer Schreibmaschine schrieb und verbotene Bücher mit der anderen abschrieb und dann verteilte.

Ich muß ganz kurz noch etwas zu meiner Person sagen, damit Sie den Zusammenhang verstehen können. Ich bin in Jena geboren, Jahrgang 1955, habe 1973 hier Abitur gemacht, habe dann im Arbeitskreis Literatur und Lyrik, der von Lutz Rathenow schon erwähnt wurde, mitgearbeitet, habe 1975 ein Philosophiestudium begonnen, bin dann in hohem Bogen hinausgeflogen, zum

„Ausschluß vom Studium an allen Universitäten, Hoch- und Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik“ verurteilt worden, insbesondere wegen einer solidarischen Haltung zu Wolf Biermann und Jürgen Fuchs, der Weigerung, für die Staatssicherheit zu arbeiten, wegen der Kritik am Einmarsch der „Bruderstaaten“ in die Tschechoslowakei 1968.

Die SED hat mir da etwas Gutes getan. Ich wurde nämlich in die „herrschende Klasse“ hinabgestoßen, ins Proletariat. In meiner Zeit bei Schott Jena haben mir die Kollegen der Brigade „Roter Oktober“ so gewisse sozialistische und kommunistische Flausen ausgetrieben, und ich habe mich in dieser Zeit vom Sozialisten oder idealistischen Kommunisten zum Sozialdemokraten gewandelt.

1981 war die Situation so, daß die Staatssicherheit mich mehr oder weniger deutlich vor die Alternative stellte, doch im Knast zu landen oder in den Westen zu gehen. Da haben wir noch darüber nachgedacht, und ich verdanke es insbesondere der praktischen Vernunft meiner Frau, dann diese bedingte Kapitulation eingegangen zu sein, für die ich mich nicht geschämt habe, die ich auch verteidigt habe.

Ich hatte aber dann noch die Illusion, man könnte im Westen so etwas wie eine Emigrantenunterstützung für die Bewegung hier im Lande aufbauen. Der Weggang – ich finde, daß das eigentlich ein euphemistischer Begriff ist; wenn man hinter dem Menschen das Haus anzündet, und er springt aus dem Fenster, ist er eigentlich nicht weggegangen – aus der DDR war schon der Erkenntnis geschuldet, daß ich glaubte, es würde in der DDR kein KOR wie in Polen und keine „Charta 77“ geben; zumindest würde es nicht gelingen, in dem Maße eine demokratische Gegenöffentlichkeit aufzubauen.

Jetzt sind wir bei den Grenzen. Da möchte ich zu drei Punkten etwas sagen.

Der erste Punkt ist: Ich glaube, daß wir als nachgewachsene Opposition, nachdem uns ja schon so viele Köpfe aus Ihrer Generation weggeschlagen worden waren, die wir gar nicht kannten – so perfekt totalitär war das Regime –, doch relativ isoliert von der DDR-Bevölkerung waren.

Der zweite Punkt, der natürlich extrem schädlich war, war der „staatsfreundliche Menschenhandel“ zwischen den beiden deutschen Staaten. Sie kennen ja den Ausdruck „staatsfeindlicher Menschenhandel“ für Fluchthilfe, und wenn ein Staat wie die DDR so einen Begriff prägte, mußte es ja auch einen „staatsfreundlichen Menschenhandel“ geben. Das war genau der, der insbesondere bewirkt hat, daß die Opposition ausblutete. Ich bin im Westen immer mehr fast zu der Befürchtung gekommen, daß weite Teile des westdeutschen Establishments das durchaus wollten.

Der dritte Punkt ist die westdeutsche Politik, die ich ganz kurz mit „Von der Entspannung bis zum Appeasement“ überschreiben möchte.

Zu diesen drei Punkten möchte ich etwas sagen, zuerst zur Bevölkerung. Ich

glaube, daß die Stimmung und die Isolation in einem Land wie Polen oder der Tschechoslowakei doch ganz anders war. Wir müssen uns alle, wenn wir über die Geschichte der DDR nachdenken, immer wieder klarmachen, daß das vielleicht ein ganz besonderes Land in Europa war, denn es war ein Land, das in wenigen Jahren, von 1949 bis 1961, ja schon fast 20 % der Bevölkerung verloren hatte. Wo gab es das sonst?

Man konnte sogar in DDR-Statistiken nachlesen, daß es 1949 fast 20 Millionen Einwohner gegeben hatte; zum Schluß, 1989, waren es nur noch 16 Millionen. Ich denke, historisch betrachtet, daß ein Land so etwas kaum verkraften kann. Da kann zwar wieder Opposition nachwachsen, aber ohne erfahrene und ältere Führer – diese Rolle konnte auch Robert Havemann nur ungenügend ausfüllen – kann, objektiv gesehen, eigentlich nichts daraus werden.

Ich denke, daß wir von vielen in der Bevölkerung scheel angesehen, für Spinner gehalten und nicht ernst genommen wurden, wozu auch unsere eigene sozialistische Borniertheit beitrug; das möchte ich auch sagen. Das lag eben an dieser besonderen Situation.

Günter Gaus hat in seinem Buch „Wo Deutschland liegt“, das ich sonst ziemlich unsäglich finde, von dieser besonders kleinbürgerlichen DDR-Bevölkerung, wo es eben kaum noch Bourgeoisie und Adel, auch wenn sie deklassiert waren, gab, gesprochen. Das war ein Fakt.

Zum „Menschenhandel“ ganz kurz, auch wenn man sehr lange darüber diskutieren könnte: Natürlich habe auch ich davon profitiert, daß ich nicht in Bautzen verfault bin, sondern in den Westen freigekauft wurde, aber ich meine – das ist nur eine These, die ich einfach einmal in den Raum stellen möchte –, wenn es eine geistige Front der Solidarität im Westen, sehr viel breiter, als sie bei einzelnen edlen Exemplaren von Politikern wie Gert Weisskirchen da war, gegeben hätte, wäre es sehr viel leichter gewesen, in der DDR zu bleiben und auch Haft und Unterdrückung zu ertragen. Das ist meine These.

Jetzt zur westdeutschen Politik: Ich bin nach kurzer Zeit in der Friedensbewegung dann zur SPD gegangen, habe in Schleswig-Holstein Ozeanographie und Geophysik studiert. In der schleswig-holsteinischen SPD waren meine Erfahrungen sehr ambivalent. Es gab zwar sehr nette Leute, die mich für die Friedrich-Ebert-Stiftung vorschlugen, und von da bekam ich auch ein Stipendium, was aber vor allen Dingen – so hoffe ich – auf den sehr guten Leistungen beruhte.

Ich muß knapp sagen: Ich habe eigentlich in der gesamten westdeutschen Sozialdemokratie, soweit ich es als kleines Parteimitglied von 1981 bis 1989 mitbekommen habe, so gut wie niemanden kennengelernt, der eine halbwegs realistische Vorstellung von der tristen Realität der DDR hatte. Dazu nur eine kleine Episode:

Einen Kumpel, einen Freund von der Ebert-Stiftung, einen jungen Genossen, heute Pressesprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein, Uwe Danker, habe ich öfter einmal bei Veranstaltungen des Vertrauensdozenten der Ebert-Stiftung getroffen, eines sehr integeren Mannes, Prof. Braun in Kiel, und ich wurde natürlich auch immer wieder zur DDR gefragt, merkte aber, daß es irgendwie unangenehm ist, darüber zu sprechen.

Er hat jetzt, 1989, als wir uns mal wieder trafen, gesagt, er müsse sich bei mir entschuldigen. Ich sagte, das verstehe ich nicht ganz, und er meinte: „Wenn du über die DDR geredet hast, habe ich dir eigentlich nie geglaubt. Ich dachte, du bist halt so ein verbitterter Dissident, ein bißchen geschädigt, nicht ganz objektiv, befangen. Eigentlich hast du ja immer untertrieben.“ Ich erwiderte: „Na klar, ich habe versucht, euch die bittere Realität in homöopathischen Dosen beizubringen, aber das hat nicht viel genutzt.“ (Lebhafter Beifall)

Er hat mir dann noch erzählt, welcher Geist im Friedensforschungsinstitut bei Egon Bahr in Hamburg, wo er auch einmal war, herrschte, und das hat mir dann ziemlich gereicht. Daß gerade er mir nicht geglaubt hat, hat mich neben der Tatsache, daß ich nicht mehr in derselben Partei wie der IM „Sekretär“ sein wollte, zum Austritt aus der SPD geführt (Beifall aus dem Publikum), aber es hat natürlich auch weh getan, und es tut auch noch heute weh. Dieser Uwe Danker war ein wirklicher demokratischer Sozialist und hat auch gegen Widerstände in der Partei in den achtziger Jahren Solidaritätsveranstaltungen für Solidarnosc in Kiel als Juso organisiert, also war durchaus jemand, der überhaupt nichts für die Diktatur übrig hatte. Aber auch er wollte es nicht wahrhaben, daß das so war.

Ein anderes Beispiel noch: 1987 war ich nicht in Deutschland, sondern saß in der Antarktis auf der Forschungsstation „Georg von Neumayer“. Ich habe, als Herr Honecker zu dem berühmten, jetzt so oft diskutierten Besuch im Westen war, mit großer Freude über die Deutsche Welle mitbekommen, Honecker habe verkündet, daß alle Ex-DDR-Bürger, die bis zum Stichtag Anfang der achtziger Jahre in den Westen gekommen waren, wieder reisen dürften.

Es gab ja immer das Problem der Leute mit Einreiseverbot in die DDR, zu denen ich auch gehörte. Als ich dann 1988 aus der Antarktis zurückkam, habe ich ernsthaft geglaubt, zur Beerdigung meiner Oma fahren zu dürfen, und das wurde nichts.

Ich habe dann verschiedene Dinge versucht, um die Aufhebung eines solchen Einreiseverbots zu erwirken. Unter anderem habe ich über den schon erwähnten Prof. Braun den späteren Sozialminister Schleswig-Holsteins Günther Jansen gebeten, sich bei einem der vielen Gespräche, die mit der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg im durchaus freundschaftlichen Du-Ton geführt wurden, für mich zu verwenden und diesen Fall anzusprechen, sich dafür zu verwenden, daß auch jemand wie ich wieder einmal in die DDR fahren kann, zur Familie. Das hat Günther Jansen, soweit ich mich noch

erinnere, mit der Begründung abgelehnt, das sei eher kontraproduktiv, im Fall von Dissidenten schlafende Hunde zu wecken oder zu provozieren oder was auch immer.

Ich war ja noch willens, diese Kröte zu schlucken, mir zu sagen, vielleicht ist das Diplomatie, vielleicht muß ich wirklich höhere Gesichtspunkte akzeptieren, aber derselbe Günther Jansen fand überhaupt nichts dabei, sich Mitte der achtziger Jahre auf ein Militärboot der NVA-Grenztruppen zu stellen – er fuhr also von östlicher Seite die Elbe längs – und zu verkünden, daß doch eigentlich die Elbgränze durchaus in der Mitte verlaufen könnte – das gehörte zu den Geraer Forderungen Honeckers –, wenn man sich dann einigte, daß schleswig-holsteinische Fischer vielleicht in der Lübecker Bucht fischen könnten, und auch sehr freundliche Worte zur Notwendigkeit der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft zu finden.

Selbst wenn er der Überzeugung gewesen wäre, daß dies politisch nötig ist – man muß sich das einmal vorstellen: Da setzt sich ein westdeutscher Sozialdemokrat auf ein Kanonenboot der DDR – das waren ja schließlich die Knastwächter dieses Wohnghettos DDR, die da herumfahren – und verkündet die Geraer Forderungen Honeckers. So war es halt, und das ist kein Einzelfall gewesen, was die Stimmung in Teilen der Partei anbetrifft.

Aber es muß diskutiert werden. Ich halte westdeutsche Vergangenheitsaufarbeitung für ganz wichtig, denn unter all diesen Umständen – „staatsfreundlicher Menschenhandel“, Isolation von der DDR-Bevölkerung, die ja so viele Verluste erlitten hatte, und dann eine bis zum Appeasement umkippende Entspannungspolitik – hatte die Opposition keine Chance, eine wirkliche eigene demokratische Revolution zu machen, bis hin zu einem Staatspräsidenten, der von mir aus nicht Václav Havel heißen muß. – Jürgen, du hättest das auch machen können. (Zustimmung)

Eine letzte Episode noch: Björn Engholm war schon ein halbes Jahr bei uns Ministerpräsident, da gab es eine große Freudenfeier in der Kieler „Räucherei“. Ein halbes Jahr später hat eine Landtagsabgeordnete aus dem Parteibeziirk, zu dem ich gehörte, einen kleinen Rechenschaftsbericht gemacht, und danach durften wir sie etwas fragen. Ganz zum Schluß habe ich sie gefragt, mit welcher Begründung Schleswig-Holstein nicht mehr für die Erfassungsstelle von DDR-Menschenrechtsverletzungen in Salzgitter zahlt. Die Reaktionen waren sehr differenziert, allerdings war keiner von den Anwesenden auf meiner Seite. Es gab regelrecht feindselige Blicke. Die Landtagsabgeordnete sagte dann, das ist eben unsere Friedenspolitik. Ich erzählte von Freunden, die im Knast waren, die wußten, daß die Angst der potentiellen Folterknechte dort vor Übergriffen schützt. Da gab es von den wenigen Arbeitern in der SPD, einem alten Sozialdemokraten vom Kieler rechten Ufer, wo einmal der Matrosenaufstand losbrach, HDW-Arbeiter-Viertel, die Bemerkung: „Ach,

Junge, ich war ja auch einmal so ein Rechter, aber ich bin der Meinung, das bringt alles nichts.“ Er meinte so etwas wie Salzgitter.

Das war also ein resignativer Standpunkt. Ein anderer Standpunkt war der: Keinen kalten Krieg, nicht provozieren, außerdem gibt es ja noch ganz andere Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel die Verletzung von sozialen Rechten hier im bösen Westen, wo viele Menschen arbeitslos sind. – Dieses komische, verschwiemelte Denken hat eben auch zur Stabilisierung der SED-Diktatur beigetragen, und es muß diskutiert werden.

Ich hatte damals gesagt: „Ihr könnt euch doch nicht mit einer Kraft verbünden, die historisch zum Untergang verurteilt ist, und Leute ignorieren, denen die Zukunft gehört.“ Das war also sehr kühn, klingt jetzt vielleicht sogar ungläubwürdig. Es haben auch viele gelacht, als ich das gesagt habe.

Ganz zum Schluß möchte ich aber, weil heute ein paar mal gesagt wurde, daß auch die Gruppe um Havemann eher nur den Sozialismus verbessern wollte, daran erinnern: Ich denke, daß aus dieser marxistischen Tradition der Opposition in der DDR durchaus auch eine gewisse revolutionäre Vernunft oder Intelligenz kam, denn man kann nachlesen: Jemand wie Robert Havemann hat nie an die Überlebensfähigkeit des Sowjetsystems geglaubt. Er hat wörtlich immer wieder geschrieben, am Schicksal der politbürokratischen Diktaturen werde sich der Grundsatz der griechischen Tragödie bewahrheiten: Die Menschen führen ihr Schicksal herbei, indem sie es abzuwenden trachten. Er hat gesagt, es ist nicht die Frage, ob dieses System zusammenbricht, sondern wie, ob es Krieg gibt, unter welchen Schlägen oder Erdbeben das zusammenbricht.

Gut, er hat an den demokratischen Sozialismus geglaubt, ich tue es heute nicht mehr. Ich halte auch zum Beispiel Aktiengesellschaften nicht unbedingt für Teufelswerk. Ich bin eher Sozialdemokrat in dem Sinne, wie es einmal der schwedische Finanzminister gesagt hat: „Was ist demokratischer Sozialismus? – Kapitalismus mit menschlichem Antlitz.“ Aber auch dafür lohnt es sich ja. (Lebhafter Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Das zeigt, daß noch eine ganze Menge, insbesondere im Westen Deutschlands, aufzuarbeiten ist.

Roland Jahn und Jürgen Fuchs, was denkt ihr dabei, wenn ihr jetzt von Berlin auf eure ehemalige Heimatstadt, die es immer noch ist, blickt? Vielleicht habt ihr auch sonst noch am Schluß etwas zu sagen.

Roland Jahn: Ich glaube, man hat sich diese Stadt über Jahre hinweg sehr verklärt. Als ich das erste Mal wieder zurückkam, hatte ich immer noch die Bilder von damals, als ich gefesselt im Polizeiauto Richtung Westgrenze abtransportiert worden bin, im Kopf – schönes Wetter, das Saaletal –, und als ich zurückkam, als die Mauer fiel, habe ich eine kleine, graue, dreckige Stadt gesehen. Man hat nicht mehr gewußt, in welcher kleinen, grauen, dreckigen

Stadt man gewohnt hat, man hat sich nur alles verklärt. Das war eine ganz wichtige Wahrnehmung für mich.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal auf die Frage von Prof. Wilke am heutigen Vormittag eingehen: Warum waren es so wenige im Westen, die die Arbeit im Osten unterstützt haben? Ich glaube, gerade Jena ist ein Beispiel dafür, wie es funktionieren kann, und die Stellung Jenas in der westlichen Öffentlichkeit, sprich: in der deutschen Öffentlichkeit – ab 20.00 Uhr war Deutschland ja vereint –, hat ihre Ursache auch darin, daß in West-Berlin immer Leute waren, die wußten, wo sie herkamen, die wußten, welche Hilfe gebraucht wird, deren Weggang vielleicht auch gegen ihren eigenen Willen erfolgte. Das heißt, sie waren eher bereit, auch einen Teil ihrer Person dafür zu opfern.

So gab es immer die Verbindung zwischen Jena und Berlin, die folgende Möglichkeit geschaffen hat: Wenn in Jena eine Verhaftung stattfand, konnte das um 18.00 Uhr schon im RIAS-“Treffpunkt“ gemeldet werden, und die DDR-Bevölkerung hat es erfahren. Das war ungeheuer wichtig, und das haben wir damals praktiziert, als ich selber noch in Jena war. Als wir auf dem Marktplatz demonstriert haben, war natürlich ein Fotograf dabei, der das dokumentiert hat, und das wurde dann in der „Tagesschau“ gesendet.

Das war ganz, ganz wichtig, und das haben wir dann von West-Berlin weiter praktiziert. Ich habe in meiner Funktion als Redakteur beim ARD-Magazin „Kontraste“ gerade diese Möglichkeiten genutzt, und viele DDR-Bürger haben uns immer wieder gesagt: „Das brauchen wir; wir wollen wissen, was in unserem eigenen Lande überhaupt abläuft.“

Was mich dabei störte und auch viele abhielt, diese Unterstützung zu leisten, war, daß uns gerade aus der DDR von Leuten, die sich als kritisch verstanden haben, ganz besonders von vielen Kirchenleuten, vorgeworfen wurde, wir, die Hinausgeworfenen, mischten uns in die Angelegenheiten der DDR ein. Wir bekamen zum Beispiel von Leuten wie Stolpe vorgehalten, daß wir diese Unterstützung leisteten. Ausnehmen muß man hier immer wieder Rainer Eppelmann, der das auch ganz bewußt so gefordert und uns dabei unterstützt hat. Das ist aber auch eine der wenigen Ausnahmerecheinungen in der Kirche.

Überhaupt hat die Kirche eine sehr diffizile Rolle in der Beziehung zu uns gespielt, die wir uns damals als unabhängige Friedensgemeinschaft formiert haben. Es war die erste unabhängige Organisation außerhalb der Kirche, die erste Oppositionsorganisation, wenn man so will, die außerhalb der Kirche auftrat. Das war eine Riesengefahr.

Die Kirche hat immer gesagt, sie sei für alle Menschen in Not da, aber sie war nicht für uns da. Sie hat sich von uns distanziert, nachdem wir aus der Haft entlassen worden sind, und wir waren auf uns allein gestellt. Auch das hat es möglich gemacht, daß die DDR in der Lage war, uns nicht nur zu

verprügeln, sondern uns auch außer Landes zu treiben und mich persönlich mit Gewalt hinauszubringen. Daß sich die Kirche davon im nachhinein nicht einmal distanziert hat, daß die Kirche nicht gesagt hat, „Staat DDR, das dürft ihr so nicht machen“, hat mich am meisten erschreckt.

Wenn ich dann zwei Stunden mit Herrn Stolpe, damals Sekretär des Bundes, telefoniere und ihn bitte, für meine Wiedereinreise einzutreten – ich habe vier Wochen in West-Berlin keinen Personalausweis angenommen, weil ich wieder in meine Heimatstadt Jena wollte –, und er zwei Stunden lang auf mich einredet und meint, bitte bleiben Sie in West-Berlin, sonst schafft das nur Unruhe in Jena, in der DDR, dann frage ich mich, welche Interessen hier im Spiel sind.

Wenn drei Tage später noch auf dem Dresdner Kirchentag Jenaer Freunde Herrn Stolpe bitten, sich für mich einzusetzen, und er erwidert, er wisse doch gar nicht, ob ich überhaupt wieder zurück wolle (Zuruf aus dem Publikum: Unverschämtheit!), dann stellt das doch einiges in Frage. Verstanden habe ich es natürlich, warum das so war – weil solche Leute wie Stolpe und auch andere Kirchenleute immer wieder gesagt haben: Die Kirche ist kein Oppositionslokal. Das ist es, was mich erschreckt, wenn man dann heute mit der Begrifflichkeit „Opposition“ umgeht.

Es ist ganz, ganz wichtig, noch einmal festzustellen, daß viele in der DDR sich nicht als Opposition verstanden haben. Es waren nur wenige bereit zu sagen, wir sind Opposition. Gerade das hat es aber erst möglich gemacht, daß überhaupt eine Entwicklung eingetreten ist, die den Leuten auch Mut gemacht hat, auf die Straße zu gehen, sich nicht nur in diesem vorgegebenen Raum unter Stasikontrolle zu bewegen, sondern auf die Straße zu gehen.

Jena war 1983 mit ein Anfang – Jena: Friedensgemeinschaftsdemonstration, „Weißer Kreis“, Ausreisedemonstration –, wo Bürgerrechte wahrgenommen worden sind. Es ist wirklich auch der Kirche zu verdanken, daß erst fünf Jahre später in Leipzig, auch unter großen Schwierigkeiten, diese Form von Demonstrationen wieder stattgefunden hat. Hier hätte eine Kontinuität von Jena bis Leipzig stattfinden können, und damit wäre manche Entwicklung vielleicht schneller vorangekommen.

Natürlich weiß ich, daß es auch internationale Bedingungen gab, aber das, was Siegfried Reiprich erwähnte, ist noch einmal wichtig zu sagen: Wir waren isoliert von der Bevölkerung, und nur der Weg hinaus aus der Kirche, hinein in die Gesellschaft – auch in die Betriebe – und auf die Straße hat es möglich gemacht, daß eine Entwicklung wie 1989 überhaupt zustande kam. (Beifall)

Jürgen Fuchs: Wenn Roland Jahn jetzt sagt, diese kleine, dreckige Stadt Jena hat er dann gesehen, dann kann ich verstehen, was er meint, aber gerade diese kleine große Stadt mögen wir ja, und wenn wir hier sitzen, dann muß ich beinahe pathetisch sagen, daß diese Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages uns Jüngeren zum ersten Mal ermöglicht, den älteren Jenaern,

die verfolgt wurden und dann auch in der Bundesrepublik Verantwortung für die Menschenrechte übernommen haben, zu begehen.

Dieses halte ich für einen sehr klaren Beweis dafür, daß wirklich die Grenze durchlässig ist. Es ist ja kein Schmuck, das zu sagen, sondern es ist eben die Folge eines demokratischen Anfangs, den ich sehr hoch schätze und der überhaupt nicht selbstverständlich ist.

Insofern möchte ich Ihnen an dieser Stelle zuhören und wirklich noch einmal sagen – was auch Hermann Marx gesagt hat, der auf Hermann Kreutzer verwies, ganz parteiübergreifend, ganz unabhängig davon, in welchen demokratischen Parteien sie sind –, daß wir uns dieser Geschichte zuwenden. Dieses Erinnern, dieses Zuwenden, dieses Zuhören, auch wenn es einmal ein paar Minuten länger dauert, ist etwas, was ich heute hier gespürt habe, was ich wichtig finde und was dieser kleinen Stadt sicherlich helfen wird.

Daß die Meinungen dabei kontrovers waren und daß wir sehr unterschiedliche politische Positionen haben, daß Menschen, die auch hier gelebt haben, vielleicht irgendeine Art von Defensive oder Schuldgefühl spüren, was sie überhaupt nicht haben müßten – gerade die, die es nicht haben müßten, haben es dann –, gehört ebenfalls dazu.

Dies jetzt zu bejahen und richtig zu finden, auch die Spannung, die darin liegt, ist für mich eigentlich das Wichtigste. Der letzte Gedanke ist: Das Hauptmotiv für jemanden wie mich und auch für diejenigen, die hier am Tisch saßen und die ich hier sehe, war doch, einen ehrlichen Ton zu finden, nicht in der Lüge zu leben. Diesen ehrlichen Ton haben wir hier schon gehört und gefunden, und das ist genau der Unterschied zu den auch Zitierten, die leider noch in Ämtern sind, die diesen ehrlichen Ton nicht haben und sich erneut Demokraten nennen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Herr Jagusch, bitte.

Karl-Heinz Jagusch: Ich möchte einfach erzählen, daß ich in dem Kreis, von dem Roland Jahn gesprochen hat, Anfang der achtziger Jahre in der Wohnung des damaligen Superintendenten Siebert einmal mit dabei war. Ich hatte den Wunsch geäußert, mich dort selbst zu informieren, und da Herr Siebert keine Angst davor hatte, daß ich irgendwelche andere Absichten verfolgen könnte, hat er mich dazu auch einmal mit eingeladen.

Ich weiß noch, daß ich damals an die Mitglieder dieser Friedensgemeinschaft, die sich dort trafen, die Frage gestellt habe: „Verstehen Sie sich als eine Gruppe in der Kirche, oder verstehen Sie sich als eine politische Gruppierung?“ – Ich habe damals die ganz klare Antwort bekommen: „Wir verstehen uns als eine politische Gruppierung.“ – Ich habe damals geantwortet: „Dann können Sie nicht erwarten, daß die Kirche Ihnen einen Raum für Veranstaltungen zur Verfügung stellt, bei denen Sie das Thema bestimmen, zu denen Sie einladen,

bei denen alles, was Sie dort sagen und sprechen, allein Ihre Angelegenheit ist.“

Ich habe mich nach den 89er Ereignissen das eine oder andere Mal natürlich gefragt, ob meine Haltung von damals richtig war, und ich möchte eigentlich heute sagen: Wenn es tatsächlich so war, daß die Gruppe sich als eine politische Gruppierung verstand, die nichts irgendwie mit der Kirche gemein hatte, dann muß ich es auch heute noch so sehen, daß sie dann nicht erwarten konnte, daß die Kirche ihr rückhaltlos einfach Räumlichkeiten zur Verfügung stellt.

Entschuldigen Sie, daß ich auch so ehrlich bin und das hier so ausspreche. (Beifall)

Jürgen Fuchs: Ich danke Ihnen für diese Ehrlichkeit.

Da ich die Gruppe kenne, müssen Sie dann eben auch wissen, daß der überwiegende Teil dieser Menschen getauft ist und sich als Christen definiert hat, daß er an einem Punkt weitergegangen ist: Er hat sich für die Menschenrechte in einer politischen Dimension eingesetzt. Ich bitte Sie und flehe Sie an, dieses Rechthaben noch jetzt zu relativieren. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Bitte, Frank Rub dazu.

Frank Rub: Dazu möchte ich aus meinem Tagebuch vorlesen, was ich heute eingetragen habe: „Die Helden und die Opfer. Wir sind und waren nicht die Helden, wir sind nicht die Opfer. Wir haben nicht geschwiegen, denn die Lüge muß nicht das Wort sein. Es ist auch das Schweigen in der Diktatur.“

Das ist es für meine Begriffe. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Es gibt Zeiten, in denen das Menschliche verletzt wird, in denen es nötig ist, das Menschliche zu rekonstruieren, indem der einzelne allein oder auch mit anderen handelt und gegen die vermeintlichen Gesetze des Staates verstößt. Solche Zeiten gab es hier.

Herr Oberbürgermeister, ich glaube, Sie können stolz darauf sein, daß es gerade in Jena Menschen, Frauen und Männer, gab, die in solchen Zeiten selbst gehandelt und nicht auf bessere Zeiten gewartet haben. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir haben auch heute wieder etwas ganz Wichtiges getan – wir haben uns voneinander das erzählt, was unser bisheriges Leben, unsere Biographien ausmacht, und wir haben uns zugehört.

Ich möchte Ihnen in besonderer Weise unsere Anerkennung und unseren Dank ausdrücken, daß Sie so lange nichts anderes getan haben als etwas ganz, ganz wichtiges: zuhören. Wenn uns das öfter gelingt, dann haben wir auch eine Chance, uns sehr viel besser zu verstehen, weil wir eben unser Leben so unterschiedlich bisher erlebt haben – die in Berlin anders als die in Jena, die im Osten anders als die im Westen.

Wenn wir tatsächlich zusammenwachsen wollen – und ich möchte unterstellen, daß das die meisten von uns wollen –, dann werden wir das viel öfter tun müssen: uns Zeit nehmen, um zuzuhören und uns voneinander zu erzählen.
(Beifall)

(Ende der Sitzung: 21.35 Uhr)